REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 338 · 13.1.1992

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 44 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Faschistische Aktionswoche in Aschaffenburg
2. Die soziale Frage und die Demokratisierung - das sind die Probleme der Zukunft des Landes
3. "Wir haben keine Entschuldigung dafür." Erklärung der RZ (Dezember 1991)
4. Europäische Asylpolitik: Abschieben, kontrollieren, überwachen - Petra Hanf und Claudia Roth
5. Grünes Einwanderungsgesetz vorgelegt von Ulla Jelpke und Albrecht Maurer
6. Armut und Rassismus
7. Die bürokratisch-totalitäre Menschenbehandlung. Zur Lebenssituation der Flüchtlinge der BRD - Olaf Deibler
8. Mazedonien: Der Konföderationsgedanke hat Vorrang
9. Ein einäugiger Betrachter? Replik auf "Jugoslawien: Winterpause im Bürgerkrieg" (ak 337)
10. Eurozentrismus, Selbstbestimmungsrecht, Internationalismus. Jugoslawien und die Betrachtungsweisen deutscher Linker
11. Jugoslawien und deutsche Hegemonialpolitik in Europa. Polemik gegen nationalist. Selbstbestimmungsrecht und seine Apologeten im ak
12. Baltikum: 700 Jahre deutsche Kolonie
13. Noch immer Krieg in der Westsahara
14. Kommunistische Partei Frankreich: Wie lange gibt es sie noch?
15. Daß endlich der Schutt der Legenden und Zerrbilder abgetragen wird
16. "Verfolgung der Juden war kein Selbstzweck." Interview mit Susanne Heim
17. CDU-Parteitag Dresden: "... und vergib ihnen ihre Sünden."
18. An ihren Akten sollt Ihr sie erkennen? Das zerstörerische Erbe der Stasi-Akten
19. "... der Lüge die Wahrheit gegenüberstellen." Dokumentation der Erklärung von Ralf und Knud
20. Täglicher Terror: Polizeistrukturen in Hamburg
21. Philippinen: Befriedete Befreiung? von Rainer Werning
22. "Die befreiende Gewalt der Randvölker radikal rechtfertigen." Aufsatzsammlungen zu 500 Jahre Kolonialisierung Lateinmerikas
23. Fragen und Anmerkungen zum RZ-Papier (von GenossInnen aus der Mehrheit)
24. "My private Idaho". Der Film im Gespräch mit Tjark Kunstreich und Katja Leyrer
25. "Strange Fruit" von Ingrid Strobl
26. Braucht Österreich eine Armee? (Buchvorstellung)
27. Gramsci studieren. Zum Erscheinen des 1. und 2. Bandes der deutschen Übersetzung der Gefängnishefte
28. Das war kein "Ausrutscher", das hat Methode!
29. Quelldatei 04.htm
30. "Wir haben keine Entschuldigung dafür"
31. Quelldatei 30.htm
32. Quelldatei 32.htm
33. Quelldatei 33.htm
34. Quelldatei aufruf.htm
35. Quelldatei distanz.htm
36. Quelldatei jugo.htm
37. Quelldatei mit.htm
38. Quelldatei red.htm
39. Quelldatei s1-1.htm
40. Quelldatei s1-2.htm
41. Quelldatei s1-armut.htm
42. Quelldatei s1-rz.htm

43. Quelldatei s1-stasi.htm
44. Quelldatei spenden.htm

1. Faschistische Aktionswoche in Aschaffenburg

Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak338/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:338:35

Ein "Deutscher Freundeskreis" hatte für die Woche vom 25. bis 30.11.91 eine "Aschaffenburger Aktionswoche" angekündigt. Graffitis von Neonazis und Rassisten gibt es in Aschaffenburg schon seit Jahren ebenso wie Anpöbeleien und Angriffe auf Nicht-Deutsche, Punks und eine linke Kneipe.

Diese Situation versuchte der "Deutsche Freundeskreis" mit Flugblattaktionen, Veranstaltungen und einer sog. Mahnwache vor einer AsylbewerberInnen-Unterkunft für seine Ziele zu nutzen. In einem internen Papier, das u.a. der SPD, der Arbeiterwohlfahrt und der IG Metall etwa eine Woche vor dem 25.11. zuging, bezeichnet sich der "Freundeskreis" als "überparteiliches Aktionsbündnis nationaler Verbände am Untermain". Der "kollektiven Führung" gehören lokale Nazigrößen wie Klaus Beier (NPD), Uwe Schyia (Deutsche Liga), Axel Schunk (NO), Falco Schüssler (FAP) und Jürgen Schwab (ehem. REP, Initiator des REP-KV Miltenberg) an.

FAP, NO, Wiking-Jugend, Deutsche Liga und NPD traten in dieser Region zum ersten Mal gemeinsam öffentlich auf. Die bisherigen Trennungslinien zwischen der sich bürgerlich-rechtsstaatlich gebenden NPD und der offen militant-faschistischen FAP, die sich in der Tradition von SA und SS sieht, wurden zugunsten eines aktionsorientierten Minimalkonsenses überwunden. Verantwortlich für das interne Schreiben zeichnete Jürgen Schwab, der in der "Deutschen Rundschau" (9/91) in seinem Artikel "Wahlpartei oder Nationalbewegung - wo liegt die Zukunft der deutschen Rechten?" das Konzept eines überparteilichen und bundesweiten "Deutschen Freundeskreises" vorgestellt hatte. Dem Papier des "Deutschen Freundeskreises" lag das zur Verteilung vorgesehene Flugblatt bei. Unter der Parole "Ja zu Europa - Nein zu dieser EG!" wird in dem Pamphlet der Bogen von der Ablehnung des europäischen Binnenmarktes zur sog. Asylantenproblematik und angeblicher Überfremdungsgefahr gespannt: "Die farbige Bevölkerung der Vororte von Paris, Marseille und London wird ab 1. Januar 1993 leichten Zugang in die BRD haben, wenn die Grenzen gefallen sind. Dem deutschen Volk droht dann das Rassenchaos von New York."

Abwehr

In Aschaffenburger antifaschistischen Kreisen wurde in dem Umstand, daß u.a. sozialdemokratische und gewerkschaftliche Organisationen ein (vorgeblich) internes Papier der Nazi-Aktivisten zugesandt bekommen hatten, ein Versuch des "Deutschen Freundeskreises" gesehen, die örtlichen Antifaschisten zu kopfloser Gegenaktion zu veranlassen. Das lokale "Bündnis gegen Rechts" (Anarchisten und Autonome um das Libertäre Forum, FAU, Kuhle Wampe, MLPD, DKP, Die Grünen/GAL, Halkevi, DGFG/VK, IG Metall, ÖTV, GEW) zog daraus die Einschätzung, daß jedes Einlassen auf Aktivitäten des "Deutschen Freundeskreises" kontraproduktiv sei. Öffentliche Gegenaktionen antifaschistischer Kräfte würden dem "Deutschen Freundeskreis" nur Publizität verschaffen. Die Haltung der regionalen Presse bestätigte im Nachhinein diese Einschätzung; die regionalen Zeitungen waren sich einig, nur über die Aktivitäten des Aktionsbündnisses zu berichten, wenn es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen kommen würde.

Das Hauptanliegen des "Bündnis gegen Rechts" war es, einen effektiven Schutz der AsylbewerberInnen-Unterkünfte und der in Aschaffenburg lebenden Nicht-Deutschen zu organisieren. Während der ganzen Woche und besonders am Wochenende vom 29.11. bis zum 1.12. wurden Fahrwachen durchgeführt, woran am Wochenende bis zu 150 AntifaschistInnen aus dem Umfeld des Bündnisses, den Gewerkschaften und viele Nicht-Deutsche beteiligt waren. Außerdem wurden von nicht-deutschen Gruppen wie dem Türkischen Volkshaus (Halevi), der Islamischen Vereinigung und der multinationalen Jugendgang eigene Patrouillen durchgeführt. Durch diese Maßnahmen und ein stärkeres Auftreten der Polizei kam es zu keinen Angriffen auf die Heime der AsylbewerberInnen.

Für den "Deutschen Freundeskreis" wurde die Aktionswoche nur zum Teil zum Erfolg. Das Flugblatt konnte vor drei Fabriken von einer 15köpfigen Gruppe verteilt werden, da unvorhergesehen ein anderer als der in dem Aktionsplan angegebene Ort gewählt worden war. An der Autorenlesung mit dem Chefredakteur der "Deutschen Rundschau", Karl Richter, am 27.11. in einer Vorortgemeinde nahmen nur 30 bis 40 Personen teil. Der gut organisierte Saalschutz des "Freundeskreises" läßt darauf schließen, daß mit antifaschistischen Gegenaktionen gerechnet wurde. Die Flugblattverteilung in der Aschaffenburger Innenstadt am 28.11. konnte durch die massive Präsenz nicht-deutscher und deutscher AntifaschistInnen verhindert werden, der

"Freundeskreis" mußte sich auf eine Verteilung in die Briefkästen verschiedener Stadtteile zurückziehen. Die sog. Mahnwache vor einem Wohnheim von AsylbewerberInnen, die durch die Intervention der Stadtverwaltung in eine Veranstaltung in unmittelbarer Nähe des Heims umgewandelt worden war, wurde von den Nazis eine halbe Stunde vor Beginn abgesagt, wozu sicherlich auch die massive Anwesenheit von antifaschistischen Kräften und Polizei beigetragen hat.

Der angestrebte "Höhepunkt" der Aktionswoche, eine "national-revolutionäre Kundgebung" mit dem FAP-Bundesvorsitzenden Friedhelm Busse fand in einer Spessartgemeinde 25 Kilometer entfernt von Aschaffenburg statt. Unter Beobachtung der Polizei fanden sich schlappe dreißig militante Faschisten ein. Busse riet zur Bildung von Kleingruppen, um "Aktionen durchzuführen" und zum Aufbau von "Sportvereinen zur Leibesertüchtigung", da Wehrsportgruppen zu auffällig seien. Zum Ende der Aktionswoche tauchte ein zweites Flugblatt auf, das dem Tenor der Rede von Busse entsprach. Von verschiedener Seite wurde wegen dieses Flugblatts Anzeige erstattet, da es den Tatbestand der Volksverhetzung und des Aufrufs zur Gewalt erfülle. (Der "Deutsche Freundeskreis" erstattete ebenfalls Anzeige - gegen Unbekannt.)

Der "Deutsche Freundeskreis" konnte trotz seines "gemäßigten" und auf den weitbreiteten rassistischen Konsens ausgerichteten Vorgehens keinen größeren Erfolg erzielen. An ihren verschiedenen Veranstaltungen nahmen nicht mehr als insgesamt 80 Personen teil, die vermutlich ohnehin dem traditionellen Nazi-Umfeld entstammen. Und das "pragmatische" Herangehen der Aschaffenburger AntifaschistInnen bewirkte ein übriges, den Naziaktivisten das Konzept zu verderben.

cz. und el., Aschaffenburg

2. Die soziale Frage und die Demokratisierung - das sind die Probleme der Zukunft des Landes

El Salvador nach dem Krieg:

Rubrik: El Salvador · CD-Datei: daten/aksuche/ak338/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:338:12

Der über elf Jahre offene Krieg zwischen den herrschenden Sektoren (Oligarchie, "neue Mittelklassen", Militär- und Sicherheitskräfte) auf der einen und Teilen der Kleinbauern, Landvertriebenen, städtischen Armen, Teilen der Intellektuellen, unter Führung der Bewegung Farabundo Marti, auf der anderen Seite, scheint in der Sylvesternacht mit der Aushandlung eines vorläufigen Waffenstillstandes zu Ende zu gehen. Bis zum 1. Februar soll ein definitiver Waffenstillstand erreicht werden. In einer ersten Phase wird angestrebt, bis Oktober die Bedingungen für eine Demobilisierung der Guerilla und für die Verkleinerung der Armee und der Sicherheitskräfte zu schaffen. Wesentliche Hindernisse auf dem Weg der Unterzeichnung bis zum 31.12. waren die Bildung einer zivilen Nationalpolizei unter Einbeziehung von Angehörigen der FMLN und die Reduzierung des Sicherheitsapparates.

Die Lage im Dezember

Die Linke hatte im Dezember alle ihre Kräfte für die Erreichung eines Waffenstillstandes mobilisiert, und dabei jede Konfrontation mit den Ultrarechten vermieden, um die Verhandlungen nicht zu gefährden. Am 14. Dezember mobilisierte die Gegenseite für einen "Friedensmarsch" ca. 40.000 Demonstranten, meist Angehörige der Streitkräfte und der Regierungspartei ARENA, um den Sicherheitskräften den Rücken zu stärken. Die Linke reagierte uneinheitlich: Die Gewerkschaften (UNTS) riefen zur Beteiligung auf, andere linke Organisationen verhielten sich abstinent. Bereits seit Anfang des Monats wurden mögliche Termine für eine Einigung in Kreisen der Volksorganisationen gehandelt. Man wollte dann für eine große Friedensmanifestation mobilisieren. Ab dem 16.12. wurde ohne Unterbrechung verhandelt, aber ein Abschluß schien nicht in Aussicht zu stehen. Das permanente Komitee der nationalen Debatte CPDN, das von linksaußen bis in die Christdemokratie reicht, organisierte den Druck der Straße am 21. Dezember. 70.000 Leute fanden sich in San Salvador ein. Offener denn je wurde für die FMLN demonstriert. Bereits drei Tage danach drohte die Rechte mit Abbruch der Verhandlungen, nachdem die Guerilla in Morazan einen honduranischen Hubschrauber abgeschossen hatte. Man warf der FMLN vor, Überlebende der Besatzung erschossen zu haben, was sich später als falsch herausstellte. In der Woche vor dem Ausscheiden des Generalsekretärs der UNO (Perez de Cuéllar), also vor dem 31.12. bestanden recht unterschiedliche Einschätzungen darüber, ob es noch zu einem Waffenstillstand kommen würde. Präsident Christiani wurde von Perez de Cuéllar direkt zu den Gesprächen gebeten, dennoch erwartete Commandante Villalobos am 29.12. nicht mehr einen Abschluß im Dezember. Die Volksorganisationen hielten im Zentrum von San Salvador eine Kundgebung ab, man wartete auf Nachrichten. Wenige Minuten vor der Jahreswende wurde dann die vorläufige Einigung bekanntgegeben.

Zur Einschätzung

Mit dem Beginn der Befriedung sind die Gründe, die zu diesem Krieg geführt haben, nicht aufgehoben. Die sozialen und politischen Auseinandersetzungen bewegen sich nur weg von ihrer militärischen Austragung. Die politische Konjunktur, die diese Bewegung ermöglicht hat, war bedingt durch folgende Faktoren:

1. Die FMLN hatte mit der Offensive vom November 1989 bewiesen, daß sie in einem Krieg niedriger Intensität nicht niederzuwerfen ist. Ihre Entscheidung trotz der für sie international ungünstigen Entwicklungen (in Osteuropa, Nicaragua) und gegen den ausdrücklichen Willen der sowjetischen Administration an ihrem Offensivkonzept festzuhalten, erwies sich als erfolgreich. Auf der anderen Seite mußte die FMLN einsehen, daß ein finaler Sieg, von dem noch 1981 gesprochen wurde, auch für sie nicht zu erreichen ist.

2. Gleichsam aber war auch der Zusammenbruch traditioneller marxistisch-leninistischer Politik und der Wegfall internationaler Bündnispartner ein Signal, mittelfristig die Strategie ändern zu müssen.

3. Auch die Gegenseite erhielt in dem Maße Schwierigkeiten, wie die USA nicht mehr bereit waren, den kostspieligen Krieg, der auch seine Bedeutung als Stellvertreterkrieg verloren hat, zu finanzieren. Hinzu kam,

daß die Kritik an der politischen und militärischen Kriegsführung von außen gewachsen war, weil diese sich zunehmend als ineffektiv erwiesen hatte.

4. Ein subjektiver Faktor bestand in der Rolle des Generalsekretärs der Vereinten Nationen und seines Stellvertreters, die direkt auf eine Lösung drängten. In der US-Administration war in diesem Zusammenhang von der "Venezuela-Mafia" die Rede.

5. Historisch einmalig war die direkte Einmischung der UNO in die inneren Angelegenheiten eines Landes, sprich: eines Bürgerkrieges.

Für die immensen Opfer, die bis heute erbracht werden mußten, sollte jedoch am Verhandlungstisch etwas in Richtung eines Fortschritts für eine soziale Utopie zu bekommen sein. Über das Resultat bestehen unterschiedliche Meinungen. Fakt ist, daß wohl keine linke Bewegung der Gegenwart bessere politische Ergebnisse erzielen kann. Die ökonomischen und sozialen Ziele stehen allerdings auf einem anderen Blatt.

Zwei Welten

Spricht man von El Salvador, so ist von zwei unterschiedlichen Realitäten die Rede. Die eine umfaßt den Bereich des "kapitalistischen Sektors", gekennzeichnet durch einen enormen Warenumsatz und durchaus fluktuierenden Investitionen. Die Zeiten der Kapitalflucht scheinen bereits jetzt vorüber zu sein. Eine wichtige Rolle spielen hierbei die sogenannten "Remesas", die Dollarmillionen, die von Salvadorianern aus den USA nach El Salvador transferiert werden. Das Volumen der Remesas liegt heute schon über dem Staatshaushalt von 800 Millionen US-Dollar im Jahr. Das Konsumgüterangebot in den Läden des "Metrocentro" (Einkaufspassage in San Salvador) nimmt sich nicht so viel mit dem, was man zu Weihnachten in Deutschland so kaufen kann. Die Kehrseite bildet die absolute Verarmung der Bevölkerung in den städtischen Randzonen und auf dem Land. Unter Friedensbedingungen wird ein weiterer Investitionsboom - vor allem im Bausektor - erwartet.

Auf der anderen Seite besteht der "Gegenpol" vor allem aus den relativ abgeschotteten Zonen unter Kontrolle der FMLN. Trotz nach wie vor großer Behinderungen durch das Militär bestand schon seit längerem ein freier Transit von Personen und zwischen den "befreiten" und den Regierungszonen. Den politischen Gremien der FMLN ist es gelungen, eine bescheidene Entwicklung mittels internationaler Hilfsgelder in Gang zu setzen. So ist zu sagen, daß die soziale und politische Lage in den Zonen für die Leute wesentlich besser ist als etwa in den städtischen Elendsquartieren und in den ländlichen Regierungszonen. Die Leute genießen durch die Anwesenheit der Guerilla einen gewissen Schutz vor staatlicher Einflußnahme und den Beglückungen der freien Marktwirtschaft. Die Siedler sind selbstbewußter geworden und haben eine enorm hohe Mobilität entwickelt, die ihnen erlaubt, sich im ganzen Land zu bewegen und vor allem in die Hauptstadt zu fahren.

In der Zone

In der Zone von Chalatenango sind ein großer Teil der Bewohner rückgesiedelte Flüchtlinge, die erst ab 1986 (San Jos - Las Flores) wieder in ihre Gebiete zurückgesiedelt sind. Am Anfang war die Angst vor dem Eindringen der Armee so groß, daß die Zusammenarbeit mit der Guerilla nur hinter vorgehaltener Hand zugegeben wurde. Vor Abschluß des Waffenstillstandes bewegten sich Einheiten der FMLN offen durch die Rücksiedlungen. Allein im Oktober und November 1991 wurden fast 1.000 neue Leute für die Guerilla rekrutiert, um die Reihen der Frente vor eventueller Integration in eine neu zu gründende zivile Nationalpolizei aufzufüllen. Ziel ist, eine Stärke von ca. 20.000 zu erreichen. Es werden zur Zeit enorme Anstrengungen unternommen, die KämferInnen zu alphabetisieren und ihnen die formalen Qualifikationen für ihre Integration in die Nationalpolizei zu ermöglichen. Im Dezember kommt es in den "Zonas en Disputa" (umstrittene Gebiete) zu Gefechten unterschiedlicher Intensität. Am Cerron Grande (dem größten Stausee) finden dennoch relativ schwere Gefechte statt. Am Samstag vor Weihnachten gibt es Tote und Verletzte auf beiden Seiten. Die Frente hatte zwar ihrerseits eine einseitige Waffenruhe ausgerufen, jedoch war man zum Handeln gezwungen als die Armee die Höhenzüge am Cerron zu festen Militärbasen erklärte. In der Nacht werden Schwerverwundete in die örtliche Klinik gebracht. Wir werden gebeten an der Totenfeier - der Vela - in der Kirche von Guarjila teilzunehmen. Keiner der Schwerverletzten wies eine Schußverletzung auf. Alle waren in Mörserfeuer geraten und hatten vor allem Splitterwunden. Bis zum Jahresende reißen die kleineren Gefechte nicht mehr ab. In den Poblaciones ist der größte Teil der jungen Leute in die Frente integriert. Es gibt kaum Familien, die keine Gefallenen haben, oder aus deren Kreis niemand bei den festen Einheiten oder bei den

Milicianos (Standortmilizen) ist. Viele haben sich an den Zustand gewöhnt. Auf Fragen nach der Zukunft antworten viele ausweichend. Die Ärzte der FMLN berichten, daß psychosomatische Beschwerden im Moment zunehmen. Vor dem Frieden haben die Siedler im allgemeinen und die Guerilleros im besonderen eine gewisse Zukunftsangst. Was wird, wenn der Staat zurückkommt? Was wird aus den Leuten, die keine Arbeit finden? Werden die jetzigen Besitzverhältnisse bestehen bleiben können? Werden die Frauen aus den öffentlichen Bereichen zurück in die Küchen gedrückt? Wird die kollektive Sicherheit, die die Gemeinschaft bietet, durch die Öffnung zum "Rest" der Gesellschaft erodieren?

Alternativkonzepte?

Diese Fragen werden nur perspektivisch beantwortbar sein. Die Regierung hat enorme Mittel zur Verfügung, um die militärische Aufstandsbekämpfung jetzt vollständig in eine zivile zu verwandeln. Unter Umgehung der Volksorganisationen werden heute schon Millionen von Colones ausgegeben, um direkt an die "Basis" der Guerilla heranzukommen. In ihrem "Plan zum Nationalen Wiederaufbau" konzentriert die Regierung Mittel für Infrastruktur, Schulen, Gesundheitssektor und Agrarentwicklung vor allem auf die Guerillagebiete.

Jenseits dieser politischen Handhabung verstärken sich die Auswirkungen des stummen Zwangs der kapitalistischen Warenproduktion in dem Maße, wie ökonomische Projekte in den Zonen in ein uneingeschränktes Austauschverhältnis mit dem Markt treten. Es sind also diese zwei Grundprobleme des Integrationsprozesses, die zu lösen sind.

Die politischen Gremien setzen auf einen eigenen Plan zum nationalen Wiederaufbau. Zu diesem Zwecke arbeitet man den Plan "Nueva Initiativa" aus, der eine bescheidene manufakturielle "Industrialisierung" hervorbringen soll. In jeder Ansiedlung soll ein Werkstattbereich konzentriert werden. Für die Ortschaft Guarjila ist das z.B. die mit Außenmitteln finanzierte Schreinerei. Brauchbare Maschinen aus der Umgebung sollen nach Guarjila konzentriert werden, auch sollen ausgebildete Kapazitäten zentral arbeiten und die Ausbildung selbst konzentriert werden. Dazu fehlen jedoch alle Voraussetzungen. Es fehlen Fachkräfte und Ausbilder, Vermarktungserfahrungen sind nicht vorhanden, Maschinenwartung kann nicht durchgeführt werden, und der Ersatzteilnachschub ist nicht hinreichend gesichert. Weitgehend im Unklaren liegt die Erwirtschaftung von Betriebsmitteln und Löhnen. Im Moment regt sich ein gewisser Unwillen gegen die Konzentrierungspläne. Das bezieht sich auch auf andere Werkstattbereiche. So setzt man z.B. auf Textil-und Schuhproduktion. In der Schuhwerkstatt von Arcatao sollen Pobladores aus dem weit entfernten Los Ranchos arbeiten, was diesen ziemlich widersinnig erscheint. Im übrigen sind die Bereiche Schuhe und Textil nach allen entwicklungspolitischen Erfahrungen in den Sand gesetzt, da der Markt mit billigeren und besseren Massenprodukten aus den Maquiladoras (Weltmarktfabriken) gesättigt ist. Der ehrgeizige Plan einer bescheidenen Industrialisierung muß sich eher an kleineren Projekten und an der Kaufkraft in der Region orientieren. Auf dem Sektor regionaler Produktion gibt es wenig gute Ideen. Geplante Infrastrukturmaßnahmen (Straßen) beziehen sich ständig auf das Zentrum. Sinnvolle Lokalverbindungen (etwa zwischen den beiden Hauptstraßen in Chalatenango-Ost zwischen Las Flores und Las Vueltas) werden nicht in Angriff genommen. Aber alles ist gut gemeint und die Diskussion um einen eigenen Plan sind durchaus noch offen, trotz aller Fehler. Das Konzept der "Nueva Initiativa" bezieht sich auf das Konzept der FMLN, des sogenannten "Polo Economico" (Alternativer Wirtschaftspol). Es beschreibt im wesentlichen die Mobilisierung der Bereiche der Armutsökonomie (Informeller Sektor), der Kooperativen und der o.g. Gemeinschaftsprojekte als eine Art dualwirtschaftliche Strategie, in der das faktisch Mögliche in strategischen Reformen gedacht wird. Bei Vorstellung einer vollständigen Marktintegration ist dies allerdings keine überzeugende Perspektive.

Eigentumsformen

Relativ unberührt ist hiervon die Frage der Eigentumsformen. Bei Werkstattprojekten ist im Moment kaum ein Unterschied zwischen gemeinschaftlichen und kooperativen Formen feststellbar. Anders stellt sich die Situation im Agrarbereich dar. In den Poblaciones wurde die Gemeinschaftsarbeit zu Gunsten der Privatarbeit und privater Kooperativarbeit verändert, weil die Effektivität der Produktion in der Gemeinschaftsarbeit unter den gegenwärtigen Bedingungen zu gering ist. Gemeinschaftsarbeit verbleibt als soziale Pflichtarbeit für die Ernährung der Waisen, Witwen und alleinstehenden Frauen mit Kindern, der Erziehung, Infrastruktur usw. Sie ist eine Art Steuer. El Salvador ist ein Land, in dem historisch viele Kooperativen in anderen Bereichen existieren (z.B. Transport). Für den Bereich vorindustriell-manufakturieller Produktion fehlen jedoch

Erfahrungen völlig. Hier befinden sich die Poblaciones in den "befreiten Gebieten" in einem völligen Experimentierfeld. Das vor dem Hintergrund, neue Arbeitsplätze für die KämpferInnen schaffen zu müssen.

Frauen

Angesichts der Notwendigkeiten einerseits und der völlig unproportionalen Repräsentation der Männer in den politischen Gremien andererseits, ist zu erwarten, daß der Frieden für die Frauen eine negative Seite zum Durchbruch bringt. Konkret wollten wir das Projekt einer kooperativen Frauenbäckerei in Guarjila unterstützen. Die Majorität der Männer steht auf dem Standpunkt, daß Projektgelder für andere Notwendigkeiten kanalisiert werden müssen. Auch wenn ein gewisses Selbstbewußtsein besteht, man ließe sich nicht von den Männern aus den öffentlichen und produktiven Sektoren zurückdrängen, so kann jetzt schon eine Gegentendenz ausgemacht werden, die sich durch die Rückkehr der Guerilleros noch verstärken wird. Zu diesem Thema finden zur Zeit eine Reihe von Diskussionen unter den Frauen statt.

Die Gegenseite

Außerhalb der Zonen wird die Integration der Soldaten und Sicherheitskräfte zum größten Problem. Existiert bei den Linken noch ein gewisses Solidarnetz, so zeichnet sich heute schon ab, daß Teile der Sicherheitskräfte sich kriminelle Ersatzbetätigungen suchen. Raub und gewöhnlicher Mord steigen in San Salvador sprunghaft an. Die großen Landbesitzer und andere extreme Rechte werden sich ihre Privatarmeen unterhalten und auf eigene Rechnung politische Morde begehen. Die Politiker der Linken sind nach wie vor gefährdet. Politisch wird sich die extreme Rechte als Verliererin begreifen. Die ARENA-Partei als erfolgreichstes bürgerliches Projekt hat es vermocht, als moderne republikanische Partei mit durchaus faschistischen Zügen eine integrative Identität zu schaffen. Genau diese Gegensätzlichkeit zwischen "Modernen" und "Ultrarechten" steht jetzt wieder vor der Zerreißprobe. Die Verkleinerung der Sicherheitskräfte ist eine enorme Provokation für die Traditionalisten. Ein Staatsstreich scheint im Moment jedoch ausgeschlossen, da die Regierung der Vereinigten Staaten in El Salvador die erste politische Geige spielen - und diese Violine geigt im Moment das Lied von Freiheit und Demokratie.

Die Linke

Die politische Linke wird sich legalisieren. Sie mobilisiert durchaus immer noch viele Menschen. Aber vieles ist nicht mehr wie 1979/80. Das Elend in den Vorstädten hat entpolitisierend gewirkt. Fraglich ist, ob eine Konzentration auf den parlamentarischen Kampf und auf das Zentrum einen neuen Frühling bringt. Die Stärke lag und liegt auf dem Land. Der Ressourcenabzug, erzwungen durch die Spielregeln der bürgerlichen Demokratie wird eher schädlich sein, aber die Zukunft des Kampfes hat schon 1991 begonnen - mit einer Reihe von Landbesetzungen.

Ronald Köpke

Gruppe "Viva Guarjila"/Bielefeld

3. "Wir haben keine Entschuldigung dafür." Erklärung der RZ (Dezember 1991)

Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak338/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:338:38

Entebbe war kein Einzelfall

RZ-Erklärung über Antiimperialismus und Antizionismus

Im Dezember 1991 ist das nachfolgend dokumentierte Papier "Gerd Albartus ist tot" an verschiedene Gruppen verschickt und inzwischen in leicht gekürzter Fassung in der taz veröffentlicht worden. Wer es darauf anlegt, kann die Erklärung als Kapitulation lesen, oder als Aufkündigung der "Solidarität mit den kämpfenden Völkern im Trikont", oder einfach die Autorenschaft bezweifeln. Alles Möglichkeiten, sich die revolutionäre Ruhe nicht rauben zu lassen und liebgewonnene Einsichten dem Zugriff "zersetzender" Kritik zu entziehen. Man kann dieses Papier aber auch als viel zu seltenen Beitrag zu einer Diskussion begreifen, der sich die radikale Linke in diesem Land bei Strafe des selbstverschuldeten Untergangs nicht entziehen kann, einer Diskussion über Begriff und Strategien des Antiimperialismus.

4.7.1976: Eine israelische Sondereinheit stürmt den Flughafen von Entebbe (Uganda) und befreit ungefähr 100 von einem Entführungskommando festgehaltene Geiseln. Dabei werden die vier Entführer, zwei Angehörige einer palästinensischen Organisation und zwei Mitglieder der deutschen RZ erschossen, eine Geisel kommt ums Leben. Die Geiseln waren Passagiere einer französischen Maschine, die auf dem Flug nach Israel in die Gewalt des Kommandos geraten waren. Während der Verhandlungen der Entführer mit israelischen und deutschen Offiziellen in Entebbe waren alle jüdischen Passagiere, solche mit und solche ohne israelischen Paß ausgesondert worden. Die anderen Geiseln (ca. 180) hatten die Entführer nach und nach freigelassen.

Diese Aktion führte - so beschreibt es das vorliegende Papier - innerhalb der RZ zu heftigen Diskussion und hatte eine weitgehende Kurskorrektur zur Folge, die nicht nur ihr Verhältnis zum palästinensischen Befreiungskampf berührte, sondern ihr gesamtes antiimperialistisches Engagement.

Die Aussonderung der jüdischen Passagiere in Entebbe, der Umstand, daß die einzige Tote auf Seiten der Passagiere eine Jüdin war, die im KZ gesessen hatte, führte zu weitgehender Selbstkritik: "Israel galt uns als Agent und Vorposten des westlichen Imperialismus mitten in der arabischen Welt, nicht aber als Ort der Zuflucht für die Überlebenden und Davongekommenen, der eine Notwendigkeit ist, solange eine neuerliche Massenvernichtung als Möglichkeit von niemandem ausgeschlossen werden kann, solange also der Antisemitismus als historisches und soziales Faktum fortlebt ... Die dramatische Tatsache, daß dieses Sicherheitsbedürfnis der Juden scheinbar nur gegen die Palästinenser zu realisieren ist, stürzte uns nicht in ein unlösbares Dilemma, wir nahmen sie vielmehr zum Anlaß, uns bedingungslos auf die Seite derer zu schlagen, die in unseren Augen die Schwächeren waren. Wo wir unter anderen Voraussetzungen auf der Unterscheidung zwischen oben und unten beharrten, sahen wir im nahen Osten vor allem gute und schlechte Völker." Die kritisierte Haltung war in den 70er Jahren für den größten Teil der radikalen Linken verbindlich und wird auch heute noch (nicht nur) von antiimperialistischen Gruppen geteilt. Der ak hatte beispielsweise anläßlich der Entebbe-Aktion kein Wort über den Charakter der Entführung und die praktizierte Juden-Selektion verloren, wohl aber den Anlaß zu wüsten antizionistischen Beschimpfungen Israels genutzt. Das Wort Befreiungsaktion tauchte im ak-Kommentar beispielweise nur in Anführungszeichen auf, die bürgerlichen Medien werden gegeißelt, weil sie "die israelische Terror-Aktion verherrlicht" hätten (ak 84, 13.7.76), Israel wurde als "Gangster-Staat" gewürdigt.

Die RZ hat sich nach Entebbe zwar nicht öffentlich von der Aktion distanziert, ist aber praktisch auf Distanz zu ihrer antiimperialistischen Linie gegangen. Gerd Albartus konnte an diesen Entscheidungen nicht teilnehmen, er war zu dieser Zeit inhaftiert. Wieder in Freiheit, so wird in dem Papier ausgeführt, teilte er die Distanzierung seiner Genossen nicht, hielt Kontakt zum palästinensischen Widerstand und wurde schließlich nach dem Dezember 1987 von einer palästinensischen Gruppe als Verräter "verurteilt" und schließlich liquidiert.

In ihrem Papier "Gerd Albartus ist tot" bleiben die GenossInnen der RZ nicht bei einer Kritik dieses Mordes stehen. Die Liquidierung von "Abweichlern" verbindet sich in der Analyse der RZ mit einem bestimmten

revolutionären Konzept, dem "Mythos des Volkskriegs". Die RZ geht auf Distanz zu einem "Begriff des Antiimperialismus, der soziale Befreiung unmittelbar an die Erlangung staatlicher Souveränität koppelte." Die schmerzliche Konsequenz, daß "die Machtübernahme (nationaler Befreiungsbewegungen, Anm. jw.) den sozialen Gehalt der Revolution in fast allen Fällen eher zerstörte als entfaltete" führt sie zur "Kritik an falschen Harmonievorstellungen, wie wir sie lange Zeit gehabt haben und die hier vor allem von Seiten antiimperialistischer Gruppierungen ungebrochen genährt werden". Doch mit der Kritik der falschen Praxis wird die revolutionäre Aktion keineswegs gleich mit an den Nagel gehängt. Diesen Vorwurf, der mit Sicherheit in der Diskussion um das Papier laut werden wird, weisen die RZ ausdrücklich zurück. Die Diskussion soll nach den Vorstellungen der Autoren "diesseits der Barrikade" ausgetragen werden. Im Zentrum dieses überfälligen innerlinken Streits, der am Stichwort "Befreiungsnationalismus" in den letzten beiden Jahren schon verschiedentlich aufgeflackert ist, steht nach den Vorstellungen der AutorInnen das "leninistische Erbe, das sich in unsere Köpfe eingegraben hat". Für die RZ geht es im Ergebnis um eine internationalistische Praxis, die ohne "die Abkopplung vom hiesigen Sozialprozeß" auskommt.

Für die gesamte radikale Linke wird es darum gehen, eine Debatte um weltrevolutionäre Orientierung zu führen, die das Diktum berücksichtigt, das Rosa Luxemburg an die Adresse der Bolschewiki gerichtet hatte: "Die Perversion der Revolution ist schlimmer als ihre Niederlage".

Der Text der RZ könnte ein Signal sein, auch jene antiimperialistischen Gruppen in die Diskussion mit einzubeziehen, die dem kritisierten "Mythos des Volkskriegs" nach wie vor anhängen. Am Anfang der Debatte könnte die Feststellung der RZ im Hinblick auf den Nahost-Konflikt stehen: "Wo zwei ethnische Gemeinschaften Ansprüche auf dasselbe Stück Land erheben, gibt es keine revolutionären Lösungen".

Redakteure der Gruppe K

4. Europäische Asylpolitik: Abschieben, kontrollieren, überwachen

Von Dublin bis Schengen:

Autor: Petra Hanf und Claudia Roth · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Westeuropa / EG allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak338/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:338:14

Zur europäischen Asylpolitik von Petra Hanf und Claudia Roth

Die Forderung nach einer europäischen Asylpolitik wurde in Deutschland in den letzten Monaten immer stärker in die öffentliche Debatte eingebracht. Dabei sind es nicht die anderen EG-Staaten, die die Bundesrepublik zu einer gemeinsamen Politik in dieser Frage nötigen, es ist nicht die EG, die eine Änderung des Grundgesetzes, Art. 16 von den Deutschen verlangt; die BRD-Politik ist im Gegenteil selber die treibende Kraft in dieser Frage. Nach dem 1.1.93, der Öffnung der Binnengrenzen in der EG, so argumentieren ihre politisch Verantwortlichen, dürfe Deutschland nicht das Reserve-Asylland in der EG werden, es sei nicht tragbar, daß 60% aller Flüchtlinge, die die EG Staaten erreichen, Asyl in der Bundesrepublik beantragten.

Es ist offensichtlich, daß deutsche Politiker im EG-Rahmen für das individuelle Recht auf Asyl nicht so engagiert (und erfolgreich) kämpfen werden wie sie es vor einigen Jahren für das Reinheitsgebot des Bieres getan haben, sondern daß sie auf eine Angleichung auf dem niedrigsten europäischen Niveau zielen.

Für das Treffen des Europäischen Rates in Luxemburg in Juni 91 startete die BRD erstmals eine Initiative zur Vereinheitlichung des Asylrechts, die in dem Beschluß mündete, bis Ende 93 eine "Harmonisierung in formeller und materieller Hinsicht" (d.h. wer Asyl bekommt und nach welchen Verfahren) anzustreben. Auf der Basis dieses Beschlusses erstellte die EG-Kommission unter Federführung von EG-Kommissar Martin Bangemann zur Vorbereitung des Gipfels in Maastricht ein Papier, das an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt und sich liest, als sei es im Hause des deutschen Innenministers verfaßt.

Gemeinschaftsaufgabe: Abschieben, kontrollieren, überwachen

Um den "Mißbrauch des Asylrechts" zu verhindern, wird langfristig eine Angleichung der Verfahren und Kriterien für die Gewährung von Asyl angestrebt. Bis dahin sollen kurzfristige Maßnahmen greifen: Beschleunigung der Verfahren, Zurückweisung an den Außengrenzen in ein "sicheres" Erstaufnahme- oder Herkunftsland, schnellere Abschiebungen, Informationsaustausch zwischen den EG- Ländern über die Situation in den Herkunftsländern (Frühwarnsystem), Harmonisierung der Anwendung der Genfer Konvention und der Aufnahmebedingungen für Asylbewerber und de-facto-Flüchtlinge.

In Maastricht kam es dann zu einer leichten zeitlichen Korrektur des Luxemburger Beschlusses: Nun heißt es, bis Ende 93 sei zwar eine gemeinsame Praxis in der Behandlung von Asylverfahren noch nicht zu realisieren, immerhin sollen aber mit der Definition einer gemeinsamen Asyl- und Einwanderungspolitik die Grundlagen dafür gelegt werden - ein Beschluß, den die Bundesregierung angesichts der bisherigen Zurückhaltung der anderen EG-Länder beim Thema Harmonisierung als Durchbruch in ihrem Sinne feiern kann. Denn zumindest hat sie damit mittelfristig eine elegante Lösung für die Abschaffung des Grundgesetz-Artikels 16 gefunden, gegen die sich auch nur wenig Widerstand von SPD und FDP entwickeln wird.

Die Asylpolitik wurde in Maastricht als Angelegenheit von gemeinsamem Interesse definiert. Gemeinschaftliche Vorschriften befürwortet die Mehrheit der EG-Staaten zum jetzigen Zeitpunkt allerdings lediglich bei der Kontrolle der Außengrenzen und der Visapolitik, sowie bei den Aufenthaltsbestimmungen für kurz- und längerfristige legal Einreisende. Dabei sind die EG-Staaten auch auf Unvorhersehbares bestens vorbereitet. So heißt es im Maastrichter Vertrag zur politischen Union u.a.: "Bei einer Notlage in einem Drittland, die zu einem plötzlichen Zustrom von Staatsangehörigen aus diesem Land in die Gemeinschaft zu führen droht, kann der Rat ... den Visumzwang für Staatsangehörige des betreffenden Landes einführen."

Das alles, so heißt es im Maastrichter Vertrag, müsse natürlich auf der europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und auf der Genfer Konvention basieren, die alle EG-Staaten unterschrieben haben. Was aber sind diese Konventionen, die die Rechte der Flüchtlinge im Zufluchtsland sichern, noch wert, wenn die Flüchtlinge daran gehindert werden, die Grenzen des Zufluchtslandes überhaupt zu erreichen?

Bis es in einigen Jahren ernst wird mit der materiellen und formellen Harmonisierung des Asylrechts, d.h. für die BRD mit der Abschaffung des Artikels 16 GG, wird weiterhin an der Perfektionierung der Abschottung mittels zwischenstaatlicher Verträge gebastelt, die vielen KritikerInnen ein noch größerer Dorn im Auge sind, da sie in aller Regel unter völligem Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelt werden. So ist das als Modell für die europäische Asylpolitik geltende Schengener Zusatzabkommen ohne parlamentarische und öffentliche Kontrolle zustandegekommen. Und eine breitere Öffentlichkeit erfuhr erst aus der Zeitung, daß im Sommer in Dublin von den EG-Staaten eine Konvention unterschrieben wurde, die die Zuständigkeit eines einzigen Landes für einen Asylantrag festlegt. Danach soll ein Flüchtling nur noch in einem Land, in der Regel in dem, in das er zuerst eingereist ist, einen Antrag auf Asyl stellen können. Ist sein Antrag dort abgelehnt, gilt diese Entscheidung auch für alle anderen Vertragsstaaten (Prinzip der "one-chance-only"). Jeder Staat wird daher natürlich versuchen, den "Gebietskontakt" mit dem Territorium seines Landes zu vermeiden, daher liegt es in der Logik, daß eine gemeinsame Grenzsicherungspolitik im allgemeinen Interesse der EG-Staaten ist. Deshalb will man nun möglichst bald das "Übereinkommen zum Schutz der Außengrenzen" unterschreiben, das in erster Linie gemeinsame Visabestimmungen festlegt. Es ist dies der Versuch, die letzten Schlupflöcher für Verfolgte zu stopfen. Schon jetzt gilt im übrigen für Staatsangehörige aus 112 sog. Drittstaaten die Visumpflicht in allen EG Ländern.

Schengener Verträge: wieder mal für alles gut

Weil die Bundesregierung nun auf eine Harmonisierung des Asylrechts noch ein paar Jahre warten muß, drängt sie jetzt auf die Ratifizierung der Verträge von Schengen und Dublin. In ihrem asylrechtlichen Teil beinhalten beide Übereinkommen den Grundsatz der "one-chance-only". Da die Bundesrepublik aber jedem Asylsuchenden, der sich auf dem Gebiet des Landes aufhält, aufgrund des Grundgesetzartikels ein rechtmäßiges Verfahren einräumen muß, würde die Durchsetzung dieser Bestimmung in Deutschland einen klaren Verfassungsbruch darstellen. Zwar enthält der Schengener Vertrag einen "nationalen Vorbehalt", der den Einzelstaaten die Umsetzung dieses Artikels freistellt, wie die Praxis dann jedoch aussehen wird, steht auf einem anderen Blatt. Wo kein Kläger, da kein Richter.

Ex-Innenminister Schäuble jedenfalls bekannte sich schon öffentlich dazu, in diesem Fall mal ein Auge zuzudrücken und über die verfassungsrechtlichen Bedenken im eigenen Interesse hinwegzusehen. "Wenn in Zukunft der Justiz- und Innenminister übereinstimmend der Meinung sind, man könne das auch ohne Grundgesetzänderung machen, werde ich meine persönliche Skepsis in dieser Frage notfalls unterdrücken", gestand er Ende November in einem Interview (SZ 28.11.91).

Ganz in diesem Sinne legte das Bundesinnenministerium im November einen Ratifizierungsentwurf für das Schengener Abkommen vor, bei dem es um Änderungen des Asylverfahrensgesetzes geht. Künftig soll demnach z.B. gelten, daß ein in der Bundesrepublik gestellter Asylantrag als "unbeachtlich" einzustufen ist, wenn der Antragsteller bereits "Gebietskontakt" gleich welcher Art und Dauer mit einem anderen Vertragsstaat hatte. Der Flüchtling soll dann in diesen Staat überstellt werden. Ein Antrag eines Bewerbers/einer Bewerberin, der/die bereits in einem anderen Vertragsstaat abgelehnt wurde, soll nur noch möglich sein, wenn "hinreichende Anhaltspunkte" dafür sprechen, daß der Antragsteller als asylberechtigt in der Bundesrepublik anerkannt werden könnte.

Das Prinzip der "one-chance-only" suggeriert, jeder Flüchtling habe auch die gleiche Chance, wenn nur gesichert sei, daß er in mindestens einem Vertragsland die Möglichkeit hat, einen Antrag auf Asyl zu stellen. Solange es aber keine einheitlichen Anerkennungskriterien gibt, ist genau dies nicht der Fall. Nur noch 2% der Flüchtlinge, die die Bundesrepublik Deutschland erreichen, kommen auf dem Luftweg - zweifelsohne ein "Erfolg" der seit 1987 praktizierten Sanktionen gegen Fluggesellschaften, die Passagiere ohne gültige Einreisepapiere befördern (während es vorher 30% waren).

Das hat zur Folge, daß nur noch rund ein Drittel aus außereuropäischen Ländern einreist. Auch deswegen kommt zur Zeit das Gros der Asylsuchenden aus Ost- und Südosteuropa. Für die Bundesrepublik stellt sich daher die zentrale Aufgabe zu einer Flüchtlingsabwehr-Kooperation mit ihren östlichen Nachbarstaaten zu kommen. Erste Versuche waren die Innenministerkonferenzen im Januar 91 in Wien und im Oktober des gleichen Jahres in Berlin, auf der wirtschaftliche, aber auch Hilfe zur Ausstattung der Polizei verabredet wurde. Natürlich wird nach allen Konferenzen darauf hingewiesen, daß eine langfristige Lösung des Flüchtlings"problems" nur durch verstärkte Hilfen der reichen europäischen Staaten gegenüber den

Herkunftsländern der Flüchtlinge zu erreichen sei. Schöne Worte, denen keine Taten folgen? Falsch geraten. Die europäischen Staaten sind sehr wohl zu einer Unterstützung ihrer armen Nachbarn bereit, allerdings nicht, um den Menschen außerhalb der EG eine Zukunft in ihrer Heimat zu ermöglichen und ihre Lebensbedingungen zu verbessern, sondern um die Staaten zu "ermuntern", die Emigration zu verhindern. Nach dem Drama von Bari sagte Italiens Innenminister Scotti Ende August 91 ganz deutlich: "Wir hätten Milliarden Lire sparen können, wenn wir Albanien von vorneherein dabei unterstützt hätten, die Emigration zu verhindern."

Wenig Widerstand in Sicht

Die Kritik an den sogenannten europäischen Lösungen in der Asylfrage ist auf ein enges politisches Spektrum begrenzt. Die Entwicklungen in der EG, wie z.B. auch die in Maastricht beschlossene Einrichtung von Europol, gehen an den meisten schlicht vorbei. Das Jahr 92 mit seiner Kampagne gegen 500 Jahre Kolonialisierung, dem G7-Gipfel in München und den EG-Binnenmarkt böten allerdings eine gute Gelegenheit, auch das Thema Europa und Flüchtlinge stärker ins öffentliche Bewußtsein zu rücken und zu einer stärkeren Kooperation der europäischen Antirassismusinitiativen zu führen.

Auf breite Bündnisse darf man dabei allerdings nicht hoffen. Denn auch im rot-grünen Spektrum begeistert man sich für die große europäische Idee. "Im übrigen wäre in einer europäischen Flüchtlingsregelung auf der Basis der Genfer Konvention der Anspruch des Artikel 16 Grundgesetz zu sichern. Eine weitere Variante wäre es, einheitliche Standards und Anerkennungsverfahren für Flüchtlinge in Anlehnung an das deutsche Asylrecht gemäß Artikel 16 Grundgesetz und der Genfer Flüchtlingskonvention zu vereinbaren", schrieb Jürgen Trittin, niedersächsischer Minister für Europaangelegenheiten im letzten August in der "taz".

Es wäre schön, wenn es Anlaß zu der Hoffnung gäbe, eine europäische Asylpolitik würde sich an diesen, verhältnismäßig hohen Standards orientieren. Noch schöner wäre, wenn die westeuropäischen Industrienationen, die in der EG das Sagen haben, sich nicht nur in den Entschließungen des Europaparlaments zu einer Asylpolitik bekennen würden, die sich "an den Menschenrechten und den internationalen Verpflichtungen" orientiert. (Entschließung des EP vom Oktober 91). Aber das Europaparlament ist nur eine Art moralische Instanz; die tatsächlichen Entscheidungen werden in anderen Gremien gefällt. Von daher wäre es gut gewesen, Trittin hätte der Überschrift seines Artikels "Für eine humane Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik der EG" den kleinen Untertitel hinzugefügt: "Eine Utopie".

5. Grünes Einwanderungsgesetz vorgelegt von Ulla Jelpke und Albrecht Maurer

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Grüne (und Vorläufer) · CD-Datei: daten/aksuche/ak338/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:338:25

Nach monatelanger Ankündigung und z.T. heftigen internen und öffentlichen Debatten haben die Grünen den Entwurf eines "Gesetzes zur Regelung der Rechte von Niederlassungsberechtigten, Einwanderinnen und Einwanderern" vorgelegt. Dieses Einwanderungsgesetz ist wesentlicher Teil der grünen AusländerInnen- und Flüchtlingskonzeption. Diese Konzeption ist in fast allen wesentlichen Punkten abgekupfert vom US-Vorbild. Neben dem Einwanderungsgesetz (Einw.G.) gehören dazu noch

- Gesetz über die Rechtsstellung von Flüchtlingen (Flüchtlingsgesetz)

- und der Entwurf eines Gesetzes zur verfassungsrechtlichen Bestimmung des Bürgerbegriffs.

Der vorgelegte Entwurf enthält das Niederlassungsgesetz, das Einbürgerungsgesetz und das Einwanderungsgesetz. Es ist zu befürchten, daß das Gesamtpaket auf relativ große Zustimmung im linken und linksliberalen Spektrum stoßen wird und daß es zudem in Kreisen der ImmigrantInnen Unterstützung erhält. Der Grund ist einfach: Eine Vielzahl der Forderungen, die in den letzten Jahren der offiziellen Ausgrenzungs- und Sonderrechtspolitik gegenüber AusländerInnen entgegengesetzt worden sind, sind in diesem Gesetzentwurf enthalten: Erleichterung der Einbürgerung, eigenständige Rechte für EhegattInnen und LebenspartnerInnen, Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Geburt und nicht durch Abstammung, sowie weitere politische und soziale Rechte.

Im Laufe der Auseinandersetzung werden diese Punkte, die auf Verbesserung der Situation der hier lebenden AusländerInnen zielen, gegenüber linker Kritik in den Vordergrund geschoben werden. Die entscheidenden Pferdefüße des Gesetzes wurden im Pogromherbst '91 hervorgekehrt: Quoten, d.h. Begrenzung der Anzahl der Einwanderer und Einwanderinnen. Sie müssen auch gesehen werden im Zusammenhang mit der alljährlichen Kontingentierung der Flüchtlinge per Gesetz, wie sie im Flüchtlingsgesetz vorgesehen ist.

Mit diesen beiden Wegen zur Beschränkung bestimmter Sektoren der AusländerInnen wurde die "realistische Wende" der Grünen propagiert. Gewettert wurde gegen die illusionäre Politik der offenen Grenzen und gegen den damit verbundenen verantwortungslosen Umgang mit den Problemen der hier lebenden AusländerInnen.

Dieser Teil der Gesetzentwürfe ist denn auch Ausdruck der "neuen" Bündnispolitik der Grünen in Sachen AusländerInnenpolitik in das Lager der FDP- und CDU-WählerInnen hinein. Getrost können wir davon ausgehen, daß diese Punkte das Hauptanliegen der Gesetzentwürfe sind, mag hinter den anderen, fortschrittlichen Bestandteilen noch so viel guter Wille und Hoffnung auf diese Art Realpolitik stecken.

Ozan Ceyhun, Referent der Grünen für Einwanderungs- und Asylpolitik formuliert die Ziele so: "Die Gewalt eskaliert. Wir müssen uns eingestehen, daß zwischen den pogromartigen Ausschreitungen und der Art, wie die politische ‚Asylanten'-Debatte in diesem Land geführt wird, ein enger Zusammenhang besteht. Es ist deshalb für den Schutz der EinwanderInnen und der Flüchtlinge wie auch für die politische Kultur unserer Republik höchste Zeit, daß auch die Gegenposition einer humanen Einwanderungs- und Asylpolitik formuliert und in der Öffentlichkeit diskutiert wird." (Brücke, 6/91)

Und weil "der ‚normale' Deutsche uns nicht versteht" (ebd.) müssen "viele ehemalige weltfremde Argumente und Konzepte ersetzt werden durch die Differenzierung nach der Zuwanderungsrealität und des Aufenthaltsgrundes der Zugewanderten." (ebd.)

Ob der ‚normale' Deutsche einverstanden ist, sei dahingestellt; verstehen wird er die Grundannahme des Gesetzes auf jeden Fall: Es gibt Asylmißbrauch, und durch Regelungen und zahlenmäßige Beschränkungen, zu denen "wir" auf jeden Fall das Recht haben, muß der "Ausländerstrom" gelenkt und begrenzt werden. Das Einwanderungsgesetz soll das Asylrecht entlasten, das durch Mißbrauch in Mißkredit gebracht worden ist. Und dazu bietet es eine scheinbar problemlose Zugangsmöglichkeit zur Bundesrepublik an. Einen Antrag auf Einwanderung nämlich. Diejenigen, die bisher versuchten, über das Asylverfahren hierherzukommen, sollen bzw. können es nun mit einem Antrag auf Einwanderung versuchen. So lautet der Lockruf. Übersteigt die Zahl

der Anträge allerdings die der vorher jährlich festzulegenden Quote, so ist denen stattzugeben, die "vorrangige Einwanderungsgründe" geltend machen können.

Das soll natürlich liberal gehandhabt werden. Andererseits soll aber auch "gegenüber den Zuwanderungswilligen deutlich gemacht werden, daß nur eine bestimmte Anzahl aufgenommen werden könne". Hier ist zunächst die zahlenmäßige Begrenzung formuliert. Die Kriterien, die Einwanderungsanträge begründen und die auch die "Vorrangigkeit" begründen sollen, zeigen, daß es auch um eine qualitative Zuwanderung gehen soll.

In sechs Punkten werden Einwanderungsgründe aufgelistet, deren Reihenfolge zugleich Rangfolge ist (eins ist wichtiger als zwei, zwei wichtiger als drei ...): 1. Zuzug von Verwandten. 2. Aus-, Fort- oder Weiterbildung. 3. Einladung durch eine Privatperson oder eine staatliche oder nichtstaatliche Stelle. 4. Beschäftigung bei einem Arbeitgeber. 5. Aufnahme einer Tätigkeit, die eine soziale und wirtschaftliche Eingliederung erwarten läßt. 6. Aufnahme einer Tätigkeit oder Aus-, Fort- und Weiterbildung, die bei einer Rückkehr in das Herkunftsland von sozialer oder wirtschaftlicher Bedeutung ist. Werden einer oder mehrere dieser Gründe angegeben, so wird mittels eines Punktesystems deren Bedeutung festgestellt.

Zusammengefaßt bis hierher: Ziel ist (u.a.) die "Entlastung des Asylrechts" von nichtberechtigten Anträgen. Diese Menschen sollen auf die Möglichkeit der Einwanderung verwiesen werden. Ihre Anzahl wird jährlich festgestellt. D.h. im konkreten Fall hofft jemand auf den im Vergleich zur restriktiven Handhabung des Asylrechts einfacheren Zugang via Einwanderung und: knallt dort gegen die Mauer der Quote. Weil - s.o. - den Zuwanderungswilligen deutlich gemacht werden muß, daß nur eine bestimmte Anzahl hereindarf ...

Sieht mensch sich die Einwanderungsgründe und das Punktesystem genauer an, wird deutlich, daß darin alle Vorstellungen der bisherigen "Integrationspolitik" enthalten sind, daß Qualifizierte und mit privaten oder institutionellen Beziehungen ausgestattete Menschen die größten Chancen haben werden.

Das ergibt eine ähnliche Definition von Einwanderungsland, wie sie CDU-Generalsekretär Rühe vornimmt (aber für die BRD ablehnt): "Einwanderungsland bedeutet ja, daß man eben nicht die Ärmsten der Armen hereinläßt, sondern das glatte Gegenteil, daß ein Staat sich gezielt die Menschen aussucht, die er in sein Land hineinnimmt. Das sind junge Menschen oder solche mit Berufen, die hier Mangelware sind, und das sind auch Menschen, die als Voraussetzung, daß wir sie hereinlassen, ein bestimmtes Einkommen haben..." (Welt, 27.12.91)

Für die Ärmeren halten die Grünen dann das Flüchtlingsgesetz und eine erweiterte Asyl- und Verfolgungsdefinition bereit. Mit einem großen Haken: auch nach dem Flüchtlingsgesetz werden jährliche Kontingente festgelegt aufgrund der Prognosen politischer und wissenschaftlicher Experten und Menschenrechtsorganisationen. Auch dabei sollen selbstverständlich Kontingente aus aktuellem Anlaß weiterhin möglich sein - entscheidend sind aber auch hier die Regelungen zur zahlenmäßigen Begrenzung der im voraus festgelegten Kontingentflüchtlinge. Diese in den Gesetzen konstruierten verschiedenen und angeblich klar voneinander abgrenzbaren Sektoren der Flüchtlinge und ImmigrantInnen werden noch zueinander in Bezug gesetzt: Bei der Festlegung der Quoten soll der Vorrang der Aufnahme von Flüchtlingen aus humanitären Gründen beachtet werden. Das alles zeigt, wie umfassend die Gedanken von "Sozialverträglichkeit" und der begrenzten Aufnahmefähigkeit der BRD und des Asylmißbrauchs die Feder der AutorInnen geführt haben.

Die Anmaßung und das Recht zur Quotierung und Kontingentierung bestimmter Teile der Zuwanderungswilligen würde einen unglaublichen Druck auf die Handhabung des Asylrechts und -verfahrens ausüben. Alle Erweiterungen der Asyl- und Fluchtdefinitionen, alle Verbesserungen in der politischen und sozialen Situation der AusländerInnen könnten daran nichts ändern.

Mit diesen Entwürfen werden sich die Grünen im linksliberalen Spektrum sicherlich neue FreundInnen schaffen in dem von Ceyhun und anderen angepeilten FDP/CDU-WählerInnenkreisen wird es gerade zu den hier vorgestellten Punkten Zustimmung geben. Der Entwicklung einer humanen, demokratischen AusländerInnenpolitik erweisen sie einen Bärendienst. Die in den letzten Jahren erreichte Einengung der Probleme auf die Frage "Einwanderungsland Ja oder Nein" und die in den Feuilletons gepflegte Errichtung der "multikulturellen Gesellschaft" hat jetzt auch bei den Grünen die logische Antwort gefunden.

6. Armut und Rassismus

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Imperialismus und Weltwirtschaft; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak338/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:338:24

Nach einer Schätzung des Internationalen Roten Kreuzes gibt es derzeit auf der Welt etwa 500 Millionen Armutsmigranten und Flüchtlinge. (1) Das entspräche einem knappen Zehntel der Weltbevölkerung.

Wie sich diese sehr grobe Berechnung im einzelnen zusammensetzt, ist unklar. Zuverlässiges und eindeutiges Zahlenmaterial gibt es nicht. Vor allem das Ausmaß der Binnenmigrationen, bei denen die Menschen ihr Land nicht verlassen, läßt sich nur näherungsweise schätzen. Gerade diese machen aber zweifellos den größten Teil aller Migrationsbewegungen aus - sicher über 80 Prozent, wahrscheinlich über 90 Prozent.

Wenn in der öffentlichen Diskussion von "Menschen auf der Flucht" die Rede ist, werden meist sehr viel niedrigere Zahlen genannt, in den letzten Jahren wechselnd zwischen 12 und 20 Millionen. Diese Größenordnung wird gelegentlich auch in linken Publikationen und Stellungnahmen zugrunde gelegt. Sie ist aber für eine Vorstellung über das globale Ausmaß und die künftige Entwicklung der Armutsmigration nicht einmal näherungsweise geeignet.

"Flüchtlinge" (refugees) sind die einzige Migrantengruppe, über die seit vielen Jahren eine globale Statistik der UNO vorgelegt wird. Als "Flüchtling" in diesem Sinn wird definiert (2): "eine Person, die wegen einer begründeten Furcht vor Verfolgung aufgrund von Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder politischen Richtung sich außerhalb des Landes ihrer Nationalität befindet, und die nicht in der Lage oder wegen solcher Furcht nicht willens ist, den Schutz dieses Landes in Anspruch zu nehmen, oder die staatenlos ist und sich außerhalb des Landes ihres früheren Wohnsitzes befindet, und die nicht in der Lage oder wegen solcher Furcht nicht willens ist, in dieses Land zurückzukehren."

40 Millionen Flüchtlinge

In der Praxis registriert die UNO bzw. deren Unterabteilung UNHCR unter dem Titel "refugees" - neben der relativ kleinen Zahl von "politischen Flüchtlingen" im engen traditionellen Sinn - hauptsächlich Menschen, die aufgrund von Krieg oder Bürgerkrieg ihr Heimatland verlassen haben. Also genau jene Gruppen von Flüchtlingen und Vertriebenen, die im allgemeinen in der BRD kaum Aussicht auf Anerkennung ihrer Asylberechtigung haben.

1990 wurde die Zahl der "refugees" von der UNO mit 20 Millionen angegeben (1). 1985 waren es 12,5 Mio. gewesen (3). Die Zahl unterliegt großen Schwankungen und läßt sich in ihrer künftigen Entwicklung nicht einschätzen, da sie völlig von nicht prognostizierbaren Ereignissen (Kriege, Bürgerkriege, An- und Rücksiedlungsmöglichkeiten) abhängt. Sichtbar ist aber über Jahrzehnte hin das Wachsen der Zahl dieser Kategorie von Flüchtlingen.

Seit Überwindung der vom Zweiten Weltkrieg hinterlassenen Fluchtprobleme kommen die von der UNO registrierten Flüchtlinge ausschließlich aus Ländern der Dritten Welt, und sie bleiben zum größten Teil auch dort. So waren beispielsweise 1985 etwa 83 Prozent dieser Menschen von benachbarten Ländern der Dritten Welt aufgenommen worden. Nur 17 Prozent hatten in den kapitalistischen Industriestaaten Asyl gefunden, davon fast die Hälfte in den USA. Lediglich 5,5 Prozent der von der UNO registrierten Flüchtlinge lebten in Europa (3).

Es ist daran zu erinnern, daß die UNO als "Flüchtlinge" nur Menschen verzeichnet, deren Bewegung erstens hauptsächlich durch politische Vorgänge bedingt ist und die zweitens ihr Heimatland verlassen haben. Wenn wir die primär ökonomisch und/oder ökologisch verursachten Fluchtbewegungen erst einmal noch außer acht lassen, bleibt festzustellen, daß viele Millionen politisch bedingter Flüchtlinge in der UN-Statistik nicht auftauchen, weil sie zwar ihr Wohngebiet verlassen haben, aber in den Landesgrenzen geblieben sind. Dazu gehören beispielsweise auch rund eine Million Menschen, die innerhalb der Sowjetunion ihre Heimat verlassen mußten, mit Armeniern und Aserbaidschanern als größten Gruppen. In Jugoslawien gibt es an die 700.000 Kriegsflüchtlinge, von denen sich aber nur maximal 150.000 im Ausland aufhalten. Ähnliche Relationen gibt es in afrikanischen und lateinamerikanischen Krisengebieten. Insgesamt ist anzunehmen, daß die Zahl der

politisch bedingten Binnenflüchtlinge nicht kleiner, sondern eher größer ist als die Zahl der von der UNO registrierten "refugees" im Ausland.

Es scheint demnach realistisch, die Gesamtheit politisch bedingter Flüchtlinge zwischen 30 und 40 Millionen zu schätzen, vielleicht sogar noch mehr. Entsprechend verkleinert sich der relative Anteil von ihnen, der in Nordamerika, den EG- und EFTA-Staaten sowie Australien Zuflucht gefunden hat. Er liegt mit Sicherheit unter 10 Prozent, wobei weniger als 2 Prozent auf Europa entfallen dürften. Das ist der Beitrag, den die reichsten Staaten der Welt leisten. Ein Land wie Indien, wo etwa 40 Prozent der Menschen "unterhalb der Armutsgrenze" leben, hat mehr Flüchtlinge (im Sinne der UNO- Definition) aufgenommen als die BRD. Und von den Zigmillionen primär ökonomisch bedingter Flüchtlinge und Migranten haben wir noch gar nicht gesprochen.

Migranten und Megastädte

Vergleichsweise gut läßt sich die Zahl der Arbeitsmigranten eingrenzen, die in den kapitalistischen Industriestaaten und in einigen wenigen Einwanderungsländern der Dritten Welt leben. Sie liegt in Europa bei 15-20 Millionen, wobei es sich mehrheitlich um Menschen aus anderen europäischen Ländern handelt. Die nächstgrößeren Gruppen kommen aus den unmittelbar an Europa angrenzenden Regionen Türkei und Nordafrika.

Ganz grob überschlagen ist die Zahl der Arbeitsmigranten "ausländischer" Herkunft in der übrigen Welt mindestens ebenso hoch wie in Europa, so daß eine weltweite Gesamtschätzung zwischen 40 und 50 Millionen realistisch sein dürfte. Wahrscheinlich handelt es sich dabei mehrheitlich nicht um Armutsmigranten, wenn darunter Menschen verstanden werden, die vor dem Verhungern oder langfristiger Arbeitslosigkeit geflüchtet sind. Aus naheliegenden Gründen sind es mehrheitlich nicht die "Ärmsten der Armen", die den oft weiten, schwierigen und teuren Weg in die kapitalistischen Wohlstandszonen schaffen.

Für die große Mehrheit der Armutsmigranten gilt jedoch das gleiche wie für die politisch bedingten Flüchtlinge: sie bleiben im Bereich der Dritten Welt, und weit mehr als jene bleiben sie auch im Land ihrer Geburt. Sichtbarster Ausdruck dieser Wanderungsbewegungen ist das rapide, außer Kontrolle geratene Anwachsen der "Megastädte". Bekanntestes Beispiel: Mexico-City, über 20 Mio. Einwohner. In diesen flächendeckenden Riesenslums sammeln sich Millionen Menschen, die in ihrer Heimat unter noch elenderen und aussichtsloseren Bedingungen gelebt hatten. Ein Folgeproblem sind katastrophale sanitäre und medizinische Verhältnisse. Es kommt zu Epidemien, wie sie im Frühkapitalismus auch das Wachstum der europäischen Städte "begleiteten". Dies aber in ungleich größerem Ausmaß, weil heute das Anschwellen der Stadtgebiete sehr viel schneller vor sich geht und die Zahl der Menschen wesentlich größer ist. Die Aussichten, einen Job zu bekommen, der mehr als bloßes Vegetieren erlauben würde, sind für die meisten zugewanderten Menschen in den Megastädten gering.

Die Gesamtzahl der Armutsmigranten in den Millionenstädten der Dritten Welt liegt mit Sicherheit weit über 50 Millionen und ist vermutlich auch mit 100 Millionen nicht überschätzt. Dennoch ist dies wohl nur der kleinere Teil der gesamten Armutsmigration, die überwiegend eine Flucht aus landwirtschaftlich geprägten Verhältnissen ist. Allein in China wird es bis zum Jahr 2000 etwa 200 Millionen "überflüssige" Arbeitskräfte auf dem Land geben (4), deren einzige Chance in Migration bestehen würde. Schon jetzt liegt die Zahl der Wanderarbeiter und "auf Arbeit Wartenden" in China wahrscheinlich bei mehreren Zigmillionen. Gleiches muß für Indien angenommen werden. Eine vergleichbare Situation (in einer Größenordnung bis zu 30 Millionen Menschen) könnte sich auch in und zwischen einigen Nachfolgestaaten der Sowjetunion entwickeln.

Ein Anhaltspunkt für die künftige Entwicklung der globalen Armutsmigration ergibt sich aus der Schätzung, daß die Weltbevölkerung jährlich um etwa 80 Millionen zunimmt, davon 90 Prozent in den Ländern der Dritten Welt (5). Aus anderen Zahlen, die von der OECD publiziert wurden, ergibt sich, daß jedes Jahr 35-40 Millionen zusätzliche Jobs geschaffen werden müßten, um mit dem Bevölkerungswachstum Schritt zu halten (6). Das ist angesichts der eben genannten, durchaus plausiblen Wachstumsrate ein unverständlich niedriger Ansatz. Im übrigen ist dabei die millionenfach stattfindende Vernichtung oder das "Überflüssigwerden" bestehender Arbeitsplätze (vor allem in der Landwirtschaft der Dritten Welt) noch nicht einmal berücksichtigt.

Aber selbst aus der Minimalzahl von 35- 40 Mio. neu zu schaffender Arbeitsplätze pro anno ergibt sich zweifelsfrei, daß die Probleme nicht primär durch Emigration in die hochindustrialisierten Länder lösbar sind.

Es sei denn, man würde von einem unbegrenzten Vertrauen in die Möglichkeiten und Vorteile kapitalistischen Wachstums in den bestehenden Metropolen ausgehen. Selbst dann wäre aber zu bedenken, daß eine solche Entwicklung die globalen Verhältnisse noch weiter zu Ungunsten der Dritten Welt verschieben würde. Schon beim derzeitigen Stand ist festzustellen, daß etliche Staaten der Dritten Welt über den "brain drain" klagen, d.h. über eine massenhafte Abwanderung von relativ Qualifizierten in die kapitalistischen Metropolen, die die Entwicklungsmöglichkeiten der Auswanderungsländer erheblich beeinträchtigt.

Und wenn 20 Millionen kommen?

Alles zusammengenommen mag die eingangs erwähnte Gesamtschätzung des IRK von 500 Millionen Armutsmigranten wohl im Bereich des Plausiblen liegen - bei einem jährlichen Wachsen dieser Zahl um mindestens 40 Millionen. Der linke Diskurs in der BRD um Asylpraxis, Einwanderung, "offene Grenzen" und Rassismus bewegt sich aber nahezu vollständig außerhalb dieser globalen Realität, die für Zigmillionen Menschen immerhin eine Frage von Leben und Tod ist. (7)

Zwei Herangehensweisen sind dabei zu unterscheiden: Deutsche "Linksradikale" zeichnen sich dadurch aus, daß sie sich für praktische Konsequenzen ihrer politischen Forderungen generell nicht interessieren - sei es nun aus Zynismus oder sei es, weil sie a priori von der Nichtrealisierbarkeit ausgehen. Die hypothetische Frage, wie sich die Verhältnisse entwickeln könnten, wenn bei Öffnung der Grenzen innerhalb des nächsten Jahrzehnts tatsächlich zehn oder zwanzig Millionen Armutsmigranten Einlaß in die BRD begehren, diese Frage interessiert deutsche "Linksradikale" nicht nur nicht, sondern wird von vornherein als rassistisch zurückgewiesen.

Im Gegensatz dazu die linksmoderate und linksliberale Herangehensweise: Sie geht von der aktuellen Zahl von 200.000 oder 250.000 Immigranten ("Asylbewerber") pro anno aus. Richtig wird dann festgestellt, daß dies selbstverständlich kein ernsthaftes Problem für ein Land wie die BRD darstellt. Im Gegenteil kann darauf verwiesen werden, daß eine regelmäßige Einwanderung in etwa dieser Höhe sogar erforderlich ist, um den durch Abnahme der deutschen Bevölkerung entstehenden Bedarf an Arbeitskräften zu decken (8).

Die genannte Argumentation berücksichtigt aber nicht hinreichend, daß die Zahl von jetzt rund 250.000 Immigranten (Stand 1991) das Produkt einer äußerst rigiden und rassistisch selektiven Zuwanderungspolitik der BRD ist. In totaler Umkehrung der globalen Relationen kamen 1991 annähernd zwei Drittel der "Asylbewerber" aus Osteuropa. Abgesehen davon, daß die BRD es geschafft hat, besonders die Immigration aus Ländern der Dritten Welt praktisch immer mehr zu erschweren, zeigt in etlichen Ländern (z.B. Ghana, Indien, Sri Lanka) anscheinend auch die gewollte Abschreckung durch die Asylpraxis der BRD ihre Wirkung.

Man sollte also nicht mit der derzeitigen Einwanderungsrate argumentieren, wenn man die Forderung nach "offenen Grenzen" vorträgt. Problematisch ist auch das Argument, die Hypothese von Millionen potentiell Einwanderungswilligen sei pure Panikmache, weil soviele Menschen vermutlich überhaupt nicht in die BRD kommen wollen.

Vergegenwärtigen wir uns, daß auf der Welt Hunderte von Millionen Menschen "unterhalb der Armutsgrenze" leben, daß Hunderte von Millionen auf der Suche nach einem Job sind. Vergegenwärtigen wir uns außerdem, daß die Zahl der Menschen, die pro anno durch Hunger und medizinische Unterversorgung sterben, mit 20 Millionen wohl nicht überschätzt ist. Zumindest für diese Menschen liegt auf der Hand, daß sie nicht deshalb in ostafrikanischen Flüchtlingslagern oder auf den Straßen von Bombay oder Dacca krepieren, weil sie diesen Aufenthaltsort jedem anderen auf der Welt vorziehen.

Anders gesagt: Die Bewegungen der Armutsmigration haben entsetzlich wenig mit dem freien Willen der Menschen zu tun. Und von allen Faktoren, die 80-90 Prozent dieser Bewegungen weit von den Grenzen der kapitalistischen Metropolen entfernt halten, gehören Grenzregime und Ausländerrecht zu den vergleichsweise drittrangigen. Die Armutsmigration wird hierarchisiert und reguliert durch die strukturellen Vorgaben einer weitgehend von den Bedürfnissen und Gesetzen des Kapitalismus geprägten Weltordnung.

Hierarchie der Armut

Es ist selbstverständlich banal, wird aber gerade deshalb nicht hinreichend beachtet: Migration hängt von der Gesundheit, vom Alter, von der Ausbildung und von der Energie eines Menschen ab. Wer krank oder behindert ist, wer kaum noch körperliche Kraft hat, wer am Rande des Todes vegetiert, wer keine Schule besucht hat

und kaum über das eigene Dorf hinausgekommen ist, wer sich nur noch apathisch verhält, der bewegt sich in der Regel auch in äußerster Not nicht über weite Strecken und schon gar nicht in völlig fremde Länder. Als Migranten aus eigener Kraft scheiden außerdem - soweit es jedenfalls die kapitalistischen Metropolen angeht - von vornherein alle Menschen aus, die nach den hier herrschenden Maßstäben zu jung oder zu alt sind, um ihre Arbeitskraft anzubieten.

Eine wesentliche Rolle spielen auch die Entfernungen. Falls das angestrebte Einwanderungsland nicht in der Nähe liegt, müßte eine kostspielige Reise angetreten werden. Wer aus Südostasien oder Ostafrika in die BRD zu gelangen versucht - "offene Grenzen" vorausgesetzt -, müßte ein mittleres Jahresgehalt aufbringen, um den Flug zu bezahlen. Gerade die eigentlichen Armutsmigranten können das jedoch in der Regel nicht, oder höchstens mit Hilfe der Ersparnisse der ganzen Familie. Es ist daher logisch, daß die überwiegende Mehrheit der hier ankommenden "Asylbewerber" aus der Dritten Welt körperlich im wesentlichen gesund und arbeitsfähig ist, daß es Menschen zwischen 20 und 40 (mehrheitlich Männer) sind, daß viele von ihnen aus dem "gebildeten Mittelstand" ihres Landes kommen. Ebenso logisch ist, daß Menschen aus der Dritten Welt nur eine Minderheit unter den in der BRD ankommenden Immigranten sind und daß ihr relativer Anteil vermutlich noch weiter abnehmen wird.

Allgemein gesprochen würde sich selbst bei absolut "offenen Grenzen" die reale Immigration aus der Dritten Welt in die kapitalistischen Metropolen an einer pseudo-natürlichen, strukturellen Quotierung orientieren, selbst wenn diese nicht explizit formuliert würde. Wessen Arbeitskraft zur kapitalistischen Verwertung nach den in der BRD herrschenden Maßstäben nicht taugt, der hat von vornherein kaum Chancen, überhaupt den Weg hierher zu schaffen. Und umgekehrt: wer bis in die BRD oder ein anderes westeuropäisches Land kommt, der hat wahrscheinlich beste Voraussetzungen, sich auch unter schwierigen Verhältnissen einerseits durchzuschlagen, andererseits anzupassen. Sollte dennoch zufällig ein "Ungeeigneter" bis in die Metropolenstaaten vordringen, so wird er vermutlich schnell am kapitalististischen Alltag scheitern.

Außerdem könnte sich wahrscheinlich auch eine durch keine Grenzen und Gesetze beschränkte Migration nicht der Abhängigkeit vom "Angebot" an Arbeitsplätzen entziehen. Letzten Endes werden in den kapitalistischen Metropolen nicht über Jahre hin Zigmillionen neue, zusätzliche Arbeitsplätze entstehen. Selbst der Bedarf an schlecht bezahlten Arbeitskräften im Dienstleistungsbereich ist nicht unendlich. Der Konkurrenzkampf wird sich verschärfen, besonders um die miesesten Arbeitsplätze und auch zwischen unterschiedlichen Gruppen von Neueinwanderern und "Ausländern". Zudem wird auch die Unterversorgung mit Wohnraum, der aus niedrigem Gehalt finanzierbar ist, eine abschreckende Rolle spielen.

Nur insofern ist das Argument zutreffend, daß auch bei "offenen Grenzen" keine unbeschränkte Zuwanderung von Zigmillionen Menschen aus Osteuropa oder aus der Dritten Welt zu erwarten wäre. Gerade das zeigt aber andererseits die Problematik dieses Arguments auf. Die Forderung nach "offenen Grenzen", in der tagespolitischen Auseinandersetzung zweifellos ein Essential linker Politik, kratzt nur an der Oberfläche der Probleme, die in den globalen Migrationsbewegungen ihren Ausdruck finden. Diese Forderung verläßt nicht den Rahmen der entscheidenden, kapitalistisch und rassistisch geprägten, strukturellen Beschränkungen, denen Migration kraft der realen Verhältnisse unterliegt, selbst wenn sie nicht durch Gesetze und Grenzen reguliert würde. Daher ist die Forderung nach "offenen Grenzen" auch nur bedingt als antirassistisch und antikapitalistisch zu bewerten. Im Grunde ist sie eher liberal im Sinne der Illusion von "Jedem die gleiche Chance", ohne an der real existierenden Ungleichheit der Chancen etwas ändern zu können.

Die Parole der "offenen Grenzen" hat dennoch ihren tagespolitischen Sinn, da sie den Gegensatz zur rassistischen Abschottungspolitik der BRD und den "Begrenzungs"-Stimmungen in breiten Teilen des politischen Spektrums und der Bevölkerung auf den Begriff bringt. Es käme aber darüber hinaus darauf an, den ganzen Kontext der Migrationsbewegungen sichtbar zu machen und in Frage zu stellen. Beispielsweise durch eine aktive Flüchtlingspolitik, die Transportmittel zur Verfügung stellt, statt es dem sozialdarwinistischen Selbstlauf zu überlassen, wer sich bis in die BRD durchschlagen kann und wer nicht. Beispielsweise durch eine Flüchtlingspolitik, die konträr zu kapitalistischen Verwertungsinteressen verläuft, indem sie auch alte Menschen, Krüppel und Waisenkinder berücksichtigt. Beispielsweise durch einen finanziellen Beitrag zur UNO-Flüchtlingshilfe, der nicht tiefste Beschämung auslösen muß, sondern im angemessenen Verhältnis zum Reichtum dieses Landes steht.

Weltrevolution oder...?

Mindestens 20 Millionen Menschen sterben in jedem Jahr aufgrund der Verhältnisse, von denen wir profitieren. Noch weitaus größere Katastrophen und mörderische Verteilungskämpfe, sowie imperialistische "Strafexpeditionen" gegen aus der Reihe tanzende Staaten der Dritten Welt sind für die nächsten Jahrzehnte zu prognostizieren. Ein Diskurs über Rassismus, der von den materiellen Verhältnissen weitgehend abstrahiert, wie er zur Zeit in Teilen der Linken und besonders im AK stattfindet, gerät in die Gefahr, an den Problemen vorbeizureden.

Wenn wir Rassismus primär als Manifestation eines Herrschaftsverhältnisses begreifen (9), dann müßte in unsere Überlegungen auch einbezogen werden, daß es um weit mehr geht als ein "falsches" Bewußtsein, das man haben oder von dem man sich auch nach Belieben distanzieren kann. Es wäre an den Zusammenhang von Sein und Bewußtsein zu erinnern. Die Ideologie des Rassismus widerspiegelt die bestehende Verteilung von Reichtum, Wohlleben und Macht auf der Welt. Die Welt ist rassistisch strukturiert im Sinne der "Herrschaft der weißen Rasse". Die Weltordnung ist in diesem Sinn so perfekt und stabil hierarchisiert, und sie ist für den "weißen" Teil der Menschheit so überaus angenehm und bequem, daß sie zu ihrem Funktionieren kaum noch der Bestätigung durch die Ideologie bedarf.

Niemand muß im politisch-ideologischen Sinn Rassist sein, um als Metropolenmensch aus der real existierenden Weltordnung Vorteile zu ziehen. Man muß "Ausländer" keineswegs verachten und beschimpfen, um ihre billigen Dienstleistungen nutzen zu können. Man muß Schwarze und Indios nicht als dumm und "minderwertig" ansehen, um im Supermarkt Bananen und Kaffee zu Preisen zu kaufen, die uns eigentlich in permanente Scham versetzen müßten. Man muß die Russen keineswegs für den letzten Dreck halten, um in Moskau für ein paar Mark - Gegenwert eines Monatslohns dort - wahrhaft fürstlich schlemmen zu können. Niemand ist gezwungen, Deutsche für die Größten überhaupt zu halten und andere Völker mit der Frage zu quälen, warum es am Rhein so schön ist. Die Weltordnung funktioniert ohnedies so, wie sie eben "eingerichtet" ist. Es ist nicht einmal so, daß man durch expliziten Rassismus irgendein Privileg erwirbt, von dem Antirassisten grundsätzlich ausgeschlossen bleiben. Ein Antirassist kann vielleicht von der Arbeit "ausländischer" Angestellter leben, während ein Rassist das Pech haben kann, auf Parkbänken übernachten zu müssen.

Eine Reduzierung der Rassismus-Kritik aufs Ideologische gerät in Gefahr, zur selbstgerechten Entschuldung der eigenen Person zu geraten. Wenn alle Deutschen Rassisten sind, man selbst aber nicht, steht man eigentlich wunderbar da. Aus der Perspektive von Hunderten Millionen Armen der Dritten Welt sind unsere ideologischen Unterschiede aber unerheblich. Nicht der einzelne Rassist verursacht ihre Lage, sondern die reichen "weißen" Gesellschaften der Metropolen stehen ihnen als Täterkollektiv gegenüber. Das relativiert überhaupt nicht, was einzelne Rassisten anderen Menschen antun, aber es sollte uns vor einem Übermaß an Selbstgerechtigkeit bewahren.

Die vom Kapitalismus hervorgebrachten oder verschärften Probleme von Hunger und Armut müssen primär in der Dritten Welt und von deren Bewohnern selbst gelöst werden. Schuldigkeit und Verantwortung der Metropolenlinken wäre es, sie dabei zu unterstützen. Das ist aber ohne eine weltrevolutionäre Perspektive schwer vorstellbar, wobei man hinzufügen sollte, daß die Aufgaben einer solchen Revolution viel größer und komplizierter wären als die irgendeiner vorangegangenen Umwälzung.

Diese weltrevolutionäre Perspektive hat aber schon seit Jahren an Attraktivität für die Metropolenlinken verloren. Negativbeispiele wie Pol Pot dienten als Argument für absolute Entsolidarisierung. Der Krieg gegen den Irak vor einem Jahr bot vielen Metropolenlinken (manche "Antirassisten" eingeschlossen) erstmals Gelegenheit, für die Verteidigung der Zivilisation gegen die Verrückten aus der Dritten Welt Partei zu ergreifen.

Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion ist der weltrevolutionäre Impetus, der von der Oktoberrevolution letztlich eben doch einige Jahrzehnte lang ausging, materiell endgültig abhanden gekommen und politisch-ideologisch schwerstens diskreditiert. Es ist derzeit nicht der geringste Ansatzpunkt zu erkennen, von dem her sie zu rekonstruieren wäre. Ohne eine solche Perspektive bleibt aber nur noch Resignation - oder das Vertrauen in die sagenhaften Selbstheilungskräfte des Kapitalismus, der (nach einigen weiteren Hundert Millionen Toten) vielleicht irgendwann um 2030 oder 2040 einen erträglichen Ausgleich zwischen den heute so ungleich entwickelten Teilen dieser Welt herbeigeführt haben wird.

Kt.

Anmerkungen:

1) "Kriegsflüchtlinge, Elendsflüchtlinge, Umweltflüchtlinge"; FAZ, 25.3.91.

2) Laut UN-Konvention zum Flüchtlingsstatus von 1951 und deren Erweiterung durch das Protokoll von 1967.

3) Zahlen der UN-Unterabteilungen UNHCR und UNRWA.

4) "Millionen Menschen warten auf Arbeit"; FAZ, 29.10.91; nach einer Schätzung des chinesischen Landwirtschaftsministeriums.

5) "500 Millionen Menschen haben Hunger"; Tages-Anzeiger (Schweiz), 17.10.91; nach Zahlen der UNO-Unterorganisation FAO.

6) Gil Loescher und Laila Monahan (Hrg.): "Refugees and International Relations", S. 56. (New York 1989).

7) Man vergleiche zum Beispiel in den AKs der letzten Monate die Anzahl der Artikel, die sich theoretisch vom Rassismus distanzieren, mit der Anzahl derjenigen, in denen auf die materiellen Bedingungen und Voraussetzungen der globalen Armutsmigration Bezug genommen wird.)

8) Schon zwischen 1973 und 1983 blieb die Bevölkerungszahl der BRD nur durch die überdurchschnittliche Zunahme des "ausländischen" Anteils halbwegs stabil. Prognosen sagten einen Rückgang der bundesdeutschen Bevölkerung auf 38 Millionen (von 57 Mio. in 1983) voraus. Horst Waffenschmidt, Parl. Staatssekretär im Innenministerium, kommentierte damals: "Die rückläufige Bevölkerungszahl und die hieraus folgende gravierende Verschiebung der Alterstruktur sind Anlaß für ernste Sorge. Wir dürfen und werden diese negative Entwicklung im Interesse einer gesicherten Zukunft unseres Volkes nicht tatenlos hinnehmen. Der gegenwärtige Trend muß gestoppt und wieder in eine vernünftige Richtung gebracht werden." - Pro anno müßten 200.000 Kinder mehr als derzeit geboren werden, um den Bevölkerungsstand zu halten. ("Archiv der Gegenwart", 12.3.84, S. 27500).

9) Interessant hierzu: mir., "Strukturen der Dominanzkultur", AK 337.

7. Die bürokratisch-totalitäre Menschenbehandlung. Zur Lebenssituation der Flüchtlinge der BRD

Zur Lebenssituation der Fllüchtlinge der BRD

Autor: Olaf Deibler · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak338/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:338:11

"Die bürokratische Menschenbehandlung", stellt Alfons Söllner vom "Zentrum für Antisemitismusforschung" an der TU Berlin fest, "hat ihren latent-totalitären Endpunkt erreicht: das Asylanten- ghetto." (1)

Seitdem das Asylverfahrensgesetz 1982 die Unterbringung von Asylsuchenden in sog. Sammelunterkünften zum Regelfall erklärte (2), haben alle alten und neuen Bundesländer solche Massenquartiere eingerichtet. Und nach dem neuesten Asyl- Deal vom Oktober 1991 zwischen den Altparteien werden in jedem Land sogar wenige zentrale "Gemeinschaftsunterkünfte", so die verschleiernde offiziöse Bezeichnung, eingeführt, um die Verfahren zu "beschleunigen".

Der Landeskreisverband Bayern benannte schon 1978 offen und ehrlich die zwei Hauptmotive, von denen sich der Staat leiten ließ: "Die unerwünschte Integration Asylsuchender in die bundesdeutschen Lebensverhältnisse ist durch bewußt karge, lagermäßige Unterbringung zu verhindern. Sie muß als psychologische Schranke gegen den weiteren Zustrom Asylwilliger aufgebaut werden. Eine Arbeitsaufnahme ist im Interesse abschreckender Zustände abzulehnen." (3)

Wenn die Lagerunterbringung bei Flüchtlingen, die gerade aus Gefängnissen oder Lagern geflohen bzw. diesen entronnen sind, Traumata aufbrechen läßt, so ist das von Staats wegen also durchaus erwünscht - zwecks Integrationsverhinderung und Abschreckung.

Für die Sammellager existieren keine verbindlichen Standards. Oft mit völlig unzureichenden Heizmöglichkeiten und sanitären Anlagen ausgestattet, pferchen Verwaltungen Flüchtlinge ohne Rücksicht auf die Kulturen, Religionen und Nationen mit ihren unterschiedlichen Lebensgewohnheiten zusammen. Selbstverständlich steht ihnen dabei nicht der "ausreichende Wohnraum" zu, den bundesdeutsche Verwaltungen jenen ImmigrantInnen nachzuweisen abverlangen, die sich um eine unbefristete Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis bemühen. So leben Asylsuchende vielfach unter räumlichen Verhältnissen, die den Tierschutzverein längst auf die Matte gerufen hätten, ginge es nicht um Menschen, sondern um deutsche Schäferhunde.

Daß das Wohnen in diesen Lagern u.a. aufgrund der drückenden Enge "wohl objektiv unmöglich" ist, wurde vom baden-württembergischen Verwaltungsgerichtshof höchstrichterlich beschieden. In einem aufsehenerregenden Urteil von 1989 war dies u.a. der Grund dafür, warum die RichterInnen Asylunterkünfte in reinen Wohngebieten untersagten! (4)

Die überwachten Sammellager befinden sich häufig, soweit möglich, außerhalb bewohnter Gebiete; polizeiliche Durchsuchungen finden regelmäßig (bei Nacht) statt.

Beispielhaft im Sinne der Abschreckungspolitik galt in den 80er Jahren die Thiepval-Kaserne in Tübingen. In dem baufälligen Gebäude mit seinen verrosteten Kanalisationsröhren und nach Urin stinkenden Pfützen in den Gängen, umgeben von zweieinhalb Meter hohen Mauern bzw. einem hohen Drahtzaun plus Schnellstraße, wurden über acht Jahre lang Asylsuchende gehalten. Bewaffnete Pförtner kontrollierten die Ausweispapiere der LagerinsassInnen und achteten streng auf die Einhaltung der vom Regierungspräsidium erlassenen "Wohnheimordnung". Nach ihr war täglich, unter Androhung des Taschengeldentzugs, Meldung bei der Pforte zu erstatten. "Zur Aufrechterhaltung der Ordnung" war es verboten, privates Mobiliar aufzustellen, Essen und Trinken zuzubereiten, sich politisch zu betätigen und von FreundInnen und Bekannten besuchen zu lassen. Ursprünglich für 170 StudentInnen projektiert, wurde die Kaserne mit zeitweise über 600 Menschen mehr als überbelegt. (5)

Die Rechnung des Staates und seiner VerwaltungstechnokratInnen und SozialhygienikerInnen geht indes prima auf. Die Vorurteile in der Bevölkerung über das scheinbar massenhafte Auftreten von Fremden, über

Schmutz, Elend und Kriminalität finden ihre gewollte Bestätigung. Die Zwangskasernierung mit ihren rigiden Bestimmungen heizt vorhandene Ängste an.

Nichts lassen die Staatsapparate unversucht, um die Bevölkerung gegen Flüchtlinge auszuspielen und auf diese Art aufzubringen. Da sollen, wie jüngst in München, in Turnhallen und Schulen Asylquartiere aufgeschlagen werden, weil sich das Bundesverteidigungsministerium weigerte, leerstehende Kasernen freizugeben. Die bayerische Regierung blockierte die Benutzung landeseigener Grundstücke. (6) Die gesetzliche Bestimmung, nach der 20% der AsylbewerberInnen trotz fehlender Infrastruktur in die neuen Bundesländer gebracht werden müssen (7), zielt in dieselbe Richtung: Der beschworene Notstand wird nicht nur herbeigeredet, sondern aktiv herbeigeführt!

1980 beschloß die sozialliberale Koalition ein einjähriges Arbeitsverbot, das zwei Jahre später auf zwei, 1986 auf fünf Jahre ausgeweitet wurde. Die erzwungene Untätigkeit wurde erst am 1. Juli 1991 klammheimlich aufgehoben, um Kosten bei der Sozialhilfe-Gewährung zu sparen.

Die Bewegungsfreiheit schränkten die GesetzgeberInnen massiv ein. Die Bezirksgrenzen des zuständigen Ausländeramts dürfen ohne Genehmigung nicht verlassen werden (8). Besuche bei Verwandten und Bekannten, bei ÄrztInnen und AnwältInnen werden dadurch erschwert, stark beeinträchtigt oder gänzlich verhindert.

In vielen Bundesländern wird den Flüchtlingen Massenfraß aus Großküchen aufgezwungen (9). Auf die unterschiedlichen Ernährungsgewohnheiten wird keinerlei Rücksicht genommen. Gleiches gilt für die in (fast?) allen Bundesländern übliche Behördenpraxis, Sozialhilfe in Sachleistungen und Wertgutscheinen auszuhändigen.

Zudem kürzten einige Bundesländer den Flüchtlingen die Sozialhilfe um 10 bis 20%. Der Warenkorb, nach dem sich die Sozialhilfe bemißt und der - jedenfalls nach bürokratischem Diktat - ein Leben auf dem Existenzminimum ermöglichen soll, wird weiter beschnitten - wie es im Amtsdeutsch heißt: "auf das für den Lebensunterhalt Unerläßliche". "Der maßgebliche Regelsatz ist in der Regel um 20% zu kürzen, weil aus einem fremden Land und Kulturkreis kommende Asylbewerber einen bestimmten, bei deutschen Hilfeempfängern ohne weiteres zu bejahenden Bedarf nicht haben", stellte die oberbayerische Bezirksregierung fest und bewies damit ihre völkerkundliche Kompetenz. (10) Das Sozialamt Aachen begründete die Kürzung zynischerweise mit der Flucht selbst, durch die eben "damit verbundene Einschränkungen berechtigt" seien. (11)

Die Kürzung der Sozialhilfe und/oder ihre Auszahlung in Sachleistungen führt u.a. dazu, daß Asylsuchende die Kosten für eine Rechtshilfe bzw. -beratung von dem geringen Taschengeld kaum aufbringen können.

In hygienisch-juristischer Machart rundet der Staat das Repertoire gegen Flüchtlinge mit einer Maßnahme ab, die Rechtsstaat-Gläubige wohl nur Unrechtsregimen zutrauen würden. Im Asylverfahrensgesetz heißt es lapidar: "Das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit (Artikel 2 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes) wird nach Maßgabe dieses Gesetzes eingeschränkt." (12)

Krankenhilfe z.B. fällt gemäß dem Bundessozialhilfegesetz unter den Bereich "Hilfe für besondere Lagen" und ist deswegen für Flüchtlinge eine Kann-Leistung, deren Gewährung im Ermessen der bundesdeutschen Verwaltungen liegt. Was das konkret bedeutet, beschreibt Heiko Kauffmann, Inlandsreferent des Hilfswerks "terre des hommes": "Die Praxis beweist, daß in vielen Fällen selbst unbedingt notwendige Krankenhilfe verweigert wird. So wurden lebensnotwendige Operationen (Entfernen von wandernden Patronen oder Bombensplittern) nicht vorgenommen. Schwangere Asylbewerberinnen erhielten in Berlin nur bei Risikoschwangerschaften einen Krankenschein. Kindern von Asylbewerbern im bayerischen Hof wurden notwendige Schutzimpfungen gegen Polio, Diphterie, Tuberkulose und Masern verwehrt ..." (13)

Für viele Frauen stellen sich die Verhältnisse in den Sammellagern als besonders kraß und identitätsraubend dar. Plötzlich werden sie gezwungen, mit Männern auf engstem Raum zusammenzuleben. Die ohnehin ständige Gefahr von sexuellen Übergriffen und der Zwang zur Prostitution verschärften sich aufgrund der menschenverachtenden Lagerbedingungen erheblich.

Durch das persönliche Schicksal der Geflohenen - Heimweh, quälende Ungewißheit über den Verbleib von Verwandten und Bekannten, nicht zuletzt auch über ihre eigene Zukunft, Traumata aufgrund der Verfolgungen

etc. - potenzieren sich die Folgen der staatlich betriebenen "Abschreckungspolitik". Die totale Kontrolle, bürokratische Fremdbestimmung und Entmündigung zerstören Identität und Selbstwertgefühl der Flüchtlinge, was "nicht nur zu psychosomatischen Auffälligkeiten, sondern sogar zu psychischen Dauerschäden" führt, wie BeobachterInnen des UN-Flüchtlingskommissariats herausfanden. (14)

Schlaf- und Kreislaufstörungen, Darm- und Magenerkrankungen, Kopfweh und kindliche Entwicklungshemmungen konzentrieren sich in den Sammellagern ebenso wie Ängste und Depressionen, die sich in übermäßigem Alkohol- und Drogenkonsum, in Selbstmord und Aggressionen äußern und entladen.

Die Menschenrechtsorganisation amnesty international warnt immer wieder eindringlich davor, daß für die Flüchtlinge "die Lagersituation schwere psychische Schäden zur Folge haben und sich damit hemmend auf ihre Fähigkeit zur Durchsetzung des Asylbegehrens auswirken könne." (15)

"Wenn jemand das hier zwei Jahre lang ausgehalten hat und schließlich und endlich anerkannt wird, dann ist der fertig", berichtet ein langjähriger Betreuer über seine Erfahrungen. "Nach dem Lagerdasein ist der so gebrochen, daß er nichts mehr hinkriegt ... Wenn sein Leben hier anfangen soll, ist seine Identität flöten. Er kann nicht mehr." (16)

So wie der Staat mit seiner Abschreckungspolitik darauf abzielt, die einzelnen Flüchtlinge in ihrer Persönlichkeit zu treffen und zu brechen, so wirkt die ihr zugrundeliegende Logik unwillkürlich nach außen weiter. Brutale Angriffe auf Asylunterkünfte und Übergriffe auf Asylsuchende gehören seit Jahren zum bundesrepublikanischen Alltag und häufen sich stets dann, wenn die Hetzkampagnen gegen Flüchtlinge im Sommer ihren Höhepunkt erreichen. Die rassistischen Ausschreitungen, das Stillschweigen oder die offene Unterstützung großer Bevölkerungsteile und der Staatsmacht haben jedoch spätestens seit Hoyerswerda eine Schärfe und ein Ausmaß (in Ost und West) erreicht, die nur noch eine Bezeichnung zulassen: Pogrom!

Die Pogrome können, so erschreckend sie sind, nicht überraschen, sind sie doch "nur" der letzte Schritt hin zu jener totalitären Absonderung, die der Staat mit seiner Politik der Massenlager, Lagerordnungen und BewacherInnen seit Jahren praktiziert!

Olaf Deibler, Marburg

Anmerkungen:

1) Alfons Söllner, Westdeutsche Asylpolitik, in: Abraham Ashkenasi (Hg.), Das weltweite Flüchtlingsproblem, Bremen 1988, S.215

2) § 23 Absatz 1 Asylverfahrensgesetz (AsylVfG) 1991, dok. in: Bundesgesetzblatt 1990, Teil I, S.869f.

3) zit. n. Koordinationskreis Rhein/Ruhr autonomer Flüchtlingsgruppen (Hg.), Materialien gegen eine imperialistische Flüchtlingspolitik, Duisburg 1987, S.21

4) zit. n. Der Spiegel Nr. 32, 7.8.1989, S.28

5) vgl. ak 312, 13.11.1989, S.6

6) Süddeutsche Zeitung vom 28./29.9.1990

7) § 22 Absatz 2 AsylVfG 1991, a.a.O.

8) § 20 Absatz 2 AsylVfG 1991, a.a.O.

9) Die Massenverpflegung ist wie überhaupt die Unterbringung in Massenquartieren aufgrund des hohen Personalaufwands kostenintensiver als die Selbstverpflegung bzw. Einzelunterbringung.

10) zit. n. Süddeutsche Zeitung vom 28./29.7.1990

11) zit. n. Wolfgang Schuth, in: Heiko Kauffmann, Kein Asyl bei den Deutschen, Reinbek 1986, S.163/164

12) § 37 AsylVfG 1991, a.a.O.

13) zit. n. Heiko Kauffmann, a.a.O., S.107

14) zit. n. Monika Schuckar, Flüchtlingsfrauen aus dem Iran unter bundesdeutschen Asylbedingungen vor dem Hintergrund frauenspezifischer Fluchtmotive, in: A. Ashkenasi (Hg.), a.a.O., S.299

15) z.B. amnesty international (Sektion BRD), Schutz für politisch Verfolgte, Köln 1986, S.21

16) zit. n. Hamburger Rundschau vom 23.5.1985

8. Mazedonien: Der Konföderationsgedanke hat Vorrang

Rubrik: Jugoslawien / Ex-Jugoslawien · CD-Datei: daten/aksuche/ak338/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:338:23

Am 19. Mai 1990 blockierten Mazedonier aus Jugoslawien alle drei Straßenübergänge nach Griechenland. Der Protest der Demonstranten richtete sich nicht etwa gegen eine Diskriminierung der mazedonischen Bevölkerung durch den jugoslawischen Staat oder serbische Nationalisten. Sie forderten vielmehr die Beendigung der Diskriminierung der Mazedonier in Griechenland. Die Regierung in Belgrad wurde aufgefordert, die mazedonische Frage vor die UNO, die EG, das Europaparlament und andere internationale Gremien zu bringen. Griechenland hatte zuvor Jugoslawien beschuldigt, es halte an der "Projektion einer nicht existierenden mazedonischen Frage" fest. Ein Blick auf die südlichste und ärmste Republik Jugoslawiens macht deutlich, daß das von der taz bis zur FAZ gepflegte Bild vom Freiheitskampf der jugoslawischen Völker gegen den großserbischen Nationalismus bzw. gegen den jugoslawischen Staat, eine verzerrte Darstellung einer wesentlich komplexeren Realität ist.

Neben der Forderung nach Anerkennung der Mazedonier als nationaler Minderheit in Griechenland ging es den Demonstranten vor allem um die Aufhebung des Visumszwanges bei der Einreise nach Griechenland für die Bewohner des jugoslawischen Teils Mazedoniens und die Regelung der eigentumsrechtlichen Fragen der rund 67.000 nach dem Bürgerkrieg 1948 aus Griechenland nach Jugoslawien geflüchteten Slawen. Diesen Emigranten verweigert Griechenland bis heute selbst das Besuchsrecht, es sei denn sie unterschreiben eine Erklärung, in der sie sich zu "Griechen vom griechischen Stamm" erklären.

Aktueller Hintergrund der Proteste war das Scheitern der Verhandlungen über die Transitgenehmigungen für griechische Exporte in die EG. Griechenland, dessen Gesamtexport nach Westeuropa zu 40% über den jugoslawischen Landweg führt, verlangte 50% mehr Genehmigungen für LKW pro Jahr, als Belgrad zugestehen wollte. Griechenland warf der Regierung in Belgrad vor, seine geographische Lage in unzulässiger Weise auszunutzen, um Griechenland vom heißbegehrten EG- Markt abzuschneiden. Athen legte deshalb sein Veto ein gegen eine Anleihe der Europäischen Investitionsbank zum Ausbau des jugoslawischen Straßen- und Schienennetzes in Höhe von 82 Mio. ECU. Auch die jugoslawische Regierung unter Ante Markovic sah die Grenzblockaden mit gemischten Gefühlen, bestand doch die Gefahr, daß damit ein weiteres Hindernis auf dem anvisierten Weg der Annäherung ganz Jugoslawiens an die Europäische Gemeinschaft errichtet würde. Die Führung seiner Außenpolitik könne Jugoslawien schließlich nicht der Handelskammer in Gevgelja, dem Grenzort, überlassen, ließ Außenminister Lonca verlauten. Genau das hatten nationalistische Kreise in Mazedonien jedoch im Sinn, als sie die Aktionen initiierten. Die Kontrolle der griechischen Transitwege in die EG ist nämlich einer der wenigen Trümpfe, die die ärmste Region Jugoslawiens in der Hand hat bei dem Versuch, die überall in den ehemals realsozialistischen Staaten propagierte "Heimkehr nach Europa" anzutreten. Der Wettlauf um die erhoffte Assoziierung an die EG wird zum wichtigen Anheizer des Nationalismus an der europäischen Peripherie.

Kein Mazedonien ohne die jugoslawischen Kommunisten

Nationale Unterdrückung ist jedenfalls nicht die Ursache für das Aufblühen des Nationalismus in dieser Region im Herzen des Balkans. Eine kulturelle Unterdrückung durch die Serben, die der Russifizierungspolitik im Zarenreich oder auch nur in der stalinistischen Sowjetunion vergleichbar wäre, hat es in Jugoslawien nach dem zweiten Weltkrieg für die slawischen Nationalitäten nicht gegeben. Im Gegenteil, die jugoslawische Variante des Realsozialismus hat aus innen- wie außenpolitischen Gründen den mazedonischen Nationalismus immer hofiert und durch seine Industrialisierungs- und Modernisierungspolitik überhaupt erst die Voraussetzungen für eine bürgerliche Nationalbewegung auf breiterer Grundlage geschaffen.

Nationalistisch orientierte Bewegungen haben sich erst spät und nur schwach im der bis 1912 zum osmanischen Reich gehörenden Region gebildet. In dem von der kapitalistischen Entwicklung noch kaum berührten Gebiet fehlte ganz einfach eine starke bürgerliche Schicht, die einen Nationalismus als Herrschaftsinstrument benötigt und eine entsprechende Ideologie ausgeformt hätte. Die große Mehrheit der Bevölkerung bildeten abhängige Bauern, halbnomadische Berghirten und Landarbeiter unterschiedlicher Nationalität und Sprache - neben diversen slavischen Dialekten vor allem albanisch, vlachisch, türkisch,

gagausisch, armenisch, griechisch etc. Die schmale Schicht der Intelligenz war aufgrund der starken Stellung der orthodoxen Kirche z.T. unter griechischem Einfluß, orientierte sich aber in ihrer Mehrheit in Richtung Bulgarien. Die 1893 gegründete "Innermazedonische Revolutionäre Organisation" (VMRO) stand von Anfang an im Spannungsfeld unterschiedlicher Tendenzen, die entweder den Anschluß an Bulgarien propagierten oder eine Autonomie bzw. Unabhängigkeit Mazedoniens forderten. Dies gab Bulgarien lange Zeit einen Startvorteil bei dem Streit um das osmanische Erbe. Griechenland und Serbien hatten nämlich auch ein Auge auf diesen Landstrich geworfen. Diese drei Staaten versuchten seit dem letzten Drittel des 19.Jahrhunderts, unterstützt von den Großmächten jener Zeit, jeweils einen möglichst großen Anteil Mazedoniens zu ergattern. Dabei wurde oft weitaus erbitterter gegen den griechischen, serbischen oder bulgarischen Konkurrenten gekämpft als gegen die Hohe Pforte in Istanbul, wie die Propaganda von der Befreiung der Völker vom osmanischen Joch Glauben machen sollte, z.T. war die osmanische Regierung sogar Verbündeter einer Seite.

Im Unterschied zu den meisten anderen nationalistischen Bewegungen auf dem Balkan versuchte die VMRO ihren Kampf für die mazedonische Unabhängigkeit nicht völkisch zu definieren. Das Gründungsdokument der VMRO forderte Autonomie für die Region unabhängig von der Nationalität seiner Bewohner. Goce Delcev, einer der Anführer des "Illindenaufstandes" gegen das Osmanische Reich 1903, bemühte sich, seine Partisanen auch aus der griechisch-, vlachisch- und anderssprachigen Bevölkerung zu rekrutieren. Ein spezifisch mazedonischer Nationalismus formierte sich erst als Reaktion auf den rigiden Nationalismus jener drei Mächte, die nach 1913 die ehemals osmanischen Gebiete unter sich aufteilten: Serbien, das die bulgarischen Schulen schließen und die bulgarische Sprache verbieten ließ. Zudem versuchte die Belgrader Regierung die lokale Bauernbevölkerung durch serbische Kolonisten zu verdrängen. Griechenland, das im Frieden von Bukarest 1913 über 50% des mazedonischen Territoriums erhielt, versuchte die neuen Gebiete durch eine energische Abschottung der Grenzen zu seinen nördlichen Nachbarn abzusichern. Darüberhinaus wurden in den Grenzregionen nach 1923 mehrere 100.000 aus Kleinasien im Zuge des Bevölkerungsaustausches zwischen Griechenland und der Türkei vertriebene orthodoxe Christen angesiedelt, als Keil zwischen der mehrheitlich slawisch-sprachigen Bevölkerung beiderseits der Grenzen. Von ihnen erwartete man aufgrund der Kämpfe in der Türkei eine größere griechisch-nationalistische Motivation. Bis heute erkennt Griechenland keine mazedonische Nationalität an. Die Zerschneidung überkommener Handelswege durch die neue Grenzziehung und verschiedene Umsiedlungsaktionen und Vertreibungen über die Grenzen hinweg gaben nationalistischen Bestrebungen einen gewissen Auftrieb.

Von Anfang an hatte dieser Nationalismus einen starken linken Flügel, dem es vor allem um die soziale Emanzipation der Landbevölkerung ging und der in Opposition zum großbulgarischen Flügel der VMRO (Verhovist-Fraktion) stand. Nicht nur im linken Flügel war die Idee populär, daß Ziel des Unabhängigkeitskampfes nicht ein separater Nationalstaat sein sollte, sondern Mazedonien Teil einer umfassenden Balkanföderation werden sollte. Diese Idee wurde von den kommunistischen Partisanen im Zweiten Weltkrieg aufgegriffen. Vor allem die jugoslawische KP suchte dabei den mazedonischen Nationalismus für den Kampf gegen das mit dem 3. Reich verbündete Bulgarien auszunutzen. Die titoistische KP war es auch, die, z.T. gegen den Widerstand der bulgarischen und griechischen Kommunisten, die Idee einer mazedonischen Nationalität propagierte. 1944 wurde in Jugoslawien eine mazedonische Republik gegründet.

Ob die jugoslawische Strategie, mit Hilfe der Schaffung einer mazedonischen Nationalität dem großserbischen, großbulgarischen und panhellenischen Nationalismus und Chauvinismus einen Riegel vorzuschieben und mittels eines Zusammenschlusses aller Balkanstaaten die zwischenstaatlichen Konflikte zu entschärfen und erfolgreich den Entwicklungsrückstand gegenüber Westeuropa aufzuholen, tatsächlich zum Erfolg geführt hätte, ließ sich in der Praxis nicht mehr erproben. Der Bruch mit der UdSSR und der später erfolgte Stopp der Unterstützung für die kommunistischen Partisanen in Griechenland (um die dringend benötigte US-Wirtschaftshilfe nicht zu gefährden), hatte der Balkanföderation keine Chance gegeben. Die "mazedonische Frage" erfuhr damit eine Veränderung. Innenpolitisch ein Mittel zur Schwächung des serbischen Einflusses, verkam sie in der Außenpolitik zum nationalistischen Mobilisierungselement gegen den bulgarischen Parteigänger der UdSSR. In Bulgarien wiederum verschwanden die mehreren 100.000 Mazedonier wieder aus der Bevölkerungsstatistik.

Nicht unbedingt vom Geiste des proletarischen Internationalismus oder von Lenins Selbstbestimmungsrecht der Nationen geprägt waren denn auch die nachfolgenden Maßnahmen zur Förderung eines mazedonischen

Nationalbewußtseins. Ei- ne eigene National- und Schriftsprache wurde nach 1945 kreiert, wobei ein Dialekt zur Grundlage genommen wurde, der am wenigsten Ähnlichkeit sowohl zur serbokroatischen wie auch bulgarischen Sprache aufwies. Dazu kam die Gründung einer nationalen Universität. Mit Unterstützung des realsozialistischen Staates trennte sich die mazedonische Kirche 1967 vom serbisch-orthodoxen Patriarchat und bildet seitdem einen weiteren Kristallisationskern des Nationalismus. Die forciert vorangetriebene Industrialisierung hat erstmals überhaupt im breiterem Maße bürgerliche Schichten produziert und in führende Stellungen in Partei und Gesellschaft gebracht - zu Lasten etwa der anfänglich starken Basis der Partei in der ländlichen Bevölkerung.

Wirtschaftlich auf Jugoslawien angewiesen

Das eigentliche Problem Mazedoniens ist mithin nicht irgendeine Form nationaler Unterdrückung, sondern die wirtschaftliche Unterentwicklung - und zwar nicht nur im Vergleich zu Westeuropa, sondern auch im Verhältnis zu Slowenien, Kroatien und Serbien. Nach wie vor arbeiten in der neben dem Kosovo ärmsten Region Jugoslawiens mehr als 50% der Bevölkerung in der Landwirtschaft; der gesamtjugoslawische Durchschnitt lag dagegen Mitte der 80er Jahre bei ca. 20%. Lag das Pro-Kopf-Einkommen 1970 bei unter einem Drittel des slowenischen, der Hälfte des kroatischen und 60% des serbischen, so ist die Schere in den 80er Jahren noch weiter auseinandergegangen. Waren 1987 141.000 Personen der 2 Mio. Einwohner zählenden Republik arbeitslos, so waren es im selben Zeitraum im gleichviele Einwohner zählenden Slowenien nur 15.000.

Wenn es in der Vergangenheit um die Gewährung größerer politischer Zuständigkeiten, um Mitspracherechte bei der Außenpolitik ging, haben die mazedonischen BdK-Vertreter oftmals mit den kroatischen und slowenischen Repräsentanten gemeinsam gestimmt. In der Wirtschaftspolitik waren sie jedoch erbitterte Kontrahenten und Gegner der von den nordwestlichen Republiken geforderten Dezentralisierung der Wirtschaft. Wirtschaftlich ist Mazedonien auf Jugoslawien angewiesen; über den Bundesfonds möchte man weiterhin gerne am innerjugoslawischen Finanzausgleich teilnehmen. Äußerungen wie die des Präsidenten des Exekutivrates Sloweniens Stane Kavcic in der Zeitung "Politika" am 1.10.1968, daß das slowenische Zivilisationsniveau andere Verpflichtungen erheische als das in den übrigen Republiken, oder die Anklage des kroatischen ZK im Januar 1970, daß die unterentwickelten Republiken Kroatien wirtschaftlich ausplünderten, mußten in Mazedonien als offene Drohung aufgefaßt werden. Der BdK Mazedoniens opponierte vor allem gegen die von den zwei westlichen Republiken vertretene Forderung nach der Errichtung von Nationalwirtschaften in den einzelnen Republiken und der nach nationaler Devisenbewirtschaftung. Die beiden Republiken erwirtschafteten den Löwenanteil der jugoslawischen Devisen; Slowenien, weil der Handel mit Westeuropa seine Grenze passierte, Kroatien wegen der Einnahmen aus dem Tourismusgeschäft. Eine Verwirklichung dieser Forderung hätte bedeutet, daß Kroatien und Slowenien alle Vorteile aus dem innerjugoslawischen Entwicklungsgefälle gezogen hätten, könnten sie doch gewinnbringend ihre Waren in den südlichen Republiken absetzen. Die Gewinne daraus wären jedoch ausschließlich in die eigenen Republikskassen geflossen. Dieser seit Mitte der 60er Jahre bestehende Gegensatz eskalierte erneut, seitdem Slowenien und Kroatien sich aufmachten, den Weg nach Europa selbständig zu gehen. Was aus deren Sicht sinnvoll ist und auch der kapitalistischen Marktwirtschaftslogik entspricht, da die landwirtschaftlich dominierten südlichen Republiken angesichts des übersättigten und geschützten europäischen Agrarmarktes hinderlicher Ballast bei der erhofften EG-Assoziierung sind, bedeutet für Mazedonien, auf Jahrzehnte an der europäischen Peripherie festgehalten zu werden.

Vollständige Unabhängigkeit nicht erwünscht

In dieser Situation werden von den herrschenden Kreisen Mazedoniens zwei unterschiedliche politische Konzepte favorisiert. Bei den Wahlen am 11. November 1990 vorläufig durchgesetzt hat sich die Nachfolgeorganisation der Kommunisten, die "Partei des demokratischen Wandels", und der "Bund der Reformkräfte" des jugoslawischen Premiers Markovic, die zusammen 49 von 120 Sitze Parlamentssitze erhielten. Sie streben für Mazedonien das "westeuropäische Modell der sozialen Demokratie" an, so der Ex-Kommunist Petar Gosev, und vertreten einen gemäßigten Nationalismus. Unterstützung erhält die Regierung von der Partei der albanischen Minderheit (ca. 25% der Bevölkerung) PDP, die 25 Mandate erhielt und der "Demokratischen Allianz" der türkischen Minderheit (ca. 4-5% der Bevölkerung). Ökonomisch auf Jugoslawien angewiesen unterstützt die Regierungskoalition in Skopje die Variante der Privatisierungspolitik und des Übergangs zur kapitalistischen Marktwirtschaft, wie sie von dem jugoslawischen Ex-Premier Ante Markovic betrieben wird. Im Konflikt mit Kroatien, Serbien und Slowenien suchte dieser in den vergangenen anderthalb

Jahren die Bundeskonmpetenzen weiter auszubauen und vor allem die Bereiche innere Sicherheit, das Steuerwesen und die Führung der Zentralbank zu zentralisieren und der alleinigen Kontrolle des Bundes zu unterstellen. Politisch setzen die mazedonischen Reformkommunisten und der Bund der Reformkräfte eindeutig auf die Schaffung einer neuen, reformierten jugoslawischen Föderation. Vollständige staatliche Unabhängigkeit erscheint ihnen, gestützt auf eine starke Basis in der Bevölkerung, nur als die schlechteste aller Möglichkeiten.

Kt. stellt im ak 337 die Politik in Mazedonien so dar, als ob die Option auf eine Reform Jugoslawiens anstelle der Lostrennung mit der Abspaltung Sloweniens auch in Skopje beerdigt worden wäre. Der Konflikt mit der nationalistischen Opposition gerät bei ihm zu einer Frage des Tempos der Loslösung vom jugoslawischen Bund. Die Entwicklung der letzten Monate spricht da eine ganz andere Sprache. Bei der Volksabstimmung über die Unabhängigkeit am 8. September 1991 setzte sich die Regierungskoalition wieder gegen die Opposition durch. Gegen deren Widerstand wurde die Frage der Unabhängigkeit mit der nach einem Bündnis neuer jugoslawischer Staaten verknüpft. Das steht in der Tradition eines linken Nationalismus in Mazedonien, der immer schon die Souveränität mit einem Zusammenschluß mit anderen Staaten zu einer Balkanföderation verband und heute in der mazedonischen Souveränität keinen Selbstzweck sondern ein Mittel zur Schaffung eines neuen Jugoslawiens sieht. Entsprechend wurde die Abstimmung (Beteiligung 76%, Zustimmung fast 100%) auch von der Regierungskoalition als Bestätigung ihrer auf einen Erhalt Jugoslawiens ausgerichteten Politik gewertet und als "ein wichtiger Schritt zur Lösung der jugoslawischen Krise" angesehen. Anläßlich der Konstituierung als selbständiger Staat und der Verabschiedung einer neuen Verfassung am 22. November 1991 erklärte der Präsident Gligorov erneut, daß die optimale Lösung eine gleichberechtigte jugoslawische Föderation sei; selbst das Modell einer nur lockeren Konföderation sei besser als die vollständige Unabhängigkeit. Vollkommen zurecht berief sich deshalb UNO-Generalsekretär de Cuéllar in seinem Brief an Genscher auf die Vorbehalte der Regierungen von Mazedonien und Bosnien-Herzegowina gegen die sofortige Anerkennung Kroatiens und Sloweniens. Ganz gleich wie man im einzelnen auch zum sog. Selbstbestimmungsrecht der Völker steht, mit dieser Kategorie läßt sich im Falle Jugoslawien kaum arbeiten. Nationale Selbstbestimmung zu praktizieren, dazu ist die Regierung Mazedoniens (wie auch die bosnische) gar nicht mehr in der Lage, vielmehr wird ihnen von Lubljana, Zagreb und Berlin eine Politik aufgezwungen, die in der eigenen Bevölkerung wie auch in der Regierung bisher keine Mehrheit hatte.

Den eigentlich wichtigen Punkt der mazedonischen Verfassung ignoriert Kt. geflissentlich. Mazedonien konstituiert sich demnach nicht als Nationalstaat - von Mazedoniern oder einer mazedonischen Nation ist ausdrücklich nicht die Rede -, sondern als Staat aller seiner Bürger, welcher Nation auch immer sie angehören mögen. Zugleich werden keinerlei territoriale oder sonstige Ansprüche gegen andere Staaten erhoben. Die Verfassung ist damit zugleich ein Alternativentwurf zur Entwicklung in Serbien, das bestrebt ist, alle Serben in einem serbischen Nationalstaat zusammenzufassen und zu Kroatien, das nur das kroatische Volk zum Träger staatlicher Souveränität erklärt und versucht, den Anteil der Serben an der staatlichen Administration und der Wirtschaft zurückzudrängen.

Die albanische PDP hatte ebenso wie serbische Nationalisten zum Boykott des Referendums am 8. September aufgerufen, was in Westmazedonien, wo die Mehrheit der Bevölkerung albanisch ist, auch weitestgehend befolgt wurde. Dort gingen nur 20-30% zur Abstimmung. Einerseits ist dies durchaus verständlich, wurden und werden die Albaner doch nicht nur im Kosovo bisher massiv unterdrückt. Andererseits spiegelt dies aber auch einen gewachsenen albanischen Nationalismus und z.T. auch großalbanische Tendenzen, die eine Vereinigung mit Albanien und dem Kosovo fordern, wider. Die Forderung der PDP, daß die Albaner als zweite staatstragende Nation in die Verfassung aufgenommen werden, ist durchaus unlogisch und widerspricht dem Staatskonstrukt, die keine staatstragende Nation kennt. Zudem würde es automatisch die anderen Minderheiten, Türken, Serben, Roma etc. gegenüber Mazedoniern und Albanern benachteiligen. Da die PDP bisher die Regierung stützt, schwächt der albanische Boykott deren Position gegenüber den großmazedonischen Nationalisten.

In dem Maße wie die bisherige Jugoslawienpolitik der Regierung Gligorov durch das Dreiergespann BRD, Slowenien und Kroatien demontiert wird, wächst nicht nur die Gefahr eines Konfliktes mit Serbien. Dort gibt die Zerstörung Jugoslawiens denjenigen die Argumente in die Hand, die auch die kleine Minderheit der Serben (ca. 2-3% der Bevölkerung) ins Großserbische Reich führen oder gleich ganz Mazedonien als "Südserbien"

vereinnahmen wollen. Sie droht auch das labile innenpolitische Gleichgewicht auszuhebeln. Damit hätten die bis jetzt noch minoritären großmazedonischen Politiker eine Chance, mehrheitsfähig zu werden.

Albanerhaß kein Privileg der Serben

Der größte Teil der Ultranationalisten hat sich nach dem ersten Wahlgang am 11. November 1990, bei dem nur 13 der 120 Mandate entschieden wurden, zu einer Organisation zusammengeschlossen und sich den Namen der alten VMRO zugelegt. Der Zusammenschluß der entschieden antikommunistisch ausgerichteten Organisation erfolgte vor allem unter dem Eindruck, daß sich in diesem ersten Wahlgang ein knapper Sieg der Reformkommunisten der "Partei des demokratischen Wandels" von Petar Gosev abzeichnete. Politisches Kapital hat die VMRO vor allem aus der weitverbreiteten Albanerfeindschaft gezogen. Nach dem ersten Wahlgang, bei dem die PDP 6 von 13 Mandaten erhalten hatte, organisierte die von dem Schriftsteller Ljupco Georgijevski geführte Partei Massenproteste mit mehreren 10.000 Menschen gegen die albanische Minderheit, der vorgeworfen wurde, Mazedonier bei der Stimmabgabe behindert zu haben. Zugleich forderten sie, die Wahlen für ungültig zu erklären, weil angeblich viele wahlberechtigte Auslandsalbaner mehrfach abgestimmt hätten. Die VMRO, die stark von Auslandsmazedoniern unterstützt wird, fordert, daß politisch mißliebige Albaner abgeschoben und die PDP und andere national-albanische Parteien verboten werden, da angeblich nirgendwo auf der Welt Parteien auf ethnischer Grundlage zugelassen werden. Dem massiven Druck der antialbanischen Kampagne konnten sich auch Teile des Regierungslagers nicht entziehen. Auch der "Bund der Reformkräfte" von Ante Markovic ließ die Wahl anfechten. Für die VMRO wurde der zweite Wahlgang am 25. November und 9. Dezember 1990 zu einem großen Erfolg. Mit 38 Mandaten gelang es ihnen, die Reformkommunisten, die 31 Mandate erhielten, auf den zweiten Platz zu verweisen und zugleich im nationalistischen Lager die gemäßigtere "Allmazedonische Bewegung für Aktion" von Gane Todorovski, die nur wenige Parlamentssitze erhielt, an den Rand zu drängen.

Die antialbanische Stimmung reicht bis in den Staatsapparat hinein. Sie ist beileibe keine serbische Spezialität, sondern ein gesamtjugoslawisches Phänomen und in Mazedonien mindestens ebenso heftig wie im Reich des Serbenführers Milosevic. Die Nichtanerkennung der Albaner als staatstragender Nation macht den eigentlichen Kern nationaler Unterdrückung in Titos Jugoslawien aus. Historisch und in der Bevölkerung verankert hat er seinen Ursprung im Kampf gegen das osmanische Reich. Die vorwiegend muslimischen Albaner und z.T. auch die anderen Muslims wurden mit der osmanischen Herrschaft identifiziert. Den Illinden-Aufstand von 1903 hatten reguläre türkische Regimenter in Zusammenarbeit mit irregulären albanischen Einheiten niedergeschlagen und dabei ca. 150 Dörfer in der Umgebung von Bitola in der Gegend des heutigen albanisch-griechisch-jugo- slawischen Dreiländerecks zerstört. Die jugoslawischen Kommunisten haben, wie die meisten Kommunisten auf dem Balkan, die einseitige Ideologisierung des antiosmanischen Kampfes zum antiimperialistischen Befreiungskampf nie wirklich hinterfragt, vor allem was die Rolle der europäischen imperialistischen Staaten dabei betrifft. Stattdessen wurde diese Stimmung unter Tito dazu genutzt, die Diskriminierung der Albaner, die nun aus ganz anderen Gründen geschah, nämlich wegen des Konfliktes mit dem albanischen Staat, in der Bevölkerung abzusichern. 1953/54 wurden so ca. 100.000 Albaner und sonstige Muslime, vorwiegend aus dem Kosovo und Westmazedonien, zu Türken erklärt und in die Türkei abgeschoben. Auch in den westlichen Republiken erfolgt heutzutage kein Bruch mit dieser Ideologie. Im Gegenteil: um die eigene Europafähigkeit zu demonstrieren, wird dort kräftig an der Legende vom Gegensatz zwischen westlicher Zivilisation und osmanisch-orientalischer Barbarei gestrickt.

1988 war der inzwischen entmachtete Vertreter Mazedoniens im Staatspräsidium und damalige Außenminister Mojsov maßgeblich an der Verhängung des Kriegsrechts im Kosovo beteiligt. Zur gleichen Zeit versuchte die Republikführung mit administrativen und z.T. gewaltsamen Mitteln dafür zu sorgen, daß die traditionellen hohen Mauern um die Häuser und Höfe der Albaner eingerissen oder auf ein "transparentes" Maß gesenkt werden. Als weitere antialbanische Maßnahme wurde die Herabsetzung der Kinderzulage vom dritten Kind an eingeführt. Die Bevölkerungszusammensetzung sollte damit zugunsten der Mazedonier verändert werden, was sich in der Konsequenz als Eigentor erwies. Obwohl die derzeitige Regierung versucht, das Verhältnis zu den Albanern zu entspannen, tut sich vor allem in der Schulfrage noch ein großes Konfliktpotential auf. Aufgrund des fast völligen Fehlens weiterführender Schulen in albanischer Unterrichtssprache herrscht ein akuter Lehrermangel für albanisch, was wiederum zum Anlaß genommen wird, die Eröffnung albanischer Mittelschulen oder gar eine Universitätsfakultät abzulehnen. An diese antialbanischen Maßnahmen versucht die antikommunistische VMRO anzuknüpfen. Einerseits soll damit die Regierung getroffen werden, in der ein

albanische Vizeministerpräsident und zwei Minister sitzen. Zum anderen soll damit vor allem die Bildung einer national homogenen Gesellschaft und die Bildung einer nationalen Bourgeosie und einer nationalen Mittelschicht gefördert werden. Damit hofft man, sich hier wie anderswo im ehemaligen Realsozialismus fit zu machen für den Sprung in den Kapitalismus. Der mazedonische Nationalismus formiert sich nicht in erster Linie im Kampf gegen Serbien, sondern vielmehr im Kampf gegen die albanische Minderheit. Auch das macht deutlich, daß es hier, wie auch im kroatisch-serbischen Konflikt, nicht so sehr um das Recht auf Lostrennung geht als vielmehr ein Kampf um nationale Homogenisierung geführt wird.

Zwar sieht das Programm der VMRO nach wie vor eine Balkanföderation als langfristiges Ziel vor, von einem reformierten Jugoslawien haben sie sich jedoch verabschiedet. Sie progagieren stattdessen einen unabhängigen Nationalstaat, der möglichst neben dem jugoslawischen Vadar-Mazedonien auch noch das bulgarische Pirin-Mazedonien und Ägäisch-Mazedonien in Nordgriechenland umfassen soll. An der Parteibasis werden Stimmen laut, die fordern, der nächste Parteikongreß solle im griechischen Saloniki stattfinden. Während Serbien, das in letzter Zeit die Zahl der Serben in der Republik, ca. 43.000, maßlos aufbauscht - der serbische Vizeministerpräsident Kosutic spricht gar von 300.000 -, und den Bezirk Kumanovo im Norden (ca. 12% Serben) für sich beansprucht, sucht die VMRO die Frage des Klosters Prohor Pcinjski für die nationale Agitation auszunutzen. Das Kloster spielte eine bedeutende Rolle bei dem Illindenaufstand. 1944 wurde hier die mazedonische KP gegründet. Ursprünglich sollte das Gebiet nach dem Krieg zu Mazedonien kommen, geriet dann jedoch auf die serbische Seite der Grenze. Die VMRO agitiert nun für den Anschluß dieses Gebietes und veranstaltete im August 1990 dort eine Gedenkveranstaltung für den Aufstand von 1903, die von serbischen Nationalisten und der Polizei angegriffen wurde. Die Regierung in Skopje wurde deswegen zugleich als belgradhörig kritisiert.

Ein neuer Krisenherd am Balkan

Die Politik für ein reformiertes Jugoslawien hat seine Ursache nicht nur in wirtschaftlichen Gründen. Die Regierungspolitiker in Skopje fürchten nicht zu Unrecht, daß ein unabhängiges Mazedonien recht bald in die Abhängigkeit seiner mächtigeren Nachbarn geraten könnte oder daß dort die Anhänger von Annexionsplänen wieder an Einfluß gewinnen. Feindselige Bestrebungen werden nicht nur von Serbien befürchtet, sondern auch von Bulgarien, das sich zuletzt unter dem Schutz des 3. Reiches große Teile des Vadar-Gebietes einverleibte. Zwar gehört die bulgarische Regierung, neben Albanien und der Türkei, zu den ersten, die dem neuen Staat die Anerkennung in Aussicht stellten, doch erkennt Bulgarien keine mazedonische Nationalität an. Anhänger eines Großbulgariens haben sich u.a. in der bulgarischen VMRO, die in der Tradition der Verhovist-Fraktion agiert, gesammelt. Deren Vorsitzender Dimiter Gozew kennt keine Mazedonier sondern nur anderthalb Millionen Bulgaren im jugoslawischen Vadar-Gebiet und 6-700.000 Bulgaren im griechischen Ägäisch-Mazedonien. Die eigentliche Partnerorganisation der VMRO aus Skopje heißt hier "OMO-Illinden". Diese Organisation ist eine der wenigen, die nach der politischen Umwälzung in Bulgarien nicht registriert wurde. Von der Regierung in Sofia wird sie als "proserbisch" und "Belgrad-gesteuert" kritisiert.

Großbulgarische Tendenzen gibt es nicht nur in der VMRO. Zwar gibt sich die bulgarische Regierung wesentlich vorsichtiger. Militärisch ist man hier auf die Türkei fixiert und fürchtet die Stärke Serbiens. In eine Neuauflage des zweiten Balkankrieges von 1913, bei dem Bulgarien schon damals seine Kräfte überschätzt hatte, will man hier nicht verwickelt werden. Appetit auf das Vadar-Gebiet regt sich aber auch hier. In einer Parlamentserklärung am 2. August 1990 zum 87. Jahrestag des Illindenaufstandes - damals regierten noch die Reformkommunisten des BSP - wurden die Heldentaten der Bulgaren in Mazedonien und Thrazien beschworen. Jugoslawien wurde der Geschichtsfälschung bezichtigt. Das bulgarische Außenministerium bemühte sich zugleich um die Einreise einer Delegation unter Leitung des Sozialdemokraten Petar Dertlieff, um am Grab von Goce Delcev einen Kranz niederzulegen, mit der Aufschrift: "Goce Delcev, dem großen Sohn des bulgarischen Volkes". Radio Belgrad kommentierte deshalb auch, daß das, was zu einer Geste gutnachbarschaftlicher Beziehungen hätte werden können, zu einer gezielten Provokation mißbraucht würde. Die neue bürgerliche Regierung erklärte im November 1991, man wolle nichts tun, was eine serbische Intervention provozieren könne. Käme es jedoch zu einer Situation, in der Serbien die Präsenz der Armee für seine Pläne benutze, so wäre für Sofia indes eine neue Situation geschaffen, in der man seine Haltung neu überdenken müsse. Dann müsse Bulgarien angemessen, wenn auch nicht militärisch reagieren. Es sei allerdings nicht ausgeschlossen, daß die Bevölkerung zu destabiliserenden Akten an der Grenze schreite, schließlich hätten die Bulgaren eine Million Blutsverwandte in Jugoslawien. Durch die großbulgarischen

Tendenzen sieht sich die Türkei wiederum provoziert, die auf die türkische Minderheit im jugoslawischen Teil Mazedoniens verweist. Zwischen der türkischen und der serbischen Minderheit zeichnet sich mittlerweile eine Absprache ab, die sich sowohl gegen die Souveränität Mazedoniens richtet, als auch gegen Bulgarien. Konfliktstoff für nationalistische Massaker und kriegerische Auseinandersetzungen häuft sich in dieser Region in zunehmendem Maße an. Mit dem von der Berliner Regierung und der deutschen Öffentlichkeit so heiß ersehnten Ende Jugoslawiens werden diese an Zahl und Heftigkeit noch zunehmen.

Heinz/Bielefeld

9. Ein einäugiger Betrachter? Replik auf "Jugoslawien: Winterpause im Bürgerkrieg" (ak 337)

Replik auf Kt. in ak 337

Rubrik: Jugoslawien / Ex-Jugoslawien · CD-Datei: daten/aksuche/ak338/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:338:07

Als ich den Artikel "Jugoslawien: Winterpause im Bürgerkrieg" gelesen hatte, hatte ich größte Mühe, mit einem Beitrag zu antworten. Da werden Tatsachen und Fakten aneinandergeschrieben, der Schreiber Kt. scheint oberflächlich betrachtet eine neutrale Rolle einzunehmen. Und plötzlich zwischen den Zeilen kommt Kt.s Kommentar. Doch erst mal Grundsätzliches. Eine Aneinanderreihung von Tatsachen ergibt noch kein klares Bild. Es ist wie mit einem einäugigen Menschen. Mit einem Auge kann man die Welt korrekt beschreiben, die Größe, Form und Farbe von Gegenständen. Aber ein solcher Mensch kann die Verhältnisse zueinander nicht einschätzen, z.B. die Geschwindigkeit eines Autos. Die Wahrnehmung dieses Menschen ist eben eingeschränkt.

Kt. schreibt ziemlich einseitig über den Bürgerkrieg in Jugoslawien. Er sieht alles mit einem Auge; aus kroatisch-separatistischer Sicht. Die serbische Sichtweise versucht er nicht mal anzunehmen.

Kt. gibt den Kroaten und allen anderen Nationalitäten das Recht, sich aus dem Staatsverband Jugoslawien zu lösen. Das gleiche Recht will er den Serben im künftigen Staate Kroatien nicht zugestehen. Weshalb gesteht er den einen das Recht auf "Lostrennung" zu, den anderen nicht?

Der Versuch, die Lostrennung Sloweniens und Kroatiens mit der Lostrennung der Kolonien Afrikas von Europa zu vergleichen, wie er im AK 336 unternommen wurde, ist ein sehr fragwürdiger Ansatz. Die Kolonialreiche sind durch imperialistische Eroberungen entstanden. Diese Gebiete wurden wirtschaftlich vom Mutterland ausgebeutet, die Bewohner der Kolonien diskriminiert. Die antikolonialen Befreiungskriege waren der Versuch, der einseitigen wirtschaftlichen Ausbeutung ein Ende zu bereiten, eine eigenständige wirtschaftliche Entwicklung voranzutreiben und der Diskriminierung der Menschen in den Kolonien ein Ende zu bereiten. Jugoslawien ist aber ein Staat, der durch den antifaschistischen Widerstandskampf gegen Deutschland entstanden ist. Jugoslawien ist kein imperiales Staatsgebilde, was die Serben irgendwann in der Geschichte erobert hätten. Es ist auch nicht so, daß die Slowenen oder Kroaten in Jugoslawien unterdrückt worden wären. Kroatien und Slowenien gehören zu den wirtschaftlich stärksten Regionen in Jugoslawien. Natürlich kann Kt. die Meinung vertreten, daß eine Auflösung Jugoslawiens in der jetzigen Situation das Klügste sei. Diesen Bürgerkrieg in die Nähe eines antikolonialen Befreiungskrieg zu stellen, ist aber sehr fragwürdig.

Kt. schreibt in ak 336, "... sollte man begreifen, daß ihre Lage - und die aller anderen Völker Jugoslawiens nicht weniger - tatsächlich äußerst verzweifelt ist. Verzweifelt ... weil das Land wirtschaftlich-finanziell zugrunde gerichtet und das bisherige Gesellschaftssystem zusammengebrochen ist." Inwieweit die sechs neuen Staaten die wirtschaftlichen Probleme besser lösen können, bleibt Kt.s Geheimnis. Wenn eine katastrophale wirtschaftliche Situation zum Bürgerkrieg führt, dann sollte man als deutscher Linker nicht darüber rätseln, wo welche Grenzen neu gezogen werden sollten, sondern im Falle Jugoslawiens, eine alte Forderung zu neuem Leben erwecken: Schuldenstreichung für Gesamt-Jugoslawien.

Es ist ohnehin falsch zu glauben, daß die Wirtschaftskrise nur innere Ursachen hat. Es gibt auch äußere Ursachen. Z.B. ungünstige Austauschverhältnisse zum Westen. Dinge die sowohl auf ganz Osteuropa als auch auf die 3. Welt wirken.

Die Lage ist äußerst verzweifelt, Slowenien und Kroatien setzen sich wegen der Wirtschaftskrise in Jugoslawien ab. Daß die Lage für Serbien und für die serbischen Minderheiten ebenfalls äußerst verzweifelt ist, wird von Kt. geflissentlich übersehen. Es kämpfen eben aufrechte Kroaten für das Selbstbestimmungsrecht ihrer Nation gegen einen bösen Expansionskrieg der Serben.

Die Ängste der serbischen Minderheit müssen trotz chauvinistisch-kroatischer Reden Tudjmans nicht ernst genommen werden. So schreibt Kt., daß "... die Gleichsetzung der heutigen Republiken mit dem faschistischen Ustascha-Staat ein gutes Propagandamaterial vorfindet". So einfach ist es. Und daß kroatische Kriegspropaganda wiederum durch sämtliche BRD-Fernsehstuben flimmert, ist nicht der Erwähnung wert.

Immerhin schafft es Kt. auf über zwei AK-Seiten auch noch die politischen Interessen von Bulgarien und Griechenland anzureißen. Inwieweit die deutsche Außenpolitik in diesen Konflikt eingreift, wird nicht mal erwähnt. Das bißchen Propaganda, eine kleine Anerkennung, ein paar unbedeutende Waffenlieferungen von seiten der deutschen Regierung, geradezu lachhaft.

Die Armee hat sich auf die Seite Serbiens geschlagen. Das ist das Pech der kroatischen Nationalisten. Als Linker habe ich besseres zu tun als militärische Ungerechtigkeiten zu bejammern. Menschen wie Kt., die darüber nachdenken, welche Grenzziehung "gerecht" ist, wo welche Minderheit lebt, wer welche militärischen Möglichkeiten besitzt, welche Nationalismuspropaganda ehrlicher ist, die werden auch das Bedürfnis haben, mal so richtig in das Getümmel "reinzuhauen", um des Friedens willen versteht sich. Und nicht anders verstehe ich die Frage von Kt. am Ende seines Artikels.

"Es fragt sich, wie die Lage in Jugoslawien heute wäre, wenn die EG sich am 25. Juni dafür entschieden hätte, erstens Slowenien sofort anzuerkennen, und zweitens Kroatiens die Anerkennung verbindlich in Aussicht zu stellen unter der Voraussetzung einer zufriedenstellenden, eventuell international garantierten Minderheitenregelung für die serbischen BewohnerInnen der Republik. Schlimmer als jetzt wäre die Entwicklung jedenfalls vermutlich nicht verlaufen."

woffi, Gruppe K

10. Eurozentrismus, Selbstbestimmungsrecht, Internationalismus. Jugoslawien und die Betrachtungsweisen deutscher Linker

Rubrik: Jugoslawien / Ex-Jugoslawien · CD-Datei: daten/aksuche/ak338/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:338:02

Dieser Artikel versucht, exemplarisch anhand des ak-Artikels "Selbstbestimmung, oder was sonst?" von Kt. (1) eine Kritik am Geschichtsbild und am Eurozentrismus linker Betrachtungsweisen von gesellschaftlicher Entwicklung außerhalb des eigenen Landes zu leisten. (2) Am Beispiel der Diskussion um das "Selbstbestimmungsrecht der Völker" sollen allgemeine Mängel linker Analyse von anderer Zeit und anderem Ort sowie deren Auswirkungen auf die politischen Schlußfolgerungen aufgezeigt werden. Im nächsten ak folgt auf diesen eher ideologiekritischen Teil ein zweiter, in dem ich versuche, die jugoslawische Nachkriegsgeschichte mit einem adäquateren historisch-materialistischen Ansatz unter die Lupe zu nehmen. Erst mit Hilfe dieser Vorarbeit kann eine vorsichtige Bewertung des Streits "Selbstbestimmungsrecht vs. Internationalismus" gewagt werden.

Politizismus vs. materialistische Geschichtsanalyse

Bei der Analyse von geschichtlichen Entwicklungsprozessen sollte mensch nicht der Versuchung erliegen, einzelne politische Ereignisse als deren Ursache anführen zu wollen, was ich im folgenden als Politizismus bezeichnen werde. Gesellschaftliche Entwicklung ist überall ein komplexer Vorgang, der nur durch eine umfangreiche materialistische Analyse, die alle gesellschaftlichen Sphären zu untersuchen hat, zu leisten ist. Kt.s Betrachtungen, die mehrere Jahrhunderte europäischer Geschichte in ein paar wenigen Zeilen abfeiert, bleibt weitgehend politizistisch. So beschreibt Kt. den Prozeß der Nationalstaatenbildung wie folgt: "So verdichtete sich in fast permanentem Kampf der Flickenteppich europäischer Kleinstaaten allmählich zum Gefüge heutiger Nationalstaaten."

Kt.s Ausführungen sind bestenfalls deskriptiv, eine Erklärung für die Bildung von Nationalstaaten sucht mensch vergeblich. Diese müßte eher auf die Herausbildung und Ausbreitung der kapitalistischen Produktionsweise, also die Ausdehnung von Märkten, die wachsende gesellschaftliche Arbeitsteilung, die allmähliche Industrialisierung und die sich damit verändernden Interessen der herrschenden Klassen verweisen.

Je weiter räumlich entfernt nun die zu untersuchenden Entwicklungsprozesse stattfanden, desto oberflächlicher wird Kt.s Betrachtung: Daß z.B. der 1. Weltkrieg das Osmanische Reich kollabieren ließ, ist zwar nicht falsch. Jedoch sollten derart platte Ausführungen, wenn sie von Linken vorgetragen werden, zumindest auf die Tatsache verweisen, daß dem eine mehrere Jahrhunderte andauernde imperialistische Durchdringung durch Großbritannien, Frankreich, Österreich und später auch Deutschland vorausging. Deren Unterstützung von Handelskapital-und Großagrariergruppen auf dem Balkan, die im Osmanischen Reich nicht frei akkumulieren konnten und u.a. deshalb einen eigenen Staaten anstrebten, sowie eine lange Phase von Wirtschafts- und Finanzkrisen im Osmanischen Reich bildeten den Hintergrund für die Entstehung von Nationalstaaten in Südosteuropa. Kt.s politizistische Verkürzung lautet: "Die heutigen Staaten Ost- und Südosteuropas sind also ausnahmslos durch Sezessionsakte entstanden."

Die völlige Ausblendung der ökonomisch-politischen Interessen herrschender Klassen und daraus resultierende Mängel in der Geschichtsanalyse sind häufig auf die, gerade bei Linken verbreitete Unsitte, nach der Lektüre einiger Seiten im dtv-Taschenlexikon Geschichte o.ä. "Standardwerken" geschichtliche Vorgänge felsenfest beurteilen zu können glauben, zurückzuführen. Damit reproduziert mensch jedoch den Politizismus dieser Werke, nach dem Geschichte die Aneinanderreihung politischer Ereignisse ist. (3)

Eurozentrismus statt

Neben dem Politizismus in linken historischen Abhandlungen (4) ist in noch stärkerem Maße auf den dortigen Eurozentrismus hinzuweisen. Dieser äußert sich zum einen in der Anmaßung, gesellschaftliche Entwicklungsprozesse zu anderen Zeiten sowie an anderen Orten ohne größere Auseinandersetzung damit

beurteilen zu wollen (s.o.); zum anderen in der Projektion von gesellschaftlichen Realitäten, Prozessen und Wertvorstellungen Mitteleuropas heute auf andere Regionen/Staaten oder zurück in die Geschichte.

Zu Recht kritisiert Kt. den "linken Chauvinismus" von jw. jw. beschreibt die einzelnen Republiken der UdSSR als "trostlose Volksgemeinschaften, deren einziger Lebensinhalt neben dem Abschlachten von ‚Unterdrückern` und anderen fremdrassigen Volksschädlingen im Aufstellen von Zollhäuschen und dem Drucken von Banknoten der eigenen Währung zu bestehen scheint." (s. ak 334)

Bei Kt. tauchen solche Chauvinismen aufgrund der unzureichenden historischen Analyse v.a. bei Geschichtsbetrachtungen auf, z.B.: "Ein auf Unterwerfung von Völkern beruhendes Imperium (...) wie das osmanische Reich" mit seiner "relativen Rückständigkeit der Produktionsverhältnisse".

Das Osmanische Reich beruhte natürlich nicht auf einer "Unterwerfung von Völkern", sondern auf Tributaneignung, wobei die Reproduktion der Produktionsweise nur mittels der Integration immer neuer Produktionsregionen gelingen konnte. (5) Dabei wurden z.B. auf dem Balkan natürlich auch nicht Völker, sondern eine lokale Feudalherrscherschicht unterworfen. Für die Masse der Bevölkerung bedeutete ihre "Unterwerfung" ein Ende andauernder kriegerischer Auseinandersetzungen, die die Lokalherrscher führen ließen, sowie ein spürbare Verbesserung ihrer sozialen Lage, da der neue Tribut geringer als frühere Zwangsabgaben waren. Das grundsätzliche Problem, das sich durch Kt.s, aber auch viele andere linke Darstellungen wie ein roter Faden zieht, ist jedoch die Projektion aktueller mitteleuropäischer Realitäten und Wertmaßstäbe auf andere Zeiten und Regionen. So wird die "relative Rückständigkeit" der osmanischen Produktionsverhältnisse natürlich mit der mitteleuropäischen Arroganz gemessen, die "ihre" Produktionsverhältnisse als fortgeschritten ansieht. (6) Dazu kommt noch der weitverbreitete Fehlschluß, daß "Völker" oder "Nationen", nur weil diese Begriffe heute hier in aller Munde sind, auch zu anderen Zeiten und an anderen Orten Realität (gewesen) sein müssen. (7) Das trifft jedoch weder für die Zeit der osmanischen Expansion auf die Balkan-Region noch für die der europäischen Nationalstaatenbildung zu. Die Masse der Bevölkerung war ein Leben lang an die Institutionen Dorf und Großfamilie gebunden und hatte deshalb keinerlei Bezug zu etwas jenseits ihres Lebens und Arbeitens stehendem wie dem abstrakten Begriff "Volk". Diese Kategorie wurde ausschließlich von der Feudalklasse, die politische Kategorie "Nation" von der sich herausbildenden bürgerlichen Klasse aufgrund ihrer ökonomisch-politischen Interessen verwendet.

Es ist also zum einen falsch, für die Region des heutigen Jugoslawien vor dem 20. Jahrhundert diese Kategorien zu verwenden; zum anderen verschleiern sie die Klasseninteressen, die Ursache ihrer Schöpfung waren. In Kt.s Aufsatz ist sehr häufig dieser Fehler zu finden: wenn Kt. von "Unterwerfung von Völkern" durch das Osmanische Reich spricht, vom "historischen Streben der Polen und Ukrainer nach eigenen Staaten" (welche Ukrainer und Polen strebten danach?), von Jugoslawien als "Zusammenschluß der Kroaten und Slowenen" mit Serbien und Montenegro, von halbstaatlicher Autonomie von "Nationen" im Osmanischen Reich usw.

Sätze dieser Art werden erst dann nicht-verschleiernd, wenn mensch für die genannten Völker den Begriff "herrschende Klassen" einsetzt. Jedoch wird damit Kt.s historische Legitimation für das "Selbstbestimmungsrecht der Völker" zerstört. Denn nicht die Völker strebten nach Selbstbestimmung, sondern kleine herrschende Cliquen, die erst willkürlich Nationen konstruierten und dann mit der Forderung nach Selbstbestimmung ihre politisch-ökonomischen Interessen zu realisieren hofften. Es ist klar, daß sich v.a. im 20. Jahrhundert hier einiges geändert hat: Es rufen nicht mehr nur kleine Cliquen nach Selbstbestimmung, sondern z.T. auch die Mehrheit der Bevölkerung in bestimmten Regionen. Darauf werde ich weiter unten noch eingehen. An dieser Stelle soll noch das gängige Klischee über Jugoslawien und dessen Ursprünge unter die Lupe genommen werden.

"Pulverfaß Balkan" vs. "(mittel-)europäische Zivilität"

Zu dem unhinterfragt auch von Linken übernommenen Politizismus geschichtlicher Standardwerke kommt noch die eurozentristische oder gar rassistische Darstellung von Geschichte und aktueller Realität entfernter Regionen hinzu. Für die Darstellung Jugoslawiens ist dabei das ca. ein Jahrhundert alte Konstrukt "Pulverfaß Balkan", mit dem die kolonialistisch-imperialistischen Ambitionen und Aggressionen Deutschlands und Österreichs gerechtfertigt werden sollten und rassistische Denkweisen transportiert wurden. Dieses Konstrukt, das gesellschaftliche Umwälzungen im 19. und 20. Jahrhundert im Südosten Europas mit einem negativen

Vorzeichen versah und gleichzeitig von eigenen imperialistischen Interessen ablenken sollte, wurde auch nach 1945 weiter verwendet und ist nach wie vor der Tenor der aktuellen Medienberichterstattung über Jugoslawien hierzulande.

Diese ideologische Kontinuität ist u.a. auf die personelle Kontinuität der wissenschaftlichen "Experten" für diese Region zurückzuführen. In München z.B., das mit dem Südost-Institut an der Universität und der mit ihr eng verbundenen Südosteuropa-Gesellschaft ein Zentrum bundesdeutscher "Balkan-Forschung" ist, übernahmen nach 1945 zahlreiche NS-Wissenschaftler wie Georg Stadtmüller und Hermann Gross Lehrstühle. Sie gaben ihr Wissen und ihr Wissenschaftsverständnis an ihre, heute dominierenden Schüler weiter. Die Südosteuropa-Forschung betreibt heute nach wie vor "Volksgeschichte". In der NS-Zeit wurde dies noch mit biologisch-rassistischen Prämissen begründet. Nachdem nach 1945 keine kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Wissenschaftstradition stattgefunden hatte, wird heute eine etwas modernisierte Variante verwendet: "Volksgeschichte" baut jetzt auf dem kulturellen Ethnopluralismus auf. Geschichte wird als Geschichten unterschiedlicher "Völker" und ihrer "einzigartigen Kulturen" dargestellt. Die Wissenschaft geht damit von mitteleuropäischen Werten aus, die eng mit völkisch- biologistischen Prämissen verknüpft sind und als selbstverständlich annehmen, daß seit jeher Grenzen zwischen Völkern verlaufen und es zwischen ihnen immer zu Reibereien kommen muß.

Dieses Vorverständnis trifft gerade für die Region des heutigen Jugoslawien und ihre Geschichte nicht zu. Dort haben sich über Jahrhunderte lokal und regional spezifische Lebens- und Arbeitsweisen herausgebildet, die häufig von Menschen mit unterschiedlicher "Volkszugehörigkeit" getragen wurden. Diese "multinationalen" Traditionen werden hierzulande, aber auch von den nationalistischen Gruppierungen innerhalb Jugoslawiens geflissentlich übersehen. Das sozialistische Jugoslawien war kein "Vielvölkerstaat", sondern ein internationalistischer Staat! Dort lebten in vielen Gegenden Menschen verschiedener Nationalitäten wie schon seit Jahrhunderten ohne größere Probleme z.T. im selben Dorf zusammen. Daß dieser alltägliche, selbstverständliche und ohne irgendwelche Parolen auskommende Internationalismus von den ökonomisch-politischen Interessen der herrschenden Schichten in den Republiken Serbien und Kroatien stark in Frage gestellt wird, ist die eigentliche Tragödie des aktuellen Krieges in Jugoslawien (s. Teil 2).

Doch zurück zum Konstrukt "Pulverfaß Balkan". Es erhält seine negative Bewertung erst im dialektischen Verhältnis zu einem antagonistischen ideologischen Konstrukt; und das bildet (Mittel-)Europa, dem als Wertprämissen u.a. die bürgerlichen Menschenrechte, repräsentative Demokratie, Rechts- und (völkischer) Nationalstaat sowie die Zivilgesellschaft untergeschoben werden. Diese beiden Konstrukte bestimmen hierzulande weitgehend das Denken, und zwar von rechts bis links. Daraus wird einsichtig, warum sich hierzulande bei der Frage des "Selbstbestimmungsrechts" von Slowenien und Kroatien merkwürdige Bündnisse bilden. Die BefürworterInnen (z.B. Kt.) zählen die beiden Republiken zum Konstrukt Mitteleuropa und nur den Bösewicht Serbien zum Konstrukt Balkan, während die GegnerInnen (z.B. jw.) gleich alle drei dem "Pulverfaß Balkan" zuordnen. Da von denselben eurozentristischen Prämissen ausgegangen wird, ist es kein Wunder, daß sich unter den beiden Positionen VertreterInnen der unterschiedlichsten politischen Lager treffen.

Gerade der umfangreiche Aufsatz von Kt., "Winterpause im Bürgerkrieg?", im ak 337 reproduziert die eurozentristische Betrachtungsweise der "Volksgeschichte". Die gesamte jugoslawische Realität wird auf einen angeblichen "Nationalitätenkonflikt" reduziert. Kt. stellt umfangreich dar, welche Nationalität in welchen Gebieten Jugoslawiens lebt. Es scheint für Kt. eine ausreichende Erklärung des Krieges zu sein, daß Jugoslawien ein "Vielvölkerstaat" war. Diese Betrachtung ist biologistisch-völkisch, da sie den jahrhundertelangen Internationalismus ausblendet. Sie ist außerdem eurozentristisch, da sie die gesamte Realität auf das Konstrukt "Pulverfaß Balkan" mit seinem angeblichen Nationalitätenkonflikt reduziert. Unverschämt sind Ausführungen, die, wie die folgende, Geschichte und komplexe Realität der Lebens- und Arbeitsweise von zwei Mio. Menschen aburteilt: "Ein weiterer Konfliktherd ist die zu über 80% von Albanern bewohnte Provinz Kosovo (...)"

Dies ist der koloniale Blick pur!

Als Zwischenresümee würde ich formulieren: Die Bewertung komplexer gesellschaftlicher Prozesse kann nur nach ei- ner ausführlichen historisch-materialistischen Analyse geleistet werden. Sie darf sich nicht auf die Abhandlungen des wissenschaftlichen Mainstreams und der Massenmedien hierzulande stützen, um deren Politizismus und Eurozentrismus nicht zu reproduzieren.

Das Selbstbestimmungsrecht der Völker

Die folgende allgemeine Kritik am Selbstbestimmungsrecht der Völker schließt, was später noch deutlich wird, nicht die Unterstützung dieses Rechts im besonderen aus. Der Begriff ist in zwei Begriffe zu unterteilen: 1. den des bürgerlichen Rechts und 2. den von Nation/Volk.

Zu 1.: Wie alle bürgerlichen Rechte ist auch das Selbstbestimmungsrecht ein rein formales. D.h. auch ein faschistischer Staat kann sich prinzipiell darauf berufen. Wie dieses Recht realisiert wird und wie ein selbstbestimmter Nationalstaat aussieht, bleibt außen vor. Es ist deshalb für Linke ziemlich problematisch, Forderungen nach Selbstbestimmung mitzutragen, wenn deren Realisierung nicht mit einer sozialistischen, anti-patriarchalen und anti-rassistischen Ausgestaltung zusammenfällt. (8)

Zu 2.: Mit der allgemeinen Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts gerät mensch in die Nähe der Akzeptanz der Begriffe "Volk" und "Nation" als ahistorischer Naturgegebenheit. Bei ihnen handelt es sich jedoch um reine Abstraktionen, die materiell nicht greifbar sind. (9) Sie haben sich unter spezifischen historischen Voraussetzungen herausgebildet und sind prinzipiell veränder- und ersetzbar. Eine Unterstützung zementiert jedoch die Grenzen zwischen den "Völkern". Die geschichtliche Herausbildung ist darüberhinaus eng mit den bürgerlichen Klassen verbunden, die ihre ökonomisch-politischen Interessen mittels institutionalisierter Nationalstaaten zu realisieren such(t)en. (10) Selbstbestimmungsforderungen wurden und werden nicht selten ausschließlich von einer kleinen Oberschicht und den von ihr dominierten politischen Gruppierungen vertreten. Was das "Volk" selbst davon hält und was es sich davon verspricht, ist nicht von Belang. Oft fühlen sich große Teile der Bevölkerung erst lange nach Gründung eines Nationalstaates als Teil einer "Nation".

Mit den Unabhängigkeitserklärungen von Slowenien und Kroatien versuchen die jeweils herrschenden Gruppen den relativen ökonomischen Wohlstand der beiden Republiken vor dem armen Rest Jugoslawiens in Richtung EG in Sicherheit zu bringen. Diese Politik hat seine materiellen Hintergründe in der Weltmarkt-und Verschuldungskrise der 70er und 80er Jahre, die auch für die SFRJ (11) katastrophale soziale Folgen hatte (s. Teil 2). Das Selbstbestimmungsrecht Kroatiens und Sloweniens - ein reiner Euphemismus unter diesem Kontext - zu unterstützen, bedeutet eben auch, diese national-egoistischen Interessen zu unterstützen. Andererseits bedeutet eine Parteinahme für die Republikführung Serbiens eine Unterstützung der autoritär-nationalistischen Pläne aus Belgrad. Realpolitik, wie Kt. sie fordert, kann in dieser Frage von Linken nicht geleistet werden, da keine der beiden Alternativen eine revolutionäre Perspektive auch nur andeutet. Die Gefahr, daß das rein formale Selbstbestimmungsrecht gerade in diesem Fall reines Willkürrecht der stärkeren Gruppe wird, ist groß. Wenn nämlich die kroatische Minderheit in Jugoslawien das Recht auf Abspaltung erhält, so muß dieses auch der serbischen Minderheit in Kroatien, der kroatischen Minderheit in diesen serbisch-bewohnten Teilen Kroatiens usw. zustehen. Die Grenze, wo und wem dieses Recht gewährt wird, wird ausschließlich durch das Recht des Stärkeren entschieden. Und wer der Stärkere ist, wird von der Parteinahme des imperialistischen EG-Blocks mitentschieden. Kt. müßte gemäß der von ihm geforderten opportunistischen Bündnispolitik von Linken die krotische Abspaltung von der SFRJ, die der serbischen Minderheit von Kroatien usw. unterstützen. Beide sind durch Abstimmungen formaldemokratisch legitimiert!

Konsequenzen für linke Politik

Welche Konsequenzen haben nun die Ausführungen für linke Politik im allgemeinen sowie zu Kroatien und Slowenien im besonderen? Ich würde mehrere Schlußfolgerungen ziehen:

1. Die Linke hierzulande sollte endlich lernen, die grundlegend andere Geschichte, Erfahrungen und Realitäten von Menschen in anderen Regionen dieser Erde zu akzeptieren. Der von vielen Sozialisationsinstanzen eintrainierte koloniale Blick aus einem imperialistischen Land auf den Rest der Welt muß radikal hinterfragt werden. Aus diesem Grunde verbietet sich für Linke jegliche hemdsärmelige Realpolitik gegenüber anderen Regionen, sei es als Forderungen oder praktische Unterstützung realer Politik der BRD-Regierungsseite. (12)

2. Der Kampf sollte im eigenen Land geführt werden. Die BRD bzw. der EG- Block sollten beim Versuch der kolonial-imperialistischen Einmischung in andere Regionen behindert werden, und zwar unabhängig von Art und Weise der Einmischung (finanziell, diplomatisch, militärisch). (13) Dabei sollte ein Schwerpunkt linker Politik auf die ideologische Ebene, also gegen die Rechtfertigung der EG-Einmischung mittels

eurozentristischer Werte, gelegt werden. Hier könnte sogar eine Verbindung zu den aktuellen antirassistischen Aktivitäten hierzulande hergestellt werden!

3. Andererseits sollte klargestellt werden, daß es Linken nur um eine Politik gegen den deutschen Imperialismus geht und nicht um eine Infragestellung des Selbstbestimmungsrechtes des kroatischen oder eines anderen Volkes. Dieses darf wegen des kolonialen Blickes von hier aus nicht behindert werden.

4. Mit dieser Strategie könnten jedoch auch ethnopluralistische Ideologien und Spaltungen sowie die Gleichgültigkeit gegenüber Ereignissen in anderen Regionen verstärkt werden. Um das zu verhindern, ist zweierlei nötig: zum einen die Bereitschaft zu einer umfassenden historisch- materialistischen Auseinandersetzung mit Entwicklungsprozessen in einer bestimmten Region; zum anderen ein auf dieser Basis aufbauender Informations- und Diskussionsprozeß mit GenossInnen von dort. Denn nur deren Erfahrungen können einer linken Bewertung zugrundegelegt werden. Erst danach kann hierzulande eine Kritik an politischen Entwicklungen in dieser Region entwickelt werden, deren allgemeiner Maßstab kommunistische, antipatriarchale und antirassistische Perspektiven wären. Dies könnte auch Handlungsanweisung für die Unterstützung der Kämpfe von ex-DDR-BürgerInnen sowie Flüchtlingen und ArbeitsmigrantInnen hierzulande sein!

Kurt, Westberlin

Anmerkungen:

1) ak 336, S. 24f.

2) Es geht mir nicht darum, einer der beiden ex-KB-Gruppen bei ihrer Auseinandersetzung um das Selbstbestimmungsrecht der Völker Recht zu geben, sondern eher Übereinstimmungen bei ideologischen Prämissen in der BRD-Linken allgemein aufzuzeigen.

3) Die Standardwerke reduzieren dazu auch noch den Begriff "Politik" auf Entscheidungen an Königshöfen o.ä. und auf Kriege.

4) Häufig werden auch bei der Darstellung aktueller Ereignisse in anderen Regionen dieser Erde Entwicklungen politizistisch verkürzt analysiert. Dies ist ebenfalls auf mangelnde Kenntnisse zurückzuführen. Quellen sind oft ausschließlich Zeitungsartikel.

5) Diese Darstellung ist ebenfalls weitaus zu verkürzt. Jedoch kommt sie dem materiellen Kern wesentlich näher.

6) Es ist sicher nicht nötig, die weitgehend bekannte Kritik am westlichen Fortschrittsglauben und linearen Entwicklungsdenken, wie sie u.a. von der lateinamerikanischen Dependenztheorie formuliert wurde, hier zu wiederholen.

7) Ich gehe davon aus, daß Linke, wenn sie den Begriff "Volk" verwenden, den historisch unter spezifischen Bedingungen entstandenen Begriff meinen, der prinzipiell eines Tages wieder verschwinden kann. "Volk" als zeitlos-biologistische Kategorie (Blutsverwandtschaft, "Mentalität" o.ä.) sollten nur im Weltbild faschistischer und reaktionär-konservativer Gruppen auftauchen.

8) Hierbei ist der Nationenbegriff, wie ihn der südafrikanische Apartheidsgegner Neville Alexander verwendet, hilfreich.

9) Die einzige Alternative zum abstrakten und historisch-veränderbaren "Volks"begriff ist die biologistisch-rassistische Variante.

10) Die Gründung und Weiterentwicklung von Nationalstaaten ist sehr häufig mit blutigen Eroberungskriegen nach außen und Pogromen gegen nationale Minderheiten oder zumindest deren Diskriminierung im Innern verbunden.

11) Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien

12) Dies sollte auch für den Umgang mit der ex- DDR gelten.

13) und ebenfalls unabhängig von der Seite, die von der EG unterstützt wird. Die ursprüngliche Politik für den Erhalt des jugoslawischen Staates beruhte auf den ökonomischen Interessen des dort aktiven EG-Kapitals. Eine, auch polizeilich erzwungene Ruhe garantiert eben eher den erhofften Profit oder auch die Zinszahlungen aus dem hochverschuldeten Staat als politische Umwälzungen. Der Umschwung zugunsten der Abspaltung Sloweniens und Kroatiens fiel dem EG- Block jedoch deshalb nicht schwer, da die herrschenden Gruppen in den beiden Republiken eine Integration in den EG-Block anstreben und sich ideologisch weitgehend auf westeuropäische Werte und Politikverständnis berufen.

11. Jugoslawien und deutsche Hegemonialpolitik in Europa. Polemik gegen nationalist. Selbstbestimmungsrecht und seine Apologeten im ak

Eine Polemik gegen das nationalistische Selbstbestimmungsrecht und seine Apologeten im ak

Rubrik: Jugoslawien / Ex-Jugoslawien · CD-Datei: daten/aksuche/ak338/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:338:37

Am 17. Dezember setzte sich die BRD auf dem EG-Außemnistertreffen vorläufig durch: bis zum 15. Januar soll die Anerkennung von Kroatien und Slowenien erfolgen. Stehende Ovationen erhielt Bundeskanzler Kohl auf dem Dresdener CDU-Parteitag, als er diesen "großen Erfolg für die deutsche Politik" bekanntgab. Ein "diplomatischer Coup" (Newsweek), der im Ausland Angst und Bewunderung für das neue deutsche politische Selbstbewußtsein hervorrief. "Dies läßt darauf schließen, daß Deutschland die europäische Integration nicht mehr als Einbindung seiner potentiellen Macht akzeptiert. Die deutsche Frage wird, mehr als je zuvor, nun zu einer Priorität für die Politik Europas ... und Frankreichs", argwöhnte Daniel Vernet in Le Monde. Der US-Außenamtssprecher Richard Boucher verwies darauf, daß "die entschiedensten Verfechter der Anerkennung - Deutschland und Italien, Österreich und Ungarn - exakt jene Länder" seien, "die das faschistische Kroatien während des Zweiten Weltkriegs unterstützt haben". Einen Tag vor der EG-Sitzung erschien - für die europäische Entwicklung belanglos - die linksradikale Zeitung ak 337 unter der Überschrift "Jugoslawien - Winterpause im Bürgerkrieg?". Der Leitartikel des ak bemühte sich nachzuweisen, daß die "kroatische und slowenische Sache" gerecht, die Position der bisherigen EG-Mehrheit ungerecht und die deutsche Haltung auf Seiten der "gerechten Sache" sei.

Seit einem knappen Jahr sind bundesdeutsche Medien gleichgeschaltet, wenn über den jugoslawischen Konflikt berichtet wird. Böse slawische, unzivilisierte, uneuropäische Serben stünden gegen gute, europäische Kroaten und Slowenen, die nichts als Opfer serbischer Schlächtereien und des Völkermordes seien. Bundesdeutsche Publizisten von Georg Reißmüller in der FAZ bis zu Erich Rathfelder (im Wechsel mit Roland Hofwiler) in der TAZ sind sich darin mit Kohl und Genscher nicht nur einig. Sie können auch für sich verbuchen, als unabhängige gleichgeschaltete Publizisten die Zeichen großdeutscher Zeit bereits erkannt zu haben, als die Größen deutscher Außenpolitik noch von Rücksichtnahmen gebremst wurden: Jugoslawien gehört zerschlagen, Serbien isoliert, Kroatien und Slowenien sind unser. Auf solch hinlänglich bekannte Weise ging der Politik eine "deutsche Öffentlichkeit" voran, und Regierung und sozialdemokratische "Opposition" (die zustimmenden Rülpser von Bündnis 90/Grüne kann man dabei getrost vernachlässigen) folgten im Wettlauf allzu bereitwillig dem öffentlich gemachten antiserbischen und prokroatischen Meinungsdruck. Nur am Rande sei vermerkt, daß das Drehbuch bereits beim Verlauf der deutschen Vereinigung geschrieben wurde. Deutschland, so erfuhren wir vielstimmig, sei in der EG das einzige Land (Spiegel: "Eins gegen elf"), das Nationen, Völkern, Banden oder wem auch immer zur Selbstbestimmung verhelfen will und kann (Genscher einmal geschichtsbewußt: In Sachen "Selbstbestimmung lassen wir Deutschen uns von niemandem übertreffen"). Amerikaner, Franzosen, Briten aber stünden für die Aufrechterhaltung einer Fiktion eines jugoslawischen Staates, die die großserbischen Schlächter geradezu ermuntert habe, ihren Eroberungskrieg gegen Slowenien (erfolglos) und Kroatien (relativ erfolgreich) durchzuführen.

Letzteres erfahren wir seit einiger Zeit nicht mehr nur aus der bundesdeutschen Medienwüste, sondern auch aus einem ihrer seltenen, gegen die Ödnis des politischen Mainstreams bislang relativ resistenten Pflänzchen: dem ak. Seit August bemüht sich ak-Redakteur Kt. verstärkt, das deutsche Bild des jugoslawischen Konflikts in dieser Zeitung hoffähig zu machen: linksnationalistisch, pro-kroatisch, pro-imperialistisch, pro-deutsch. Der Leitartikel im letzten ak ist die Krönung einer Hinwendung zu schwerlich als links zu bezeichnenden Positionen, die mit dem Ja zum "deutschen Selbstbestimmungsrecht" (im übrigen: auch in dieser Zeitung vom selben Autor formuliert) und dem Ja zum Golfkrieg (im übrigen: nicht in dieser Zeitung formuliert, auch nicht vom selben Autor) in eine Reihe gestellt werden muß. Starker Tobak, nicht wahr? Untersuchen wir also die Argumentationen.

Nationalistische Definition von Selbstbestimmungsrecht

Ausgangspunkt von Kt.s Ableitungen ist die Postulierung des nationalen Selbstbestimmungsrechts und des Rechts auf Lostrennung als elementare demokratische Grundrechte. Sie sind bei Kt. wechselweise auf Nationen und Völker bezogen, oder auch manchmal als "Recht nach Lostrennung strebender Gruppen gegenüber dem Staat" benannt, was natürlich Quatsch ist, weil es nicht ein einziges Beispiel dafür gibt, daß irgendeine Gruppe, die sich nur als solche definiert, in irgendeinem Staat der Welt Selbstbestimmung reklamieren könnte (1). Immer spielt daher die Selbstdefinition als Volk oder Nation die ausschlaggebende Rolle. In Anlehnung an Lenins Definition vom nationalen Selbstbestimmungsrecht spricht Kt. davon, daß es hierzu eine "traditionelle linke Position" gebe, "die es eigentlich ausschließt, eine negative Haltung zum ‚Recht auf Lostrennung' einzunehmen." Daher müsse von Linken akzeptiert werden, "daß keine Nation in einem Staatsverband gehalten werden sollte, in dem sie nicht freiwillig bleiben will." (ak 333)

Jw. und Be. haben sich mit dieser Position grundsätzlicher theoretisch auseinandergesetzt (2) und dabei sowohl darauf verwiesen, daß historische Unterschiede zu Lenins Definition zu berücksichtigen sind, als auch den unreflektierten Gebrauch der Begriffe Staat, Nation und Volk bei Kt. und anderen Befürwortern des Selbstbestimmungsrechts kritisiert. Jw. hat dabei sehr weitgehend, und m.E. selber unhistorisch, die aus heutiger Sicht und mit dem heutigen theoretischen Wissen durchaus begründete Ablehnung einer solchen Übernahme des Selbstbestimmungsrechts der Nationen pauschal formuliert - mit einer kleinen Ausnahme (Kurdistan). Er macht dabei den Fehler, seinen Vorwurf an Lenin, eher Politiker denn genialer Theoretiker gewesen zu sein, nicht umgekehrt zu haben und dabei zu würdigen, daß der Politiker Lenin mit seinem realpolitischen Eingehen auf nationale Konflikte erfolgreich die russische Revolution und die Überwindung des Bürgerkriegs ermöglicht hat. Für die damalige Zeit eine enorme politische Leistung, und es müßte erst noch der Beweis erbracht werden, daß der reale Sozialismus der UDSSR vorrangig an "nationalen Widersprüchen" gescheitert ist. Nichtsdestotrotz hat jw. recht, daß wir es dabei nicht mit einem theoretischen Modell Lenins zu tun haben, das - zudem noch historisch-theoretisch unaufgearbeitet - auf irgendeinen der nationalen Konflikte in Osteuropa und der auseinandergebrochenen UDSSR Anwendung finden könnte. Insofern möchte ich den revolutionären Politiker Lenin gegen Kt. in Schutz nehmen. Im Unterschied zu Kt. sah Lenin, anknüpfend an Marx, die demokratische bürgerliche Nation als notwendiges Stadium für die Durchsetzung des Kapitalismus und insofern als Voraussetzung für die sozialistische Revolution an. Nationale Selbstbestimmung der - von ihm als durch den Zarismus unterdrückt definierten - nichtrussischen Nationalitäten galt ihm als ein solcher notwendiger Zwischenschritt. Zudem war Lenins Definition eingebunden in die damalige optimistische Sichtweise, der gesellschaftlich Fortschritt tendiere fast zwangsläufig in Richtung sozialistische Revolution. Darin unterschied er sich nicht von seiner Hauptkontrahentin Rosa Luxemburg. Der auf diesem Weg zwangsläufig auftretende Nationalismus einer sich von einer unterdrückenden Nation befreienden unterdrückten Nation schien ihm durch die proletarische Revolution überwindbar.

Nichts von alledem bei Kt. Sein lexikalischer Exkurs über die Nationenbildung in der Geschichte (ak 336) entbehrt jedes materiellen Erklärungsansatzes für das, was die Herausbildung von Nationen ökonomisch begründet hat und soll offenkundig nur "nationale Vielfalt" propagieren. Einen irgendgearteten Begriff gesellschaftlichen Fort- oder Rückschritts verbindet er weder mit der Auflösung Jugoslawiens noch der UDSSR in diverse Nationalstaaten. Beschäftigt man sich aber mit solcher Analyse, wird man die These zu reflektieren haben, daß es sich beim Zerfall der Zentralstaaten Sowjetunion und Jugoslawien um einen gesellschaftlichen Rückfall in die Barbarei handle, der seine Begründung in der Aussichtslosigkeit einer anderen als einer barbarischen Entwicklung solcher Nationen unter den heutigen Weltmarktbedingungen findet. Insofern ist die von Kt. in ak 336 zur Schau gestellte tümelnde Volksfreundlichkeit gegenüber jw.s Szenario von Nationen und Völkern, die sich "gegenseitig abschlachten", als "chauvinistisch" (jw. scheine "den Völkern nicht zuzutrauen, ihre Konflikte auf andere als gewaltsame Weise zu lösen"), nur platt, weil sie die materiellen Bedingungen gesellschaftlicher Entwicklung nicht mehr reflektiert. Wie wenig sein Herangehen geeignet ist, linke Positionsfindung zu aktuellen Entwicklungen zu befördern, illustriert nicht nur die Entwicklung in Osteuropa, sondern auch die Nationen-Entwicklung in Afrika, der reaktionäre Umschlag national befreiter Staaten. Offenkundig hält Kt. die Bildung von Nationen als solche für eine von ihm nicht näher definierte Befreiung. Daß dem übersteigerten Realpolitiker Kt. jede Kritik, die nicht die von ihm - zu kurz - gedachte Konfliktlösung ermöglicht, sondern grundsätzlicher ansetzt, ein Greuel ist, ist nicht zu überlesen. Daß aber jenseits der Realpolitik Sozialismus eine absolut zu propagierende Notwendigkeit ist, um nicht in der Barbarei der kapitalistischen Unterentwicklung zu versinken, dürfte bei ihm wieder einmal unter dem Ehrentitel "Sektiererei" abgehakt werden. Es gehört aber in dieser Zeitung unbedingt diskutiert.

Bezogen auf Jugoslawien erfahren wir, daß das nationale Selbstbestimmungsrecht linke Zustimmung zur Sezession Sloweniens und Kroatiens erfordern soll. Weder gibt Kt. hierfür eine Begründung außer der "einer traditionell linken Position", noch wird uns an irgendeiner Stelle erklärt, warum diese beiden Republiken "unterdrückt" seien und sie sich aus einem "gerechten" Motiv heraus von ihren serbischen Unterdrückern befreiten. Schlimmer kann Lenins revolutionäre Motivation gar nicht verhunzt werden, als daß durch sie die Sezession Sloweniens, noch schlimmer aber Kroatiens, bestätigt werden soll. Die slowenische Begründung für die Lostrennung wird von allen dortigen Kräften nationalistisch geführt, oder mit der Hoffnung auf einen schnellen Westeuropa- Anschluß erklärt, der sich vor allem in Schnellkursen und Kopien westeuropäischer Metropolen-Demokratie äußert (nicht zuletzt abzulesen an den diversen Staats- und Parteiberatern aus bundesdeutscher Politik, ob sie nun aus dem Außenministerium oder aus Otto von Habsburgs Paneuropaunion rekrutiert wurden). Niemand, auch Kt. nicht, wird mit Lenin begründen können, daß eine Nationalstaatlichkeit Sloweniens notwendiger Schritt zur sozialistischen Revolution wäre, der daher gegenüber einer reformierten jugoslawischen Föderation die richtige Alternative sei.

Pro-kroatisch

Es gibt im sich auflösenden Jugoslawien, wie wohl auch in zahlreichen Republiken der Ex-UDSSR, keine materiell begründete Staatsbildung unter Führung einer bürgerlichen Klasse (eher beherrschen Cliquen und zum Teil Banden die Szene), die eine Vielzahl unterschiedlicher Ethnien zum relativ gemeinschaftlichen Zwecke des Strebens nach kapitalistischer Produktion, nach Wohlstand und formal gleichen Rechten (in einer Klassengesellschaft selbstverständlich) vereinigen könnte. So wird die nationale Identität im Volksgemeinschaftlichen oder Völkischen gesucht, und Nationalismus drückt sich in seinen extremen Formen aus. Insofern bedeutet der Zerfall der alten titoistischen jugoslawischen Föderation mit allen ihren fehlerhaften Entwicklungen einen gesellschaftlichen Rückschritt. In ihr war eine andere als die auf völkische Herkunft gerichtete Entwicklung von Staat und Nation angelegt. Daß der Nationalismus sich in Slowenien weniger aggressiv und andere Ethnien ausgrenzend als in Kroatien oder Serbien artikuliert, hat etwas mit der relativ homogeneren Bevölkerungszusammensetzung der slowenischen Republik zu tun. Dennoch beförderte die Sezession Sloweniens, weil Vorreiter für den Zerfall des jugoslawischen Bundes, die Gefahr der nachfolgenden kriegerischen Auseinandersetzung. Es lohnt aber mehr, einen längeren Blick auf das davon unterschiedliche Kroatien zu werfen, das in den Darstellungen Kt.s kritiklos wegkommt, während demgegenüber seine ganze Kritik Serbien/Belgrad gilt.

Der Philosoph und serbische Oppositionspolitiker Zoran Djinjic verwies auf die Ernsthaftigkeit der Bedenken der Serben in der Republik Kroatien gegenüber der Gründung einer kroatischen Nation, in der sie künftig als Minderheit definiert würden. Weil diese kroatische Nation sich, neben dem Abkupfern westlicher Demokratievorstellungen, hauptsächlich kroatisch definiert, ist die ethnische Abgrenzung zwangsläufig. Djindjic weist zurecht darauf hin: "Wenn das kroatische Volk in Kroatien ein Recht auf einen Nationalstaat hat, wieso hat das serbische Volk in Kroatien nicht das Recht auf einen eigenen, einen kleinen Staat?" (FR, 31.10.91). Und an anderer Stelle: "In dem Augenblick also, in welchem das Selbstbestimmungsrecht der Völker gilt, gibt es kein Jugoslawien, aber auch kein Kroatien, Bosnien und Herzegowina, Serbien, Mazedonien mehr. Es gibt nur Völker, die ihre nationale Identität in eine staatliche zu transferieren suchen." (Die Neue Gesellschaft, 9/91) Djindijc: "Um nämlich das Recht eines Volkes auf einen eigenen Staat durchzusetzen, muß man die Homogenisierung der eigenen Bevölkerung erzwingen, was wiederum die persönlichen Grundrechte gefährdet. Das heißt, das völkische Element, das kollektivistische Element ist ein untrennbarer Teil des Rechtes auf einen eigenen Nationalstaat eines Volkes." (FR, 31.10.91) Der Kampf um Territorium, auf dem entsprechende ethnische Gruppen leben, wird zwangsläufig und er wird automatisch zum Machtkampf, der in der Regel militärisch entschieden wird. (Gegen diese Aussage spricht auch nicht, wenn Kt. auflistet, wo bei welchen Bevölkerungsanteilen Serben um Gebiet kämpfen, auf dem sie in der Minderheit sind; denn: eine eigene - in diesem Fall serbische - Nation begründet sich daneben auch mit allerlei infrastrukturellen, strategischen und logistischen Argumenten wie: Zugang zum Meer, Sicherheitsgründe, Bodenschätze etc., ist also auch "logische" Folge einer Sezession unter dem Titel Selbstbestimmungsrecht. Ebenso logisch sind dann kriegerische Auseinandersetzungen, und nicht einfach serbische Schlechtigkeit, wenn die Lostrennung auf Kosten des bisherigen Staatsverbands erfolgt, dessen Reste dann ihrerseits Ansprüche stellen). Wer eine solche Sezessionspolitik betreibt, will den (Bürger)Krieg. Tudjman und die kroatischen Nationalisten haben diese Entwicklung bewußt in Kauf genommen, und sie haben eigene militärische Unterlegenheit durch Setzen

auf EG-Unterstützung und insbesondere die ökonomisch hegemoniale BRD als Gegenmacht gegen die jugoslawische Armee wettzumachen gesucht.

Der kroatische Präsident Tudjman hat seinen allgemein als demokratisch (was wiederum nur die Form und keinen adäquaten gesellschaftlichen Inhalt meint) titulierten Wahlsieg 1990 auf extremem kroatischem Nationalismus aufgebaut. Diese Orientierung hat sich bis in die Unabhängigkeitserklärung der "Souveränen und unabhängigen Republik Kroatien" vom 25. Juni 1991 hinein fortgesetzt, die vorrangig ethnisch begründet ist. Sie beginnt folgendermaßen:

"In Fortführung der dreizehn Jahrhunderte alten staatsrechtlichen Tradition auf ihrem Territorium zwischen der Adria und den Flüssen Drau und Mur hat die kroatische Nation das Bewußtsein ihrer Identität und Unabhängigkeit im unabhängigen Staat Kroatien bewahrt.

Aufgrund des Zusammentreffens historischer Umstände und ihrer Position auf der Trennlinie zwischen der östlichen und westlichen Christenheit, zweier ständig entgegengesetzter Zivilisationen und Kulturen mit verschiedenen politischen, wirtschaftlichen und anderen Interessen, war die kroatische Nation über die Jahrhunderte hinweg gezwungen, ihren nationalen Staat zu verteidigen, zugleich die Nationen verteidigend, die westlich ihres Territoriums lebten." (Europa-Archiv 21/1991) Daß sich die in der gleichen Erklärung zur - in ihren Bürger- und Menschenrechten - zu schützenden Minderheit erklärten Serben dadurch angegriffen fühlen mußten, liegt auf der Hand. Eine solche nationale Ausgrenzung (hier ist nicht die Rede von der realen Praxis) hat es in der jugoslawischen Verfassung nicht gegeben. Daß jenseits dieser verfassungsmäßigen Formulierung die Ausgrenzung noch härter gemeint ist, hat Tudjman mehrfach deutlich gemacht, jüngst wieder in einem Interview: "Serbien gehört einer ganz anderen Welt an, einer ganz anderen Zivilisation. Zwischen den Serben und uns gibt es eine Grenze. Auf der einen Seite liegt der Westen, auf der anderen der Osten. Auf der einen Seite die orthodoxe Kirche des Ostens, auf der anderen die römisch-katholische des Westens." (Stern, 23.12.91) Über Nacht waren damit in einem sich ethnisch definierenden Kroatien die Serben eine Minderheit und wurde ihnen mit der Sezession der Schutz der jugoslawischen Föderation entzogen.

Die Sorgen der in Kroatien lebenden Serben sind vor diesem Hintergrund allerdings ohne die Geschichte der faschistischen Ustascha-Metzeleien nur unvollständig beschrieben. Für Kt. ist dieser Zusammenhang von völkischer Gegenwart und faschistischer Vergangenheit (im übrigen analog zu unserem Streit um die Bedeutung deutscher Nazi-Vergangenheit bei der Wiedervereinigung!) im wesentlichen serbisches "Propagandamaterial" (ak 337). Er dient natürlich auch dazu, denn serbische Nationalisten machen allemal ihre Politik damit. Aber: das Propagandaargument trifft nicht das Wesentliche, weil serbische Ängste in der Herausbildung und ethnischen Ab- bzw. Ausgrenzung der kroatischen Nation eine materielle Basis haben. Tatsächlich sind heute faschistische kroatische Banden und extremer "demokratischer" Nationalismus im Gewande des europäischen Menschenrechtlers nach den Prinzipien der KSZE (siehe die "Wandlung" des Nationalisten Tudjman zum "Europäer") in Kroatien virulent, während das "zivilisatorische" staatliche Gemeinwesen Kroatien eine Zwangsvereinigung zum Zwecke der Lostrennung vom jugoslawischen Bund und der Hinwendung nach Westeuropa ist, dem jeder adäquate gesellschaftliche Ausdruck fehlt. Der Ustascha-Ideologie nahe Anhänger Großkroatiens sind Regierungs- und Parteimitglieder der Tudjman-Partei HDZ. Rechte Exil-Kroaten (überwiegend aus der BRD) finanzieren zu einem erheblichen Teil die kroatische Staatsführung (siehe die Darstellung der Jugoslawien- Korrespondentin von Il manifesto, Nicole Janigro in FR, 4.1.92, siehe Stern, 23.12.91). Sowohl die Übernahme kroatischer Symbole, die die Ustascha belegt hatte (nicht nur die rotweißblauen Schachbrettmuster - Nationalfarben, sondern auch der ungenierte öffentliche Verkauf von Postern des Ustascha-Führers Ante Pavelic sowie großkroatischer Karten und Symbole), als auch die Integration und Nutzung der HOS-Milizen des Faschistenführers Dobroslav Paraga sowie der Legionärsbande "Schwarze Legion" (FR, 14.9.91) in die militärischen Aktivitäten der kroatischen Republik belegen Kontinuität, die nur mühsam dadurch retuschiert wird, daß Tudjman und andere kroatische Führer ständig Imagepflege gegenüber dem Westen betreiben und solche Realitäten zu deckeln bemüht sind. Auch die Tatsache, daß Kroatiens Fernsehen künftig keine Filme mehr zeigen will, in denen Deutsche als Nazis dargestellt werden, weil das "schlechter Geschmack" sei und Deutschland "als einsamer Ritter die Interessen Kroatiens verteidigt" (TAZ, 4.1.92), wird vermutlich nur unter serbischer Feindpropaganda abgehandelt. Dürfen wir dem im "Stern" zitierten kroatischen Oppositionspolitiker Mika Tripalo glauben, wenn dieser eine öffentliche Äußerung Tudjmans zitiert: "Zum Glück bin ich mit keiner Serbin oder Jüdin verheiratet" (23.12.91) und dabei Assoziationen zum Wüten der Ustascha gegen Serben und Juden aufkommen?

Die pro-kroatische Darstellung des jugoslawischen Konflikts von Kt. im ak muß natürlich darauf verzichten, den Anteil kroatischer Banden und Militärs an den Massakern im Bürgerkrieg auch nur zu erwägen, weil darüber hierzulande kaum Meldungen publiziert werden (eine der wenigen Ausnahmen: "Erstmals stießen kroatische Verbände vergangene Woche sogar auf serbisches Staatsgebiet vor und brannten 17 serbische Dörfer nieder", Spiegel, 11.11.91). HOS-Milizen und "Schwarze Legion" sind eben nur zur Verteidigung da. Dafür rezipiert Kt. die einseitigen Meldungen der gleichgeschalteten BRD-Medien über den jugoslawischen Bürgerkrieg, die natürlich genügend abschreckendes Material zur antiserbischen, antijugoslawischen Ausrichtung der BRD-Bevölkerung liefern. Krieg ist grausam und bietet, wenn er erst einmal ausgebrochen ist und nach den Gründen nicht gesucht wird, Anschauungsmaterial für verschiedene Feindbilder, für die nach Belegen gesucht wird. Dabei geht eben auch unter, daß Vertreibung und Flucht infolge der durch die Sezession produzierten Auseinandersetzungen kein einseitiges kroatischer Kriegsopfer war und ist, wie dies die Medien darstellen, sondern zuallererst und massenhaft von Serben aus Kroatien begann. Gewichtige Waffenlieferungen aus dem Westen nach Kroatien, vor allem aus der Bundesrepublik, werden zwar bekannt, wenn sie auffliegen, sind ansonsten aber - da illegal - schwerer zu beweisen als die Existenz von Waffen einer regulären Armee. Für Kt. aber ist erwiesen, daß Kroatien für den Fall einer militärischen Konfrontation "viel zu wenig" Waffen zur Verfügung hat (ak 337). Deutlicher kann die Parteinahme in diesem Konflikt kaum gemacht werden.

Pro-imperialistisch, pro-deutsch

"Es fragt sich, wie die Lage in Jugoslawien heute wäre, wenn die EG sich am 25. Juni (1991, dem Tag ihrer Unabhängigkeitserklärung, Anm. hr.) dafür entschieden hätte, erstens Slowenien sofort anzuerkennen, und zweitens Kroatien die Anerkennung verbindlich in Aussicht zu stellen unter der Voraussetzung einer zufriedenstellenden" Minderheitenregelung für die Serben, beendet Kt. seine Kritik am angeblich proserbischen Agieren der nichtdeutschen EG-Mehrheit im Jugoslawienkonflikt (ak 337). "Hätten sich die EG-Staaten früher zur Anerkennung entschlossen, wäre dem kroatischen Volk wahrscheinlich viel Elend erspart geblieben", schrieb Bundesdeutschlands oberantiserbischer Kriegstreiber Georg Reißmüller in der FAZ. "Schlimmer als jetzt wäre die Entwicklung jedenfalls vermutlich nicht verlaufen", resümiert Kt. im ak. Man mag mir bei dieser vergleichenden Zitiererei Demagogie unterstellen. Aber beide sind sich noch in anderer Hinsicht einig: Kt. sieht das arme kleine Kroatien als Opfer nicht nur Serbiens, sondern der gesamten EG (mit Ausnahme der BRD) und der USA, die Belgrad zur militärischen Intervention geradezu ermuntert hätten (ak 337). Reißmüller: "Auf alle erdenkliche Weise bemühte sie (Anm.: die EG) sich, seit im Frühjahr Serbien zu schießen begann, dem Angreifer zu helfen und den Angegriffenen zu schaden." (FAZ, 24.12.91) Bei Reißmüller verblüffen solche Sätze nicht. Verblüffend ist, daß in der linksradikalen (?) Zeitung ak Kt. es für selbstverständlich hält, die beste Form imperialistischer Intervention in Jugoslawien gegen Serbien zu erörtern und im Ergebnis bei einer Unterstützung des deutschen Interventionskurses zu landen (ob uns auch das demnächst leninistisch - als Ausnutzen innerimperialistischer Widersprüche - nahegebracht wird?).

Knallharte eigene imperialistische Interessen und nicht "allgemeinmenschliche", uneigennützige können den EG-Staaten und den USA in Jugoslawien bedingungslos unterstellt werden. Die Vergabe von Bewertungszensuren sollte sich daher nicht in moralischer Empörung erschöpfen, sondern die Interessen und mögliche Entwicklungsrichtung imperialistischer Politik zu analysieren versuchen. Für Kt. ist das deutsche Agieren - "die Parzellierung Osteuropas" als "klassisches Projekt des deutschen Imperialismus" (ak 333) - nur insoweit ein Ärgernis, als es "es besonders schwer" macht, "eine prinzipielle linke Position im Sinne des Selbstbestimmungsrechts zu formulieren und zu vertreten" (ak 333). Tatsächlich vollzieht sich dieses "Selbstbestimmungsrecht" aber als ein von imperialistischen Interessen diktiertes, machtpolitisches und nicht als irgendein demokratisches Grundrecht, wo irgendwelche "Völker" über ihre Zukunft entscheiden. In Jugoslawien wird für den Ausgang der Entwicklung das Agieren der EG entscheidend sein, weil ihre Parteinahme im Machtkampf über die stärkeren Bataillone bestimmt. Ein wie auch immer handelndes Restjugoslawien, ob serbisch-nationalistisch oder sozialistisch, würde mittelfristig gegenüber der EG-Hegemonie unter den derzeitigen ökonomischen und weltpolitischen Bedingungen (Wegfall der SU als Schutzmacht) keine Chance haben. Insofern waren nicht Serbien, sondern die sezessionistischen Republiken wegen ihrer offensiven Prostitution Richtung EG und ihrer antislawischen Abgrenzung von Beginn an auf Seiten der Stärkeren, weil sie sich in der EG an der Hegemonialmacht Deutschland orientierten, während Serbien zwar die stärkeren militärischen Bataillone im Lande hatte, aber strategisch unterlegen war. Jenseits des von Frankreich, Großbritannien und den USA verzögerten Tempos dieser Entwicklung sind deren

Eigeninteressen im jugoslawischen Zerfallsprozeß schwer zu definieren, weil sie erkennbar kein Konzept dafür haben, diesen Raum als Einflußgebiet zu sichern, sondern nur defensive ökonomische Besitzstandswahrung (Frankreich) oder politische Abwehr gegen die ungestüme deutsche bzw. deutsch-französische Hegemonie in Europa (Großbritannien, USA) praktizieren. Nichtsdestotrotz kann man das anfängliche, hinhaltende, auf Verhandlungen und Erhalt eines neukonstituierten und reformierten jugoslawischen Bundes setzende Agieren der EG-Mehrheit und der USA gegenüber dem aggressiven deutschen Kurs relativ positiv absetzen, weil es immerhin die Gefahr barbarischen Aufeinanderschlagens völkisch bestimmter Nationalitäten in das Kalkül eigener Politik einbezogen hat. Die deutsche Politik dagegen spielt bewußt mit diesem Feuer. Wolfgang Pohrt ist unbedingt zuzustimmen, wenn er in der "Konkret" schreibt: "Wilde Feuergefechte fanden im Frühjahr 1991 zwischen einander in Sichtweite gegenüberstehenden serbischen und kroatischen Milizen statt, doch weder Tote noch Verletzte waren zu beklagen, denn beide Parteien schossen wutentbrannt und zugleich hilflos verzweifelt in die Luft. Ihre Hemmungen verloren sie erst, als man der einen Partei für den Fall, daß sie auf den Mann zielen würde, das Himmelreich versprach: völkerrechtliche Anerkennung, militärischen Beistand, Wirtschaftshilfe in Hülle und Fülle, EG-Mitgliedschaft, Milliardenkredite" (1/92). Kommt es zur viel beschworenen Bürgerkriegsauseinandersetzung in Bosnien-Herzegowina, dann ist für Kt. klar, daß diese serbisch verursacht. Dagegen ist die Ursache dafür in einer nationalistischen Sezession zu sehen, die zwangsläufig die machtpolitische, kriegerische Auseinandersetzung der dort zahlreichen siedelnden ethnischen Gruppen bei ihrer Zuordnung zu sich neu herausbildenden ethnischen Nationen nach sich ziehen muß. Zurecht hatte der niederländische EG-Vorsitzende van den Broek darauf hingewiesen, daß die deutsche Jugoslawienpolitik sich hierüber rücksichtslos hinweggesetzt hat, im übrigen ebenso wie über die Warnungen von UN-Generalsekretär de Cuéllar. Machtpolitisch muß befürchtet werden, daß der Jugoslawien-Konflikt zwar nicht befriedet, aber vorläufig mit der deutschen Anerkennung Sloweniens und Kroatiens und dem faktischen Druck der BRD auf die EG-Partner zugunsten deutscher Interessen entschieden ist.

Fortsetzung des "antideutschen Diskurses"

Ich werde bei der Bewertung der deutschen Jugoslawienpolitik weiterhin dem linksradikalen "Hang, komplizierte Zusammenhänge zu primitivisieren" (Kt. über meinen Artikel in ak 334 (3)) nachgehen, wenn damit der Verweis auf deutsche Verantwortlichkeit für das kriegerische Anheizen gemeint ist. Meiner Aussage und den Belegen, daß die BRD den Konflikt durch das Versprechen, Kroatien und Slowenien anzuerkennen, bewußt angeheizt habe, widerspricht Kt. mit einer einzigen Widerlegung: nur der Besuch des slowenischen Präsidenten Kucan im April 1991 habe vor den Unabhängigkeitserklärungen der beiden Republiken gelegen, während die deutsche Außenpolitik erst danach auf Unterstützung der sezessionistischen Republiken eingeschwenkt sei. Den Beweis, maßgebliche deutsche Politiker hätten die Republiken zur Erklärung ihrer Unabhängigkeit ermutigt, müsse ich schuldig bleiben (ak 336). Das hier "Widerlegte" habe ich allerdings gar nicht geschrieben, bin mir indessen dennoch völlig sicher, daß die von Kt. dementierte Sichtweise der Wahrheit entspricht - was ich deswegen einstweilen nicht beweisen kann, weil insbesondere die deutsch-kroatische Connection alt, aber konspirativ ist (für Hinweise wäre ich i.ü. dankbar!). Geschrieben habe ich, daß die "deutsche Außenpolitik ständig den jugoslawischen Konflikt verschärft und den Krieg von Serben gegen Slowenen und Kroaten bzw. umgekehrt angeheizt (hat), indem sie beiden letzteren die Hoffnung machte, daß die Anerkennung bevorstehe und damit bewaffneter Schutz", sowie an anderer Stelle: "angefeuert durch die Kriegstreiber im Ausrichtungsorgan FAZ wurde alles getan, um den Fakt militärischer Auseinandersetzungen unumkehrbar zu machen, eine jugoslawische Lösung zu verhindern" (ak 334).

Kt. bestreitet zudem meine Behauptung, daß es deutsche Politiker waren, zuerst Volker Rühe am 3. Juli 1991, die militärische Intervention zugunsten der Sezessionisten gefordert haben, sondern dies sei eine von Mitterand ins Spiel gebrachte Idee gewesen. Nun habe ich aber gerade darauf hingewiesen, daß Mitterand sich im Unterschied zu den meisten deutschen Stimmen für eine neutrale "Puffertruppe" ausgesprochen hatte und sich beim Treffen Kohl/Mitterand am 19. September 1991 damit durchsetzen konnte. Dieses Treffen hat den ersten Vorstoß für einen deutschen Alleingang zunächst gestoppt. Der außenpolitische CDU-Sprecher Lamers hat in einem "selbstkritischen" Hintergrundgespräch mit der FAZ (27.9.91) acht Tage später die Gründe benannt: "Deutschland habe in der EG mit der Forderung nach Anerkennung Kroatiens und Sloweniens und der Verknüpfung eines solchen Schrittes mit der Frage der Gewaltanwendung alleingestanden", die "in einer denkbaren militärischen Automatik zu erwartenden Folgen seien (Anm.: von deutschen Politikern) kaum hinreichend bedacht worden." Bereits damals hatte Lamers allerdings nur von einem "temporären Einlenken" Bonns gesprochen. Nur sechs Wochen später, im November 1991, trat Bonn

die neuerliche Offensive an, die die EG vor eine harte machtpolitische Zerreißprobe gestellt hat. Die erneute Bonner Anerkennungsoffensive war offenkundig in Vorbereitung der Besuche des slowenischen Präsidenten Kucan und von Kroatiens Tudjman in der BRD gestartet worden. Prompt setzte wieder die militärische Diskussion ein: Der damalige Innenminister Schäuble forderte militärische Intervention unter Bundeswehrbeteiligung, Norbert Blüm eine "Art Weltpolizei" der EG und der UN, die "dazwischenfährt". Lamers hatte im übrigen nur ein Gegenargument: "Da werden Erwartungen geweckt, die man nicht halten kann" (FR, 15.11.91).

Wie die deutsche Einflußnahme läuft, ist ohne intime Quellen nur mühsam zu rekonstruieren. Ein Ausflug in jene Sphären sei mir gestattet. Kohls Berater Horst Teltschik schreibt in seinem Tagebuch unter dem 14. August 1990: "Mittags treffe ich zu einem zweistündigen Gespräch mit Ivan Milas, einem Abgeordneten des kroatischen Parlaments und persönlichem Vertrauten des Präsidenten Tudjman im Hotel Steigenberger zusammen. Ich führe das Gespräch außerhalb des Bundeskanzleramts und ohne Wissen des Auswärtigen Amtes. Als ich früher einmal politischer Kontakte auf Länderebene zu Litauen empfohlen habe, habe ich von dort nur Ablehnungen erfahren ... Milas übermittelte den Wunsch des Präsidenten nach enger Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik. Die Kroaten richteten sich ausschließlich nach Deutschland aus ..." (4). So läuft die inoffizielle Kontaktaufnahme, was dabei besprochen wird, bleibt natürlich geheim. Die halboffizielle Ebene geht so: Genscher telefoniert mit Tudjman vor seinem Bonn- Besuch und informiert ihn, daß Bonn die Republiken vor Weihnachten 1991 anerkennen wolle, daß bis dahin aber die Rechte von Minderheiten in EG-gemäßer Weise "besonders" verfassungsmäßig geregelt sein müssen (FR, 13.11.91). Damit wurde der deutsche Anerkennungsvorstoß für das EG-Außenministertreffen am 17.12.91 vorbereitet, für das Tudjman brav seine von deutschen Beratern formulierten Verfassungshausaufgaben erledigt hatte. Zwei Tage vor diesem Treffen - die meisten EG-Partner kannten vermutlich noch nicht einmal die Verfassungstexte - lag in Bonn bereits ein Rechtsgutachten des Bonner Völkerrechtlers Tomuschat vor, das konstatierte, daß "Kroatien den Minderheitenschutz auf für Europa vorbildliche Weise geregelt habe" (FAZ, 16.12.91). Dieser Minderheitenschutz wurde auf dem Außenministertreffen zum Zentralpunkt eines Prinzipienkatalogs, mit dem Bonn die übrigen EG-Partner zur Anerkennung der Republiken am 15. Januar 1992 erpreßt hat. Die dabei vorgesehene Überprüfung der Kriterien und Vorlagen war für Bonn nur eine Formalie, die sich dadurch erledigt hatte, daß man selber den Stift bei den Formulierungen geführt hat. Kt. mag auch das nur für Anbiederei halten, ich nehme es als ernsthafte Danksagung, wenn der kroatische Regierungssprecher Mario Nobilo auf einer Bonner Pressekonferenz erklärt: "Ohne die Hilfe der Deutschen ‚hätten wir gar nicht bis jetzt standhalten können'" (FR, 18.11.91). Nur wenn man wie Kt. das nationalistische Selbstbestimmungsrecht und die "kroatische Sache" für gerecht hält, kann man zu dem Ergebnis kommen, daß nicht Deutschland den Krieg angeheizt habe, sondern die Nichtintervention anderer westlicher Imperialismen. Daraus ergibt sich zwangsläufig das Gutheißen imperialistischer Intervention pro Slowenien und Kroatien. Und wenn Kt. schon der Meinung ist, als Linker müsse man erstlinig realpolitisch argumentieren, dann hätte ich im Vergleich dazu die Isolierung Sloweniens und Kroatiens für das geringere Übel gegenüber der jetzigen Situation und künftigen Konflikten gehalten, im Wissen, daß damit die Quellen der jugoslawischen Krise nicht versiegt wären, wohl aber die Herstellung einer deutsch beeinflußten Achse zum Mittelmeer gestoppt wäre. Ansonsten verbietet es sich m.E. im Konflikt konkurrierender Nationalismen in irgendeiner Weise pronationalistisch Partei zu ergreifen, was selbstverständlich auch den serbischen Nationalismus einbezieht.

In der deutschen Politik war das Selbstbestimmungsrecht immer schon ein Kampfbegriff. Die Nazis haben damit ihre Expansion begründet. Die deutsche Selbstbestimmung war 1989/90 Mittel zur Übernahme der DDR und außenpolitisch zur Beseitigung von Hemmnissen bei der Herstellung der vollen deutschen Souveränität. Mittlerweile wird es zum Bestandteil osteuropäischer Expansion. Wie instrumentell dabei allein entlang deutscher Interessen und nicht etwa fundamentaler Menschenrechte gedacht wird, schreibt Hans-Peter Schwarz in der "Welt": "Solange sich jedoch die Forderung nach nationaler Selbstbestimmung so eindeutig wie neuerdings im östlichen Europa mit dem Demokratieprinzip verbindet und gegen Alt-Kommunisten richtet, kann und darf man die Bedenken wegen der wohlbekannten Ambivalenz der nationalen Ideen hintanstellen. In dieser Hinsicht unterscheiden sich eben auch die Autonomieforderungen der baltischen Republiken oder Sloweniens und Kroatiens fundamental von vielen ethnischen Konflikt in Afrika oder Asien. Dort ist häufig nur ein undifferenziertes Aufbegehren religiöser, ethnischer oder rassischer Minderheiten zu beobachten, ohne daß diese den Willen und die Fähigkeit zum Aufbau differenzierter und moderner Institutionen des Verfassungsstaates erkennen ließen." (3.7.91) Der ehemalige Verteidigungsminister und Staatsrechtler Rupert

Scholz hat das deutsche Interesse an einer völkischen Selbstbestimmung zum Aufbrechen bestehender Hemmnisse Deutschlands formuliert. Europa habe, so Scholz, "heute nicht nur die Folgen des Zweiten, sondern auch die Folgen des Ersten Weltkriegs im Lichte des Selbstbestimmungsprinzips zu bewältigen". "Jugoslawien" (von ihm in Anführungszeichen gesetzt!) sei ein "künstliches Produkt einer von Anfang an äußerst labilen ‚Nachkriegsordnung' nach dem Ersten Weltkrieg" gewesen, das keine "nationale oder nationalstaatliche Homogenität" besessen habe. Dies gelte möglicherweise auch für die Tschechoslowakei, "denn auch Tschechen und Slowaken sind äußerst verschieden". "Originäre Völker" müßten den "Weg zur staatlichen Selbständigkeit" suchen, das Festhalten von "Nationen in ungewollten, widernatürlichen oder aufgezwungenen staatlichen Organisationen" müsse aufgebrochen werden (Rupert Scholz in "Welt", 12.12.91). Vor dem Hintergrund mehren sich deutsche Stimmen, die die Großmachtrolle Deutschlands neu bestimmen wollen, und die wie Scholz die bisherige Europa-Politik der BRD, die zunehmend mehr aus geübter Europa-Rhetorik bei gleichzeitigem Austesten deutschen außenpolitischen Sonderwegs besteht, infragestellen. Am bislang deutlichsten hat den großdeutschen Wunsch, die Europa-Bindungen der alten EG durch Rücksichtnahme auf Frankreich und Großbritannien aufzulockern, "Welt"- Chefredakteur Herbert Kremp formuliert: Statt "Vertiefung" der bisherigen EG stünde die Frage, ob nicht die Ausweitung der EG "von zwölf auf mehr als zwanzig (Osteuropäer, Skandinavier, Türken, Malteser, Schweizer, Liechtensteiner - sic!)" sinnvoller sei. "Dann bliebe, was für alle das Nützlichste ist: Eine große, den Wohlstand verbreitende Freihandelszone ... mit der Beschränkung auf eine Freihandelszone Groß-Europa wäre der harte Zweck der Integration (Anm.: gemeint ist die deutsche EG- Integration), die Kontrolle Deutschlands aufgegeben" (Die Welt, 20.6.91), mit einer ökonomischen Hegemonialmacht Deutschland und seiner ostverschobenen Hauptstadt Berlin im Zentrum, bleibt hinzuzufügen. Diese Vision ist nicht Realität, aber eine diskutierte Perspektive. Die deutsche Jugoslawienpolitik ist ein Exempel für das Sich-politisch-Freischwimmen des "politischen Zwergs" BRD. Die mit den EG-Partnern unabgesprochene Leitzinserhöhung des Zentralbankrats kurz nach dem Maastrichter EG-Gipfel markiert den dirigierenden Führungsanspruch der deutschen Währung in Europa. Für uns Linke sollte diese aufziehende Gefahr großdeutscher Hegemoniepolitik in Europa das Entscheidende bei der Beurteilung von Zerfall und Zerschlagung des jugoslawischen Zentralstaats sein. Dabei geht es um eines am allerwenigsten: die demokratische Selbstbestimmung von Staatsvölkern unterschiedlicher nationaler Zusammensetzung über ihre Geschicke. Die Rede davon verbrämt nur, daß es hierbei um die Neuordnung imperialistischen Einflußgebiets Europa und Osteuropa geht. Die "deutschen" Ziehkinder (Newsweek am 6.1.92: "Bonn's New Babies") Kroatien und Slowenien sind nur hervorstechendste neue Schöpfungen dieser Entwicklung.

hr.

Anmerkungen

1 ak 336, S.24. Die nachfolgenden Ausführungen zu Kt. beziehen sich auf die Artikel "Europas Landkarte wird geändert", ak 333, S. 7/8; "Selbstbestimmung oder was sonst?", ak 336, S. 24/25; "Jugoslawien - Winterpause im Bürgerkrieg", ak 337, S. 3/4/6.

2 "Kein Schritt vorwärts, drei Schritte zurück", jw. in ak 334, S. 12/13/14; "Staat, Volk und Nation", Be. in ak 335, S. 31/32)

3 "Neues Deutschland - alte Ziele", ak 334, S. 10/11/12

4 Horst Teltschik, 329 Tage, Innenansichten der Einigung, S. 347, zitiert nach Arthur Heinrich, Neue deutsche Außenpolitik, Blätter für deutsche und internationale Zusammenarbeit 1/92.

12. Baltikum: 700 Jahre deutsche Kolonie

Rubrik: Osteuropa allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak338/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:338:34

Fast 700 Jahre, nahezu bis zum Ausgang des Ersten Weltkrieges, waren Lettland und Estland faktisch deutsche Kolonien. Seit dem 12. Jahrhundert stellten, trotz unterschiedlicher landespolitischer Zugehörigkeit des Baltikums, Deutsche die herrschende Klasse des Landes. Letten und Esten waren politisch rechtlos und ökonomisch jahrhundertelang zu einem Dasein ausbeutbarer besitzloser Knechte (und Mägde) verdammt, länger als anderswo hielten sich hier mittelalterliche Rechtsformen und ständische Privilegien. Die deutsche Oberschicht hielt es nicht einmal für nötig, sich die Sprache der "Eingeborenen" anzueignen. Als Ziel deutscher Annexionsgelüste geriet das Baltikum ab 1914 ins öffentliche Visier. Am Beispiel der Kriegszielplanungen für das Baltikum wird noch einmal deutlich, daß hier vieles seine Vorläufer hatte, was im Zweiten Weltkrieg seine grausig-perfekte Verwirklichung fand: Angefangen von den Überlegungen, welche Völker zu germanisieren seien, später hieß dies "eindeutschungsfähig", bis hin zur Vertreibung der Juden aus den besetzten Gebieten und ihre Neubesiedelung durch "fruchtbare deutsche Kolonisten". In der Weimarer Republik ging es vornehmlich darum, die Deutschen als östlichen Außenposten im Baltikum zu halten bzw. ihre Rücksiedelung zu ermöglichen, Voraussetzung für ihre geplante Eroberung im Zweiten Weltkrieg. Jüngst stand Deutschland wieder in der vordersten Reihe, als es darum ging, diese Staaten (plus Litauen) über ihre Anerkennung aus dem sowjetischen Machtbereich herauszubrechen. Im folgenden Beitrag wird zunächst die Geschichte der deutschen Kolonisierung und die Kriegszieldebatte ab 1914 nachgezeichnet. In einem der nächsten aks wird der Beitrag fortgesetzt mit der Betrachtung der Beziehungen zwischen der Weimarer Republik und dem Baltikum und der Eroberung durch die deutschen Faschisten.

Lübecker Kaufleute und in ihrer Folge Missionare waren um 1180 die ersten Deutschen, die sich in Livland (Teil des heutigen Lettland) festsetzten. Im März 1199 wurde der Bremer Domherr Albert zum Bischof von Livland geweiht, das damit zunächst zu Bremen gehörte. Die "Livlandfahrt" (unter dem Motto "wer sich nicht taufen läßt, soll sterben") wurde vom Papst der Wallfahrt nach Rom gleichgestellt, so daß Albert im Jahr 1200 23 Schiffe mit Kreuzfahrern zur Gründung einer Kolonie ausrüsten konnte. 1201 konnte er Riga als weit nach Norden vorgeschobenen Brückenkopf gründen. Als ortsansässige Kampftruppe jener nicht ins Reich zurückkehrenden Kreuzfahrer entstand 1202 der Ritterorden der "Schwertbrüder". Mit dieser Truppe unterwarf Albert Livland, das ihm 1207 als Lehen des Reiches verliehen wurde, 1225 wurde Livland zur "Mark des Reiches" erklärt. Von Livland aus richtete sich die blutige Schwertmission gegen Kurland (heute ebenfalls Lettland), die Litauer im Süden und die Esten im Norden, wo die Schwertbrüder mit dem ebenfalls erobernden Dänen in Konflikt gerieten. Die deutschen Bischöfe und Ordensritter setzten überall ihre weltlichen Gefolgsleute als Feudalherren der estnischen, livländischen, kurländischen und lettischen Bauern ein - eine Feudalstruktur, die 700 Jahre nahezu unverändert konserviert werden konnte. 1236 wurde der Schwertbrüderorden von den heidnischen Litauern vernichtend geschlagen. Die wenigen Überlebenden schlossen sich dem ebenfalls mit dem Schwert missionierenden (preußischen) "Deutschen Orden" an, der seinen Ordensstaat nun auf Kurland, Liv- und Estland ausdehnte.

Unter dem Deutschen Orden wurde den Esten und Letten zunächst Grund und Boden belassen und sie beteiligten sich an der Verteidigung des Landes. Mit Einführung der Fronarbeit im Mittelalter wurden die Bauern ihres Eigentums beraubt und völlig rechtlos. Um Aufstände zu verhindern, war es ihnen ab 1527 verboten, Waffen zu tragen. Die Bauern flüchteten in die Städte, wo sie ab 1515 (Reval) bzw. 1534 (Riga) frei wurden. Doch auch in den Städten blieben sie Menschen zweiter Klasse. Sie konnten sich nur als Hilfsarbeiter verdingen, da der Handwerkerberuf durch die Zünfte exclusiv auf Deutsche beschränkt war. Der Zunftzwang fiel erst 1866.

Bereits 1710 waren die letzten baltischen Küstenstädte in russische Hand gefallen. Die Baltendeutschen kamen damit unter die Herrschaft des Zaren, dem sie bis weit in das 19. Jahrhundert gegenüber loyal blieben (baltische Adlige dienten im russischen Heer und bekleideten Regierungsfunktionen in Petersburg). Die Stände Estlands und Livlands unterwarfen sich ihm in Verträgen, die ihre lutherische Religion und ihre Privilegien bekräftigten (u.a. das ausschließliche Recht des Adels auf Besitz von Landgütern, das erst 1866 in den Kämpfen zwischen Bürgertum und Adel fiel). Die deutsche herrschende Klasse blieb klein. Das 1747 in Livland erstellte Verzeichnis der "ritterschaftlichen Geschlechter" umfaßte 160 Familien, das in Estland ca. 120. Neben den Rittergutsbesitzern besetzte sie jedoch weitgehend alle Herrschaftsfunktionen als Geistliche,

Gelehrte, Beamte und Kaufleute. Nur den Bürgern Rigas wurde in der Kapitulation vor Peter dem Großen 1710 darüberhinaus ein Recht auf Gütererwerb bestätigt. Die Bedeutung dieser Frage lag darin, daß am Rittergut die landespolitischen Rechte hingen: Landrat und Adelskollegium sowie der Landtag bildeten die Organe der ritterlichen (deutschen) "Selbstverwaltung". Der Rest der Bevölkerung war politisch rechtlos.

Die deutsche Herrschaft wird gebrochen

Ab Mitte des 19. Jahrhunderts wurde die Vormachtstellung der deutschen Oberschicht durch die von Petersburg verordnete "Russifizierung" der Esten und Letten Stück für Stück beschnitten.

Ziel der Russifizierung war zum einen die Verschmelzung der Ostseeprovinzen mit dem großrussischen Reich, sie ist aber auch vor dem Hintergrund des preußischen Sieges 1866 und der Gründung des norddeutschen Bundes vor Rußlands Haustür zu sehen. Rußland betrachtete die führende deutschbaltische Schicht angesichts der "deutschen Festung" vor der Haustür als Gefährdung in ihrem Vorfeld.

1832 wurden zunächst sämtliche Rechte der griechisch-orthodoxen russischen Reichskirche auf die Ostseeprovinzen ausgedehnt, die evangelische Kirche, der die (Deutsch)Balten angehörten, wurde nur noch geduldet und durfte keine neuen Gemeindemitglieder mehr aufnehmen. Mit der Thronbesteigung Alexanders III. 1861 wurden auch die Privilegien der Deutschen nicht mehr bestätigt. Ab 1867 wurde das Deutsche durch russisch als Amtssprache in Behörden ersetzt, deutsche Beamte und Richter wurden vom Dienst suspendiert. Ziel war, wie ein baltischer Geschichtsschreiber beleidigt anmerkte, die Untergrabung der "Autorität der alten deutschen Landesbehörden." (1) Ein entscheidender Schritt war die Russifizierung des Schul- und Hochschulwesens, die Kinder sollten "russisch sprechen und denken". Die Ritterschaften schlossen ihre Schulen, die Deutschbalten gingen zum Hausunterricht über. "In der alten Führungsschicht des baltischen Deutschtums herrschte die unbedingte Entschlossenheit, unter allen Opfern Volkstum und Muttersprache zu behaupten." (1)

Eine scharfe Untergrabung der deutschen Herrschaft war 1877 die Übertragung der russischen Städteordnung auf die Ostseeprovinzen. Danach trat an Stelle des (exclusiv deutschen) Rates und der Gilde eine nur durch ihre Steuerkraft begrenzte, durch das Dreiklassenwahlrecht gewählte Bürgerschaft. Bei den Wahlen gab es erstmals nach Nationalitäten getrennte Parteien, wobei die lettisch-russischen und estnisch-russischen Formationen unter der Fahne des Liberalismus antraten. Die politische Situation der Deutschen blieb auch nach Aufhebung des Dreiklassenwahlrechtes trotz ihres sinkenden Bevölkerungsanteils privilegiert, denn die Wahlberechtigung blieb an ei- nen Vermögenszensus (Immobilienbesitz, Handels- oder Gewerbebetrieb) geknüpft, der so hoch war, daß die Zahl der Wahlberechtigten sich gegenüber vorher sogar noch verringerte. Auf dieser Grundlage sind deutsche Mehrheiten in den Stadtverordnetenversammlungen in Riga, Dorpat, Pernan, Mitan u.a. bis in den ersten Weltkrieg hinein erhalten geblieben.

Germanisierung der "Eingeborenen"

Als Reaktion auf die Russifizierung, aber auch im Zusammenhang mit der Debatte unter der deutschbaltischen herrschenden Klasse um Zugeständnisse an Esten und Letten, deren zunehmende Unzufriedenheit die Deutschen als Ganzes hinwegfegen könnte, gab es Diskussionen über eine "Germanisierung" des angeblich kulturell viel tiefer stehenden "Untertanenvolkes". Dagegen stand die Überlegung, Esten und Letten als eigenes Volk zu erhalten, damit sie "durch ihre Sprache auf den bäuerlichen Stand beschränkt bleiben sollten." E. Kröger, ehemals Kopf der NSDAP im Baltikum, beschreibt durchaus übertragbar die Beziehungen der Deutschen zu Esten und Letten (Kröger bezieht sich dabei auf die Zeit des ersten Weltkrieges!): "Das Verhältnis zu den im Lande lebenden Völkern entspricht annähernd demjenigen zu Kolonialvölkern ... Der überwiegende Teil der Deutschbalten kannte die Sprache der eingeborenen Völker nicht ... Verantwortung für das Land und seine nichtdeutschen Bewohner schloß deren Mitbeteiligung (an der politischen Führung) aus." Für Kröger haben erst "Deutsche das Land aus der Geschichtslosigkeit geführt."

Eine in den Zeitungen verbreitete Landtagspredigt des Generalsuperintendenten Walter am 9.3.1864 machte die in Kirche und Landtag laufende Debatte um die "Germanisierung" öffentlich und wurde zum Auftakt einer Nationalbewegung der Letten und Esten. Walters Predigt wirft ein grelles Schlaglicht auf das vermessene deutschbaltische Bewußtsein. Er forderte die "Germanisierung" des Untertanenvolkes "nicht aus nationalistischen, sondern aus rein humanitären und sozialem Gründen; als nationale Gleichstellung mit ihren Herren". Die Rede geriet zum Eklat und in die aufkommende Empörung warf Karl Schirren seine "Livländische

Antwort" als "Kampfschrift der deutschen Nation", die "vielen wieder die Gewißheit der uralten Berufung gab, in der Front gegen den Osten festzustehen". Schirren plädierte dafür, die Letten "gleichberechtigt an den Segnungen der deutschen Kultur teilnehmen zu lassen."

Walters Rede und die darauf folgenden Diskussionen verbreiterten die aufkeimende lettische und estnische Nationalbewegung. In den 70er und 80er Jahren wurden verschiedene nationale Vereine gegründet, 1856 die erste lettische Zeitung, 1868 der Rigaer "Lettische Verein", der es sich zur Aufgabe setzte, das "Volk der geistigen und wirtschaftlichen Vormundschaft des Deutschtums zu entreißen." Durch die Agrarreform 1866 war eine Schicht selbständiger lettischer und estnischer Grundeigentümer entstanden, die von jeglicher politischen Mitwirkung ausgeschlossen waren und nun zum Träger der Nationalbewegung wurde. Vereinzelte Anträge in den Landtagen, den Bauern die politische Teilhabe zu ermöglichen, fanden keine Mehrheit, zuletzt scheiterte ein derartiges Ansinnen 1881 in Estland. In Livland waren ab 1870 die Bauern lediglich bei Kirchen- und Schulangelegenheiten durch nicht stimmberechtigte Delegierte vertreten. Die patriarchalische Ordnung wurde zäh gegen bürgerliche Forderungen verteidigt, denn eine "Preisgabe ritterschaftlicher Rechte bedeutete gleichzeitig eine Gefährdung der deutschen Position" als ganze.

In der lettischen und estnischen Fabrik-und Landarbeiterschaft faßte die Sozialdemokratie Fuß, deren Politik in erster Linie gegen die deutschen Stände gerichtet war. Die Ende des 19. Jahrhunderts gegründete lettische sozialdemokratische Partei war gleichzeitig Träger der Idee einer nationalen Unabhängigkeit.

Später fanden die Ideen Lenins vor allem unter der Industriearbeiterschaft Revals (Tallin) und Narwas sowie im Ersten Weltkrieg unter den lettischen Schützenregimentern Anhänger. Ziel der Bolschewiki war die Selbstverwaltung der Ostseeprovinzen, nicht aber die Loslösung von Rußland. Die Wahlen zu den Stadtparlamenten im August 1917 erbrachten in Riga 41% für die Bolschewiki, in Wolmar 64%, in Lemsal 70% der Stimmen.

Insbesondere die Landarbeiter- und Landlosenfrage löste auch in den Ostseeprovinzen die Revolution von 1905 aus. Die deutschen Gutsbesitzer gingen zur Bildung von Selbstschutztruppen gegen ihre Arbeiter über, denen es trotzdem gelang, in Liv-, Est- und Kurland 184 Gutshäuser in Schutt und Asche zu legen.

Um nach der Revolution von 1905 die einheimischen Landarbeiter durch "zuverlässigere" zu ersetzen und "das deutsche Element" zu stärken, warben Großgrundbesitzer insgesamt 30.000 deutsche "Kolonisten" aus Wolhynien und anderen Teilen Polens sowie dem Wolgagebiet an. Neben der Pacht hatten sie die Möglichkeit, Ländereien zu erwerben, in Kurland wurden dafür 44 Güter aufgeteilt. Die Anwerbung von Deutschen sollte nebenbei den Verkauf von Rittergütern in nichtdeutsche Hände verhindern.

Der drohende Verlust deutscher Vorrechte führte nach 1905 zur Gründung "Deutscher Vereine" unter völkischem Vorzeichen, die nach Planung der Gründer alle Deutschen zusammen fassen sollte, wobei deutsche Handwerker und andere Teile der deutschen Mittelschicht diesen Vereinen von Rittergutsbesitzern fernblieben.

Kriegsziel im ersten Weltkrieg

Um den drohenden Machtverlust der Deutschbalten zu verhindern, tauchte die Annexion des Baltikums in der deutschen Kriegszieldiskussion ab 1914 an hervorragender Stelle auf.

Die weitgehendsten Eroberungspläne waren in der Denkschrift August Thyssens erhoben, die am 9.9.1914 der Regierung überreicht wurde. Darin wurde zur Sicherung der deutschen Rohstoffversorgung neben der Einverleibung Belgiens und Nordfrankreichs die der baltischen Provinzen, des Dongebietes, der Krim und des Kaukasus verlangt.

Um die Jahreswende 1914/15 erhielt der Regierungspräsident von Frankfurt/Oder, Friedrich von Schwerin, von der Reichskanzlei offiziell den Auftrag, die Grundlagen einer deutschen Annexions- und Siedlungspolitik auszuarbeiten.

Breiten öffentlichen Ausdruck fanden die Annexionsgelüste in der von dem Nationalliberalen Eugen Schiffer und dem Industriellen Friedrich von Siemens veranlaßten Massenpetition mit 20.000 Unterschriften. Schiffer erklärte: "Die Lande gehören uns. Die Seele des Volkes lehnt sich auf dagegen, das Deutschtum in den Ostseeprovinzen aufzugeben."

Die deutschen Ostaspirationen hatten eine mehrfache Zielsetzung. Für die Eroberung Kongreßpolens wie für das Baltikum war ein Ziel die Schaffung neuen Siedlungslandes für Deutsche aus dem Altreich wie für deutsch-russische Rückwanderer, vornehmlich aus dem Wolgagebiet. Hier liegen bereits die Vorläufer des faschistischen "Volk-ohne-Raum"-Konzeptes, gleichzeitig ein erster Versuch, mit Rückgriff auf die Außenposten des Deutschtums die alten Staatsgrenzen Osteuropas zu sprengen.

Darüberhinaus ging es um eine allgemeine Schwächung Rußlands durch Lockerung seines Gefüges (herausbrechen des Baltikums u.a. Länder), spekuliert wurde über die wirtschaftliche Beherrschung Rußlands als Rohstoffbasis und Absatzmarkt. Wirtschaftspolitisch und militärstrategisch ging es Deutschland darum, sich mit einem Kordon von ihm abhängiger Staaten zu umgeben (Baltikum, Polen, Ukraine), der Deutschland faktisch die militärische Beherrschung Rußlands ermöglicht hätte und ihm durch die Erweiterung Deutschlands zu "Mitteleuropa" eine Stellung als Kolonial- und Wirtschaftsmacht von Weltrang sichern sollte.

Der deutsche Vormarsch im Osten hatte im September 1915 fast ganz Litauen und Kurland in deutsche Verfügungsgewalt gebracht, das unter Militärverwaltung als sogenannter Bezirk "Oberost" durch Hindenburg und Ludendorff gestellt wurde. Am 3.9.1017 wurde schließlich Riga, am 25.2.1918 Tallin (damals Reval) erobert.

Germanisierung und Vertreibung

Bezüglich der deutschen Politik im Baltikum gab es im wesentlichen zwei Optionen: die Politik der harten Hand, repräsentiert durch Ludendorff und die Hoffnung darauf, daß Letten und Esten, so sie den vermeintlich ersehnten Segnungen deutscher Kultur auch teilhaftig werden können, sich lieber der deutschen als der russischen Herrschaft unterordnen würden. Die Reichsleitung veranlaßte die Reise des Geheimrates Max von Sering in die besetzten Gebiete, der berichtete, daß die Letten mit der Einrichtung deutscher Oberschulen und wirtschaftlichen Maßnahmen zum Deutschtum assimilierbar sein würden. Gleichzeitig wollte er die Germanisierung "über eine Stärkung des deutschstämmigen Bauernelements" durch großzügige Ansiedlung vorantreiben ... "So wird eine entschlossene Politik in längstens zwei bis drei Jahrzehnten aus Kurland ein dem alten Lande völlig homogenes Besitztum machen." (Sering)

Die Chancen für eine Germanisierung Litauens beurteilte Sering weniger günstig, da hier die Herrenschicht nicht deutsch, sondern polnisch oder russisch war, die dichte Besiedlung Litauens, so Sering, erschwere eine Verdrängung der Litauer durch "fruchtbare deutsche Kolonisten".

Mit der Verwaltungsanordnung vom 27.4.1916 wurde die Grundlage der deutschen Siedlungspolitik geschaffen. Eine Denkschrift des Freiherrn v. Gayls (als Vertreter der Militärregierung Oberost) schlug die Enteignung und Aussiedlung russischer Grundbesitzer, von Letten und Juden (!) sowie die Ansiedlung von Deutschen auf ca. 50.000 Bauernhöfen in Lettland vor. Als Siedler sollten die "verlorenen Außenposten des Deutschtums" aus den nichtdeutschen Teilen der Donaumonarchie - aus Galizien, der Bukowina, Bosnien, Herzegowina und der Ukraine - in den neuen deutschen Osten geholt werden. Ziel dabei war, so Gayls, "das Neuland rasch und sicher, aber auch möglichst kampflos zu einem wirtschaftlichen und politischen Machtzuwachs des Reiches auszugestalten."

Autonomie statt Annexion

Doch einer Besiedlung im größeren Stil machte die Februarrevolution in Rußland und die Proklamation des Selbstbestimmungsrechtes der Völker einen Strich durch die Rechnung. Das von den Bolschewiki vertretene Selbstbestimmungsrecht der Völker wurde in Brest-Litowsk gegen sie gekehrt. So lauteten die deutschen Friedensbedingungen an Rußland u.a.: Freies Selbstbestimmungsrecht für Polen, Litauen und Kurland.

Für die Verhandlungen mit Rußland um einen Sonderfrieden gab der Kaiser im Mai 1917 daher eine "Frisieranweisung" aus, die statt der geplanten Annexion offiziell von einer "Autonomie" für Kurland und Litauen ausging. Die Autonomie sollte in Form einer inneren Verwaltungsautonomie ausgestaltet werden, sah real jedoch den militärischen, politischen und wirtschaftlichen Anschluß an Deutschland vor. Einer der Verhandler von Brest-Litowsk, Generalmajor Hoffmann, präzisierte die deutschen Ziele folgendermaßen: "Es wäre eine Formel denkbar, nach der Deutschland auf Annexionen verzichtet, Rußland aber in Anerkennung des Grundsatzes von der Freiheit der kleinen Nationen die jetzt von uns besetzten Länder aus seinem Staatsverband entläßt, damit Deutschland ihre künftige Gestaltung regelt."

Doch die offizielle Aufgabe von Annexionen war nicht unumstritten. Hindenburg forderte für die oberste Heeresleitung (OHL), bei den Verhandlungen mit Rußland den direkten Anschluß Kurlands, Livlands und Estlands sowie der Teile Litauens, die die Landbrücke nach Ostpreußen bildeten, um "für den nächsten Krieg mit Rußland den Raum für die Bewegung des linken deutschen Flügels" zu sichern.

Politik mit Hilfe der Baltendeutschen

Insbesondere in Kurland hatte die deutsche Regierung mit den Baltendeutschen einen Personenkreis zur Verfügung, der seit der Besetzung des Landes durch deutsche Truppen und insbesondere seit der Februarrevolution eine sich mit den Interessen des Deutschen Reiches deckende Politik verfolgte. Vorwärts getrieben wurde die deutsche Reichsregierung durch die mit Beginn der Russifizierungspolitik 1869 oder nach der Revolution von 1905 nach Deutschland emigrierten Balten, die im Laufe des Krieges direkt Einfluß auf die deutsche Politik gewannen, u.a. durch den "Baltischen Vertrauensrat" und die GmbH Ostland. (Diese versuchte nachzuweisen, daß die Ernährung des Deutschen Reiches durch die Ostseeprovinzen gesichert werden könne, ein Argument für die Annexion, das sich später auch in Ludendorffs Instruktionen für die Verhandlungen in Brest-Litowsk wiederfand: Anschluß, "da wir zur Volksernährung mehr Land gebrauchen".)

Um die Annexion mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker zu verbinden, sollte in Kurland durch sorgfältiges Zusammenspiel von Militärverwaltung und baltischen Deutschen der Schein einer Volksvertretung geschaffen werden. Im März 1917 ließ die (verfassungsrechtlich gar nicht mehr bestehende) kurländische Ritterschaft in Befolgung reichsdeutscher Pläne den alten "Landtag" einmalig zusammentreten. Dieser beschloß die Einberufung einer Landesversammlung aus 27 Vertretern des Großgrundbesitzes, 4 Vertretern der Ritterschaft, 5 Vertretern der Geistlichkeit, 17 Vertretern der Städte und 27 Vertretern des kleinen Grundbesitzes - dadurch war die absolute Majorität der Deutschen (die ca. 7% der Bevölkerung stellten) gewahrt. Drei Tage später trat die Landesversammlung in Anwesenheit des Verwaltungschefs der deutschen Militärverwaltung zusammen und verabschiedete die vorher von der Reichsregierung wörtlich ausgearbeitete Adresse:"Als die von der Bevölkerung Kurlands entsandten Vertreter erbitten wir den Schutz und Schirm seiner Majestät des deutschen Kaisers und des mächtigen deutschen Reiches. Vertrauensvoll legen wir unser Geschick in die Hände seiner Majestät und der von ihm eingesetzten deutschen Militärverwaltung." Anschließend wurde durch Zuruf ein 20köpfiger "Landesrat" als Regierung "gewählt", der das Recht der Begutachtung von Gesetzen erhalten sollte, die ihm vorzulegen die Reichsregierung für richtig befand.

Fünf Tage nach der Unterzeichnung des Vertrages von Brest-Litowsk im März 1918 faßte der kurländische Landesrat den Beschluß, den deutschen Kaiser und König von Preußen zu bitten, die Herzogskrone Kurlands anzunehmen.

Lettland und Estland: Bitte um Einmarsch

In Liv- und Estland war die provisorische russische Regierung den Nationalbestrebungen entgegengekommen und hatte anstelle des russischen Gouverneurs lettische und estnische Kommissare eingesetzt sowie das Land am 22.4.1917 nach Nationalitätengrenzen geteilt: An Stelle von Estland und Livland und der Insel Ösel traten die Gebiete Estland und Lettland. Durch einen durch das allgemeine Wahlrecht konstituierten Gouvernementsrat sollte der deutsche Bevölkerungsteil seine Vormachtstellung verlieren. Am 22. Juni 1917 wurden den Ritterschaften ihre politischen Rechte entzogen, trotz Protest unter Bezug auf ihre im 17. Jahrhundert verliehenen Rechte wurden sie auf ständische und kirchliche Angelegenheiten beschränkt.

Um ihrer politischen Entmachtung zu begegnen, hatten die Deutschen in Liv- und Estland bereits im März "Vertrauensräte" gebildet, die die Angliederung Livlands als preußische Provinz an das Reich wünschten sowie eine völlige Germanisierung der Esten und Letten. Am 6. November 1917 erschien eine Abordnung der Ritterschaft Livlands bei der OHL und überreichte eine Eingabe mit der Bitte, Liv- und Estland unter den Schutz der preußischen Krone oder unter Militärverwaltung zu stellen. Mit einem zweiten Gesuch am 4. Dezember bat die Ritterschaft um den Einmarsch deutscher Truppen. Entscheidend für dieses Drängen war die Abschaffung aller "Stände" nach der Oktoberevolution, die Enteignung des Adels und die Einsetzung von Sowjet-Komitees anstelle der lettischen und estnischen Verwaltungsorgane. Ludendorff beschied die Eingaben mit dem Hinweis, daß das Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes zu berücksichtigen sei, d.h. der Entschluß zur Loslösung von Rußland müsse sich auf die Willensäußerung breiter Bevölkerungsschichten stützen. Die Baltendeutschen sammelten für Resolutionen des livländischen Adelskonvents und des

estländischen ritterschaftlichen Ausschusses Unterschriften in der nichtdeutschen Bevölkerung. Anfang September 1917 wurde dann Riga und im Februar 1918 der Rest des Landes nach bestellten förmlichen Hilferufen der Deutschbalten von deutschen Truppen besetzt, womit der in Brest-Litowsk vereinbarte Waffenstillstand gebrochen wurde. In Reval (Tallin) lösten die Deutschen unmittelbar nach ihrem Einzug mit Gewalt die (aus demokratischen Wahlen hervorgegangene) estnische Regierung auf.

Nach Anweisung von Ludendorff erklärten die von Baltendeutschen beherrschten Landesversammlungen, für Estland am 9. April 1918, für Livland am 10. April, die Lossagung von Rußland und traten zwei Tage später zum "Vereinigten Landesrat von Livland, Estland, Riga und Oesel" zusammen. Der Landesrat kam programmgemäß zu dem Beschluß, den Kaiser zu bitten, das Baltikum zu einem monarchistisch konstitutionellen Staat zusammenzufassen unter Personalunion mit dem König von Preußen. Da eine Anerkennung der Unabhängigkeit auf dieser Grundlage im Reichstag nicht durchzusetzen war, sicherte der Reichskanzler einer Delegation des Vereinigten Landesrates zunächst lediglich eine Unterstützung ihres Anliegens zu, vor allem bezüglich des militärischen Schutzes.

Litauen: Option für Deutschland oder Teilung

Am 2. Mai 1917 ließ Ludendorff im Oberostgebiet politische Leitsätze in Kraft treten, nach denen die Litauer mit allen Mitteln für Deutschland zu gewinnen waren, da das Land als Brücke nach Kurland, Livland und Estland unentbehrlich war. Das Deutschtum in Litauen sollte zwar bevorzugt werden, eine zwangsweise Germanisierung der Litauer jedoch unterbleiben. Die deutsche Politik zielte dabei auf die Gewinnung der klerikal konservativen Führungsschichten Litauens, die anders als die Arbeiterschaft und städtische Intelligenz der Revolution in Rußland ablehnend gegenüberstanden. Doch die russische provisorische Regierung hatte den Litauern bereits Zusagen auf Autonomie im Rahmen einer föderativen Auflockerung Rußlands gemacht, zudem beunruhigte die laute Kriegszielagitation in Deutschland die Litauer. Trotz aller Bemühungen lehnte die klerikale litauische Nationalpartei eine Verbindung mit Deutschland ab, aus Sorge, daß "an Stelle der Russifikatoren und Polonisatoren die noch schlimmeren deutschen Kolonisatoren und Germanisatoren ins Land" kämen. Als angesichts der veränderten Weltlage auch für Litauen die glatte Annexion nicht durchsetzbar war, erhielten die Litauer 1917 die Erlaubnis der Okkupationsbehörden zur Bildung eines Landesrates. Die Deutschen stellten den vorbereitenden Organisationsausschuß vor die Wahl: entweder Option für Deutschland (militärische Konvention, Zollunion, Gemeinsamkeit strategischer Eisenbahnen) - dann würde Deutschland für die Einheit Litauens und dessen Unabhängigkeit von Rußland eintreten. Bei einer Weigerung: Teilung des Landes zwischen zwischen Rußland und Deutschland durch Annexion des Westteils. Die im September 1917 gewählte litauische Taryba (Landesrat) war für die Deutschen ein politisch bedeutungsloses konsultatives Gremium, während sie von den emigrierten Litauern als höchstes Staatsorgan der litauischen Nation anerkannt wurde. Die Taryba erwies sich als politisch hartnäckiger als von den Deutschen eingeschätzt. So machte sie die Proklamation der litauischen Unabhängig- keit und die Anerkennung des neuen Staates zur Bedingung für eine vom Reich gewünschte Erklärung über ein "ewiges festes Bundesverhältnis" mit Deutschland. Angesichts der bevorstehenden Brester Verhandlungen mußten sich die Litauer den deutschen Wünschen beugen, wollten sie der Gefahr einer Teilung des Landes begegnen. Auf die schließlich abgegebene manipulierte Erklärung, in der der Landesrat den Schutz des Deutschen Reiches erbittet, beriefen sich die Deutschen in Brest-Litowsk als Rechtstitel für die Abtrennung Litauens und Kurlands von Rußland. Damit hatten es die Deutschen geschafft, auf dem "Selbstbestimmungsrecht der Völker fußend, den Punkt des annexionslosen Friedens (Trotzki: Frieden ohne Annexionen und Kontributionen, Anmerkung sab.) zu unterhöhlen.", so Kühlmann, einer der deutschen Verhandler.

Als die Taryba am 16. Februar 1918 den Beschluß faßte, die vertraglichen Bindungen an Deutschland nicht anzuerkennen, sollte sie mit dem Plan der Errichtung zweier Herzogtümer (Litauen und Kurland) aus deutschen Fürstenhäusern in die Knie gezwungen werden. Um eine Personalunion mit Preußen oder Sachsen unmöglich zu machen, konstituierte sich die Taryba am 11. Juli als "Staatsrat" und proklamierte Litauen als konstitutionelle Monarchie, indem sie dem württembergischen Herzog von Urach die Königskrone anbot. Ein Aufheulen ging durch die deutsche Presse bis hin zum "Vorwärts". Reichskanzler Hertling hielt noch einmal fest, daß die Taryba ohne Abschluß der Konventionen mit Deutschland keinerlei Regierungsbefugnis habe. Erst unter dem neuen Reichskanzler Max von Baden wurde der Staatsrat anerkannt mit der Erklärung, daß Deutschland sich weder in Verfassungs- noch in die Grenzfrage mischen werde - dahinter stand als Drohung, daß Wilna doch an das stärkere Polen gehen würde. Trotzdem war dies ein faktischer Rückzug des bereits

stark geschwächten Deutschlands, das in Litauen nichts mehr erreichen konnte. Am 2. November wurde dann die Königswahl widerrufen, drei Tage später A. Voldemaras zum Ministerpräsidenten gewählt.

Rettung der Kriegsziele im Osten

So schnell vollzog sich die Aufgabe der deutschen Ambitionen im Baltikum, besonders in Kurland, nicht, wenn die Politik vor dem Hintergrund des bevorstehenden Zusammenbruch Deutschlands auch elastischer wurde. Nach der Entlassung Ludendorffs wurde am 3. November 1918 die Kabinetts-Ordre über die "Einsetzung von Zivilverwaltungen im Baltenland und Litauen" erlassen, die das Ende der Militärverwaltung bedeutete, doch die deutschen Pläne waren damit nicht aufgegeben. Noch am 7. November, zwei Tage vor der Revolution in Berlin, wurde ein Regentschaftsrat für Kurland, Liv- und Estland eingesetzt (zusammengesetzt aus 35 Balten, 10 Letten und 13 Esten), um den Einheitsstaat zu gründen. Der Regentschaftsrat verfaßte noch eine Bittschrift an den Kaiser, der Bildung eines monarchistischen Staates unter dem Protektorat des deutschen Reiches zuzustimmen.

Inzwischen aber hatte sich, ausgelöst durch die Revolution in Berlin, in Estland eine vorläufige sowjetische Regierung gebildet, der am 12. November, mangels weiterer Einflußmöglichkeiten, die Verwaltungsbefugnisse der deutschen Besatzungsbehörden übergeben wurden.

Anders sah es in der am 28. November ausgerufenen Republik Lettland aus. Hier saß der Rechtssozialdemokrat August Winnig, vier Tage vorher zum Generalbevollmächtigten für das Baltikum ernannt, mit sieben Millionen Goldmark und somit der Möglichkeit, noch im Sinne eines der deutschen Kriegsziele, den Siedlungsplänen, tätig zu werden. Jetzt allerdings im Zusammenwirken mit der neuen lettländischen Regierung, die sich von den Sowjettruppen bedroht sah. Winnig schloß am 29. November einen Vertrag mit der Regierung Ulmanis, in dem diese sich verpflichtete, jedem deutschen Soldaten, der vier Wochen für das Land Wehrdienst geleistet hatte, die lettische Staatsangehörigkeit zu verleihen und die Möglichkeit zur Ansiedlung zu geben.

Um die Kriegsziele im Osten zu retten war von der OHL mit stillschweigender Billigung der Alliierten nach Auflösung des Stabes Oberost im Januar 1919 das Oberkommando Nord zur weiteren Organisierung des Baltikumkrieges gebildet worden. Die Truppeneinheiten waren zum größten Teil aus Freiwilligen gebildet. Zu diesem Zweck hatte man in Berlin die "Anwerbestelle Baltenland" geschaffen, die Zweigstellen in allen größeren Städten hatte und u.a. mit Geldern der Schwerindustrie und des Großgrundbesitzes unterhalten wurde. Winnig hatte inzwischen alle Vorbereitungen zur Wiederaufrichtung der Front gegen die Bolschewiki getroffen. So hatte er die Aufstellung der "Eisernen Division" als Kerntruppe der deutschen Söldnerarmee in die Wege geleitet. Daneben rekrutierte sich die "Baltische Landeswehr" aus Deutschbalten und Letten. Die Vorbereitungen für die Bildung dieser Schutztruppe der Barone liefen seit Sommer 1918. Nur mit großer Mühe gelang es, für die Landeswehr auch lettische Freiwilligenkompanien aufzustellen, die jedoch größtenteils beim Näherrücken der Roten Armee meuterten und von den Deutschen mit Unterstützung der englischen Kriegsschiffe entwaffnet werden mußten. Die Engländer, die mit den Deutschen um die ökonomische Beherrschung des Baltikums konkurrierten, aber mit ihnen das gemeinsame Interesse einer Bekämpfung der Bolschewiki hatten, lagen mit einer Flotteneinheit im Hafen von Libau. Nach einer Unterredung auf dem englischen Kriegsschiff "Princess Margaret" am 23.12.1918 schrieb Winnig: "Die Engländer forderten nicht nur die Behauptung der Stadt Riga und der bis dahin von der Roten Armee noch unbesetzten Gebiete, sondern redeten auch von der Rückeroberung der bereits geräumten Teile und verlangten, daß kein Mann und kein Geschütz abtransportiert werde."

Auch in Litauen gab es jetzt Interesse, die deutschen Truppen dort zu halten, um ein Nachrücken der Bolschewiki zu verhindern. Dies kam der Reichsleitung höchst gelegen. "Mit dem Zusammenbruch Deutschlands wuchs die Bedeutung Litauens. Das siegreiche Deutschland hätte hoffen können, Polen im Zaume zu halten; das besiegte Deutschland muß tatenlos den Bestrebungen der Entente, ein ‚zweites Frankreich` in seinem Rücken zu errichten, zusehen. Um so notwendiger bedarf es des litauischen Gegengewichtes." (Aufzeichnung aus dem Auswärtigen Amt vom 2.5.1919) Man war sich einig, daß Deutschland die "dringenden Wünsche" der bürgerlichen litauischen Regierung erfüllen sollte: "Direkte oder wenigstens indirekte Hilfe beim Vormarsch auf das von den Bolschewiken halb verlassene Wilna; Beteiligung deutscher Truppen bei der Besetzung der von den Bolschewisten geräumten Gebiete an der nordlitauischen Front."

Die Haltung der Bevölkerung im Baltikum war demgegenüber äußerst feindselig den deutschen Truppen gegenüber. Viele Arbeiter und Landarbeiter ließen sich für die Rote Armee eintragen und bewaffneten sich im Vorwege. Der Sturz des lettischen Präsidenten Ulmanis am 16. April durch den Führer des Baltischen Stoßtrupps, Hans von Manteuffel, und die Einsetzung der Marionette Pastor Needra stieß bei den Alliierten unangenehm auf und führte, da die deutschen auch ihre Mission erfüllt hatten, dazu, daß die Freikorps das Baltikum verlassen mußten.

sab./gruppe k

Literatur:

1) Reinhard Wittram, Geschichte der Ostseelande, Livland, Estland, Kurland, München und Berlin 1945

2) Günter Rosenfeld, Sowjetrussland und Deutschland 1917-1922, Köln 1984

3) Fritz Fischer, Griff nach der Weltmacht, Königstein 1979

"Völker müssen einsehen, daß sie als eigene nicht überleben können, sondern sich besser stehen, wenn sie auch Deutsche werden ... So sind alle jene Völker (zwischen Rußland und Deutschland) in der Cultur so weit zurück, daß sie, wenn sie kaltblütig die Vortheile und Nachtheile abwägen, einsehen müssen, welchen außerordentlich großen Nutzen sie gewinnen, indem sie gleichberechtigte Glieder eines großen Culturvolkes werden. Wenn auch diese Völker sich jetzt beeilen, einen gewissen Culturschliff sich anzueignen, so kommen sie damit zu spät. Sie hätten früher damit anfangen müssen, um wenigstens ein einigermaßen gültiges Idealrecht auf Berücksichtigung zu gewinnen. Und dabei verdanken diese Völker ihre Cultur zum größten Theile den Deutschen."

Aus "Phantasien über Großdeutschland" in "Die Gegenwart" vom 12.10.1895, zitiert nach R. Opitz, Europastrategien des deutschen Kapitals, Köln 1977

Rußland behält den Zugang zum finnischen Meerbusen, es tritt aber Finnland an Schweden, die Ostseeprovinzen und Großpolen an Großdeutschland ab ... Die baltischen Landschaften werden selbständige Herzogtümer - Esthland, Livland, Kurland und Littauen - die unter der Herrschaft evangelischer thüringer Fürsten Verfassungen erhalten, die gleichzeitig der deutschen Kultur und der undeutschen Abstammung der Mehrheit ihrer Bevölkerung Rechnung tragend, Zweisprachigkeit in Gesetzgebung und Verwaltung, in Kirche und Schule einführen ... deutsche Garnisonen, deutsche Post, Telegraphie und Eisenbahnen erhalten und im übrigen Mitglieder des großdeutschen Zollvereins, nicht aber des Deutschen Reiches oder Bundes werden." (Für die Abtretung der Provinzen von Rußland wurde damit gerechnet, daß sie sich nur "mit den Waffen in der Hand abringen lassen.")

Aus der anonym erschienenen Schrift des Vorsitzenden des "Alldeutschen Verbandes", Prof. Dr. E. Hasse, "Großdeutschland und Mitteleuropa um das Jahr 1950", aus dem Jahr 1895, zitiert nach Opitz

13. Noch immer Krieg in der Westsahara

Rubrik: Westsahara; Afrika allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak338/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:338:19

Seit April 1991 gibt es für die letzte Kolonie Afrikas, die Westsahara, einen von der UNO-Vollversammlung beschlossenen Friedensplan, der die 16jährige Besetzung des Landes durch Marokko und den verlustreichen Krieg beenden soll. Dieser Plan befindet sich allerdings in einer äußerst kritischen Phase. Auf verschiedenste Weise versucht die marokkanische Regierung die Bedingungen für das für Ende Januar vorgesehene Referendum zu diktieren: Militäroperationen kurz vor dem vereinbarten Waffenstillstand, Abrücken von dem spanischen Zensus von 1974 als Grundlage für die Stimmberechtigung, Behinderung des UNO-Personals und nicht zuletzt durch eine massive "demographische Operation" in Form eines neuen "grünen Marsches" und der Deportation der ortsansässigen sahrauischen Bevölkerung.

Im Januar soll die sahrauische Bevölkerung auf der Grundlage des spanischen Zensus von 1974 über ihre Eigenstaatlichkeit oder den Anschluß an Marokko entscheiden. Ein solches Referendum ist längst überfällig. Seit etwa 30 Jahren wurde daran geplant, verhandelt, modifiziert und den Einsprüchen erst Spaniens und dann Marokkos stattgegeben. Nun endlich gibt es einen Zeit- und einen Kostenplan, der im Mai 1991 einstimmig von der UN-Vollversammlung angenommen wurde. Was allerdings "freie und faire" Bedingungen sind, bleibt merkwürdig unbestimmt. So frei, daß man Presse und unabhängigen Wahlbeobachtern ungehindert eine Vorortinspektion erlauben würde, soll es jedenfalls nicht zugehen. Wer denn überhaupt einreisen darf, dem macht man bisher die Arbeit fast unmöglich: Pünktlich zum Inkrafttreten des Waffenstillstandes requirierte die marokkanische Armee die einzige öffentliche Telex- Verbindung, und marokkanische Regierungsvertreter erbaten sich dringend eine wohlwollendere Berichterstattung über die "Gastgeber", sonst dürfe man sich über Repressalien nicht wundern. Nicht nur die Freiheit der Medien ist aufgekündigt, auch die UNO-Mitarbeiter der MINURSO (Mission der Vereinten Nationen für die Abhaltung einer Volksbefragung in der Westsahara) können nicht nach Plan arbeiten: "Zollformalitäten" halten die materielle Infrastruktur der Kommissionen zurück.

Die marokkanische Armee bereitet das Referendum auf ihre Weise vor. Wie schon 1975 vergiftet sie Brunnen, um die sahrauische Bevölkerung zu vertreiben. Über einen Panzereinsatz gegen die Oase Bir Lehlou berichten Mitarbeiter von "medico international": "Die marokkanischen Panzer haben Bir Lehlou am 25.8. erreicht. Sie haben wörtlich alles verwüstet, alles der Wüste zurückgegeben, was vorher Zentrum sahrauischen Sozialwesens war. Mit Sorgfalt. Mit Brutalität auch im Detail. Sie haben selbst die Palmen verbrannt, die in der Wüste als Lebensbaum gelten und bei allen historischen Stammesfehden stets einvernehmlich geschützt wurden. Sie haben Armaturen und Wasserhähne entfernt und Bierdosen und Graffitis zurückgelassen: ‚Für König, Vaterland und Islam. - Der Genius, der alles zerstört hat`. Sie haben Minen und Granaten, Gift, Bomben, Brand- und Sprengsätze zum Einsatz gebracht und mit der rohen Gewalt der Panzer die Wände niedergerammt. Sie haben Kamelherden abgeschlachtet und alle materiellen Grundlagen der Bevölkerung vernichtet."

Neuauflage des "Grünen Marsches"

Die marokkanische Regierung gibt sich aber nicht mit der Vertreibung der sahrauischen Bevölkerung zufrieden. Um sicher zu gehen, daß das Referendum das erwünschte Ergebnis bringt, führt sie ein gigantisches Siedlungsprogramm durch - eine Parallele zum "Grünen Marsch" von 1975, mit dessen Hilfe Marokko das Erbe der spanischen Kolonialmacht antreten konnte.

Die Gründung und das Erstarken der Frente Polisario, der Druck der UNO und das Beispiel der portugiesischen Revolution hatten die spanische Führung dazu bewogen, eine Entkolonialisierung der Westsahara vorzubereiten, bei der das Land und seine Reichtümer (Phosphate, Edelmetalle, ergiebige Fischgründe u.a.) weiter kontrolliert werden sollten.

Im August 1974 erklärte die spanische Regierung, man wolle im ersten Halbjahr 1975 ein Referendum abhalten, in dem das sahrauische Volk - wie von der UNO gefordert - sein Recht auf Selbstbestimmung ausüben könne, in Hinblick auf eine eventuelle spätere Unabhängigkeit. Kurz darauf erklärte sie sich auch bereit, den Besuch einer UN-Sonderkommission zur Überprüfung der Situation in der Westsahara zuzulassen. Ein Referendum, in dem die Sahrauis für ihre Unabhängigkeit gestimmt hätten, wäre für die Annexionspläne

Marokkos eine schwere Niederlage gewesen. Um Zeit zu gewinnen, wandte sich der marokkanische König daher an die UNO mit dem Vorschlag, die Frage der Zugehörigkeit oder Nicht-Zugehörigkeit der Westsahara zu Marokko dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag vorzulegen und das Referendum solange auszusetzen.

Daß der Haager Gerichtshof der marokkanischen Sichtweise, die Westsahara sei Teil Marokkos, eindeutig widersprach, nahm König Hassan II. nicht einmal zur Kenntnis. Noch am Tage der Urteilsverkündung erklärte er seinem Volk per Radio und Fernsehen, die marokkanische Position sei vom Gerichtshof "glänzend bestätigt" worden, und kündigte einen "Grünen Marsch" an, den "friedlichen Einmarsch von 300.000 marokkanischen Zivilisten in die marokkanische Sahara", um dieses Gebiet für das marokkanische Reich "zurückzugewinnen".

Während der folgenden Tage wurden in einer generalstabsmäßig vorbereiteten Aktion marokkanische Zivilisten in die Grenzregion gebracht. Zugleich unternahm die marokkanische Armee erste Übergriffe auf das Gebiet der Westsahara. Die spanische Regierung (bis hin zum Kronprinzen Juan Carlos, der die Funktionen des kurz vor seinem Tode dahinsiechenden Diktators Franco übernahm) erklärte zwar feierlich ihre Entschlossenheit, das Selbstbestimmungsrecht der Sahrauis zu verteidigen. Zugleich trat sie jedoch in Geheimverhandlungen mit Marokko ein, zu denen kurz vor dem Abschluß auch Mauretanien hinzugezogen wurde. Am 6. November setzte sich der "Grüne Marsch" in Bewegung. Er überschritt die Grenze zur Westsahara und kam nach wenigen Kilometern vor den Stellungen der spanischen Kolonialtruppen zum Stillstand. Die Journalisten aus aller Welt, die das Spektakel beobachteten, erfuhren nicht, daß weiter östlich im Hinterland bereits marokkanische Panzer in die Sahara einrückten.

Die aktuelle Neuauflage des Grünen Marsches verläuft weniger spektakulär, aber allem Anschein nach ebenso effektiv wie sein historischer Vorläufer.

König Hassan II. selbst entschied Ende Juli 1991, daß ein neuer Grüner Marsch durchgeführt werden solle. Bei der Sitzung, an der Mitglieder des Generalstabes der Streitkräfte, Parteiführer der königstreuen und der "Oppositions"-Parteien so wie die engsten Berater des Königs teilnahmen, wurde außerdem eine Ansprache an das Volk entworfen, die später zur Mobilisierung der marokkanischen Öffentlichkeit benutzt werden sollte. Sie kann im Wesentlichen auf zwei Schlüsselaussagen reduziert werden:

- Die marokkanische Monarchie ist in ihrer Existenz bedroht, wenn man ihr die Westsahara "raubt".

- Marokko ist Opfer eines "internationalen Komplotts", welches von den Vereinten Nationen gesteuert wird.

Unmittelbar nach dem Treffen ergingen "Weisungen mit der königlichen Sonderpost" an alle Provinzbehörden des Reiches. Die massenhafte Einrichtung von Büros zur Registrierung und Anmeldung von Personen, die später in die Westsahara geschickt werden sollten, wurde darin angeordnet. Zwei Ministerien wurden mit der Abreise der marokkanischen Staatsbürger betraut, die zu Tausenden in den genannten Registern eingetragen waren. Das Innenministerium ist für den Inlandstransport zuständig, an der Grenze zur Westsahara sorgt dann das Verteidigungsministerium für die weitere Strecke bis zum Zielort. Hauptkoordinatoren der Gesamtoperation sind der Innenminister Driss Basri und der Generalsekretär des Verteidigungsministeriums. Mit der Leitung der Operation wurden Reservistenverbände der Polizei und der Armee beauftragt, die zu diesem Zweck einberufen wurden. Sie erhielten unter anderem die Befugnis, falls erforderlich, Privatfahrzeuge zu beschlagnahmen. Die Neuankömmlinge werden von ihnen in Gruppen von 50 Personen aufgeteilt. Damit kann die Kontrolle erleichtert sowie die Unterweisung und Befehlsordnung vor allem zum Zeitpunkt der Niederlassung in der Westsahara geregelt werden.

Freiwilligkeit oder Zwang? - Rekrutierungsmaßnahmen

Die soziale Herkunft der neuen Siedler ist sehr heterogen. In Südmarokko mag die Zielgruppe für die Rekrutierung tatsächlich teilweise eine nachweisbare Beziehung zur Westsahara haben, in den übrigen aufgeführten Regionen werden vor allem folgende Personengruppen zur Teilnahme am neuen Grünen Marsch aufgefordert:

- Berberstämme

- Bewohner der Elendsviertel (Bidonvilles oder Favelas) der städtischen Zentren. Hier sind es vor allem soziale Randgruppen, wie Arbeitslose, marginalisierte Jugendliche und Prostituierte, die auf den Weg in die Westsahara geschickt werden.

- Die Bevölkerung von Ifni, die noch die ehemaligen spanischen Dokumente besitzt.

Auf den Widerstand etwa der Menschen, die ihren kleinen Besitz, ihr Geschäft oder auch ihre Familien nicht verlassen wollen, wird behördlicherseits unterschiedlich reagiert: Ist mit Argumenten nichts zu erreichen, so werden Zwangsmaßnahmen eingesetzt. Zunächst wurden die in den Provinzbüros registrierten Personen einzeln einbestellt, um sie darüber zu informieren, daß die Hin- und Rückreise in die "marokkanische Sahara" nicht länger als eine Woche dauern würde. Sie müßten dort nur ihre Wahlkarte abholen und könnten dann zurückkehren. Man versicherte ihnen, daß Reise- und Verpflegungskosten von der Regierung getragen würden.

Als es jedoch an "Freiwilligen" mangelte, gingen die marokkanischen Behörden dazu über, die Menschen mit Drohungen unter Druck zu setzen. Nach marokkanischen Aussagen erhielten alle registrierten Personen den Befehl "zur Abreise", ohne jedes Recht, Einspruch zu erheben. Wer sich widersetzte, wurde mit harten Strafmaßnahmen bedroht; "die Monarchie sei bis Ende Januar in großer Gefahr", und andere Interessen oder Sorgen müßten hintangestellt werden. Menschen aus Elendsvierteln wurden mit der Aussicht auf kostenlose Verpflegung gewonnen. Daneben wurden ihnen Rentenbezüge als "Mitglied der Befreiungsarmee" ab Januar 1992 in Aussicht gestellt, wenn die Monarchie die gegenwärtige Gefährdung überstanden haben würde.

Ansiedlung in der Westsahara

Bei ihrer Ankunft in der Westsahara werden die neuen Siedler, nach Stämmen und in Gruppen von 50 Personen aufgeteilt, durch die lokalen Medien (insbesondere das Radio El Aaiun der Besatzungsmacht) vorgestellt. Der Sprecher jeder Gruppe muß die sahrauische Sprache beherrschen. Er kann tatsächlich sahrauischer Herkunft sein, eventuell sogar Stimmberechtigter nach dem spanischen Zensus; der Rest der Gruppe stammt jedoch aus Regionen, die nichts mit der Westsahara zu tun haben.

Die marokkanischen Besatzungsbehörden mit ihren Polizei- und Sicherheitskräften, ihrem paramilitärischen und beigeordneten Hilfspersonal haben den Auftrag, die Neuankömmlinge aus dem Norden, die täglich in Hunderten von Bussen eintreffen, zu empfangen und unterzubringen. Das Verfahren hat Ähnlichkeit mit dem der Rekrutierung: Empfangsbüros sorgen für die Registrierung der Ankommenden. Formulare werden verteilt, wie sie für die Stimmberechtigten im Referendum vorgesehen sind. Jeder Gruppe von 50 Personen, die von einem Mitglied der oben erwähnten "operativen Führung" geleitet wird, erhält einen "sahrauischen Führer" zugeteilt, der im Zensus von 1974 erfaßt ist. Erste Aufgabe für diesen ist eine Einführung der Neuankömmlinge in die sahrauischen Sitten und Gepflogenheiten. Die zweite besteht darin, vor der Identifizierungskommission der Vereinten Nationen zu bezeugen, daß die Mitglieder der Gruppe, für die er verantwortlich ist, Sahrauis und seine direkten Familienangehörigen sind. Nach der Unterbringung der Personen in Lagern übernimmt die Armee Versorgung und Verwaltung der Ansiedlungen.

Dabei bleiben die wahren Absichten der marokkanischen Regierung nicht länger verborgen. So erklärte der Innenminister Basri in Begleitung verschiedener Minister und des Generals Bannani am 3. Oktober während einer Inspektionsreise durch das Territorium in einer öffentlichen Ansprache, daß alle Neuankömmlinge "im Referendum abstimmen müssen".

Für die sahrauische Referendumskommission ist der von der marokkanischen Regierung initiierte "Grüne Marsch" mit dem UN-Friedensplan unvereinbar. In einem von der "Gesellschaft der Freunde des sahrauischen Volkes" (GFSV) in deutscher Übersetzung verbreiteten Dokument stellt sie fest:

"Marokko plant zweifellos, zu den 150.000 bereits seit geraumer Zeit angesiedelten zusätzliche 170.000 Personen zwangsweise in die Westsahara zu bringen, Menschen, die nach welchen Kriterien auch immer, keinesfalls stimmberechtigt sind. Die neue grüne Marschwelle stellt außerdem eine direkte und erhebliche Sicherheitsgefährdung und ein Infragestellen des Mindestmaßes an Seriosität dar, ohne die ein glaubwürdiges Referendum zur Selbstbestimmung des sahrauischen Volkes undurchführbar ist.

Für die sahrauische Referendumskommission steht fest:

- Marokko widersetzt sich der Durchführung eines Referendums zur Selbstbestimmung des sahrauischen Volkes unter den Bedingungen, die von der internationalen Gemeinschaft als unerläßlich für die Glaubwürdigkeit betrachtet und vereinbart wurden.

- Marokko möchte ein Referendum veranstalten, bei dem Betrug, Nötigung und Erpressung das Prinzip von Selbstbestimmung und Völkerrecht ersetzen.

- Der Friedensplan, dessen Erarbeitung und Abstimmung außerordentlich kompliziert und langwierig war, kann nur durch eine entschiedene und angemessene Intervention der internationalen Gemeinschaft, insbesondere des Sicherheitsrates, gerettet werden."

Marokkos Krieg und deutsche "Neutralität"

"Im Westsahara-Krieg wahrt die Bundesrepublik strikte Neutralität", - mit diesem seit Kriegsbeginn 1975 immer wieder gleichlautend vorgetragenen Satz beschrieben alle Bundesregierungen, ob sozialliberal oder christlich, ihre Haltung zu diesem Konflikt. Real sah die "deutsche Neutralität" seit Kriegsbeginn bei allen Regierungen jedoch so aus:

Zur Unterzeichnung eines millionenschweren Kooperationsabkommens der EG mit Marokko fuhr im April 1976 - nur fünf Monate nach Beginn des Westsahara-Krieges - auch der Sozialdemokrat Hans-Jürgen Wischnewski für die damals sozialliberale Bundesregierung nach Rabat. Seitdem hat Marokko über eine Milliarde DM Unterstützung von der EG erhalten - Geld für die Kriegskasse des diktatorisch regierenden Königs Hassan II.

Alleine von 1973 bis 1977, also rund um den Kriegsbeginn, erhielt Marokko Rüstungslieferungen aus der Bundesrepublik im Wert von 40 Millionen Dollar. Weitere Millionen-Aufträge an die bundesdeutsche Rüstungsindustrie folgten. Geliefert wurden an das kriegführende Land z.B. Verbindungsflugzeuge und Alpha-Jet- Kampfflugzeuge von der Firma Dornier (über die französische Tochterfirma Euromissile), Maschinenkanonen der Firma Rheinmetall (über Italien), Unimogs und LKWs von Daimler-Benz, Radpanzer von Thyssen-Henschel, Schiffsschrauben für die Kriegsmarine von der Ravensburger Firma Escher Wyss und Schnellfeuergewehre sowie Maschinenpistolen von der Oberndorfer Firma Heckler und Koch. Unter dem Titel "Know how aus Schwaben für die ganze Welt" preist die Rüstungsfirma Heckler und Koch in ihrer Werkszeitung zudem noch ihr "Ausbildungszentrum" in Marokko an. Es wurde "mit Bundeshilfe" errichtet - d.h. mit Steuergeldern.

Doch nicht nur die partiell mit staatlichen Beteiligungen operierende Rüstungsindustrie, sondern auch die angeblich "neutrale" Bundesregierung selbst lieferte kriegswichtiges Material an die marokkanischen Streitkräfte. Seit Kriegsbeginn in der Westsahara betrug diese "Ausrüstungshilfe" 45 Millionen Mark. Adressat: "Der Generalsekretär der Verwaltung der nationalen Verteidigung des Königreiches Marokko". Nach Auskunft des Pressestabes des Bundesverteidigungsministeriums gehörten zu diesen Geschenken der Bundesregierung an die marokkanische Kriegstruppe z.B. Feldküchen, mobile Bäckereien, Transportfahrzeuge und medizinisches Gerät - alles Dinge, die in einem Wüstenkrieg dringend gebraucht werden.

Mit diesem Verständnis von bundesdeutscher "Neutralität" war auch eine Einladung an Kriegsschiffe zu einem Besuch des Hamburger Hafens, die Ausbildung marokkanischer Polizisten auf Einladung der Bundesregierung in der BRD und die Lieferung von gepanzerten Fahrzeugen an die marokkanische Polizei vereinbar. Niemand kann ausschließen, daß diese beim Blutbad gegen die streikenden Gewerkschafter im Dezember 1990 in Fes auch eingesetzt wurden.

Deutsches Geld und deutsche Politiker

Noch weitaus wichtiger als die direkte Belieferung der marokkanischen Streitkräfte und Polizei ist allerdings die anhaltende finanzielle Unterstützung der maroden marokkanischen Diktatur. Seit Kriegsbeginn im Jahre 1975 erhielt Marokko (nach Angaben des BMZ) insgesamt über 1,2 Milliarden DM im Rahmen der sogenannten "finanziellen und technischen Zusammenarbeit" von den verschiedenen Bundesregierungen. Alleine 1990 waren es weitere 65 Millionen DM, von denen "45,2 Millionen nicht rückzuzahlen sind", d.h. es handelt sich um Millionengeschenke ohne Auflagen an den kriegführenden Monarchen Hassan II. Auch deutsche Banken gehören zu den Hauptkreditgebern des Diktators. (Deutsche Bank und Commerzbank halten Beteiligungen an marokkanischen Banken in Casablanca.) Und der Handel mit Marokko floriert. Die BRD liegt als Lieferant wie

Abnehmer Marokkos an 4. - 5. Stelle. Sanktionen gegen das kriegführende Land - wie nach dem Einmarsch des irakischen Diktators Hussein in Kuwait - werden nicht einmal erwogen, um den Krieg in der Westsahara endlich zu stoppen.

Auch nach 15 Jahren Krieg und Besatzungsterror in der Westsahara und nach fast 30 Jahren feudaler Diktatur in Marokko werden die Beziehungen der BRD zu diesem Land noch im Oktober 1990 vom Auswärtigen Amt als "gut und unproblematisch" beschrieben. Deshalb sei auch der politische "Besucheraustausch hochrangig und rege". Tatsächlich gab es seit Kriegsbeginn fast drei Dutzend bundesdeutsche Regierungspolitiker, die das diktatorisch regierte marokkanische Königreich besuchten: vom FDP-Bundespräsidenten Walter Scheel bis zu SPD-Bundeskanzler Helmut Schmidt und CSU-Chef Franz-Josef Strauß, von den Bundesministern Blüm, Klein, Ertl, Engelhard, Genscher, Dollinger, Zimmermann, Bangemann und Kiechle bis zum letzten offiziellen Staatsbesuch des amtierenden Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker im Oktober 1989. Proteste gegen den Westsahara-Krieg oder die Repression in Marokko sind von keinem dieser bundesdeutschen Besucher in der Diktatur übermittelt, dafür um so mehr Lobhudeleien auf den marokkanischen König. So versprach z.B. von Weizsäcker Hassan II. in Rabat, daß Marokko auch weiterhin ein "privilegierter Partner" der BRD und EG bleiben werde, und er pries den "Mut" und die "Weisheit", mit der "seine Majestät" die Geschicke dieses Landes lenke: "Majestät", sagte der Bundespräsident zu diesem kriegführenden Diktator, "mit hoher Achtung verfolgen wird die auf Verständigung gerichtete Politik ihres Landes."

(Aus Materialien der GFSV und von "medico international" zusammengestellt von Js.)

14. Kommunistische Partei Frankreich: Wie lange gibt es sie noch?

KPF

Rubrik: Geschichte der Kommunisten; Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak338/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:338:08

Keine Partei der europäischen Linken, die PDS eingeschlossen, erntet derzeit so viel Haß, Ablehnung und Spott wie der Parti communiste fran- çais (PCF). Nachdem die albanischen Kommunisten das "Leuchtfeuer des Sozialismus in Europa" abgeschaltet haben, hat die internationale Presse in der ehemals eurokommunistischen Partei um Georges Marchais die letzten Erben Stalins ausgemacht. Die spontane Regung, sich an die Seite der so unfair Attackierten zu stellen, sollten Linke allerdings unterdrücken: Mit ihrer wohlwollend duldenden Position zum August-Putsch in der Sowjetunion hat die französische KP ihre prekäre Lage zumindest mitverschuldet.

Von Krise will PCF-Sekretär Georges Marchais nichts hören. "Die Partei ist sehr lebendig und wird weiter wachsen" (1), erklärte er noch im September vor der Presse. In Wahrheit kann heute niemand sagen, wie lange es noch eine französische KP geben wird. Marchais' sozialistischer Kollege Pierre Mauroy gesteht der Partei immerhin noch fünf Jahre des Überlebens zu. Andere halten selbst das für zu optimistisch. Bei anhaltendem Abwärtstrend könnten die Parlamentswahlen 1993 das Auseinanderbrechen des PCF einleiten. Der an dieser Stelle notwendige Blick in die Geschichte des PCF soll gleichwohl nicht als Nachruf verstanden werden.

In Lenins Geist ...

Die französische kommunistische Partei entstand im Dezember 1920, als sich in Tours mehr als zwei Drittel der sozialistischen Parteitagsdelegierten für den Anschluß an die Dritte Internationale aussprachen und die Partei sich von Section française de l'internationale ouvrière (SFIO) in Section française de l'internationale communiste (SFIC) umbenannte. Erst 1943 nahm sie den Namen Parti communiste français (PCF) an. Von den 150.000 Mitgliedern der SFIO traten nach der Spaltung 110.000 der KP bei - eine deutliche Mehrheit für die revolutionäre Strömung in der sozialistischen Bewegung. 1930 trat der "legendäre" Maurice Thorez an die Spitze der Partei. Die ab 1934 verfolgte Volksfrontpolitik - die Kommunisten "tolerierten" die Regierung Léon Blum, traten ihr aber nicht bei ("soutien sans participation") - brachte der Partei neuen Aufschwung. Die Volksfront zerbrach 1936. Der Hitler-Stalin-Pakt führte zur schroffen Spaltung der französischen Linken und zum Verbot der KP. Erst seit dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion beteiligten sich die französischen Kommunisten am Widerstand gegen die deutschen Besatzungstruppen. Nach der Befreiung trat der aus Moskau zurückgekehrte Maurice Thorez mit vier weiteren kommunistischen Ministern in die Provisorische Regierung unter General de Gaulle ein. Erst 1947, als Folge des Kalten Krieges, wurden die Kommunisten aus der Regierung entlassen.

Bei den ersten Wahlen nach dem Kriege erkämpfte der PCF 26,1% der Stimmen. Bis 1956 war er mit stets mehr als 25% stärkste Partei und organisierte zeitweilig fast eine Million Mitglieder. Der erste Einschnitt kam 1958 - nach dem Ende des "Stalinismus" - mit einem Rückgang des Stimmenanteils auf 19,2%. Auf diesem Niveau (zwischen 20 und 22,5%) blieb die Partei bis 1979. Die Präsidentschaftswahlen 1981 brachten mit 15,5% für Georges Marchais einen weiteren drastischen Stimmenverlust. Nach dem Tiefpunkt von 1986 (9,4%) gab es 1988 mit 11,3% einen leichten Aufschwung. Derzeit liegt die Partei in Meinungsumfragen zwischen 7 und 10%. Die Mitgliederzahl, für 1990 offiziell mit 600.000 angegeben, dürfte in Wahrheit bei höchstens 200.000 liegen.

Konsequenter Zickzackkurs

Hintergrund der fast geradlinigen Abwärtsentwicklung sind neben weltpolitischen Ereignissen ("Entstalinisierung", Krieg in Afghanistan, Solidarnosc) die schnellen taktischen und strategischen Wendungen der Partei, mit denen ihre Hegemonie in der Linken verteidigt bzw. wiedergewonnen werden sollte. 1969, im Jahr nach der Mai-Revolte, hatte der kommunistische Präsidentschaftskandidat Jacques Duclos mit 21,3% der Stimmen im ersten Wahlgang den Sozialisten Gaston Deferre (5%) noch weit hinter sich gelassen. Dieses für die Gesamtlinke katastrophale Ergebnis - im zweiten Wahlgang standen sich die Rechten Pompidou und

Poher gegenüber - führte 1972 zum programme commun, dem gemeinsamen Regierungsprogramm von Sozialisten und Kommunisten. Schon 1974, als der gemeinsame Präsidentschaftskandidat Francois Mitterrand den Sieg um Haaresbreite verpaßte, wurde deutlich, daß vor allem die Sozialisten von dem Bündnis profitierten. Schon damals soll Mitterrand einem Freund das strategische Ziel seiner Politik anvertraut haben: "Eines Tages werden die Franzosen es mir danken, daß ich sie von der Kommunistischen Partei befreit habe" (2). Seit Mitte der siebziger Jahre, schreibt Klaus Kellmann, "erlebten Frankreich und die Welt das merkwürdige Schauspiel, daß die KPF ... in einem sie selbst dezimierenden verzweifelten Zick-Zack- Kurs versuchte, nicht zum Juniorpartner der Sozialisten herabzusinken" (3).

Georges Marchais hat in seiner fast zwanzigjährigen Amtszeit als Generalsekretär alles versucht. 1973 schlug er mit seinem Buch "Le défi démocratique" ("Die demokratische Herausforderung") dem Eurokommunismus eine Bresche und betonte, in einem sozialistischen Frankreich werde auch der Privatbesitz seinen Platz haben. Der 22. Parteitag des PCF im Februar 1976 beschloß die Streichung des Konzeptes der "Diktatur des Proletariats" aus dem Programm - gegen den Protest vieler Linksintellektueller wie Louis Althusser und Etienne Balibar. Ein Jahr später folgte in Madrid die medienwirksam inszenierte Unterzeichnung der eurokommunistischen Dreierdeklaration durch Marchais (PCF), Carrillo (PCE) und Berlinguer (PCI). Doch schon kurz nach dem Ende des eurokommunistischen Frühlings (1975-78) mit seiner Betonung der "nationalen Wege zum Sozialismus" rückten Marchais und Genossen wieder näher an die Sowjetunion heran, als sie die sowjetische Intervention in Afghanistan verteidigten. Innenpolitisch brachte die eurokommunistische Phase nicht etwa eine Annäherung an die Sozialisten, sondern die Aufkündigung des programme commun durch den PCF. Die Hoffnung, damit stärker an Profil zu gewinnen, ging bei den Präsidentschaftswahlen 1981 zu Bruch. Georges Marchais erreichte im ersten Wahlgang ganze 15,3%, Mitterrand 25,8%.

Nach dem Sieg Mitterrands im zweiten Wahlgang (51,8%) sah sich der PCF zum Mitregieren verurteilt und trat mit vier Ministern in das Kabinett Mauroy ein. Die Sozialisten, die mit ihrer absoluten Mehrheit auch allein hätten regieren können, gingen die Koalition vor allem zu dem Zweck ein, "ein unkalkulierbares Protestpotential (besonders in Gestalt der PC-nahen CGT) zu neutralisieren und so einen `dritten Wahlgang' der Arbeiter nach dem Muster der Volksfront gegebenenfalls im Griff zu haben" (4). Die "Arbeitsteilung zwischen den `loyalen' kommunistischen Ministern und den `kritischen' Vertretern des Parteiapparates" (5) war das Gegenteil einer durchdachten Doppelstrategie. Sie dokumentierte vielmehr die "Geiselrolle" (Leggewie), in der sich der PCF in dieser Koalition befand. Die Außenpolitik blieb von vornherein domaine reserve des Staatspräsidenten. Washingtoner Bedenken gegen Moskaus fünfte Kolonne in der französischen Regierung konnten mit dem Hinweis entkräftet werden, daß "in keiner Firma die Laufburschen mit dem Management befaßt seien" (6). Selbst die ab Frühjahr 1983 unter Jacques Delors betriebene politique de rigueur (Austeritätspolitik), die zu Massenentlassungen von Stahlarbeitern führte, wurde noch mitgetragen. Erst im Juli 1984 verweigerte der PCF die weitere Beteiligung an der Regierung Laurent Fabius.

Marchais' Selbstkritik auf dem 25. Parteitag im Februar 1985 klang nicht überzeugend. Ein "tragischer Irrtum" sei die noch im April 1984 erteilte Zustimmung sämtlicher PCF-Abgeordneter zum Stahlsanierungskonzept gewesen. Den Arbeitern sei über die Politik der Regierung nicht die Wahrheit gesagt worden. Marchais: "Wir nehmen auf uns einen Teil der Verantwortung für die Illusionen, die das Experiment der letzten 25 Jahre hervorgerufen hat". Es sei ein "grundlegender Irrtum" gewesen, seit 1958 "die Linksunion und das Gemeinsame Programm zum zentralen Anliegen unserer Partei zu machen" (7). André Lajoinie, Fraktionsvorsitzender des PCF in der Nationalversammlung, deutete zwischen den Zeilen gar die Untauglichkeit des parlamentarischen Weges der Gesellschaftsveränderung an: "Was nützt es den Franzosen, links zu wählen, wenn unsere Politik sich derjenigen unserer (rechts regierten) Nachbarländer anpassen muß?" (8)

Die interne Opposition formiert sich

10% der Parteitagsdelegierten lehnten den Bericht des Sekretärs ab - eine Ungeheuerlichkeit für die bisher nur durch einzelne Dissidenten herausgeforderte Partei. Politbüromitglied Pierre Juquin, Wortführer der rénovateurs (Erneuerer) berief sich auf das positive Beispiel des PCI. Zunächst nur vom Politbüro ins ZK degradiert, wurde Juquin 1988 aus der Partei ausgeschlossen. Der Umgang des PCF mit Kritikern in den eigenen Reihen ist vielleicht sein abstoßendstes Merkmal. Das wird auch nicht durch die Tatsache relativiert, daß die Opposition in wesentlichen Fragen sozialdemokratisch orientiert ist. So sind die refondateurs (Neugründer) um Ex-Minister Carles Fitermann, Anicet Le Pors und Jack Ralite gegenüber den Sozialisten

äußerst nachgiebig: Zwar laufe der PS "Gefahr, zu einer prinzipienlosen Anpassung an den Kapitalismus zurückzukehren, aber die Frage sei noch nicht entschieden" (9). Auch halten sie es für verfehlt, von einem Rechtsruck der französischen Gesellschaft zu sprechen - eine gefährliche Verharmlosung des anhaltenden Popularitätshochs der rechtsextremen Nationalen Front. Bei einer Umfrage im Oktober bekundeten 32% der Befragten ihre Zustimmung zu den Ideen Jean Marie Le Pens, vor allem in Fragen der "Ausländerpolitik", der "inneren Sicherheit" und der Justiz (10). Während des Golfkrieges begegneten die refondateurs der offiziellen Parteilinie, "Frankreich aus einem ungerechten und illegitimen Krieg herauszuhalten", mit der Forderung, "den Ton gegen Saddam Hussein zu verschärfen" (11).

Wer Parteiprogramme und Kongreßresolutionen ernst nimmt, muß - im Vergleich zu den Positionen der Reformer - die offizielle Linie des PCF für konsequent links halten. Noch auf dem 27. Parteitag im Dezember 1990 wurde dem Reformismus eine deutliche Absage erteilt: "Der Kapitalismus ist nicht zu verbessern. Ihn zu überwinden, sich von ihm zu befreien, ist die Aufgabe der Menschheit in der gegenwärtigen Epoche" (12). Allerdings sind solche Bekenntnisse im schmutzigen Geschäft der Realpolitik dutzendfach entwertet worden. Das 1981 mit den Sozialisten geschlossene Regierungsabkommen kam nur dank essentieller Zugeständnisse des PCF zustande. In der Außen- und Militärpolitik bedeutete das beispielsweise die Zustimmung zur nuklearen force de frappe und zu einer verklausulierten Variante von Reagans "Null-Lösung" in der Frage der europäischen Mittelstreckenraketen.

Der vom PCF 1984 vollzogene Bruch der Regierungskoalition bedeutet keineswegs, daß die Partei sich künftig auf derlei Prinzipienschacher nicht mehr einlassen will. Noch im Juni 1991 schienen zumindest wahltaktische Absprachen mit den ebenfalls gebeutelten Sozialisten greifbar nahe. Erstmals seit Jahren kam es zu einem längeren Gespräch der beiden Parteisekretäre. Nach der Ablösung von Premierminister Michel Rocard durch Edith Cresson gab sich Marchais alle Mühe, "manche Äußerungen der neuen Premierministerin positiver als die des Vorgängers" zu sehen (13). Darüberhinaus sicherte er zu, die neue Regierungschefin nicht durch Mißtrauensanträge zu gefährden, und erklärte die Bereitschaft seiner Partei, mit eigenen Ministern in die Regierung einzusteigen. Das Techtelmechtel wurde von den Sozialisten einseitig beendet, nachdem die refondateurs auf der ZK-Tagung im September mit ihren Reformvorstellungen klar in der Minderheit geblieben waren.

Die Partei hat immer recht

Mehr als die Einberufung eines außerordentlichen ZK-Plenums konnten die refondateurs nicht durchsetzen. Dabei schienen die Bedingungen für Reformen, ja sogar für Rücktritte in der Führung und in der Redaktion des Zentralorgans Ende August günstiger als je zuvor. Mit seinem wohlwollenden Schweigen zum Putsch in der Sowjetunion hatte sich das Politbüro in eine schwierige Lage gebracht. Das Parteiorgan "L'Humanité" druckte - angeblich rein zu "Dokumentationszwecken" - in aller Ausführlichkeit die Verlautbarungen der Putschisten. Schon drei Tage nach Putschbeginn wurde in einem Editorial signalisiert, daß der PCF die neuen Tatsachen anzuerkennen gedenke, auch wenn "die Art und Weise der Ausschaltung der sowjetischen Nummer eins unakzeptabel" sei (14).

Eine solche "unsentimentale" Anerkennung veränderter Realitäten läßt das Publikum wohl einem bürgerlichen Politiker wie dem italienischen Ministerpräsidenten Andreotti durchgehen - einer sich kommunistisch nennenden Partei wird derartige "Treulosigkeit" nur schwer verziehen. Da half auch die 180-Grad-Wende nicht, mit der das Politbüro nach dem Zusammenbruch des Putsches den Schaden zu begrenzen suchte. "Seit der Mitteilung über den Staatsstreich waren wir der Meinung, daß er nicht akzeptabel ist und die Probleme nur verschlimmern kann" (15), hieß es in seiner Erklärung vom 27.8.1991 - ein geradezu klassisches Beispiel "kommunistischer" Doppelzüngigkeit, wie es auch der einfallsreichste Antikommunist nicht besser hätte erfinden können.

Daß der PCF die Perestroika nur als eine auf die Sowjetunion beschränkte Politik, nicht aber als Modell für die kommunistischen Parteien aller Länder akzeptiert, könnte ihn linksdenkenden Menschen sympathisch machen - wenn nicht auch in dieser Frage Geschichtsfälschung betrieben würde. In der Polemik gegen Jelzins Rechtsputsch präsentiert sich der PCF nachträglich als Gorbi-Fanclub. Dadurch verliert die von der internationalen Presse wütend begeiferte - und, isoliert betrachtet, durchaus richtige - Analyse der sowjetischen Ereignisse nach dem August jede Überzeugungskraft. Was bleibt, ist der Eindruck, daß diese Partei so lange taktieren wird, bis es nichts mehr zu taktieren gibt.

Das von den Reformern durchgesetzte ZK-Plenum ging nach 70 Redebeiträgen ohne sichtbare Schwächung der Führungscrew zu Ende. 128 ZK-Mitglieder stimmten für den Rechenschaftsbericht von André Lajoinie, 13 dagegen, einer enthielt sich. Die refondateurs, deren Exponent Charles Fitermann noch auf dem letzten Parteitag hoffnungsvoll verkündet hatte "Die Partei wird nicht mehr sein wie vorher!" (16), mußten sich vom Gegenteil überzeugen.

Wie lange noch?

Es wäre keine Sensation, wenn sich angesichts dieser innerparteilichen Blockade zumindest einzelne Erneuerer auf die Sozialisten orientieren würden. Deren Generalsekretär Mauroy hat im September Wahlbündnisse mit der PCF-Führung ausgeschlossen, den kommunistischen Mandatsträgern aber angeboten, sich für die bevorstehenden regionalen und nationalen Wahlen über die "Sammlung der Linken" zu verständigen. Für die mehrheitlich "realpolitisch" orientierten PCF- Bürgermeister ist das ohnehin ein naheliegender Gedanke. Anicet Le Pors äußert sich derzeit noch verschwommen über mögliche Perspektiven seiner Strömung: Es gebe in Frankreich "Platz für eine fortschrittliche Bewegung, die nicht in der Sozialdemokratie aufgeht" (17). Ex-Minister Marcel Rigout und das ehemalige Politbüromitglied Claude Poperen beteiligten sich im November an der Gründung der "Alternative für Demokratie und Sozialismus" (ADS).

Marchais und Genossen scheinen immer noch nicht an einen innerparteilichen Kompromiß zu denken. Offensichtlich soll den Anfängen gewehrt werden. Die Opposition ist in Wahrheit erheblich stärker, als das ZK-Abstimmungsergebnis ausdrückt. Zu ihr gehören inzwischen auch der EG-Abgeordnete und Kopf der économistes (Wirtschaftssektion) Philippe Herzog, führende Funktionäre der Gewerkschaft CGT und acht von 26 Abgeordneten in der Nationalversammlung. Ob Marchais' Linie mehr ist als Altersstarrsinn, wird sich bald erweisen müssen. Seit dem Ausbleiben von Unterstützungszahlungen der KPdSU (1990 angeblich noch 2 Millionen Dollar) und Osthandelseinbußen PCF-eigener Firmen ist klar, daß ein Weitermachen wie bisher allein schon finanziell nicht möglich ist. Funktionäre müssen entlassen werden. Das Defizit des Zentralorgans "L'Humanité" verdreifachte sich innerhalb eines Jahres: von 2,1 Mill. DM (1989) auf 6,3 Mill. DM (1990). Gegen den von André Lajoinie beklagten Zustand, daß das vom PCF entworfene "Gesellschaftsprojekt, das sich völlig von gegenwärtigen oder vergangenen sozialistischen Gesellschaften unterscheidet" (18), einfach zu wenigen Menschen bekannt sei, kann das parteieigene Blatt offensichtlich nichts ausrichten. Seine Auflage sank auf ganze 82.000 Stück. Was bedeutet: Auch viele PCF-Mitglieder informieren sich aus gutem Grund lieber aus anderen Quellen.

Js.

Anmerkungen:

1) Frankfurter Rundschau, 7.9.91

2) Klaus Kellmann: Die kommunistischen Parteien in Westeuropa. Stuttgart (Klett-Cotta) 1988, S.143

3) ebd.

4) Claus Leggewie: Der König ist nackt. Hamburg (VSA) 1986, S.70

5) ebd. S.71

6) zitiert bei Kellmann, a.a.O. S.146

7) zitiert ebd. S.153

8) zitiert ebd. S.149

9) Projektgruppe Europäische Linke in der Projektgemeinschaft Sozialforschung: Vergleichende Studie zu linken Parteien und Bewegungen in Europa. Berlin 1991, S.50

10) Le Monde, 24.10.91

11) Le Monde, 18.2.91

12) siehe Anm. 9, S.75

13) FAZ, 15.6.91

14) L'Humanité, 21.8.91

15) AG Friedens- und internationale Politik der PDS: Reaktionen linker Parteien auf die jüngsten Ereignisse in der Sowjetunion (August 1991)

16) Le Monde, 18.12.90

17) Süddeutsche Zeitung, 6.9.91

18) Neues Deutschland, 2.5.91

15. Daß endlich der Schutt der Legenden und Zerrbilder abgetragen wird

Interview mit Hans Coppi zum Umgang mit der Roten Kapelle in DDR und BRD

Rubrik: Antifaschistischer Kampf; Geschichte der Kommunisten · CD-Datei: daten/aksuche/ak338/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:338:01

Hans Coppi, Sohn von Hilde und Hans Coppi, beide im September 1942 im Zusammenhang mit der Widerstandsorganisation um Harro Schulze-Boysen und Arvid Harnack verhaftet, wurde im Frauengefängnis Barnimstraße in Berlin geboren. Der Vater, Hans Coppi, wurde am 22. Dezember 1942, die Mutter, Hilde Coppi, am 5. August 1943 in Plötzensee ermordet. Hans Coppi ist seit 1988 Mitglied einer 1987 geschaffenen Forschungsgruppe zur Roten Kapelle an der damaligen Akademie der Wissenschaften der DDR. Die Finanzierung dieser Forschungsarbeit ab Januar 1992 ist nur in geringem Maße gewährleistet, Anträge sind gestellt, aber bisher nicht entschieden.

Für den AK führte das Interview B./Westberlin.

Wenn wir hier über die Rote Kapelle sprechen, sprechen wir über die deutschen Frauen und Männer, die sich in ihrem Haß gegen das Naziregime und in ihrer Konsequenz nicht von den Niederländern, Belgiern, Franzosen, Sowjetbürgern, sei es mit, sei es ohne jüdischen Hintergrund, unterschieden. Dennoch aber in ihrer Organisationsform und in ihrer politischen Aktivität. Worin besteht der Unterschied?

Coppi: Die Gruppe in Frankreich und in Belgien ist ja bereits in ihrer Grundstruktur Ende der dreißiger Jahre durch Leopold Trepper geschaffen worden, der damals im Auftrag von Jan Bersin, dem Chef der sowjetischen Militäraufklärung, nach Westeuropa geschickt wurde, um dort für den Fall eines Krieges eine Organisation zu schaffen, die dann in der Lage sein würde, Informationen zu sammeln und über eine Funkbrücke nach Moskau zu senden. Das war die Keimzelle der Gruppen, die sich in Belgien, Holland und Frankreich bildeten. Sie haben nach der deutschen Okkupation nur sehr punktuell mit anderen antifaschistischen Gruppen, z.B. aus dem kommunistischen Untergrund, zusammengearbeitet. Sie konzentrierten sich auf die Sammlung von Informationen und deren Weiterleitung.

Die deutsche Gruppe hat sich ganz anders entwickelt. Sie entstand aus Freundschaftskreisen, Zirkeln, losen Verbindungen von Leuten, die voneinander wußten, daß sie nichts mit den Nazis gemein hatten und die dann in den Jahren 1941 und 1942 auf die eine oder andere Weise zusammenfanden. In erster Linie wollten sie etwas tun, das diesen Krieg so schnell wie möglich beenden hilft, damit an Stelle des verbrecherischen Naziregimes neue demokratische Strukturen in Deutschland treten. Davon war das Miteinander geprägt. Hinzu kam, daß im Frühjahr 1941 Arvid Harnack Harro Schulze-Boysen mit einem Mitarbeiter der sowjetischen Botschaft, Alexander Erdberg, bekannt gemacht hatte, offensichtlich einem Mann, der für die NKWD, für die Auslandsspionage des sowjetischen Komitees für Sicherheit, arbeitete.

Sie haben ihm mitgeteilt, daß die Angriffsvorbereitungen gegen die Sowjetunion bereits auf Hochtouren liefen. Es gab aber keine Organisation der sowjetischen Militäraufklärung oder des Komitees für Sicherheit in Deutschland.

Der große Unterschied zu den Gruppen der Roten Kapelle in Frankreich, Belgien und Holland ist der, daß sich die Deutschen nicht als eine Organisation zur Sammlung von Informationen für den sowjetischen Generalstab begriffen. Sie sahen in erster Linie ihre Arbeit und ihren Widerstand darin, Gleichgesinnte aus unterschiedlichen Lagern aufzuschließen. Man wollte einen breiten Verbund von Leuten schaffen, die wiederum Kontakte zu anderen Hitlergegnern hatten, um für den schon für 1943 erwarteten Zusammenbruch des NS-Regimes vorbereitet zu sein. Das unterschied sie natürlich von Spionagegruppen, die sich aus Sicherheit gegenüber allen anderen abschotten müssen. Die Leute in Berlin durchbrachen dieses Prinzip, für sie war die Informationsweitergabe vor dem Krieg gegen die Sowjetunion und danach etwas völlig Normales. Es war selbstverständlich, einem Land, das überfallen werden sollte, Informationen zukommen zu lassen. Ging es doch in dieser Zeit um die Rettung der Zivilisation vor faschistischer Barbarei.

Als der Krieg dann begonnen hatte und aus Belgien ein sowjetischer Offizier kam und um Informationen bat, war auch das selbstverständlich. Hier ging es darum, die Informationen mitzunutzen, diesen Krieg so schnell

wie möglich beenden zu helfen. Das war ein schmaler Beitrag, wenn man ihn mit allem anderen vergleicht, was in dieser Zeit besonders von den Völkern der Sowjetunion geleistet wurde. Er umfaßte eigentlich auch nur einen kleinen Kreis von Leuten, der größte Teil der Verhafteten wußte gar nicht, daß es diese Art von Verbindungen zur Sowjetunion gab.

Wie weit ist es heute gesicherte historische Erkenntnis, daß die Gruppierung um Harnack und Schulze-Boysen ab Ende August 1942 verhaftet wurde, weil im Sommer 1942 von der Abwehr ein Funkspruch entschlüsselt werden konnte, in dem Berliner Anschriften von Moskau nach Brüssel übermittelt worden waren?

Ich habe bisher dazu in den einschlägigen Archiven nichts gefunden. Wenn man die Berichte der Täter liest, z.B. von Schellenberg vom Reichssicherheitshauptamt, die der Richter des Reichskriegsgerichtes und die der Gestapo-Beamten, die nach 1945 ihr Wissen verwerteten, muß man davon ausgehen, daß es offensichtlich solch einen Funkspruch, der auf den Herbst 1941 datiert wird, gegeben haben muß. Denn es ist gesichertes Wissen, daß im Herbst 1941 dieser sowjetische Offizier Sukulow, mit dem Decknamen Kent, mit einem uruguayischen Paß nach Berlin kam und dort auf Schulze-Boysen und Arvid Harnack getroffen ist. Es muß wohl im Sommer 1942 gelungen sein, diesen Funkspruch zu dechiffrieren, denn dann begannen die Überwachungen, zumindest die Beobachtungen. Man weiß auch heute nicht, ob die Verhaftung von Schulze-Boysen eine planmäßige Operation, oder, wie es in manchen Darstellungen steht, eigentlich verfrüht war, um zu verhindern, daß die Betroffenen etwas merken und noch reagieren konnten.

119 Menschen sollen laut "Gestapo-Abschlußbericht vom 22.12.1942" verhaftet worden sein, 22 wurden später wieder entlassen. Die Verhöre erfolgten durch die Gestapo. Was ist darüber bekannt?

Es gibt verschiedene Berichte von Überlebenden, z.B. von Heinrich Scheel, insbesondere aber von Greta Kuckhoff, die sagen, daß zu Anfang die Gestapo versuchte, durch längere Gespräche hinter die Motive zu kommen. Sie hatten offensichtlich den Auftrag zu erfahren, wieso mitten im Krieg so eine vielfältig zusammengesetzte Gruppe existieren konnte und der Gestapo unbekannt geblieben war.

Aber dann, im Laufe der Vernehmungen, änderte sich sowohl die Tonlage als auch die Art der Verhöre. Es ist bekannt, daß z.B. Harnack, Schulze-Boysen, Kuckhoff, Coppi und andere gefoltert wurden. Die Gestapobeamten haben das nach 1945 natürlich alles abgestritten. John Sieg, der aus dem kommunistischen Widerstand und Untergrund kam, hat sich in den Lichthof gestürzt, Walter Husemann versuchte es auch, wurde aber von Gestapobeamten zurückgerissen. Über das Schicksal des Funkers Albert Hößler, der im Spanienkrieg war, dann in die Sowjetunion ging und im Sommer 1942 mit dem Fallschirm aus Moskau kommend über Ostpreußen absprang, weiß man gar nichts. Er ist offensichtlich bei den Vernehmungen durch die Gestapo totgeschlagen worden. Das sind nur einige Beispiele. Natürlich mangelte es nicht an Versuchen, die Verhafteten psychisch unter Druck zu setzen.

Offensichtlich war es auch so, daß die Gestapo durch die Fülle der Verhaftungen überfordert war, alle Vernehmungen so durchzuführen, wie sie das geplant hatte. Gleichzeitig stand sie unter dem Druck, die Vernehmungen so schnell wie möglich abzuschließen. Die meisten Verhaftungen wurden Ende September, Anfang Oktober 1942 vorgenommen, und bereits Anfang November wurde der Fall an das Reichskriegsgericht übergeben. Hitler und Göring hatten darauf gedrungen, daß den Verhafteten so schnell wie möglich der Prozeß gemacht werden sollte.

84 Menschen wurden schließlich vor dem Reichskriegsgericht angeklagt. 47 wurden zum Tode verurteilt, 32 erhielten Freiheitsstrafen, fünf wurden freigesprochen. Der Chefankläger war Dr. Manfred Roeder. Wer war das?

Roeder war ein deutscher Jurist, der in Berlin studiert hatte, dann in den dreißiger Jahren in die Wehrgerichtsbarkeit, d.h. genauer die Luftgerichtsbarkeit kam, und dort durch scharfe Urteile aufgefallen war. Er wurde von Göring vorgeschlagen, als Chefankläger zu wirken. Er war vorher noch nicht Staatsanwalt am Reichskriegsgericht. Anfang November hat er 30 bis 35 Bände Vernehmungsunterlagen von der Gestapo übernommen. Von verschiedenen Zeugen, auch von Angestellten des Reichskriegsgerichtshofes, wurde nach 1945 bezeugt, daß Roeder sehr gute Verbindungen und Beziehungen zum Reichssicherheitshauptamt hatte, z.B. dort auch ein eigenes Zimmer. So war diese Verquickung zwischen Untersuchungsbehörde und Gericht äußerst eng, was Roeder nach 1945 natürlich abgestritten hat.

Aber er muß beste Beziehungen zur Gestapo gehabt haben, damit in kurzer Zeit aus den Vernehmungsprotokollen Anklageschriften werden konnten. Roeder wurde von den Überlebenden, sowohl den Angeklagten, als auch den Angehörigen, die versucht hatten, bei ihm vorzusprechen, als ein Mensch geschildert, dem jeder menschliche Zugang zu seinen Opfern fehlte, die er samt und sonders als Spione und Verräter bezeichnete. Er stand unter dem Erwartungsdruck, möglichst viele Todesurteile durchzupeitschen, und das gelang ihm auch. Und zwar völlig unabhängig davon, ob die angeklagten Frauen und Männer mit der Sammlung von Nachrichten und deren Übermittlung etwas zu tun hatten. Das spielte überhaupt keine Rolle, wenn er ihnen nur nachweisen konnte, daß sie irgendwie bei der Herstellung oder Verbreitung eines Flugblattes beteiligt waren. Dann beantragte er die Todesstrafe. Das war selbst einem Gericht, das 47 Todesurteile fällte, zu viel. Roeder gehörte eindeutig zu den Scharfmachern. Das hat er nach 1945 zwar verbal stets zurückgewiesen, aber in seinen Veröffentlichungen und seinem Auftreten immer bestätigt.

Es ist eigentlich unfaßbar, daß nach der Befreiung vom Faschismus bis in die jüngste Zeit die historische Wahrheit über die Rote Kapelle je nach weltanschaulichem System oder politischer Opportunität verschwiegen, verleugnet, zurechtgebogen wurde. Wie war das in der Sowjetunion?

In der Sowjetunion war Leopold Trepper, der "Grand Chef" der Roten Kapelle Westeuropas, der nach der Befreiung in die Sowjetunion zurückgeflogen war, schon nach wenigen Wochen nicht mehr Ehrengast und Gesprächspartner der Militäraufklärung. Statt dessen fand er sich als Untersuchungshäftling in der berüchtigten Lubjanka, dem Untersuchungsgefängnis des KGB, wieder.

Damit begann in der Sowjetunion das jahrelange Verschweigen der Arbeit, der Leistungen und auch der tragischen Opfer dieser Widerstandsorganisation. Trepper war bis 1953 inhaftiert, kam dann frei, aber ihm wurde nahegelegt, über diesen wichtigen Abschnitt seines Lebens nicht zu sprechen. Trepper ging nach Polen zurück.

Erst ab Mitte der sechziger Jahre kamen erste Informationen aus der Sowjetunion, daß es in Westeuropa eine Gruppe gegeben habe, wobei aber mehr die deutsche Gruppe thematisiert und vorgestellt wurde, das tragische Schicksal und der heldenhafte Kampf der Einzelnen. Nichts wurde darüber gesagt, wie die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion aussah, wo die Schwierigkeiten, wo die Probleme lagen: Es wurde nicht gefragt, warum im Herbst 41 ein Funkspruch, zwar chiffriert aber mit drei Namen, von Moskau nach Brüssel geschickt wurde, der schließlich zu Observationen und Verhaftungen führte.

1969 zeichnete die sowjetische Regierung eine Reihe der Hingerichteten mit Orden aus. In diesem Zusammenhang wurde das erste Mal über die Nachrichtenübermittlung in die Sowjetunion gesprochen. Die dabei gebrauchten Begriffe wie "deutsche Patrioten" und "hervorragende Internationalisten" waren jedoch plakativ und wurden den Einzelnen in ihrer Haltung, ihren unterschiedlichen Motiven nicht gerecht.

Wie war die Geschichtsschreibung in der DDR, in der ja viele Überlebende, ihre Familien, viele Angehörigen der Ermordeten lebten?

In der DDR war es bis zum Ende der sechziger Jahre so, daß die Rote Kapelle als eine antifaschistische Gruppe angesehen wurde, die unter der Führung der KPD stand, weil es auch einige Funktionäre der KPD in ihren Reihen gab. Die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion wurde als eine allgemeine internationalistische Haltung gekennzeichnet, ohne darauf einzugehen, was im einzelnen passiert war.

Auch wurde die eigentliche Ursache der Verhaftungen, der Funkspruch, nie thematisiert. 1969, nach der Verleihung der sowjetischen Orden, begann eine neue Phase der Wertung. Von der Widerstandsorganisation unter Führung der KPD wurde die Rote Kapelle zu einer Kundschaftergruppe. Die "hervorragenden Kundschafter und Internationalisten" wurden immer stärker in das Bild der Öffentlichkeit gerückt, neue Forschungen dazu wurden allerdings nicht vorgenommen. Es gab in der DDR kaum Forschung in diesem Teil des antifaschistischen Widerstandes. Einzelne Lebensbilder wurden variiert, jeweils neu aufgenommen und dann mit den aktuellen politischen Erwartungen verbunden. Das war der Ausgangspunkt für die Bemühungen von Heinrich Scheel, Mitte der achtziger Jahre eine Forschungsgruppe zu den Frauen und Männern der Roten Kapelle aufzubauen.

Bis zu diesem Zeitpunkt bestimmten Veröffentlichungen von Beteiligten das Bild, so die Bücher von Greta Kuckhoff oder Elfriede Paul mit einer hohen Auflage, es gab den Film der Küchenmeisters über die Rote Kapelle, der einen großen Zuspruch fand.

Zu ergänzen ist, daß es eine Reihe von Schulen, Brigaden, NVA-Kasernen, Straßen gab, die die Namen der Ermordeten trugen. Bei Gesprächen in Schulen, bei Veranstaltungen konnte ich spüren, daß es ein echtes Interesse an dem wirklichen Leben der Frauen und Männer gab.

Ich habe aber auch in Gesprächen mit Greta Kuckhoff die Schwierigkeiten im Umgang mit dem Thema erfahren. Sie war immer sehr unzufrieden, daß es keine kritische marxistische Geschichtsschreibung zur Roten Kapelle gab. Sie hat sich auch intern immer wieder gegen die Einvernahme in den kommunistischen Widerstand gewandt. Es habe keine Parteiführung gegeben, die präsent gewesen sei und keine Beschlüsse, nach denen man sich gerichtet habe.

Erst vor kurzem habe ich ein Dokument gefunden, einen ersten Aufsatz von Greta Kuckhoff vom Herbst 1945, wo sie voller Verzweiflung fragt, was die Ursachen für die Verhaftungen, wie die Beziehungen zur Sowjetunion waren und warum sich niemand dazu äußere.

Die Überlebenden der Roten Kapelle wurden in bestimmtem Sinne benutzt, um eine gewisse Geschichtsschreibung, z.T. auch Geschichtsklitterung mit zu unterstützen. Gleichzeitig gab es aber auch Bemühungen und Versuche von ihnen, sich dagegen zu stellen, wenn auch keine erfolgreichen, weil sie kaum Einblick in die Gesamtzusammenhänge hatten. So konnten sie immer nur Teile rekonstruieren. Für die Gesamtzusammenhänge wäre es notwendig gewesen, in Moskau die Archive einzusehen oder mit den Verantwortlichen zu sprechen. Diese jedoch waren ganz offensichtlich nicht dazu bereit. Alexander Erdberg z.B., die erste Kontaktperson in der Botschaft der UdSSR, war nach 1945 wieder in Berlin. Einem Gespräch mit Greta Kuckhoff ging er konsequent aus dem Wege.

Wie reagierte man in den Westzonen bzw. später in der BRD auf die Widerstandskämpferinnen und -kämpfer um Schulze- Boysen und Harnack?

Völlig anders. Der Chefankläger mit der blutigen Robe in den Prozessen gegen die Rote Kapelle, Oberstkriegsgerichtsrat Manfred Roeder, befand sich 1945 in amerikanischer Kriegsgefangenschaft. Greta Kuckhoff, Adolf Grimme und Günther Weisenborn erfuhren davon und erhoben bei der Staatsanwaltschaft in Nürnberg Anklage gegen ihn wegen Aussageerpressung im Amt. Zunächst wurde formal ein Verfahren gegen Roeder in Nürnberg angestrengt, das dann aber 1947 nach Lüneburg verlegt wurde. Man hatte Roeder nämlich aus der Kriegsgefangenschaft nach Hause, in die Nähe von Lüneburg, entlassen. In Lüneburg erfolgten die weiteren Ermittlungen und Befragungen. Bei Fragen nach den Nachrichtenverbindungen der von ihm Angeklagten zog sich Roeder darauf zurück, daß er darüber mit einer bestimmten Abteilung der Amerikaner bereits gesprochen habe und nicht beabsichtige, diese Aussagen nochmals zu wiederholen. Mit der weiteren Zuspitzung des Kalten Krieges 1948/49/50 zeigte sich immer deutlicher, daß es bei den Befragungen der Staatsanwaltschaft Lüneburg nur darum ging, Roeder zu entlasten. Der über tausendseitige Abschlußbericht der Ermittlung endete 1951 damit, daß Roeder in Übereinstimmung mit dem Gesetz gehandelt habe. Bürger eines kriegführenden Staates, die Landesverrat begingen und Spionage betrieben, würden rechtmäßig vor Gericht gestellt und hätten mit der ganzen Härte des Gesetzes zu rechnen. Daher habe Roeder seine Kompetenzen nicht überschritten.

Roeder wurde als Ehrenmann entlassen und bestritt seinen Lebensunterhalt neben seiner Pension mit Publikationen (u.a. veröffentlichte er ein Buch) über die Rote Kapelle, die in der Behauptung gipfelten, daß Greta Kuckhoff, Günther Weisenborn und Adolf Grimme - damals Generaldirektor des Nordwestdeutschen Rundfunks - auch weiterhin für die Sowjetunion spionieren würden.

Gleichzeitig begann zu diesem Zeitpunkt eine ganze Veröffentlichungsflut über die größte Spionageorganisation des 2. Weltkrieges mit so bemerkenswerten Titeln wie "Eine Katze im Kreml". Es wurden Geschichten kolportiert, die nichts mit der Wahrheit zu tun hatten und die die 1942/43 hingerichteten Frauen und Männer erneut verurteilten und aus dem Widerstand gegen den Faschismus ausgrenzten. Dieses Feld wurde jedoch nicht nur von Publizisten bearbeitet, auch z.B. der Historiker Gerd Ritter, der Verbindungen zum 20. Juli gehabt hatte, bezeichnete in seinem Buch über Karl Goerdeler Harro Schulze-Boysen und seine

Freunde als Landesverräter, nicht nur dem Gesetz nach. Als Quellen führte Ritter Aussagen und Schriften von Roeder an.

Es gab zwar immer wieder Versuche von Günther Weisenborn und anderen, gegen die Kolportagen und erneute Verurteilung aufzutreten, jedoch vergeblich. Karl Barth z.B., der streitbare Theologe, bezog 1954 die Frauen und Männer der Roten Kapelle ausdrücklich in seine Ehrung der Männer vom 20. Juli mit ein, woraufhin die CDU- und SPD-Prominenz die Veranstaltung verließ.

So mußte die Geschichte der Roten Kapelle herhalten für den Aufbau und die dauernde Bestätigung des Feindbildes der Sowjetunion. Auch das Buch von Heinz Höhne (Kennwort Direktor, Anm. AK), daß sich zwar um mehr Objektivität bemüht, war dennoch in diesem Geist geschrieben und stützte sich stark auf Untersuchungen und Berichte, die Ende der vierziger Jahre im Zusammenhang mit den Ermittlungen gegen Roeder angefertigt worden waren.

Du sprichst von veränderten Sichten in beiden deutschen Staaten seit Mitte der achtziger Jahre. Woran machst Du das fest?

Tatsächlich beginnt erst in den achtziger Jahren der Versuch in der BRD, gegen das Funktionalisieren für das antikommunistische Feinbild anzugehen und die Frauen und Männer der Roten Kapelle als Teil des deutschen Widerstandes zu sehen. Und zwar gegen den Protest aus der konservativen Ecke, wo nach wie vor daran geglaubt wird, daß die Ehrenleute des 20. Juli mit den Verrätern der Roten Kapelle nichts zu tun hätten. Diese Position vertritt heute aber aufgrund der Auseinandersetzungen, die stattgefunden haben, nur noch eine Minderheit der Menschen, die sich dem 20. Juli verpflichtet fühlen.

Der Versuch der Neubewertung kommt zum Ausdruck in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin, wo vor vier Jahren einige Tafeln zur Roten Kapelle angebracht wurden. Sie haben zwar noch provisorischen Charakter, sind aber ein Schritt in die richtige Richtung. In der seit Juni 1991 laufenden Ausstellung über den Krieg gegen die Sowjetunion auf dem Gelände der Topographie des Terrors (Gestapo, SS und Reichssicherheitshauptamt auf dem "Prinz-Albrecht-Gelände", Anm. AK) in Berlin sind Fotos der Schulze-Boysen/Harnack-Gruppe und Aussagen über Personen und Arbeit mit enthalten.

In der DDR begann 1987 eine Gruppe an der Akademie der Wissenschaften, in der ich seit 1988 mitarbeite, mit Forschungen über den Widerstandsverbund um Arvid Harnack und Harro Schulze-Boysen. Wir haben versucht, Dokumente aus Archiven zusammenzutragen, die wir bisher erreichen konnten. Wir waren leider noch nicht in Moskau, diese Türen sind bisher verschlossen gewesen. Aber wir haben noch einmal Kontakt aufgenommen zu allen Verwandten, Freunden, Überlebenden und verfügen dadurch über eine recht umfangreiche Sammlung von Zeugnissen und Überlieferungen des Widerstandes und über eine große Fotosammlung. Damit wollen wir im nächsten Jahr, wenn sich die Verhaftungen und Hinrichtungen zum 50. Male jähren, eine Ausstellung bestreiten.

Wir hoffen, im nächsten Herbst auch eine Bestandsaufnahme unserer Forschung und eine Neubewertung dieser Widerstandsorganisation vornehmen zu können und eine Neubefragung der Fakten, die jetzt klarer werden. Bei den meisten Überlebenden, Freunden und Verwandten sind wir auf ein sehr positives Echo gestoßen. Alle sind sehr interessiert und möchten noch erleben - die meisten sind in einem fortgeschrittenen Alter -, daß es zu einer Veröffentlichung, daß es zu einer Sicht, einer Betrachtung kommt, die mit dem Selbstverständnis der im Widerstand Handelnden übereinstimmt und daß endlich der Schutt der Legenden und Zerrbilder abgetragen wird.

Vielen Dank für das Interview.

16. "Verfolgung der Juden war kein Selbstzweck." Interview mit Susanne Heim

Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak338/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:338:26

Als "Vordenker der Vernichtung" kennzeichnen Susanne Heim und Götz Aly in ihrem 1991 erschienenen Buch (1) eine Reihe junger Intellektueller in Forschungsinstituten und in der Verwaltung des nationalsozialistischen Deutschland. Deren Planungen hätten zum Ziel gehabt, durch "Bevölkerungspolitik" einen wirtschaftlichen Modernisierungsschub für eine Neuordnung Europas zu erreichen. Ohne jenen Hintergrund, so die These Heims/Alys, wäre es zur Vernichtungspolitik gegen die europäischen Juden nicht gekommen. Sie interpretieren diese Massenmorde als erste Stufe eines umfassenderen Vernichtungsprogramms, dem später Polen, Sowjetbürger und andere Bewohner des östlichen Europa zum Opfer gefallen wären. Wir haben Susanne Heim zu wesentlichen Inhalten ihres Buches und zum Zusammenhang von Bevölkerungspolitik und Antisemitismus befragt.

Die Thesen Heims/Alys haben bereits 1989 nach Veröffentlichung von Vorarbeiten zu heftigen Kontroversen um eine adäquate Analyse des Nationalsozialismus in Deutschland geführt. Eine solche Analyse halten wir für eine wesentliche Bedingung jeden Versuchs, eine radikale Linke zu rekonstruieren. Wir wollen uns darum bemühen, im AK zukünftig verschiedene Erklärungsansätze zunächst vorzustellen, um kontroverse Debatten um unterschiedliche Zugänge und um ihre Konsequenzen für linke Politik zu ermöglichen.

jw. und Be, Gruppe K

Frage: Ihr stellt in eurem Buch einen sehr engen Zusammenhang her zwischen Euthanasieprogrammen im Nationalsozialismus und der Vernichtungspolitik insgesamt. Ihr stellt dabei die These auf, daß ein nicht einmal allzu breiter Protest gegen die Euthanasiemorde im Jahre 1940 die Strategie des systematischen Völkermords ab dem Jahre 1941 verhindert hätte. Worauf stützt sich diese doch recht weitreichende Hypothese?

Susanne Heim: Es gibt erst einmal die rein äußerliche Ähnlichkeit, daß in der Phase der Vorbereitung der Euthanasiepolitik ab 1938 auch dort von der "Lösung der Anstaltsfrage" die Rede gewesen ist - ähnlich wie von der Lösung der "Überbevölkerungsfrage", der "Judenfrage", der "Zigeunerfrage", später sogar der "Russenfrage", "Polenfrage", "Tschechenfrage". Es wurden immer "Fragen" formuliert, um dann "Lösungen" einzufordern. Von da an sind die Planungen gelaufen, Kapazitäten in den Anstalten einzusparen, um sie im Zusammenhang mit dem Krieg anderweitig nutzen zu können - um z.B. im Zusammenhang mit Bombenangriffen Betten freizumachen für die Lazarette.

Der Öffentlichkeit gegenüber ist, was die Euthanasiemorde angeht, sehr vorsichtig taktiert worden, wobei es aber keinesfalls um eine strikte Geheimhaltung ging. An Prozessen, die es später gegen Beteiligte gegeben hat, kann man nachvollziehen: Die Leute, die in den Anstalten arbeiteten, haben Bescheid gewußt, aber auch die Bewohner in der Umgebung der Tötungsanstalten, und auch sehr sehr viele Angehörige der Leute, die umgebracht wurden. Niemand durfte es offen aussprechen, aber gleichzeitig haben alle hinter vorgehaltener Hand über die Euthanasiemorde geredet. Vor diesem Hintergrund war die Euthanasiepolitik so etwas wie ein Test dafür, wie die Menschen auf Vernichtungspraxis reagieren. Unsere These ist: Wenn die Menschen schon akzeptierten, daß ihre Angehörigen umgebracht werden, ohne daß sich etwas dagegen tut, dann konnten die Staats- und Parteifunktionäre erwarten, daß sich für Minderheiten, die ohnehin marginalisiert sind und gegen die seit Jahren eine vehemente Hetzkampagne läuft, erst recht niemand starkmachen würde.

Die Organisatoren der "Euthanasie" haben da, wo es Proteste gegeben hat, in Einzelfragen Rückzieher gemacht, haben z.B. mit Leuten aus der Kirche Gespräche geführt. Sie haben es dabei immer wieder geschafft, daß es zu keinem offenen Widerstand kam. Es hat schließlich einen Euthanasiestop gegeben, aber erst zu dem Zeitpunkt, als die im voraus festgelegte Sollzahl der geplanten Morde schon übererfüllt war. Sie haben richtiggehend ausgerechnet, daß pro 1000 Einwohner des Reiches ein in einer Anstalt lebender Mensch umgebracht werden soll. Das klingt zynisch, aber es ist so gewesen: 65 - 70.000 mußten demnach umgebracht werden; den "Euthanasiestop" hat es gegeben, nachdem sie schon einige hundert Leute mehr umgebracht hatten.

Die Politik gegen Juden war in den ersten Phasen noch nicht durch systematische Vernichtungsaktionen geprägt, sondern zunächst durch eine Aussonderung aus der deutschen Gesellschaft. Ihr betont dabei stark den Aspekt der wirtschaftlichen Aussonderung, die der Modernisierung des Wirtschaftssystems gedient habe. Inwiefern gilt das für die Arisierung?

Unter Arisierung stellt man sich gängigerweise vor, - das ging auch mir bis vor einigen Jahren so - daß sich nichtjüdische Kapitalisten an jüdischem Kapital bereichern. Faktum ist aber, daß im Zusammenhang mit der Arisierung sehr viel mehr Betriebe stillgelegt wurden, als in die Hände von nichtjüdischen Unternehmern, Händlern, oder Geschäftsinhabern übergegangen sind. Das ist überhaupt nicht bekannt, obwohl es nicht geheimgehalten wurde - im Gegenteil: es wurde sogar auf Ausstellungen sehr anschaulich illustriert. Egal ob es sich um Transportunternehmen handelte, um Banken, oder um Geschäfte: immer ist der Anteil der stillgelegten Wirtschaftsunternehmen viel größer als der, die im gängigen Sinn des Wortes "arisiert" worden sind.

Ihr schreibt vom "Wiener Modell"...

Wir haben versucht, der Vorgeschichte der "Kristallnacht", also der Pogrome von 1938, auf den Grund zu gehen. Dabei sind wir auf das Protokoll der Konferenz gestoßen, die drei Tage später im Luftfahrtministerium stattgefunden hat. Dort hat der Wiener "Wirtschaftsminister" - in Anführungsstrichen, also der Zuständige für Wirtschaft im annektierten Österreich - das Modell wirtschaftlicher Rationalisierung durch "Arisierung" vorgestellt und hervorgehoben, daß es in Österreich gelungen sei, viel mehr Juden zur Auswanderung zu zwingen als im Reich, indem man sie praktisch enteignet hat. Damals war die Politik noch darauf ausgerichtet, die Auswanderung zu fördern. Aus dem Protokoll geht hervor, daß Göring sich für die Übertragung des Wiener Modells auf das Reich ausgesprochen hat. Auf einer Folgekonferenz am 6. Dezember mit den Gau- und Reichsleitern wurde über die Modalitäten gesprochen, auf einer weiteren am 16. hat Göring diese Direktiven an die Vertreter der Kommunen und wichtiger Reichsbehörden weitergegeben. Anfang Januar 1939 wurden schon die ersten Bilanzen vorgelegt, und es wurde gesagt: "Wir haben wunderbare Erfolge, ein großer Teil der jüdischen Geschäfte ist stillgelegt, und daraus ergibt sich eine große Entlastung des in Bedrängnis geratenen deutschen Mittelstandes."

Der Mittelstand war ja eine wichtige Wählerbasis für die NSDAP. Daher sollte mit der Arisierung zweierlei erreicht werden: Man wollte die Juden dazu zwingen auszuwandern, auf der anderen Seite durch die Arisierungspolitik dem deutschen Mittelstand unter die Arme greifen. Weniger indem den Kapitalisten jüdisches Kapital übereignet worden wäre, sondern vor allen Dingen, indem den nichtjüdischen Händlern und Handwerkern ihre jüdische Konkurrenz genommen wurde. Es wurden auch die Lagerbestände aus jüdischen Geschäften an nichtjüdische verteilt, aber der wesentliche Zug war die Stillegung von Geschäften.

Aber haben sie nicht auch sehr bald angefangen, "arische" Geschäfte einzubeziehen? Gab es nicht generelle Strukturerwägungen im Sinne einer wirtschaftlichen Modernisierung, die auch Teile des "arisch"-deutschen Mittelstandes zu befürchten hatten?

Die Wirtschaftsfachleute sagten bereits bei der Arisierung, langfristig könne die Rationalisierung nicht allein auf die Stillegung jüdischer Geschäfte beschränkt bleiben. Das bestätigt unsere Vermutung, daß es sich bei der "Arisierung" wesentlich um einen Rationalisierungsschub gehandelt hat, in dem deutsche Ministerialbeamte mittels der rassistischen Ausgrenzung die Marginalisierung der jüdischen Bevölkerung durchgesetzt haben. Man wollte die Juden zur Auswanderung zwingen. Aber das Motto war nicht: Hauptsache, es geht gegen die Juden, egal wie. Göring hat sich in der Konferenz vom 12. Dezember '38 verbeten, daß weiterhin solche Aktionen des "Pöbels" wie in der sogenannten Kristallnacht stattfinden, ab jetzt sollte die antijüdische Politik vom Staat koordiniert werden, und das hieß in seiner, Görings, Hand. Und: Es handle sich vor allem um eine wirtschaftliche Frage. Die "Arisierung" ist also nicht nur auf Judenhaß und Habgier zurückzuführen, sondern sie muß auch als ein Anlaß zur Rationalisierung gesehen werden. Vor allem im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Kriegsvorbereitung.

Nach eurer Beschreibung war die Aussonderung der Juden ein selbstgeschaffener Sachzwang, der die nächsten Schritte präjudizierte. Wie würdest du dir das z.B. in Bezug auf das Madagaskar-Projekt vorstellen? Die 1940 erwogene Aussiedlung aller Juden nach Madagaskar - gehst du davon aus, daß das reale Planung war? Ihr stellt dar, daß nach der Entscheidung zum Genozid an den Juden die geplante Vernichtung mit

Euphemismen, Begriffen wie "Aussiedeln" usw., umschrieben wurde. Das wirft die Frage auf, ob nicht auch schon früher "Aussiedeln" nur Umschreibung für geplante Vernichtung war. War vielleicht schon "Madagaskar" nur eine Metapher für Vernichtung?

Das glaube ich so nicht. Dagegen spricht, daß auch in Geheimschreiben des Auswärtigen Amtes immer vom Madagaskar-Projekt die Rede ist - geplant war eine Art Kolonie unter deutscher Polizeiverwaltung. Dagegen spricht, daß zwei Studien in Auftrag gegeben wurden. Zum einen sollte der Bevölkerungsstatistiker Burgdörfer (1) ausrechnen, ob auf Madagaskar genug Platz ist, um alle europäischen Juden unterzubringen. Die Bevölkerungsdichte unter Einbeziehung der dort lebenden Bevölkerung sollte ermittelt werden, um zu klären, ob man die auch noch aussiedelt, etc. Außerdem wurde von der Bergakademie in Freiburg in Sachsen ein Gutachten angefordert, das feststellen sollte, ob dort wichtige Rohstoffvorkommen sind - mit anderen Worten: ob die Insel vielleicht zu schade sei für die Juden. Das würde keinen Sinn machen, wenn das von vornherein eine Metapher gewesen wäre - dann bräuchte man so etwas nicht zu prüfen.

Dazu kommt, daß diese Aussiedlungsplanung nach Madagaskar auch eine Vorgeschichte hatte. Auch die polnische Regierung hatte das ja schon projektiert - der polnische Außenminister hatte 1937 mit dem französischen Außenminister darüber verhandelt, ob man nicht die polnischen Juden nach Madagaskar deportieren könnte. Schon im Vorkriegspolen war die Ansicht sehr weit verbreitet, es gebe eine Überbevölkerung, und das Hauptproblem dabei seien die Juden. Nicht in derselben furchtbaren Konsequenz, aber auch die polnische Regierung richtete ihre Wirtschaftspolitik so aus, manipulierte so, daß sich die Krise hauptsächlich gegen die Juden richtete. Ich glaube, daß der Madagaskarplan am Anfang auch von den Deutschen ernstgemeint gewesen ist. Später wurde klar, daß die Seeblockade nicht zu durchbrechen ist und von daher die Menschen gar nicht hintransportiert werden können. Es wurde dann auch relativ frühzeitig in einem Wirtschaftsgutachten zum Warschauer Ghetto gesagt: Höchstwahrscheinlich werden auch nach siegreicher Beendigung des Krieges noch eine ganze Weile die Transportkapazitäten für andere Zwecke gebraucht, so daß die Juden noch länger in Europa bleiben werden.

Was das Madagaskarprojekt betrifft, muß man aber natürlich sagen, daß diejenigen, die es vorgeschlagen haben, genau wußten, daß die klimatischen Verhältnisse in Madagaskar für Leute, die in Europa aufgewachsen sind, ungünstig sind und daß die ganzen Umstände darauf hinausgelaufen wären, daß viele nicht überlebt hätten. Und dieser Vernichtungsaspekt wäre den Planern gerade recht gewesen.

Auf den Madagaskarplan des Jahres 1940 folgte die Vorbereitung der Vernichtung. Anfang 1942 fand die Wannsee-Konferenz statt, der 20. Januar ist 50. Jahrestag. Was bedeutet die Wannsee-Konferenz, von der oft gesagt wird, das war der Startschuß für die industrielle Massenvernichtung? Ist das auch nur ein kleiner Schritt mehr in einer Kausalkette?

Auf der Wannsee-Konferenz wurde im Wesentlichen nur noch die organisatorische Durchführung besprochen, die "Parallelisierung der Linienführung", wie es im Protokoll heißt. Die Entscheidung muß vorher, im Sommer '41, gefallen sein, also nicht erst auf der Konferenz am 20. Januar. Es gab dort - man muß das wirklich so sagen - einen Streit, wer anfangen darf. Dann hatte Heydrich den Plan, die sogenannten Halbjuden in Osteuropas ebenfalls zu ermorden, während sie nach den Nürnberger Rassegesetzen eigentlich anders behandelt werden sollten, als die Volljuden. Um solche Fragen ging es, aber die generelle Frage, die Juden umzubringen, war entschieden. Auf der Konferenz wurde vielmehr schon die Statistik verteilt, wieviele Juden aus welchem Land deportiert werden sollten.

Ihr seht "Bevölkerungspolitik" als Ursache der Vernichtungspolitik. Zunächst als Wissensfrage: Diese jungen Experten, die in verschiedenen Instituten die "Bevölkerungsreduzierung" zugunsten wirtschaftlicher Modernisierung im Ostraum angepackt haben - ihr habt das ja vor allem am Beispiel Polen untersucht -, von welchen Erwägungen gingen die aus? Und wie hat sich das konkret niedergeschlagen?

Schon in den 30er Jahren wurde in deutschen Instituten polnische "Überbevölkerung" genau berechnet und quantifiziert. Das nahm nach dem Angriff auf Polen 1939 noch zu. Man darf sich das deutsche Regime nicht als bloße militärische Besatzung vorstellen, sondern die Zivilverwaltung hat sehr schnell mit ihren Aufbauplänen begonnen. Wir haben uns vor allem mit den verschiedenen Forschungsinstituten beschäftigt, insbesondere mit dem Institut für deutsche Ostarbeit, das direkt der deutschen Besatzungsregierung in Krakau zugearbeitet hat. Dieses Institut berechnete datailliert die gesamte wirtschaftliche Situation - Rohstoffe,

Zersplitterung des Handels, Lohnreserven, die Transportproblematik etc. Dabei haben die deutschen Wissenschaftler immer die Minderwertigkeit der Polen betont, die das Land heruntergewirtschaftet hätten; vor allem aber haben sie die Überbevölkerung als das Hauptproblem Polens dargestellt. Letztendlich wurden alle Probleme - ob es um die Schiffbarmachung der Weichsel ging, oder um die Ausschöpfung von Rohstoffvorkommen, um die angebliche Überbesetzung des Handels, oder darum, daß es zuviele Handwerker gebe oder die Landwirtschaft nicht produktiv genug sei - immer auf "Überbevölkerung" zurückgeführt.

In den verschiedenen Studien wird dann als Perspektive vorgeschlagen: Wenn die "Judenfrage" gelöst ist, dann ist das Problem schon einmal reduziert. Die Juden mußten danach - wie es im Technokratendeutsch hieß - aus der Wirtschaft "ausgeschaltet" werden.

Das Hauptproblem der "Überbevölkerung" lag nach den Analysen in der Landwirtschaft. Es wurde als Problem formuliert, daß die Leute vom Land, die dort als Arbeitskräfte nicht gebraucht wurden, keine Möglichkeit hätten, in die Stadt abzuwandern, weil es da schon zu viele Händler und Handwerker gebe. Die Städte - heißt es wörtlich - seien von den Juden "blockiert". Also argumentierten die deutschen Ökonomen im besetzten Polen: was für die Leute aus der Landwirtschaft in Frage kommen würde an städtischen Berufen, das ist von den Juden "besetzt". Und die Juden rechneten sie aus ihrer Statistik einfach heraus. Die Zuwanderung vom Land in die Städte und die wirtschaftliche Rationalisierung sollen dann - in gewissen Grenzen - durch Qualifizierungs- und Ausbildungsprogramme gefördert werden. Damit war z.B. wesentlich das RKW beschäftigt - Reichskuratorium für deutsche Wirtschaftlichkeit hieß das damals, heute heißt das Rationalisierungskuratorium der deutschen Wirtschaft.

Kannst du die immanente "Rationalität" der Planungen kurz darstellen - wie also diese Institute aus "Bevölkerungsreduktion" die Möglichkeit zum Modernisierungsschub hergeleitet haben?

Es wurde argumentiert, daß insbesondere in der Landwirtschaft zu viele Leute auf zu kleiner Fläche lebten. Es ging nicht darum, wie eng die Menschen zusammen lebten oder ob sie sich von der Landwirtschaft ernähren konnten. Als Problem wurde gesehen, daß alle Überschüsse, die die Leute erwirtschafteten, gleich wieder aufgegessen würden. Das heißt, die Landwirtschaft, die eigentlich volkswirtschaftlich gesehen der Sektor der Kapitalschöpfung sein sollte, leistete das nicht. Es wurden keine Überschüsse erwirtschaftet, die nachher in anderen Wirtschaftssektoren wieder investiert werden könnten, um z.B. eine Industrie aufzubauen. Wenn von einem Hof z.B. eine zwölfköpfige Familie etwas erwirtschaftete, das auch zu dritt erwirtschaftet werden könnte, bedeutete das in den Begriffen der deutschen Wirtschaftsfachleute verdeckte Arbeitslosigkeit, und die Verhinderung von Kapitalakkumulation. Ständig wurde das wiederholt: Die Überbevölkerung blockiert die Kapitalakkumulation, deshalb wird die Rückständigkeit der polnischen Wirtschaft stetig fortgeschrieben.

Es sollte also durch die Vernichtung der Juden eine Wanderung in die Städte möglich werden, um dort "Überbevölkerung" zu beseitigen und Kapital zu akkumulieren. Gleichzeitig müßten, so die Planung, die Sektoren Handel und Handwerk in den Städten rationalisiert werden. Kleinhändler und Handwerker hatten im Polen der 30er Jahre meist nur wenig Kapital, oft nicht einmal einen Laden oder eine Werkstatt. Die Deutschen haben auch immer vom jüdischen "Luftmenschen" geredet, der praktisch nichts hat, und seinen Handel aus der Manteltasche betreibt. Sie waren der Ansicht, daß die "Ausschaltung der Juden aus der Wirtschaft" allein zur Rationalisierung der polnischen Wirtschaft noch nicht ausreichen würde, daß es aber ein sinnvoller erster Schritt wäre.

Deutsche Ökonomen, Bevölkerungswissenschaftler und Verwaltungsexperten argumentierten also nicht in erster Linie mit rassistischen Kriterien - das ist jedenfalls unterschiedlich. In dem Buch von Seraphim (2) z.B. kommt seitenweise auch bloße antijüdische Hetze vor. Aber andere, wie z.B. Meinhold (3), waren da zurückhaltender. Er formuliert eher so: "Dieses Problem haben wir dann nicht mehr, wenn wir die Judenfrage gelöst haben." In seinen Schriften finden sich immer wieder auch antipolnische Äußerungen, aber er bleibt im Wesentlichen sachlich. Sein Motiv war, das deutsche Aufbauprogramm in Polen durchzusetzen und dafür konkrete Vorschläge zu entwerfen. Er sah einfach, daß ihm nichts im Wege stehen würde, wenn er Vorschläge entwickelte, die auf Kosten der Juden gingen.

In eurem Buch finden sich immer wieder Entgegensetzungen, die die Experten - mit der Rationalität und der bevölkerungspolitischen Argumentation als Motiv des Agierens - in Gegensatz zu den verbohrten Parteinazis setzen. Bei einigen Biographien der von euch untersuchten Experten kommen aber Zweifel an dieser

Aufteilung in zwei Gruppen auf. Zum Beispiel habt ihr in eurer Kurzbiographie Oberländers (4) erwähnt, daß er am Hitler-Putsch beteiligt, also schon zu dieser Zeit in der NSDAP war. Auch andere sind schon sehr frühzeitig Nazis gewesen. Inwieweit gibt es also tatsächlich diese Entgegensetzung: Hier die Experten, die bevölkerungstheoretisch argumentieren, und da die fanatischen, rassistischen, antisemitischen Parteinazis?

Ich glaube auch nicht, daß das immer ein strikter Gegensatz ist. Für Personen wie Oberländer oder auch Seraphim gilt dies nicht. Seraphim verwendete ständig selbstgeschaffene diskriminierende Vokabeln wie "Judenballung", "Judenhäufung", "Übersättigung mit Juden", usw. Trotzdem argumentierte er nicht immer nur antisemitisch - er war Ökonom, und argumentierte z.T. auch wieder soziologisch mit Umschichtungen der Bevölkerungsstrukturen, usw. Das war von Person zu Person unterschiedlich.

Wir haben die Abgrenzung deswegen vorgenommen, weil wir in der Diskussion bei den Vorarbeiten um das Buch immer wieder feststellten, daß die meisten Leute ein Bild der Nazis als den fanatischen Braunhemden im Kopf haben, die völkische Lieder singen. Daß sie nur besessene Antisemiten gewesen seien, und daß ihre ganzen Handlungen daraus abgeleitet werden könnten. Unter den Wissenschaftlern, mit denen wir es zu tun hatten, sind aber viele, die ganz sachbezogen und vom fachwissenschaftlichen Standpunkt aus argumentieren. Es kam z.B. nicht darauf an, ob sie in der Partei waren oder nicht - manche sind, wenn überhaupt, erst relativ spät in die Partei eingetreten. Meinhold selbst hat uns erzählt - wir haben ihn bei unseren Recherchen interviewt -, daß Hans Frank, der Generalgouverneur im besetzten Polen, sie aufgefordert hat, frei und unvoreingenommen zu forschen. Daß sie auf der Basis ihrer eigenen Analysen praktikable Vorschläge entwickeln sollten, und nicht etwas Opportunistisches zu Papier bringen, nur weil es die Partei gerne hören will.

Vielleicht haben wir diesen Unterschied ein bißchen überbetont, um klarzumachen, daß es bei den Leuten, mit denen wir es da zu tun hatten, nicht primär um fanatischen Antisemitismus geht, aus dem sich alles erklärt. Wir wollten diesen anderen Argumentationsstrang, den der "Überbevölkerung", hervorheben, von dem wir glauben, daß er entscheidend für umfassende Rationalisierungs- und Neubaupläne war. Pläne, die nicht nur die Vernichtung der europäischen Juden, sondern die Ermordung von viel mehr Menschen vorsahen.

Als einen Grund dafür, daß diese "Expertokratie", also diese jungen Intellektuellen, eine so grosse Bedeutung hatten, gebt ihr im Buch auch an, daß sie sehr homogen gedacht haben, homogene Planungen vorgelegt haben, wo die NS-Partei stärker in Konkurrenzen zerrissen war. Nun beschreibt ihr für die Entwicklung in Polen, daß es Interessengegensätze gegeben habe zwischen denjenigen, die die Entwicklung im östlichen Generalgouvernement vorantreiben wollten, und andererseits den Verantwortlichen für das ins Reich integrierte Westpolen. Ihr sprecht davon, daß es 1940/41 ein Patt und daß es Blockaden gegeben hat - aus den westpolnischen Gebieten sollten Juden abgeschoben werden, im Generalgouvernement wollten die Planer aber selbst modernisieren und die Bevölkerung reduzieren. Liegen nicht bei diesem Beispiel die Interessenwidersprüche auf der Expertenebene ganz ähnlich wie die auf der politischen, in der NS-Partei?

Ich denke nicht, daß es unter den Intellektuellen widerspruchsfrei zugegangen ist. Wichtig ist, daß sie alle im Kern bevölkerungspolitisch argumentiert haben. Das, meine ich, war der Konsens. Und daß niemand Vorschläge für eine andere Wirtschaftspolitik machte, sondern alle allein die Bevölkerung als die Variable begriffen, die man hin- und herschieben kann. Man wollte die Menschen in den besetzten Ländern klassifizieren und selektieren und in verschiedenen Gruppen neu wieder zusammensetzen. Man konnte sie innerhalb des Landes an andere Stellen umsiedeln oder über ganz Europa verschieben - oder man konnte die Leute umbringen. Also: Insofern handelte es sich um homogenes Denken. Nicht, weil sie sich alle sowieso von vornherein einig waren. Sondern sie entwickelten gleichgerichtete Vorschläge, die immer auf eine Reduzierung der Bevölkerung hinausliefen, aber für verschiedene Gebiete des deutsch beherrschten Großraums. Daraus entstanden dann Widersprüche.

Wir haben die Homogenität der Konzepte auch ein bißchen gegen die gängige Vorstellung betont, daß die Nazis sowieso alle so zerstritten waren und deswegen gar nichts zuwege gebracht hätten. Und es stimmt natürlich auch, wenn du dir Parteigerichtsverfahren anschaust, daß es unheimlichen Hick-hack um irgendwelche Kleinigkeiten gegeben hat. Aber das ist nicht das Entscheidende. Wenn es darum ging, Europa neu zu bauen, haben sie doch an einem Strang gezogen.

Gilt das nun für den NS-Staat insgesamt, oder speziell nur auf diese Experten gemünzt?

Das kann man nicht pauschal beantworten. Wie es z.B. beim Militär gewesen ist, darüber weiß ich wenig. Daß es Rivalitäten gegeben hat, will ich gar nicht in Abrede stellen. Die Frage ist nur: Hat es dazu geführt, daß die Völkermordpläne dadurch wesentlich blockiert worden wären? Das würde ich eben bezweifeln. Zweifelsohne gab es zwischen Frank und Himmler Reibereien. Aber gerade das besetzte Polen ist ein gutes Beispiel dafür, daß SS und Zivilverwaltung vielfach Hand in Hand arbeiteten. Es ist die Ausrede der Täter, die Zivilverwaltung habe ja die Polen gut behandelt. Ich will keinesfalls die Brutalitäten, Überfälle, Massenmorde der SS schmälern. Aber wenn man sieht, welche dünkelhaften, sadistischen Herrenmenschen - ja man muß wirklich sagen: Schweine - gerade auch in der Zivilverwaltung vor Ort tätig waren, dann macht es vielfach in der Praxis keinen Unterschied, ob jemand bei der SS oder der Zivilverwaltung war.

Du hast vorhin des öfteren von "die" gesprochen - nochmal eine Frage zum Subjekt der Handlungen. Ist das Planen, sind die Ergebnisse dieser jungen Akademiker an Forschungsinstituten, mit denen ihr euch beschäftigt habt, wirklich wesentliche Ursache der Massenvernichtung? Könnte nicht auch sein, daß ihre Gedanken pragmatisch eingefügt wurden in einen mit ökonomischer Rationalität nicht faßbaren Generalplan, der eine Etage weiter oben vielleicht schon vorhanden war?

Zum einen meine ich mit "die" nicht immer nur Wissenschaftler, sondern durchaus auch Leute, die in der Verwaltung tätig waren - die haben praktisch die Tischvorlagen geschrieben für Himmler oder Göring oder auch Hitler.

Ich denke, die Frage, welchen Einfluß haben die real gehabt, muß man genau im einzelnen überprüfen. Manchmal läßt es sich klar nachweisen, manchmal nicht. Da wäre noch eine Menge Arbeit zu tun. Einen wesentlichen Punkt in unserer Analyse machen diese Ghettogutachten aus, Gutachten, die von hohen Regierungsstellen in Auftrag gegeben wurden. Das Gutachten für das Ghetto in Warschau z.B. ist von der Regierung des Generalgouvernements in Auftrag gegeben worden, und es ist dann auf zwei Regierungssitzungen diskutiert worden. Das Gutachten zum Ghetto Lodz hat der Reichsrechnungshof gemacht, der Finanzminister hat es in Auftrag gegeben. Solche Gutachten entstanden nicht, indem ein Wissenschaftler sich hinsetzte, etwas zu Papier brachte und dafür vielleicht einen Publikationsort fand, sondern sie wurden im Auftrag höherer Stellen erarbeitet, und die darin enthaltenen Vorschläge wurden oft umgesetzt. Das waren keine Schreibtischpläne für die Schublade. Die nationalsozialistischen Spitzenfunktionäre legten ganz grundsätzlich großen Wert auf Fachleute, auf "Politikberatung", wie man das heute nennen würde.

Himmler z.B. bezog sich als Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums immer eng auf sein Planungsinstitut, das eine wichtige Rolle spielte bei der Raumplanung in den eingegliederten Ostgebieten und auch beim Generalplan Ost. Wenn man die Redenotizen von Himmler anguckt, dann finden sich dort die Statistiken aus dieser Planungsabteilung. Warum auch sollte er sich eine Planungsabteilung schaffen, wenn er nicht gedenkt, zur Kenntnis zu nehmen, was diese Abteilung fabriziert? Trotzdem läßt sich der Einfluß manchmal nicht so klar nachweisen. Peter-Heinz Seraphim publizierte 1940 einen Aufsatz zur Überbevölkerung im Generalgouvernement, und wenige Monate später benutzte Hans Frank in einem Gespräch mit Hitler praktisch Seraphims Argumente, um Hitler nahezubringen, daß das Generalgouvernement überbevölkert sei, und man nicht noch zusätzlich Menschen dorthin abschieben könne. Es läßt sich nicht beweisen, daß Franks Argumentation auf dieser Schrift von Seraphim beruht. Die zeitliche Abfolge ist trotzdem bemerkenswert: Seraphims Argumente tauchen zum Teil in gleichlautenden Formulierungen, bei Frank wieder auf. Ein anderer Punkt: Häufig erweist sich, was als "Führerbefehl" bezeichnet wird, wenn man es genau betrachtet, als Absegnen. Es finden sich Formulierungen wie: "Hat die Zustimmung gefunden", "genehmigt worden" usw., anstatt daß gesagt worden wäre: "Der Führer hat angeordnet". So zum Beispiel auf der Konferenz nach den Pogromen 1938, wo Göring sich den Vorschlag aus Wien unterbreiten ließ und sagte: Das ist ja wunderbar, das werden wir hier genauso machen. Ähnlich im Protokoll der Wannseekonferenz. Dort heißt es sinngemäß: Nach vorheriger Genehmigung durch den Führer werden die Juden nach Osten deportiert. So stelle ich mir das in vielen Bereichen vor, aber man muß es natürlich in einzelnen Punkten nachweisen.

In unserer Argumentation nimmt die Vierjahresplanbehörde eine besonders wichtige Position ein. Sie hatte eine sehr interessante Struktur. Göring war Beauftragter für den Vierjahresplan, also formal Chef der obersten Wirtschaftsbehörde des Reichs. Die ganze wirtschaftliche Kriegsvorbereitung wurde dort koordiniert - also Belange, die sonst verschiedenen Einzelministerien zugeordnet waren, den Ministerien für Arbeit, Finanzen, Wirtschaft, Ernährung und Landwirtschaft. Göring hat mehrfach von sich sel- ber gesagt, daß er von Wirtschaft

eigentlich keine Ahnung hatte, und es ist von daher klar, daß er auf Gutachten und Expertisen angewiesen war. Dann gab es neben der Vierjahresplanbehörde den Generalrat für den Vierjahresplan. Das war ein kleines Gremium. Nicht die Minister als Chefs der Ministerien, die ja dem Vierjahresplan unterstanden, saßen in diesem Gremium, sondern die Staatssekretäre. Die Staatssekretäre waren also ihren Ministern übergeordnet. So hat - ein bekanntes Beispiel - der Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium, Herbert Backe, ein Fachmann für Ernährungs- bzw. Hungerplanung seinen Minister Darré immer mehr an den Rand gedrängt, der - etwas vereinfacht gesagt - Blut und Boden-Ideologie vertrat. Das alles verweist auf eine Struktur von Expertokratie, wie wir das genannt haben.

Wenn du es modern ausdrücken willst, haben die Nazis eine Art von problemorientierten Arbeitsgruppen installiert. Hilberg (5) beschreibt in seinem Buch zur Vernichtung der europäischen Juden, daß es keine Institution gab, die hauptamtlich mit der Vernichtung der europäischen Juden beschäftigt gewesen ist. Sondern er sagt, es war ein "lockerer Teilzeitjob" für die damit befaßten Leute. Die Vernichtung war arbeitsteilig organisiert unter einer Vielzahl von Institutionen. Wenn diese vorher 50 Jahre in einer bestimmten Weise funktioniert haben, dann haben sie jetzt zusätzliche Aufgabenbereiche bekommen und wurden umstrukturiert. Die Flexibilität war eines der wichtigsten Merkmale des 3. Reiches. Das Aufbrechen traditioneller Strukturen und die soziale Durchlässigkeit für Initiative von unten, waren Voraussetzungen für die Effizienz dieser Bürokratie. Schoenbaum (6) hat das in einer sehr detaillierten und wichtigen Studie herausgearbeitet. Es war nicht mehr wie früher, daß der Offizierssohn automatisch auch wieder Offizier wurde. Für den Professorensohn war die Karriere weniger vorbestimmt als vorher. Schoenbaum hat untersucht, daß es im NS- Staat viel mehr Aufstiegsmöglichkeiten für Leute von unten gegeben hat als zuvor - sowohl in SS und Militär als auch in wissenschaftlichen Bereichen. Meinhold kommt z.B. auch aus relativ bescheidenen Verhältnissen. Ebenso konnten sich die Leute nicht mehr darauf verlassen, daß ihr sozialer Status sie vor Repression schützen würde. Vorschläge von unten hatten gute Chancen, beachtet zu werden. Natürlich war nicht gewährleistet, daß sie auf den Tisch von Hitler oder Himmler kamen, aber es war durchaus möglich.

Begünstigt wurden solche Einflüsse von unten durch die Inkompetenz derer, die mächtig waren, wie Göring in Sachen Wirtschaft. Hitler hat z.B. am Anfang auch gesagt, Bevölkerungspolitik, die Bevölkerungsdichte in Polen sei ihm völlig egal. Und später hat er selber diese bevölkerungspolitische Argumentation übernommen.

Läßt sich eure These, daß die Vernichtung der Juden das erste Vernichtungsprogramm gewesen sei, dem andere gefolgt wären, an der konkreten Politik der Nazis im Krieg belegen?

Ein Anhaltspunkt ist, daß außer von der "Juden- und Zigeunerfrage" immer auch von "Polen-", "Russen-" und "Tschechenfrage" gesprochen wurde und vom Problem, wie damit umzugehen sei. Es gibt ein Planungspapier von Friedrich Gollert (7), in dem er Vorschläge zur Lösung der "Polenfrage" macht. Er erwägt, man könne mit den Polen ja verfahren wie mit den Juden, sie also alle umbringen - das sei aber eines Kulturvolks nicht würdig. Er favorisiert dann, die "wertvollen" Polen einzudeutschen, eine mittlere Gruppe auf einem niederen Status als Arbeitskräfte zu erhalten, praktisch als "Volkstum 2. Klasse", und die anderen umzubringen. Dieser Vorschlag findet sich in den Grundzügen im Generalplan Ost in Bezug auf die Sowjetunion wieder. Auch in Bezug auf das Baltikum wurde gesagt: Ein paar Leute wären zu gebrauchen, die sind auch wertvoller als die Russen, die kann man als Statthalter deutscher Interessen in der Sowjetunion verstreuen, man kann einige eindeutschen, und man muß einige umbringen, weil sie niederwertiges Volkstum sind. Das waren immer die Leute auf kleinen Bauernhöfen, die Leute, die für wirtschaftlich unrentabel gehalten wurden.

Ihr seht also die Vernichtung der Juden, insbesondere bezogen auf Osteuropa, als Teil eines bevölkerungspolitischen Programmes, dessen Konsequenz die Massenvernichtung von nicht unbedeutenden Teilen der Bevölkerung über die jüdische hinaus sein sollte - also polnische und ab '41 auch russische Bevölkerung. In der Praxis hat es sich aber einfach anders dargestellt. Polnische und russische Leute wurden z.B. massenhaft zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschickt. Diese Zwangsarbeit hat in vielen Fällen den Leuten über die Zeit dieses Krieges eine vergleichsweise gute Überlebenschance eingeräumt - vergleichsweise. Jedenfalls haben solche Maßnahmen auf die Juden in keiner Weise Anwendung gefunden, anscheinend auch nicht in Vorüberlegungen. Wenn für Juden Zwangsarbeit vorgesehen war, sei es im Ghetto, sei es später ans KZ angegliedert, war deren Resultat stets Tod durch Überarbeitung und Unterernährung oder eben später Tod durch Vernichtung. Fällt vor diesem Hintergrund die Behandlung der Juden nicht doch heraus aus einem bevölkerungspolitischen Gesamtkonzept, wie es die übrige europäische Bevölkerung betroffen hat?

Zunächst einmal ist der Unterschied, daß die Juden unbedingt alle umgebracht werden sollten, was sie mit Russen oder Polen nicht unbedingt wollten. Obwohl auch das durchaus in Erwägung gezogen worden ist. Es wurde dann aber verworfen. Die Deutschen im besetzten Polen haben mit Überbevölkerung gerechnet, natürlich war danach aber nicht die gesamte polnische Bevölkerung "überzählig". Die deutsche Besatzungsmacht hatte "wirtschaftliche Aufbaupläne", die darauf hinausliefen, die einheimische Bevölkerung zu deportieren, um Polen zum Siedlungsraum für Deutsche zu machen. Gleichzeitig sollte rationalisiert werden, was im Denken deutscher Ökonomen eine noch weitergehendere Verminderung der Bevölkerung voraussetzte. Es war aber nicht geplant, diese Gebiete menschenleer zu machen.

Die Vernichtungspolitik war auch deswegen gegen die Juden gerichtet, weil sie in Polen eine Minderheit waren, die außerdem noch weniger integriert war als in Deutschland und die sich daher aus der Perspektive der Deutschen leicht isolieren ließ. Spätestens seit dem Film Shoah weiß man, daß es einen breiten antijüdischen Konsens in der dortigen Bevölkerung gegeben hat und sehr viele einverstanden waren, wenn die Juden umgebracht oder deportiert wurden.

Anderen Bewohnern eroberter Gebiete drohte aber nicht nur Zwangsarbeit. Zum Beispiel: wieviele Dörfer haben die Deutschen in der Sowjetunion dem Erdboden gleichgemacht? Oder die Geiselerschießungen bei Attentaten auf irgendwelche Deutschen. In Serbien wurden für jeden Deutschen, der bei einem Attentat umkam, hundert Serben erschossen. Auch wurden von den Deutschen die Morde der kroatischen Ustascha an Serben begrüßt im Zusammenhang mit der angestrebten "Lösung des Überbevölkerungsproblems".

Meinhold und anderen Ökonomen, Raum- und Bevölkerungsplanern bot sich an, ihre Vorschläge so zu formulieren, daß sie sich in erster Linie gegen die Juden richteten, weil diese Vorschläge so am leichtesten durchsetzbar waren. Für die polnische und sowjetische Bevölkerung machten sie aber ganz genaue Analysen, in den "eingegliederten Ostgebieten" sogar für jede einzelne Person: Wen will man behalten, wen will man nicht behalten. Was den Generalplan Ost betrifft, so finde ich gerade das Wahnwitzige, daß Leute z.B. im Baltikum vor Ort gesessen haben, die wirklich ganz genau die einzelnen Bevölkerungsgruppen und Hofgrößen berechnet haben: wer ist noch verwertbar, welche Leute werden daher als tüchtig angesehen, als leistungsfähig, usw. - daß es nach solchen Kriterien gegangen ist. Man muß die sehr weitreichenden Vernichtungsprogramme in einem Zusammenhang sehen, auch wenn es nicht die völlige Auslöschung aller Polen oder völlige Vernichtung aller Russen bedeutet hat. Zu dieser Vernichtungspolitik gehört auch das systematische Verhungernlassen der sowjetischen Kriegsgefangenen. Wenn jemand als sowjetischer Rotarmist in deutsche Kriegsgefangenschaft kam, waren seine Überlebenschancen sehr gering. Das hatte nichts mit objektiven Gründen zu tun, als hätten die Deutschen den Hungertod der sowjetischen Kriegsgefangenen leider nicht verhindern können, sondern das war beabsichtigt. Es ist vielfach dokumentiert, daß, um die ganzen Ostgebiete einzudeutschen und in ihrer Wirtschaftsstruktur beherrschbar zu machen, eine Reduzierung der Bevölkerungsdichte nötig sei, was immer darauf hinausläuft, viele der dort lebenden Menschen umzubringen.

Es bleibt natürlich ein wichtiger Unterschied, daß man die Juden alle ermorden wollte, daß die Deutschen aber bei Polen oder Russen versuchten, möglichst genau diejenigen herauszusondern, zu selektieren, die sie als "Ballastexistenzen", "nicht voll leistungsfähig", als "Asoziale" betrachtet haben. Die Überlebenschancen für polnische nichtjüdische Menschen sind besser gewesen als für jüdische. Aber man darf nicht außer acht lassen, daß sie durchaus vorgehabt haben, einen großen Teil der Bevölkerung z.B. in Polen umzubringen und sie nicht nur zur Zwangsarbeit zu deportieren.

Mir scheint sich in eurer Darstellung die Vernichtungsentscheidung auch als ein Hineinrutschen darzustellen, und darin liegt ein Problem. Zunächst bewegen sich die Dinge zum einen auf ideologischer Ebene, der Jude ist böse, und auf der anderen Seite werden Strukturpläne, Bevölkerungspläne gemacht, die zunächst rein akademisch sind, weil man ja Polen noch nicht besetzt hat. Sie hatten dann in den Monaten der Besetzung, und verschärft mit der Eroberung der Sowjetunion, zunehmend konkrete Auswirkungen. Zunächst einmal ist das Tod durch Unterernährung, Tod durch Zwangsarbeit, dann der Tod im Ghetto, und schließlich das Vernichtungslager. Ist das also der Prozeß eines Hineinschlitterns in etwas, das nicht unbedingt von Anfang an geplant war? Ich weiß, Hineinschlittern klingt furchtbar verharmlosend. Aber ein Generalplan, der auf Vernichtung ausgeht, erscheint so erst einmal unwahrscheinlich ...

Ich sehe das nicht so. Es kam den Deutschen darauf an, in Europa neue Strukturen zu schaffen, ganz Europa neu zu ordnen. Speziell die Länder, die sie besetzt hatten, aber auch weit darüber hinaus. Nicht nur mit Mitteln der Außenpolitik, der Diplomatie, sondern durch Kontrolle über Wirtschaftskapazitäten, Ressourcen, Bevölkerung. Und in diesem Konzept erschien das freie Verfügen über Bevölkerung als leichteste Möglichkeit der Veränderung von Verhältnissen, leichter als z.B. die Steigerung von Rohstoffen.

Wenn man es unter dem Gesichtspunkt der "Neuordnung Europas" betrachtet, dann ist die Ermordung der Menschen, die als Überbevölkerung deklariert worden sind, ein Mittel zum Zweck. Dazu kommt, daß die Deutschen im besetzten Polen auch, um kurzfristige Wirtschaftsprobleme vor Ort zu lösen, auf bevölkerungspolitische Umstrukturierungen setzten. Die Einrichtung der Ghettos hatte auch diesen Hintergrund. Und dann standen sie vor der Situation, daß diese Ghettos ein Wirtschaftsproblem wurden. Aber das Ganze gliedert sich in die weitreichenderen Pläne ein, ganz Europa neu zu strukturieren.

Ihr schreibt in eurem Buch, daß die Experten den traditionellen Antisemitismus der Nazis genutzt hätten, um ihre bevölkerungspolitischen Planungen durchzuführen, und daß ohne diese bevölkerungspolitischen Motive der Antisemitismus nur zu Pogromen geführt hätte. Ich frage mich, ob dahinter nicht ein Bild von traditionellem, eigentlich unmodernem, eigentlich überaltertem Antisemitismus steckt. Und ob nicht eine solche Definition von Antisemitismus dazu beiträgt, daß in eurer Sicht die Bevölkerungspolitik als die moderne Ideologie sozusagen die hegemoniale Ideologie im Planungsprozeß sein muß. Dem widerspricht für mich, daß es auch andere Ansätze gibt - z.B. den von Moishe Postone -, die Antisemitismus als eine sehr moderne Ideologie zu begreifen versuchen. Während, so vertreten solche Ansätze, traditioneller Antijudaismus, Antisemitismus, zu Pogromen führt, führt die dem modernen Antisemitismus eigene Logik zu einem missionarischen, kalten Vernichtungsauftrag gegen die Juden. Wollt ihr euch mit eurem Buch von solchen Theorien abgrenzen, oder ist dies eher ein bei euch erst einmal unaufgearbeitetes Feld?

Zunächst einmal: Wir wollten nicht ausdrücken, jemand wie z.B. Meinhold sei frei von Antisemitismus gewesen. Natürlich ging in seine strukturpolitischen Überlegungen, in den Versuch, "Bevölkerungsprobleme" auf Kosten der jüdischen Minderheit zu lösen, antisemitisches Denken mit ein. Daß Leute wie Meinhold, Seraphim u.a. überhaupt in ihren Statistiken Juden gesondert erfaßt haben oder überhaupt die Lebensverhältnisse von Juden gesondert betrachteten, oder in welchen Berufen die Juden vor allen Dingen tätig waren, ist schon antisemitisch. Das zieht sich durch fast alle Studien hindurch, ohne daß darin immer explizit antijüdische Hetze formuliert wird. Das ist nicht Antisemitismus im Sinne des Stürmers, aber es ist natürlich auch nicht frei von Antisemitismus. Die Tatsache, daß das Selbstverständnis dieser Experten nicht in erster Linie das von Antisemiten gewesen ist, hat ja nichts zu sagen - die wenigsten Antisemiten begreifen sich auch als solche.

Wichtig ist aber, daß die Verfolgung der Juden kein Selbstzweck war und nicht unabhängig von weiteren geplanten oder zum Teil auch realisierten Vernichtungsprogrammen gesehen werden kann - sowohl den Morden an den Geisteskranken als auch den Vernichtungsprogrammen z.B. in der Sowjetunion. Wenn es gelungen wäre, den Generalplan Ost zu verwirklichen, hätte das bedeutet, daß mindestens 30 Mio Leute ermordet worden wären. Die Vernichtung der europäischen Juden aus dem Antisemitismus zu erklären, wird seit Jahrzehnten versucht, es ist aber damit nicht alles zu erklären - wie auch unser Ansatz nicht alles erklären kann.

Mit der Abgrenzung des traditionellen Antisemitismus von den modernen Planungen wollten wir vor allem weitverbreiteten Vorstellung von den fanatischen Braunhemden widersprechen. Viele Leute verstehen unter antisemitischer Politik im Nationalsozialismus eben all diese schikanösen Vorschriften gegen Juden, die es natürlich auch gegeben hat und die ökonomisch keinen Sinn machen. Ähnliches gilt für die Überlegung, ob rationale oder irrationale Argumente ausschlaggebend gewesen sind. Im Grunde genommen ist es nicht sehr sinnvoll - und ich finde es auch nicht richtig - eine starre Unterscheidung zwischen "rational" und "irrational" zu machen. Ich finde wichtig, überhaupt diese bevölkerungspolitischen Überlegungen zur Kenntnis zu nehmen, die sich unterscheiden von dem, was man normalerweise als antisemitische Politik des Nationalsozialismus im Kopf hat. Es geht mir ja nicht darum, den Antisemitismus in seiner Bedeutung zu schmälern oder zu leugnen oder zu sagen, er habe keine Rolle gespielt, und dagegen die bevölkerungspolitischen Überlegungen abzugrenzen - das ist nicht der Punkt.

Dennoch könnte es ja auf diese Vorstellung vom irrationalen und überkommenen Braunhemden verschiedene Antworten geben. Ich denke, daß es die Kontroverse schon mitgeprägt hat, daß ihr die Entgegensetzung der modernen Bevölkerungspolitik gegen den überkommenen Antisemitismus mittransportiert habt. Eine andere Antwort auf diese Vorstellung könnte ja sein - wie im Diskussionsbeitrag Röhrs (8) auch vorgeschlagen -, eine homogene Ideologie für Nationalsozialisten wie "Experten" anzunehmen, die in ihren verschiedenen Elementen als jeweils moderne Ideologie aufgefaßt werden kann.

Es ging uns nicht darum, die Frage zu beantworten, ob der Antisemitismus antiquiert oder modern ist, sondern mir geht es hauptsächlich darum, diese Völkermordprogramme - das muß man durchaus im Plural sagen - zu erklären. Die Betonung der Modernität von Bevölkerungsprogrammen und Wirtschaftsplanung ist nicht Abgrenzung zum Thema Antisemitismus - sonst hätten wir uns auch ausführlicher über den Antisemitismus geäußert. Es ist Abgrenzung vom allgemeinen Bild der Nazis als Blut-und-Boden-Ideologen, fanatischen Braunhemden, Antisemitismus im Stürmer-Sinne. Es ging uns darum zu zeigen, daß das durchaus kein vernageltes, rückständiges Programm gewesen ist, das nur auf Germanisierung aus völkischer Ideologie heraus gerichtet war, sondern daß dahinter eine moderne Wirtschaftsplanung steckte, die durchaus auch in mancher Hinsicht Anklänge an heute hat. Eine solche Sichtweise richtet den Blick auf ganz andere Täterkreise. Manche dieser Intellektuellen haben sich gar keine Gedanken gemacht, wen sie da vom Schreibtisch aus wegrationalisieren und mit wessen Aussiedlung sie da jonglieren. Es hat Konsequenzen, Völkermordprogramme im Kontext der Raumplanungen als etwas Modernes zu begreifen. Es bedeutet auch, sich Fragen von Kontinuitäten anders zu stellen. Diese Betonung des Unterschieds zwischen Rationalität und Irrationalität hat sich zu einer Sackgasse entwickelt, die das Verständnis eher erschwert, als daß sie den Zugang erleichtern würde.

Du hast von Kontinuitäten gesprochen - worin seht ihr die Aktualität eures Ansatzes, inwieweit glaubt ihr, daß eure Erkenntnisse für heutiges Forschen, Nachdenken, aber auch Politikmachen von Bedeutung sind?

Ich kann das nur für mich beantworten. Die Frage der Kontinuitäten hat sich ja zunächst auf einer ganz konkreten, biographischen Ebene ergeben. Wir haben bei den Wissenschaftlern systematisch geguckt, was haben sie vorher, was hinterher gemacht. Es stellte sich heraus, daß sich ihrer ersten meist eine ansehnliche zweite Karriere angeschlossen hat. Interessant ist aber nicht nur, daß ein Meinhold das Bundesverdienstkreuz bekam, sondern auch die gedankliche Kontinuität. Das heißt nicht, daß diese Leute heute dasselbe vertreten würden wie früher. Über die Jahre und Jahrzehnte sind die Wandlungen sichtbar. Doch tauchen dann in heutigen Studien plötzlich Begriffe wie "Alterslast" oder "Altenberg" auf, die zunächst gar nicht auffallen müssen. Aber wenn man den biographischen Hintergrund eines Meinhold kennt, dann denkt man über solche Vokabeln anders nach. Diese ganzen bevölkerungspolitischen und ökonomischen Begriffe sind z.T. geprägt von einem Denken des Auslöschens, das man leicht übersieht, wenn man es nicht zurückverfolgt.

Das heißt nicht, wir leben hier in einem faschistischen Staat, oder daß das unmittelbar bevorsteht - das halte ich für absurd. Gerade in der letzten Zeit ist aber, wenn über Armut oder über die ökologische Katastrophe immer mehr von "Überbevölkerung" gesprochen wird und davon, daß es so nicht weitergehen könne. Es wird dann häufig vorgeschlagen, daß die Probleme der Knappheit von Ressourcen, oder der "begrenzten ökologischen Tragfähigkeit der Erde", mit Hilfe einer Reduzierung der Bevölkerung gelöst werden könnten. Es ist doch bemerkenswert, daß sich solche Vorschläge nicht von selbst verbieten. Vorschläge zur Euthanasie sind einem weitgehenden Tabu unterworfen, das zur Zeit gerade von verschiedenen, auch linksliberalen Philosophen aufgebrochen wird. Für Vorschläge zur Beseitigung der Überbevölkerung hat es ein solches Tabu nie gegeben. Es gibt kein Bewußtsein darüber, wozu Bevölkerungspolitik im Nationalsozialismus geführt hat, und es gibt entsprechend keine Diskussion, in der das in Frage gestellt wird.

Susanne, vielen Dank für das Gespräch.

Anmerkungen:

1) Prof. Friedrich Burgdörfer, Präsident des Bayrischen Statistischen Landesamtes und Bevölkerungswissenschaftler (die Informationen zu kurzen biographischen Anmerkungen sind dem Buch "Vordenker der Vernichtung..." entnommen).

2) Peter-Heinz Seraphim, bis 1939 Leiter der Abteilung Polen am "Institut für Osteuropäische Wirtschaft" in Königsberg; ab Kriegsbeginn als Offizier und Kriegsverwaltungsrat in Krakau und zuständig für "Beobachtung

der Wirtschaftspolitik im Generalgouvernement"; ab 1941 Schriftleiter der antisemitischen Zeitschrift "Weltkampf" in Frankfurt

3) Helmut Meinhold, Ausbildung in Nationalökonomie am Kieler Institut für Weltwirtschaft, ab 1941 Institut für Deutsche Ostarbeit in Krakau, 1945 Rückkehr nach Kiel, 1947/48 Zentralamt für Wirtschaft der Britischen Besatzungszone. 1949- 52 Leiter des Referats Grundsatzfragen am Bundeswirtschaftsministerium, ab 1952 Prof. in Heidelberg und Frankfurt, 1959-86 sozialpolitischer Berater verschiedener Bundesregierungen, Vorsitz im Sozialbeirat

4) Theodor Oberländer, ab 1933 Direktor des Instituts für osteuropäische Wirtschaft" in Königsberg, 1938 Berufung an die Universität Greifswald, Abteilung "Abwehr" beim Oberkommando der Wehrmacht und rege Publizistik zu "Bevölkerungsfragen"; unter Adenauer Bundesvertriebenenminister; 1960 Rücktritt, nachdem ein DDR-Gerichtsverfahren Beteiligung an Massenmorden nachwies; Kurzbiographie in "Vordenker der Vernichtung...", S. 94f

5) Raul Hilberg, "Die Vernichtung der europäischen Juden", 1961, deutsche Erstausgabe Berlin 1982, durchgesehene und erweiterte Auflage Frankfurt am Main 1990

6) David Schoenbaum, "Die braune Revolution", München 1980

7) Friedrich Gollert, persönlicher Referent des Distriktgouverneurs Warschau, verfaßte mit vom Datum 29.3.1943 eine Denkschrift über "das künftige Schicksal des Generalgouvernements"

8) Werner Röhr, "Rassismus als Expansionsprogramm. Über die Leistungsfähigkeit der NS-Ideologie", in: Wolfgang Schneider (Hg.), "'Vernichtungspolitik'. Eine Debatte über den Zusammenhang von Sozialpolitik und Genozid im nationalsozialistischen Deutschland", Hamburg 1991, S. 119ff

Bücher zum Thema

Susanne Heim/ Götz Aly: "Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung", Hamburg 1991, 541 S., 58 DM

Nach mehr als 4jähriger Vorarbeit legten Susanne Heim und Götz Aly 1991 einen umfangreichen Band zu bevölkerungspolitischem Denken und Vernichtungspolitik zwischen 1938 und 1942 vor. Aspekte der hier veröffentlichten Darstellung hatten sie zuvor in Aufsätzen und in der von ihnen herausgegebenen Schriftenreihe "Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik" veröffentlicht. Ihr Forschungsansatz, Täterbiographien durch die Sichtung bisher unbearbeiteten Quellenmaterials zu rekonstruieren, schlägt sich u.a. in Exkursen zur verschiedenen Experten der "Bevölkerungspolitik" sowie zu Forschungseinrichtungen nieder. Die Darstellung ist im Großen chronologisch angeordnet, behandelt in den Kapiteln aber jeweils Problemzusammenhänge ("z.B. "Bevölkerungsökonomie - der Aufstieg einer neuen Wissenschaft") oder historische Entscheidungssituationen (z.B. "Ghettopolitik im Zeichen der ‚Endlösung'"). Zusammenfassende Darstellungen zu Beginn, Mitte und Ende des Buches, sowie eine Kurzchronologie im Anhang dienen dem Überblick.

Wolfgang Schneider (Hg.), "'Vernichtungspolitik'. Eine Debatte über den Zusammenhang von Sozialpolitik und Genozid im nationalsozialistischen Deutschland", Hamburg 1991, 199 S., 28 DM

Im Juni 1989 stellten Susanne Heim und Götz Aly auf einer Tagung "zur Rationalität nationalsozialistischer Vernichtungspolitik" Thesen zu "Sozialplanung und Völkermord" vor, die Ausgangspunkt einer - später in Konkret dokumentierten - Debatte wurden. Die vorgetragenen und weitere Beiträge sind im Band ",Vernichtungspolitik'..." gesammelt. Er enthält Texte, die Heims/Alys Thesen sehr kritisch bewerten, und das Singuläre an Auschwitz in dessen ‚Gegenrationalität' orten (Diner, Herbert, Köhler, Reemtsma); Texte, die Heims/Alys Ergebnisse einbeziehen, ihnen in konkreten Einschätzungen aber widersprechen (Browning, Grode, Röhr), oder daraus Schlußfolgerungen zu ziehen versuchen (Weß); schließlich Texte, die die Thematik einer "Rationalität" in Vernichtungsplanungen theoretisch zu diskutieren suchen (Kreissl, Rohwer). Den Abschluß bildet eine Zusammenfassung und kritische Würdigung der Neuerscheinung "Vordenker..." durch Karl Heinz Roth.

"Bevölkerungsstruktur und Massenmord. Neue Dokumente zur deutschen Politik der Jahre 1938-1945", Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik Band 9, Berlin 1991, 24 DM

Die Dokumentation enthält u.a. die Wirtschaftsgutachten zu den Ghettos Warschau und Lodz, auf die sich Heim/Aly in "Vordenker..." beziehen.

17. CDU-Parteitag Dresden: "... und vergib ihnen ihre Sünden."

Rubrik: DDR-Anschlußfolgen; CDU/CSU · CD-Datei: daten/aksuche/ak338/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:338:21

Diesmal gab es - anders als auf dem "1. Parteitag der CDU Deutschlands" - nichts zu feiern. Eine "neue Nachdenklichkeit" und Ansätze einer Kursänderung waren die bestimmenden Elemente des Sonderparteitags in Dresden.

"Keinem soll es schlechter gehen" - viele Kohl-Wähler in der ehemaligen DDR empfinden das heute als Täuschung. Im Osten befindet sich die Kanzler-Partei in einem Popularitätstief. Der Sonderparteitag in Dresden sollte den Weg aus dem Tief weisen und den inneren Streit glätten.

Man kam in Dresden nicht umhin, sich schwerpunktmäßig mit den Begleiterscheinungen des Einheitsprozesses zu befassen und neue Lösungen anzubieten. Die CDU hat "ihren politischen Kurs korrigiert und am Notwendigen ausgerichtet" lobte die FAZ. Wie das in der Praxis aussieht, steht auf einem anderen Blatt.

Der neue Kurs lautet: "Die innere Einheit vollenden". Vom Westen Deutschlands wird Opferbereitschaft verlangt. Themen, mit denen sich bisher die Bonner Oppositionsparteien profilierten, greift nun die Kanzlerpartei auf: Umsteuern öffentlicher Investitionen vom Westen in den Osten Deutschlands auf allen staatlichen Ebenen, Beschränkung sozialer Leistungen im Westen und verstärkte Diskussion der Vergangenheit. Auf dem Sonderparteitag lag das Schwergewicht jedoch auf der Vergangenheitsbewältigung. In den drei Tagen beschäftigte man sich die Hälfte der Zeit mit diesem Thema.

Wenn heute in der ehemaligen DDR, einer Umfrage zufolge, noch 58 Prozent der Meinung sind, der Sozialismus sei "eine gute Idee, die nur schlecht ausgeführt wurde", zeigt das in den Augen von CDU-Politikern den großen Bedarf an geistiger "Aufklärung". Nachdem Generalsekretär Rühe im Sommer vergangenen Jahres die Auswechslung aller belasteten Führungskräfte in der Ost-CDU gefordert hatte, gab es dort Proteste, ja sogar Gerüchte über Abspaltungen in der ehemaligen DDR.

Bewährt hat sich, was dieses Thema betrifft, die Arbeitsteilung in der Führung: Kohl als Integrationsfigur, Rühe als polarisierender Personalchef. Im Osten leitet er Karrieren ein oder beendet sie. Auch wenn er nicht immer Erfolg hat, ist er doch bemüht, der CDU-Ost ein neues Image zu verpassen.

"Unheilige Allianzen"

Was ist seit der Wende in der CDU-Ost passiert? Im Dezember 1989 beendet die CDU-Ost ihre Mitarbeit im Demokratischen Block der DDR. Bis zu diesem Zeitpunkt ist der Parteivorsitzende Lothar de Maizière der Meinung, daß es zu einer "Gesellschaftsordnung sozialistischer Determination in der DDR keine Alternative" gibt. Nach einem Sonderparteitag der CDU-Ost Mitte Dezember 1989 beginnt die schnelle Unterordnung unter die CDU- West. Dann die Volkskammerwahlen vom 18. März 1990. In den Büros der Ost-CDU nahmen im Wahlkampf Hunderte von Westfunktionären das Heft in die Hand. Die Funktionäre der Ost-Partei disziplinierte man, indem man ihnen ihre Verstrickung mit der SED-Herrschaft vorhielt. Heute wird mit dem Hinweis auf die Verstrickung das Popularitätstief der CDU im Osten begründet. Ein billiger Trick, um die Ost-CDU weiter im Rüheschen Sinne umzuwandeln - auch gegen Widerstände. Rühe spricht von "unheiligen Allianzen". Ihn ärgert insbesondere, daß im Landesverband Brandenburg seine Wunschkandidatin Angela Merkel gegen Ulf Fink durchgefallen ist. 121 von 195 Delegierten gaben Fink ihre Stimme. Daß Fink sich von den Altkadern der Ost- CDU an die Macht bringen ließ, paßt nicht in Biedenkopfs Hardliner-Konzept.

Wie unterschiedlich im Osten auch jeweils agiert wird, für die CDU gilt es zu verhindern, daß sich die Landesverbände in der ehemaligen DDR als "Fremdkörper in der Gesamt-CDU" (Feldmeyer, FAZ) entwickeln.

Wenn die Länder Berlin und Brandenburg sich zusammenschließen, löst sich das Problem des "desolaten" Landesverbandes Brandenburg möglicherweise von selbst. Hoffnungsvoll blickt die FAZ jetzt schon nach Sachsen. Dort haben unbelastete CDU-Neuerer auf dem Landesparteitag Anfang Dezember bei der Wahl der Parteiführung "einen 80-Prozent-Sieg errungen". Die Personalpolitik der CDU- Führung bringt es mit sich, daß heute von den fünfeinhalb Landesvorsitzenden der CDU in der Ex-DDR nur noch zwei von dort kommen.

Handlungsfähig und glaubwürdig?

Für die Vergangenheitsbewältigung in der CDU wurden bisher vier Lösungsansätze angeboten. Stellvertretend seien hier genannt: de Maizière, Biedenkopf/Fink, Rühe und Eppelmann.

Für die vereinigte CDU nicht tragfähig sind die "extremen" Positionen, die noch zu sehr in der DDR-Vergangenheit wurzeln. De Maizière "wollte den ‚gebrauchten DDR-Bürgern' die Anstrengungen einer reinigenden Selbstprüfung ersparen" (Feldmeyer, FAZ). Eppelmann dagegen forderte, daß alle Funktionäre, die zwischen Mauerbau 1961 und Wende 1989 ein politisches Mandat gehalten haben, vier Jahr lang auf jegliches Amt verzichten sollen.

Die tonangebende CDU-West bevorzugt heute eine Mixtur der Positionen von Biedenkopf, Fink und Rühe. Nachzulesen ist das im "Dresdner Manifest" (Die Worte sind nicht zufällig gewählt. Sie symbolisieren den Sieg "der Menschen" über die verhaßte "marxistische Theorie").

Rühe brachte das "Manifest" als Antrag des Bundesvorstandes ein. Nach kurzer, zum Teil kontroverser Debatte wurde es in überarbeiteter Form einstimmig angenommen.

Beherrschendes Thema, auch im "Manifest", ist die Vergangenheitsbewältigung. Da wird ein versöhnlicher Ton angeschlagen. Man dankt den Mandatsträgern der CDU-Ost dafür, daß sie heute "erhebliche Verantwortung in der Kommunal- und Landespolitik wahrnehmen." Vorsichtig mahnt man, daß die Diskussion über die Erneuerung der Partei fortgesetzt werden muß. Diese Diskussion soll im Osten vor Ort geführt werden. Die Parteifreunde aus dem Westen "müssen sich heute davor hüten, aus ihren Erfahrungen zu beurteilen, wieviel Anpassung unumgänglich und wieviel Widerstand möglich war." Denn auch im Westen hätten sich viele mit der Teilung und mit dem SED-Regime abgefunden. In Bezug auf die aktuelle Diskussion um Rücktritte belasteter Funktionäre und Mandatsträger wird höflich an das Gewissen des Einzelnen appelliert. Von "selbstkritischer Überprüfung" ist die Rede. Es geht nicht um "Wahrhaftigkeit" (Kohl), sondern ausschließlich um die Außenwirkung. "Auch wer keinen Anlaß sieht, sich persönlich etwas vorzuwerfen, muß sich doch die Frage stellen, ob seine frühere Tätigkeit in Beruf, Gesellschaft und Politik es seinen Mitbürgern und Parteifreunden heute schwer macht, neues Vertrauen zu gewinnen." Vertrauen und Glaubwürdigkeit seien wichtig, damit sich die über 40 Jahre enttäuschten Bürger im Osten wieder engagieren.

Diesen gewundenen Formulierungen, sieht mensch an, daß da viele - auch gegensätzliche - Interessen harmonisiert werden sollen: die Erwartungen der Öffentlichkeit, die inneren Interessenskonflikte und die Möglichkeiten der Partei insgesamt in Einklang zu bringen. Die Mitglieder aus der alten Ost-CDU, die ihre Funktionen bisher halten konnten, dürfen nun hoffen , "die schwierigste Wegstrecke hinter sich zu haben", meint Feldmeyer in der FAZ. Damit hat er vermutlich recht.

Rühe ist jedoch inzwischen wieder dabei, den Adventsfrieden von Dresden zu unterlaufen. Gegenüber dem "Spiegel" macht er seiner Unzufriedenheit Luft und skizziert seine Pläne. Die für vier Jahre festgelegte Zusammensetzung der Landtagsfraktionen paßt ihm nicht. Er puscht seine Ossis Merkel und Lieberknecht ins Präsidium und bezeichnet sein eigenes Wirken als nicht integrierend. Doch er ist hoffnungsvoll: Je mehr sich die CDU reformiere, desto stärker könne sie darauf drängen, daß Führungsfunktionen nicht mehr in der Hand derselben Personen wie früher liegen. "Wir müssen etwas für die tun, die sich nicht angepaßt haben, die um ihre Biographie betrogen worden sind, in der Partei wie in der Wirtschaft. (...) Wir brauchen die Kraft, neue Eliten zu bilden." Träume eines Machers. Feldmeyer (FAZ) ist Realist: Für einen Neuaufbau "mit neuen Leuten" fehlen vor allem neue Mitglieder.

Der Versuch, bei der vorherrschenden Parteiverdrossenheit im Osten "die Betrogenen" in die CDU zu integrieren, kann heute nur ein Kraftakt aus dem Westen sein und scheidet damit als unrealistische Lösung aus. Denn warum sollten die Alt-Mitglieder ausgerechnet um "die Betrogenen" werben? In Städten wie Leipzig und Dresden sind zwei von drei Neumitgliedern aus dem Westen zugezogene Geschäftsleute oder Rechtsanwälte.

Die Mitgliederstand der CDU ist von ehemals 140.000 auf heute 110.000 abgesackt. 20.000 davon sind Neueintritte. Daß es sich bei den Neueintritten vor allem um "Unbelastete" und im alten System "Betrogene" handelt, konnte die CDU noch nicht belegen.

Vermutlich wissen solche Hardliner wie Rühe im Grunde, daß die Apparate im Osten schnell zusammenbrechen würden, wenn die "Erneuerung" sofort umgesetzt würde. Mit dem Druck, der da ständig erzeugt wird, will man die "alten Kader" gefügig und lenkbar machen. Denn was wäre, wenn man mit der Säuberung in der CDU, der FDP und der Wirtschaft wirklich ernst machen würde? Der Magdeburger Bischof Christoph Demke hat zu diesem Thema einen interessanten Gedanken geäußert. Gegenüber der FR meinte Demke: "Das Reservoir an kompetenten Personen im Osten wird weiter ausgehöhlt. Am Ende können nur noch Westdeutsche hier Arbeit leisten oder solche Ostdeutschen, die sich zu DDR-Zeiten so weit in die Nische zurückgezogen hatten, daß sich nicht einmal die Staatssicherheit für sie interessierte." In der Wirtschaft denkt man offensichtlich ähnlich. Treuhandvize Hero Brahms meint, man müsse die Qualität des Managements im Osten verbessern. "Dabei können wir nicht einfach nur austauschen, sondern wir müssen Kompetenz, Wissen und Können der Manager aus West und Ost verzahnen."

"Ich bin ein Leipziger"

Kohl plädierte in Dresden dafür, die Auseinandersetzung um "Schuld und Verfehlen" des einzelnen "vor Ort" zu führen: im Kreise derer, die als Beteiligte besser als andere urteilen könnten.

Die Eingemeindung der CDU-Ost in die große West-CDU versuchte Kohl auch historisch zu legitimieren. Wohlweislich ließ er sich nicht auf konkrete Beispiele ein. "Die Vergangenheit der CDU in den neuen Bundesländern ist Teil der Geschichte der CDU Deutschlands, der wir uns alle zu stellen haben." Platter Unsinn ist das. Die CDU-Ost hatte sich 1950 in den zentralen Fragen dem SED-Kurs angepaßt und diesen bis zur Wende mitgetragen. Kohls Satz müßte lauten: "Die Vergangenheit der CDU in den neuen Bundesländern ist Teil der Geschichte der Zusammenarbeit von CDU und SED, der wir uns alle zu stellen haben." Da so etwas nicht überzeugt, schob Kohl biographische Phantasien hinterher. Nicht: Ich bin ein Berliner. Sondern: Ich hätte ja 1946 auch Leipziger sein können. Dann wäre ich "mit großer Wahrscheinlichkeit ebenfalls zur CDU gegangen" und wäre möglicherweise auch "Kompromisse eingegangen". "Im Blick auf solche Frage sollte sich jeder vor Besserwisserei oder Arroganz hüten."

Viele gestandene West-CDUler, die zeitlebens einen Haß auf die DDR hatten ("geht doch rüber"), mußten bei Kohls Rede wohl einige Male schwer schlucken. Die Art und Weise, wie im "Dresdner Manifest" die Interessen von West- und Ost- CDU miteinander vermittelt werden, ist der Versuch einer Kursänderung. Die Probleme in der ehemaligen DDR erfordern eine andere Art von Politik, als sie die CDU bisher betrieben hat. Die CDU-West ist dabei, sich ein Stück DDR-Identität in Form der unterworfenen und gelenkten CDU-Ost einzuverleiben. Wohl bekomm's!

In Gedanken an die zahlreichen umstrittenen CDU-Politiker, wie den derzeitigen Ministerpräsidenten von Thüringen und ehemaligen Stasi-Unterhaltungskünstler Josef Duchac, rief Kohl dazu auf, sich "kämpferisch" vor diejenigen in der CDU zu stellen, die "verunglimpfenden Kampagnen" ausgesetzt sind.

In seiner Rede brachte Kohl - mit Blick auf die festen Bastionen der CDU- Ost in der Kommunalpolitik - sogar den Satz: "Voneinander lernen ist keine Einbahnstraße." Rührend auch, wie er einen alten Freund begrüßte: "Lothar de Maizières Verdienste um die deutsche Einheit bleiben unvergessen."

Für die CDU stellt sich das gleiche Problem wie für den gesamten Staatsapparat in der Ex-DDR. Nicht jeder ist (sofort) ersetzbar. Beispiel: de Maizière. Als DDR-Repräsentant wurde er zunächst gebraucht. Als der Anschluß vollzogen war, mußte er gehen. Eben weil de Maizière DDR-Repräsentant war. Die Frage der "Glaubwürdigkeit" spielte eine untergeordnete Rolle. Denn der Bundesnachrichtendienst hatte, wie inzwischen bekannt ist, schon Anfang 1990 die belastenden Informationen über de Maizière. Doch da sollte er noch nicht gehen. Mitten im Galopp kann man nicht das Pferd wechseln.

Nachsicht für Belastete - Schelte für Besserwessis

Die "belasteten" CDU-Politiker haben heute gewichtige Unterstützer und Fürsprecher: Biedenkopf, Fink, die FAZ und natürlich auch solche, die selbst in die Schußlinie geraten sind.

Angesprochen auf die hohe Zahl der Mandatsträger im CDU-Landesverband Sachsen, die schon vor 1989 dabei waren, erklärt Ministerpräsident Biedenkopf gegenüber der "Wochenpost": "Man findet sich auch unter Aufrechterhaltung unterschiedlicher Beurteilung des vergangenen Verhaltens in einer gemeinsamen neuen

Aufgabe, weil wir die nämlich gemeinsam lösen müssen. Sonst geht's nicht." Einschränkend fügt Biedenkopf hinzu, daß "belastete" Personen nicht in hervorgehobenen Positionen stehen dürften.

Für Thüringens Innenminister und CDU-Vorsitzenden Willibald Böck, der selbst schon in die Schußlinie geraten ist, öffnet die FAZ ihre Spalten. Böck schreibt: "Wir müssen der Realität gerecht werden, die nicht von Schwarz- und Weiß-Farben, sondern von einer Vielfalt grauer Töne geprägt war." Es müsse zwischen "moralischer Verwerflichkeit" und "mangelnder Kraft" unterschieden werden.

Soweit der (belastete) Landesvorsitzende. Die CDU-Thüringen hat jedoch auch eine Reformkommission, und die agiert offensichtlich mehr im Geist von Rühe. Ende Dezember stellte die Kommission einen Fragenkatalog vor. Künftig sollen sich die Kandidaten vor innerparteilichen Wahlen oder Nominierungsverfahren für Parlamentswahlen sieben Fragen stellen: nach ihrer Reaktion auf den Wahlbetrug in der DDR, auf das Verbot der sowjetischen Zeitschrift "Sputnik" in der DDR, auf die blutige Niederschlagung der Demokratiebewegung in China, auf den Brief aus Weimar zur Reform der Ost- CDU, auf die ersten Äußerungen der Oppositionsgruppen 1989, auf die Flüchtlingsbewegung des Sommers 1989 und schließlich auf die Herbstdemonstrationen 1989.

Die lautesten Schreier

sind oft die Verlogensten. Die CDU, die in der Auseinandersetzung mit dem alten System so sehr für die totale Abrechnung mit "der marxistischen Theorie", für Sauberkeit und "Wahrhaftigkeit" streitet, ist dabei, sich ein wichtiges Stück der verhaßten DDR einzuverleiben. Um diese Tatsache zu vertuschen, praktiziert man eine bunte Mischung: Verständnis für persönliche Zwangslagen, wie auf dem Sonderparteitag geäußert, Druck vom Generalsekretär zugunsten der "Erneuerer" in den Führungsgremien der Landesverbände. Konsequenzen in Form von Rücktritten hebt man sich für Einzelfälle auf. Alle Unzufriedenheit über Lüge und Betrug und alle Enttäuschung über verlorene Identität lenkt man auf ausgewählte Einzelpersonen wie die "Mauerschützen" und Honecker. Die neue CDU Deutschlands weiß sich vor Grobheit zu schützen.

uh

18. An ihren Akten sollt Ihr sie erkennen? Das zerstörerische Erbe der Stasi-Akten

Rubrik: Stasi-Debatte; DDR-Linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak338/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:338:28

In Berlin geht ein Geflüster. "Hast Du schon gehört, der war auch ...!" Die ersten, die Einsicht in ihre Akten bei der Gauckbehörde nehmen können, ersehen darin die Namen derjenigen, die dem MfS als InformantInnen - "Quellen" in der Sprache des MfS - dienten. So mancheR muß sich durch etliche Meter Aktenberge, die über seine Person angefertigt wurden, durcharbeiten und kann dabei gelegentlich minuziös nachverfolgen, wo er/sie sich vor Jahren aufgehalten hat. Für die Opfer der DDR-staatlichen Repression kommt endlich der Zeitpunkt, wo sie des Wissens der Gegenseite, das über Jahre über sie angehäuft wurde, habhaft werden können, das System der Verfolgung begreifen, sich einen Teil ihres vergangenen Lebens - so wie es sich in den Akten der Stasi abgespielt hat, quasi als Spiegelbild ihrer Existenz - aneignen. Das ist ihr Recht, ohne Abstriche.

Die Akten teilen sowohl die Wahrheit als auch die Lüge mit. Sie sind nicht ein Abbild des Lebens einer Person sondern ein verzerrtes Konstrukt einer teilweise umfassenden Datensammlung und ihrer Interpretation nach dem Gesellschaftsbild der Stasi. Die Akten sind ein Schlüssel zur Erkenntnis über das MfS und über einen Teil des gesellschaftlichen Lebens in der DDR. Aber sie sind nicht die Erkenntnis und sie sind nicht die Wahrheit.

Die Informationen, die nun tröpfchenweise aus den Akten in die Öffentlichkeit kommen, machen Furore, weil sie jedesmal eineN neueN Täterin entlarven. Ein Name verbunden mit dem Kürzel "IM" (Inoffizieller Mitarbeiter) macht aus einer Person einen Spitzel, wobei es mittlerweile fast beliebig wird, ob Beweise nachgeliefert werden oder nicht. Der Sensationswert dieser Meldungen liegt weniger in den einzelnen Personen und ihrem Tun begründet als vielmehr darin, daß mit dem Verdikt "IM" ein Reststück DDR nach dem nächsten moralisch erledigt wird. Sascha Anderson ist nicht nur eine Einzelperson, sondern war die Gallionsfigur der Poeten vom Prenzlauer Berg und - weil ja nun der nächste Lyriker schon nachgeschoben wurde - offensichtlich nur die Spitze vom Eisberg einer Stasi-durchsetzten Gegenkultur. Heinrich Fink steht für die geistige Elite und Intellektuellenschaft der DDR und er ist der Einbruch in die bislang als integer geltenden Kirchenkreise der DDR, wo es eh schon brodelt.

Da der Berliner Aktenberg nun das endgültige Relikt der DDR darstellt, soll in ihm auch die endgültige Wahrheit über die DDR verborgen sein. Willst Du über einen DDR-Menschen was erfahren - darf sie Betriebsrätin werden, Beamte, leitende Angestellte ... - dann fordere ihre Akte an. Denn was da schwarz auf weiß geschrieben steht, zählt mehr als alles, was sie selbst zu ihrem Leben zu sagen hat und was sie heute tut.

So werden alle DDR-BürgerInnen als potentielle IMs angesehen. Und die enttarnten IM sind zunehmend "exemplarische DDR-Bürger"

"Herr Professor Fink ist seit 1969 als Inoffizieller Mitarbeiter des MfS unter dem Decknamen `Heiner' tätig gewesen." So lautete die Auskunft der Gauck-Behörde auf das Auskunftsersuchen des Berliner Wissenschaftssenators. Das reichte für die fristlose Entlassung des Theologen und Rektors der Humboldtuniversität. Folgende Belege führten die Gauckbehörde zu ihrem folgenschweren Bescheid: Eine Löschbestätigung des Vorganges IM "Heiner", eine Notiz, daß Fink bei der MfS-Hauptabteilung XX/4 erfaßt war und die Übereinstimmung der Registriernummer auf der Löschanweisung mit der geschwärzten (!) Registriernummer auf der Namenskarte von Heinrich Fink. Erst eine Woche später wurden weitere Belege durch die Gauckbehörde nachgeliefert, aus denen im wesentlichen hervorgeht, daß der IM "Heiner" im kirchlichen Bereich eingesetzt war. Darüber hinaus finden sich Erfolgsmeldungen über die gute Zusammenarbeit. Letzteres ist angesichts dessen, daß in der DDR eigentlich vorwiegend Planübersollerfüllung und Erfolge nach oben weitergemeldet wurden, kein besonders schwerwiegendes Indiz. Akten über die konkrete Tätigkeit des IM "Heiner" gibt es nicht, ebensowenig wie eine Verpflichtungserklärung. Fink selber bestreitet eine Zusammenarbeit mit der Stasi im Sinne des Schreibens der Gauckbehörde. Seine Kontakte mit der Staatssicherheit rührten aus seiner Funktion als staatlicher Leiter, nämlich Direktor der Sektion (Fachbereich) Theologie der Humboldtuniversität her, die "in erheblichem Umfange konfliktvoll" gewesen

seien. Bis heute liegen also keine Beweise sondern lediglich Indizien für die Beschuldigung der Gauckbehörde gegen Fink vor.

Alle weitere Diskussion zum Fall Fink hat folglich auch wenig mit seiner Akte zu tun als vielmehr - wiewohl durch den Aktenbescheid ausgelöst - mit seiner politischen Vergangenheit und Gegenwart, der Situation der Humboldtuniversität, der Beschaffenheit der DDR-Intelligenz und der Abrechnung mit dem untergegangenen System. In der FAZ brachte es einer der neudeutschen Historiker, der vom Westen an die Humboldtuni zwecks Sanierung gewechselte Professor für Neueste Geschichte Heinrich August Winkler, auf den Punkt: Ein Nachweis für die willentliche Zusammenarbeit Finks mit der Stasi sei gar nicht notwendig, denn: "Wenn Fink als Inoffizieller Mitarbeiter eingestuft worden ist, lag das an seiner Bereitschaft zu loyaler Kooperation mit einem Regime, das er, vielleicht bei manchen Vorbehalten im einzelnen, doch innerlich bejahte." Das schwerste Geschütz, das er als Beleg für Finks Regimetreue aufführt, ist eine Begebenheit aus dem Jahr 1985. Ein Kirchenhistoriker hatte die Situation der christlichen Kirchen in der DDR für weit erträglicher eingeschätzt, als wenn sie unter der Bedingung, daß der Nationalsozialismus den Krieg gewonnen hätte, existieren müßten. Für diese Diffamierung des Sozialismus, der in diesem Vergleich nur relativ zum siegreichen Faschismus erträglich sei, hatte Fink ihn heftig kritisiert. Unisono ist in SPIEGEL und FAZ davon die Rede, daß Fink als "idealer Einflußagent" (FAZ) in der "kommunistischen Tarnorganisation" (FAZ und SPIEGEL) "Christliche Friedenskonferenz" tätig war, mit deren Hilfe der Ostblock "die evangelische Christenheit zu infiltrieren" (SPIEGEL) suchte. Im übrigen habe die von Fink geleitete Sektion Theologie als Gleichschaltungszentrale fungiert. Finks Erklärung, in seiner Amtszeit sei niemand aus politischen Gründen relegiert worden, wird in diesem Sinne wohl auch noch gegen ihn gewendet werden.

"Die Akte war die Seele"

So wie die Stasi die Akten als ihr Gedächtnis bezeichnete, in dem alles und jedes dokumentiert wurde, so kommen die Akten heute wieder ins Geschäft, nämlich als das, was schwarz auf weiß und unwiderlegbar vorliegt. Wenig kommt darüber in die Öffentlichkeit, wie und unter welchen Gesichtspunkten die Akten angelegt wurden. Von den Bürgerbewegungen wurde dieser Tage das Matthias-Domaschk-Ar- chiv (Domaschk ist ein unter ungeklärten Umständen in Stasi-Haft zu Tode gekommener) eröffnet, in dem u.a. am Beispiel der Umweltbibliothek die Arbeit der Stasi dokumentiert wird. Das könnte ein erster Anfang sein, sowohl Aktenwissen als auch Realität des politischen Wirkens der um die Umweltbibliothek engagierten Menschen im Zusammenhang zu studieren.

Das Ermittlungsprinzip der operativen MitarbeiterInnen der Abwehr ging in der Regel nicht von der Existenz einer Straftat aus, die aufzuklären wäre, als vielmehr von potentiellen StraftäterInnen, "Andersdenkenden", die es aufzuspüren und zu überführen galt. Im Weltbild der Stasi wimmelte es nur so von möglichen Andersdenkenden, was sie zu einer immer mehr ins flächendeckende tendierenden Ermittlungstätigkeit veranlaßte. Ein Stasimajor beschreibt: "Die Ersthinweise, die fast ausschließlich aus Vermutungen und beiläufigen Äußerungen der später überführten Straftäter bestanden, gaben kein faßbares Ergebnis her. Die Informationen unterschiedlichster `Quellen' wurden zusammengetragen. Oft konnten sie nicht bestätigt werden, sie überlagerten und deckten sich nicht mit anderen Aussagen. Das war die Stunde des operativen Mitarbeiters. Er verdichtete die Informationen zielstrebig.(...) Nach Bestätigung der Ersthinweise, der Organisierung der Personenkontrolle durch Daten, Telefonüberwachung, Briefkontrolle, Beobachtungen und anderem mußten Analysen, Zwischenberichte, neue Maßnahmen festgelegt und Informationen verdichtet werden, um den Verdacht der Straftat weiter zu erhärten (...) mitunter brauchten wir Jahre zur Ermittlung einer Straftat." Diese Arbeitsweise wird von dem Schriftsteller Lutz Rathenow nach der ersten Woche des Studiums "seiner" Akten bestätigt. Ziel der Stasi war die Kriminalisierung, die Suche nach Beweisen um eineN AndersdenkendeN einer Straftat zu überführen. Am Anfang der Ermittlungen stand nicht die Tat sondern der/die potentielle TäterIn. Gute Ermittlungstätigkeit bestand in der schnellen und zielgerichteten "Verdichtung von Informationen", Auswertung und Einordnung in ein Gut-Böse-Schema und dem Nachweis einer Straftat, wobei die Zusammenarbeit dazu mit der Volkspolizei und anderen Behörden perfekt war, um jeden noch so kleinen Fehltritt des Opfers in Erfahrung zu bringen. Zu dick, ohne irgendwann die Erfolgsmeldung "konnte zugeführt werden", den Nachweis einer Straftat zu präsentieren, durften die Akten der Stasi nicht werden. Schließlich standen die operativen MitarbeiterInnen gegenüber ihren Vorgesetzten unter Erfolgsdruck

Eine Alternative zur Kriminalisierung war die Technik der Zersetzung. "'... die Zersplitterung, Lähmung, Desorganisierung und Lähmung feindlich negativer Kräfte (...) Hauptkräfte der Z. sind die IM'" zitiert Jürgen

Fuchs in seiner SPIEGEL-Serie aus dem Wörterbuch der politisch-operativen Arbeit des MfS. Was das MfS unter diesem Stichwort gleistet hat, ist das finsterste Kapitel der Stasigeschichte überhaupt: Die operative Psychologie, Einflußnahme auf die Persönlichkeit, Abarbeitungsgespräche, auch Kampf um die Seele genannt, Isolierung durch gezielte Verdächtigung von Zielpersonen als Stasispitzel, der Einsatz von IM als subversive Subjekte, durch deren Kontakt wiederum andere kriminalisiert wurden, die Lähmung von Gruppen durch Hervorrufen von Mißtrauen, so daß diese sich nur noch mit sich selbst beschäftigen.

Eine besondere Qualität der operativen MitarbeiterInnen ergab sich aus der Güte der von ihnen geführten "Quellen". Die Werbung von Inoffiziellen MitarbeiterInnen (IM), die Pflege und der Umgang mit den Quellen gehörten zu den vornehmsten Aufgaben. Die IM wurden in der Regel zur Unterzeichnung einer Verpflichtungserklärung - allein schon aus Gründen der Erpreßbarkeit - gedungen, je nach Kooperationsbereitschaft auch mit Zwang. Die geworbenen IM wurden nicht nur ausgehorcht, sondern auch mit kleineren oder größeren Aufträgen betraut.

Die "Verdichtung" der Informationen vollzog sich als Kombination aller möglichen Aussagen zu einem Vorgang oder einer Person durch verschiedene operative MitarbeiterInnen in verschiedenen Abteilungen des MfS. Aus der bislang zugänglichen Aktenanlage ergibt sich, daß viele der gesammelten Informationen äußerst banal und im einzelnen wenig aussagekräftig waren. Der einzelne IM konnte überhaupt keine Kontrolle über die Verwertung seiner Aussagen haben, wieweit seine/ihre Aussage zur "Verdichtung" herangezogen wurde, einen Erstverdacht provozierte oder nur als bedeutungsloses Blatt die Akte aufblähte und damit den Erfolgsdruck verstärkte. Dennoch und deshalb gilt natürlich, daß die Zuarbeit der IM differenziert werden muß nach der subjektiven Bereitschaft und der konkreten Tätigkeit. Sicher hat es auch IM gegeben, die unwissentlich für das MfS tätig waren. Aber jedeR, der/die wissentlich Kontakt mit dem MfS hatte und in oppositionellen Kreisen verkehrte, das heißt ein bewußtes Verhältnis zur DDR-Gesellschaft hatte, muß sehr genau darüber Auskunft geben können, was Gegenstand der Gespräche mit dem MfS war. Die Aussage von Sascha Anderson, er sei unwissentlich abgezockt worden, ist auf der Ebene der Aufklärung nicht zu akzeptieren. (Als von der Gesellschaft Angeklagter wird ihm allerdings eine Verteidigungsstrategie zustehen.)

IM ist in der Gesellschaft heute zu einem Synonym für Spitzel, Denunziant und "Arschloch" geworden. Das ist die Sprache der Opfer und aus ihrer persönlichen individuellen Sicht in zahlreichen Einzelfällen wohl eine korrekte Übersetzung. Aber die Struktur der operativen Arbeit des MfS ist damit nicht erfaßt, nicht einmal das Leid der Opfer. Abgesehen davon, daß für jeden Vorwurf nach wie vor das Prinzip der Einzelfallprüfung gelten muß, ist die Stigmatisierung IM mit der unweigerlichen Folge des Funktionsverlustes, Berufsverbots und der gesellschaftlichen Diskriminierung mittlerweile funktionalisiert für die Abrechnung nach den jeweiligen Opportunitätsgesichtspunkten. Der Wahnsinn und die Unmenschlichkeit, die in der Tätigkeit des MfS lagen, setzen sich in der BRD-Gesellschaft fort. Die Aktenflut, die der Stasi zur Unterdrückung diente, steht in der Gefahr, heute Bestandteil der weiteren Zerstörung zu werden. Diejenigen, die mit den Akten arbeiten, tragen da auch ein Stück Verantwortung.

Jeder Ossi ein potentieller IM

Heinrich Fink als staatlichen Funktionär, der er als Sektionsleiter war, ist sicher nicht zu den DDR-Oppositionellen zu rechnen. Da die Akten zum konkreten Vorwurf wenig hergeben, wird in der öffentlichen Diskussion herangezogen, was für und gegen jene Person spricht. Vor allem eben sein positives Verhältnis zur Idee des DDR-Staates und zum Sozialismus. Es ist offen, welche Bedeutung seine Kontakte mit dem MfS hatten. Ob er in seinen Gesprächen mit dem MfS sich für politisch in Ungnade gefallene StudentInnen und KollegInnen einsetzte, wie er selber behauptet und was Betroffene bezeugen; ob er in seinen Gesprächen Puzzleteile für das Stasi-Bild der Universitätsstrukturen lieferte, wo für ihn die Grenze der Unterstützung von Oppositionellen lag, was er von seinen Auslandsreisen berichtete, ob nur Strukturen oder auch Personen Thema der Gespräche waren, unter welchen Bedingungen er Kontakte mit den Stasileuten hatte, das alles ist nicht zu erfahren. Unter den Bedingungen, daß die Anklage gegen ihn als Mittel für seine Amtsenthebung eingesetzt wird, er in der Position des Verteidigers ist, ist die Glaubwürdigkeit seiner Antworten sowieso erschüttert. Die einen werden es bedauernd feststellen, so wie Jens Reich, der im SPIEGEL seine eigenen Kontakte mit der Stasi beschrieb, und der von jemandem wie Fink erwartet, daß er offenlegt, was sich zwischen ihm und dem MfS abspielte, oder andere, die wissen, daß unter den real existierenden Bedingungen kaum jemandem ein offenes Bekenntnis zu empfehlen ist und allein dadurch die Aufklärung und sachliche Untersuchung erschwert ist. Und die anderen frohlocken, denn das Stigma IM

erleichtert ihnen die reibungslosere Eroberungspolitik, die Erledigung der geistigen Elite der DDR und selbst Erledigung eines aus der DDR gewachsenen Erneuerungsgedankens, wofür der Humboldtuniversitätsrektor stellvertretend stand. Alles was selbstbestimmte Erneuerung ist, wird letztlich als von den alten Kräften und den MfS-Sprößlingen gelenkte Absicherung alter Seilschaften denunziert, die restlose Abwicklung bleibt als einzig "saubere" Alternative.

Geschichtsaufarbeitung durch SPIEGEL und FAZ

Aufarbeitung der Geschichte beschränkt sich derzeit auf Entlarvung weiterer IM. Haupttransporteur ist der SPIEGEL, die Methode immer gleich. Nach mehreren Wochen der internen Gerüchteküche wird der Vorwurf sensationsversprechend aufgemacht in die Medien gebracht, versehen mit der Ankündigung weiterer Beweise, die angeblich schon vorliegen. Und dann zieht sich über Wochen die Enthüllung von Indizien und Beweisen hin. Für den SPIEGEL war der Fall Anderson bis dato zwölf Nummern seit Oktober letzten Jahres wert, in denen häppchenweise Karteikarten, Aktenauszüge und Zitate dokumentiert wurden, immer wieder unter der Überschrift, nun sei aber der endgültige Beweis da. Und daß der SPIEGEL-Schreiber Jürgen Fuchs den lange avisierten "Beweis" gegen Anderson nur in einer knappen Fußnote präsentierte, was angesichts der Schwere des Vorwurfs schon skandalös ist, wurde Wochen später noch einmal als besonders bescheiden und persönlich gefärbte Verfahrensweise qualifiziert. Auch der Fall Fink ist gut für mehrere Nummern, in denen mit Interpretationen versehene Indizien präsentiert werden.

Im Fall Anderson stammen die Informationen des SPIEGEL ausnahmslos aus dem Wissen derjenigen, die bereits Einsicht in die Akten nehmen konnten, wie der Schriftsteller Jürgen Fuchs, der Mitglied der Stasi-Auflösungskomitees war (oder sollte es noch andere "Quellen" des SPIEGEL geben?). Enthüllungen über IM, die in diesen Tagen in die Medien kommen, kommen von denen, die nach dem Stasiunterlagengesetz als Opfer Einsicht in ihre Akte nehmen können. Bei den ehemaligen Opfern liegt es nun, wer mit seiner Enttarnung und mit welchen Beweisen und Beschuldigungen zu rechnen hat. Lutz Rathenow sagte der FR gegenüber, er würde nicht alle, die sich in seinen Akten als IM befänden, enttarnen, die Kriterien wisse er allerdings noch nicht, nach denen er persönlich verfahren wolle. Die geschwätzige Nachbarin und unbedeutende Personen wolle er nicht nennen, wohl aber die ehemaligen KollegInnen, "weil man darauf nicht verzichten kann", da sei eine öffentliche Auseinandersetzung unverzichtbar.

Selbstjustiz?

So wird uns denn - mit Vorliebe im SPIEGEL - aber auch in WELT, FAZ und der TAZ (die sicher auch noch ihreN bevorzugteN Informanten/in bekommen wird), in kurzen Abständen der eine oder andere Name beschert werden. Je nach der persönlichen Bedeutung für das jeweilige Opfer und mit einer selektiven Auswahl von Aktensegmenten. Und die Beschuldigten? Es gibt kein Verfahren für die von den Opfern geforderte öffentliche Auseinandersetzung. Es gibt noch nicht einmal das Recht der Beklagten auf Einsicht in ihre Akten, die ist nach dem Stasiunterlagengesetz "Tätern wie Anderson zunächst verwehrt" wie der SPIEGEL befriedigt feststellt. Nach rechtsstaatlichen Grundsätzen ist das ein unglaubliches Verfahren: Wem der Vorwurf des Täters gemacht wird, hat vor allem deshalb kein Recht auf Akteneinsicht, weil ihm genau dieser Vorwurf gemacht wird. Nach einem Vierteljahr der Beihilfe warf denn der SPIEGEL auch die Frage auf, ob es sich hierbei nicht um Selbstjustiz handele.

Der Hamburger Strafverteidiger Gerhard Strate verglich die derzeitige Enthüllungspraxis mit dem Verfahren der Inquisitionsprozesse, wo der/die Angeklagte nicht zur Sache gehört wurde und allein auf Grundlage von Vernehmungsprotokollen und Aktenlage entschieden wurde. Grundmaximen der rechtsstaatlichen Sachverhaltsaufklärung, die Mündlichkeit der Verhandlung und die Unmittelbarkeit der Beweisaufnahme, seien gegenwärtig ausgeschaltet. In der Tat ist eine Situation geschaffen, in der lediglich der Zugang, die Verwaltung der Akten geregelt ist, und sonst nichts. Es gibt weder Gerichte noch andere neutrale Einrichtungen, die "Recht sprechen", Ermittlungen anstellen oder aufklären. Die Gauckbehörde als Sachwalterin der Akten ist somit in der Position, durch ihre Bescheide "Ist als IM tätig gewesen" oder "In den Akten finden sich beim derzeitigen Stand (!) der archivalischen Erschließung keine Anhaltspunkte für eine MfS-Tätigkeit" das Urteil zu sprechen.

Triumph der Akten oder der Stasi?

Christoph Dieckmann und Norbert Kostede bezeichneten in einem ZEIT-Artikel den Sonderbeauftragten Gauck als jenen Mann, "der den größten Triumph der DDR-Revolution verwaltet: den Sieg über die Stasi". Es

ist womöglich der einzig verbliebene Sieg der DDR-Oppositionellen und weitet sich im Nachhinein zum Sieg gegen sie selbst. Nur scheinbar haben die ehemaligen Opfer die Macht über die Akten, wenn sie beliebig die gierig aufgerissenen Pressemäuler damit stopfen. Die Verwendung ihrer Rechercheergebnisse bestimmen andere. So wie die Stasi seinerzeit, zum großen Teil erst heute erkennbar, die Nischen und gegenkulturellen Milieus der DDR-Gesellschaft vergiftet und zersetzt hat, so stellt sich heute jeder Versuch zur Selbsterneuerung von den Kräften, die jenseits von Abwicklung und altem Denken einen selbstbestimmten Weg gehen wollten, als vergiftet und zersetzt heraus. Über jedem Ossi schwebt der unausgesprochen Verdacht des ehemaligen IM; wer ohne als Wendehals seinen/ihren Kopf abzugeben und mit einer eigenen Kritik an der DDR-Gesellschaft in der neuen BRD-Gesellschaft einen Platz behalten will, ist in besonderer Weise verdächtig oder schon überführt. Die Wahl Finks zum Rektor nach der Wende sei laut SPIEGEL von den alten SED-Kadern betrieben und von der PDS mit 250 Mio. DM gesponsort (die Spende der PDS ging seinerzeit an die Humboldtuni für deren Erhalt) und die StudentInnen der Humboldtuniversität malten nicht einmal Graffities an ihre Wände. Zur Unterstützung von Finks Neuwahl seien eigens der ehemalige Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen Philip Potter und Nobelpreisträger Eli Wiesel eingeflogen worden, wettert die FAZ, wohlwissend, daß letztgenannter Besuch darauf zurückgeht, daß Fink in vergangener Zeit im Widerspruch zur DDR-Führung Kontakte zu jüdischen Gemeinden und nach Israel pflegte. Die FAZ weiter: "Wie die PDS Fink instrumentalisiert (der im übrigen weder SED-Mitglied war noch PDS-Mitglied ist, d.V.), so instrumentalisiert dieser die Studierenden". Denn Fink personifiziere den Glauben an einen "`dritten Weg' - einen uralten deutschen Mythos -, der zwar immer wieder von der Wirklichkeit widerlegt wurde, aber noch heute einige der besten Köpfe der Bürgerrechtsbewegung umtreibt". Nachdem die seinerzeitige Alternative zum einzig richtigen deutschen Staat auf deutschem Boden erledigt ist, wird auch die Möglichkeit eines dritten, vierten oder überhaupt anderen Weges diskreditiert.

Dieckmann/Kostede stellen in der ZEIT fest: "Bürgerbewegung kämpft gegen Bürgerbewegung". Auf der einen Seite ein Hochschulkonzil, das um Emanzipation ringt, auf der anderen Seite die Sachwalter der Akten. Die Zerstörung geht ihren Weg. Wer, wenn nicht die Übriggebliebenen der Bürgerbewegungen selbst, könnten die Verantwortlichkeit haben - unter Einschluß ihres persönlichen Bedürfnisses nach Gerechtigkeit und Aufklärung - den Umgang mit dem Stasierbe so zu gestalten, daß die Barbarei nicht weitergeht? Verheerend wäre ein "Sieg", wo nur noch die "guten" DDR-Oppositionellen übrigblieben, die tot sind oder rechtzeitig ausgewiesen wurden ...

Claudia Gohde

Spiegel, Junge Welt, die Andere, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Zeit, taz, Welt, Frankfurter Rundschau von Oktober 1991 bis 9. Januar 1992; Ausgedient. Ein Stasi-Major erzählt, Leipzig 1990

"Über einige Andersdenkende führten wir jahrelang Akten, die irgendwann aus mehreren Bänden bestanden. Darin befand sich zumeist leider kein einziger Beweis, der die Begründung eines Verstoßes gegen die Strafgesetze rechtfertigte. Es hatte den Anschein, als wüßten diese Leute ganz genau, wie weit sie mit ihren provokatorischen Auffassungen gehen konnten." (Ein Stasimajor erzählt)

19. "... der Lüge die Wahrheit gegenüberstellen." Dokumentation der Erklärung von Ralf und Knud

Prozeßbeginn gegen Ralf und Knud

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; Autonome · CD-Datei: daten/aksuche/ak338/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:338:29

Am 27. Januar wird vor der 5. Strafkammer des Landgerichtes Itzehoe ein Prozeß beginnen, den es eigentlich nicht geben dürfte.

Alles, was bei der Frage, ob die Anklage gegen Ralf und Knud zugelassen wird, hätte geprüft werden müssen, spricht für Knud und Ralf: Die Beschuldigten haben gesagt, daß sie es nicht waren, daß es sogar gegen ihre Überzeugungen ist, die ihnen zur Last gelegte Tat auszuführen. Indizien gibt es keine, am Tatort wurden keine Spuren gesichert. Sie bestreiten nicht, in der Nähe des angeblichen Tatorts gewesen zu sein und haben sogar öffentlich erklärt, was sie dort gemacht haben. Der einzige Zeuge, der nicht zur Polizei gehört, hat die Beschuldigten nicht erkannt. Ein Motiv der beiden gibt es nicht und wurde bisher auch von Polizei und Staatsanwaltschaft öffentlich nicht genannt.

Unklar ist nach eigenen Recherchen weiterhin, ob der von der Polizei dargestellte Tatverlauf überhaupt das tatsächliche Geschehen wiedergibt.

Recherchen haben ergeben, daß die "Tat" möglicherweise nicht so stattgefunden hat, wie sie von Polizeiseite geschildert wird.

Angeklagt werden Ralf und Knud wegen versuchten gefährlichen Eingriffs in den Schienenverkehr und Mordversuchs. (Siehe auch ak 334 und 336)

Grundlagen für einen Prozeß

Daß dieser Prozeß trotzdem stattfinden kann, ist nur unter bestimmten Bedingungen zu verstehen.

Eine davon kann sein, daß mensch dem Staat bzw. seinen Repressionsorganen (Polizei und Justiz) jede Schweinerei zutraut. Wozu er fähig ist, hat er oft genug gezeigt: Mogadischu und Stammheim, gezielte Todesschüsse, Prozesse gegen Menschen aus bewaffneten Gruppen, 129a-Verfahren mit allen möglichen "Begründungen" und nicht haltbaren Gutachten, Schwipper-Prozeß ("Schmücker-Mord") oder auch das Celler Loch. Auch im weniger spektakulären Alltag ist die Liste der "Skandale" lang. Warum also nicht gegen Ralf und Knud?

Eine andere Möglichkeit, den anstehenden Prozeß zu verstehen, liegt darin, sich die Motive der Bullen (und der Staatsanwaltschaft) vor Augen zu führen. Es ist mittlerweile bekannt und belegt, mit welcher Akribie, welchem Aufwand und welcher Palette von Konzepten jeder Widerstand gegen staatliche Planungen verfolgt wird (s.a. nebenstehende Besprechung der Broschüre "Staatsgewalt"). Die Aktivitäten rund um die Rote Flora gehören dazu. Menschen wie Knud und Ralf, die sich u.a. für den Erhalt des selbstgeschaffenen Flora-Parks eingesetzt haben, waren den Bullen bekannt. Eine Tatsache, die in der Presse immer wieder zitiert wurde: Die Fahnder des LKA verfolgten die beiden, "weil sie bekannt waren". Eine der Strategien, den Widerstand im Schanzenviertel kleinzukriegen, war und ist die konkrete Bedrohung einzelner, um die gesamte Szene einzuschüchtern. Dazu paßt es wie die Faust aufs Auge, daß einen Tag nach der Räumung des Flora-Parks Hamburgs Innensenator Hackmann am 24. Juli 91 mitteilt, es gehe darum, "ob Regierung und Parlament das Sagen im Schanzenviertel haben oder selbsternannte Kräfte". Nur fünf Tage später werden zwei von vielen AktivistInnen verhaftet. Die Folgen sind klar: etliche Menschen, die sonst sicher anderes getan hätten, sind damit beschäftigt, Solidarität für Knud und Ralf zu organisieren. Auch eine Art, Widerstand lahmzulegen ...

Wenn nun in dieser Situation deutlich wird, wie sehr die Beamten bei der Konstruktion der Beschuldigung geschlampt haben, welcheR Staatsanwalt/-anwältin wollte dann den Kollegen der Ermittlungsbehörden am Zeuge flicken? Wäre es nicht aus ihrer Sicht eine Niederlage des Staates, einen Rückzieher zu machen, Ralf und Knud rauszulassen und das Verfahren einzustellen?

Gesinnungsjustiz im unpolitischen Gewand

Gleich welcher dieser beiden Erklärungsversuche einer/einem politisch oder sonstwie näher steht, in jedem Fall wird deutlich, welche Bedeutung das Ermittlungsverfahren und der Prozeß gegen Knud und Ralf haben. Nicht nur, daß es möglich ist, zwei Leute, die nichts gemacht haben und sich von der angeblichen Tat auch distanzieren, monatelang in U-Haft zu halten, sondern auch, daß Bullen und Justiz beschuldigen können, ohne Beweise vorlegen zu müssen.

Der Unterschied zu Verfahren wegen 129a (oder auch anderen "Gesinnungsstraftatbeständen" wie z.B. 130a) liegt darin, daß mit diesen Paragraphen ganz allgemein politische (in aller Regel linksradikale) Äußerungen verfolgt werden, von denen sich zu distanzieren nur unter Aufgabe der eigenen (politischen) Identität möglich ist. Mit dem Verfahren gegen Ralf und Knud jedoch werden Menschen, die politischen Widerstand leisten, ganz ohne offene Anklage der Gesinnung und "nur" unter Zuhilfenahme wildester Konstruktionen (möglicherweise) in den Knast geschickt. Unübersehbar ist, wie deutlich in den öffentlich gewordenen Äußerungen der Ermittler jeglicher politische Zusammenhang ausgeblendet wird.

Dies ist der eigentlich zentrale Punkt bei der Beschuldigung wegen Mordversuchs. Sollte das Verfahren gegen die beiden erfolgreich sein, wären Bullen und Justiz neue Möglichkeiten gegen Menschen im Widerstand eröffnet.

Jede Solidaritätsaktion ist deshalb notwendig und muß unterstützt werden, damit im Prozeß gegen Ralf und Knud ein Freispruch rauskommt - und nicht "nur" eine Einstellung des Verfahrens.

Nicht zu vermeiden: Das Konstrukt

Auf dem bisher geschilderten Hintergrund ist es dann doch sinnvoll, sich noch einmal mit den kriminalistischen und juristischen Fakten, also dem Konstrukt selbst, zu beschäftigen.

Es ist politisch durchaus diskutierbar, ob es sinnvoll ist, mit einer eigenen "kriminalistischen Beweisführung" zu belegen, daß Knud und Ralf unschuldig sind. Schließlich sieht das immer so aus, als müsse etwas abgestritten werden, was immerhin eine gewisse Wahrscheinlichkeit haben könnte; anders ausgedrückt: Es wäre eigentlich Aufgabe der Staatsanwaltschaft, nachzuweisen, daß die beiden schuldig sind (was nicht möglich ist), und nicht unsere Aufgabe, ihre Unschuld zu beweisen. Trotzdem haben das AnwältInnen, Soligruppe u.a. immer wieder getan, weil damit erstens der Staatsanwaltschaft und der Polizei der Raum für ihre Unterstellungen genommen wird und weil zweitens die Ungeheuerlichkeit der Vorwürfe und der Konstruktion genau nachgezeichnet werden kann.

Wie schon mehrfach im ak berichtet, liegt der Anklage die Behauptung zugrunde, Knud und Ralf hätten am 29. Juli 91 versucht, einen Zug auf der Strecke Hamburg-Neumünster in der Nähe von Pinneberg dadurch zum Entgleisen zu bringen, daß sie Gegenstände - angeblich Betonplatten, die neben den Gleisen liegen und zum Abdecken von Bundesbahn-Versorgungsleitungen dienen - auf die Gleise gelegt hätten. Fahnder des LKA Hamburg, die sie an diesem Sommernachmittag vom Schanzenviertel aus verfolgt hatten, hätten sie beobachtet und auch aus 400 Meter Entfernung identifiziert. Die "Tat" selber hätten sie nicht verhindern können, aber immerhin die "Täter" verhaften können.

Ralf und Knud erklärten selber dazu, daß sie es nicht waren, sie sagten auch warum: "... irgendwelche Aktionen, bei denen ziellos und zufällig Menschen gefährdet wären, sind schlicht ausgeschlossen. Weil es nichts mit linken Inhalten zu tun hätte, unbeteiligte Menschen zu gefährden." (Ralf und Knud im Dezember 91, s.a. den nebenstehenden vollständigen Text.) Noch weitergehend sagen sie in der gleichen Erklärung, was sie in Pinneberg gemacht haben: Neben einem netten Nachmittag wollten sie sich das Gelände der Baufirma anschauen, die mit der Flora-Parkbebauung Geld verdient, um zu überlegen, ob und wie sie diese "... in irgendeiner Form öffentlich machen könnten".

Auf einer Pressekonferenz am 16. Dezember stellten die AnwältInnen von Knud und Ralf einige wesentliche Gedanken aus ihrer Stellungnahme zur Anklageschrift vor. In diesem Zusammenhang wurde noch einmal auf ganz zentrale Widersprüche im Konstrukt hingewiesen:

- Nach der "Tat" wurde außergewöhnlich nachlässige Spuren- und Beweissicherung betrieben, sowohl am "Tat"ort als auch an den "Tätern", ein Zeuge wurde entgegen der Strafprozeßordnung gegenüber den AnwältInnen geheimgehalten.

- Die Frage des Motivs wurde nicht geklärt; das Verfahren wurde ungeachtet seines politischen Hintergrunds betont unpolitisch geführt.

- Schaut mensch sich den "Tat"ort an, ist es kaum vorstellbar, daß dort am hellichten Tag ein "Anschlag" durchgeführt werden kann, ohne daß sich Menschen der ganz akuten Gefahr der Entdeckung aussetzen, da diese Stelle nicht nur ziemlich belebt, sondern auch von vier Richtungen einsehbar ist.

- Die Staatsanwaltschaft kann nicht beweisen, daß auf den Schienen überhaupt Betonplatten gelegen haben. Der Lokfüh- rer hat ausgesagt, er habe keine Platten gesehen, sondern Holzteile und Schottersteine auf den Gleisen wahrgenommen; die LKA-Fahnder sprechen von nicht identifizierbaren Gegenständen, andere Zeugen für diese Platten gibt es auch nicht. Bei der schlampigen Spurensicherung wurden später Stücke von Platten innerhalb des Bahnkörpers gefunden - aber mensch kann leicht feststellen, daß dort immer solche Teile liegen. Und selbst für den Fall, daß diese Platten doch an der Stelle gelegen haben sollten, hat ein Gutachten der Uni Bremen ergeben, daß sie vom Material her völlig ungeeignet sind, einen Zug zum Entgleisen zu bringen, wenn der Zug schneller als zehn (!) Stundenkilometer fährt. Ein Ergebnis, das auch die Beobachtungen des Lokführers bestätigt, der "keine Unstimmigkeiten im Fahrverhalten" festgestellt hat.

- Nicht zuletzt ist die Zeugenaussage eines Bürgers kein Beweis, daß Knud und Ralf am "Tat"ort waren: Er habe zwar zwei Leute gesehen, könne aber die beiden nicht identifizieren.

Vor dem Prozeß

Wenn der Prozeß am 27. Januar beginnt, werden noch einige Solidaritätsaktionen gelaufen sein (und auch weiterhin laufen). Ob sie das Klima politisch noch verbessern und eine breitere Öffentlichkeit schaffen können, kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht gesagt werden. Denn obwohl Soligruppe und AnwältInnen gründlich und regelmäßig öffentlich aktiv sind, nimmt das Interesse an diesem Verfahren eher ab.

Es gilt festzuhalten, daß gegen Ralf und Knud ein politischer Prozeß geführt wird, der sich in seinen Inhalten betont unpolitisch gibt, der aber trotzdem (vielleicht auch gerade deswegen) eine große politische Bedeutung hat. Es muß deshalb alles darangesetzt werden, dieses Schweigen noch zu durchbrechen. Sollte es aber Polizei und Justiz tatsächlich gelingen, mit ihrem Vorgehen Erfolg zu haben, dann müssen wir uns - sicher nicht zum ersten Mal - fragen, in was für einem Staat wir eigentlich leben.

kla./Gruppe K

Besucht den Prozeß!

1. Termin am 27.1. um 9 Uhr in Itzehoe

Folgetermine immer Montags

Knastdemos ab dem 26.1. weiterhin alle zwei Wochen um 14 Uhr in Itzehoe. Abfahrt in Hamburg an der Sternschanze 13 Uhr

Briefe an Ralf und Knud:

Knud Andresen / Ralf Gauger

Landgericht Itzehoe

5. Strafkammer

Breitenburgerstr. 68, 2210 Itzehoe

Kontaktadressen:

Solidaritätsgruppe Ralf und Knud

c/o Schwarzmarkt

Paulinenstr. 15, 2000 Hamburg 36

Oder:

Info-Büro Ralf und Knud

Rote Flora

Schulterblatt 71, 2000 Hamburg 36

(Freitags 16 - 18 Uhr, Tel.: 040/439 54 13)

Spendet!

Rechtsanwalt Beuth

Kto.-Nr.: 1250/124029

BLZ: 20050505, Hamburger Sparkasse

Anderkonto Knud und Ralf

20. Täglicher Terror: Polizeistrukturen in Hamburg

Rubrik: Staat, Innere Sicherheit · CD-Datei: daten/aksuche/ak338/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:338:16

Sondereinheiten der Polizei sind für Linke ein ebenso altes wie immer wieder aktuelles Thema. Ob nun spezielle Schlägertrupps wie USK in Bayern, Einsatzzug Mitte in Hamburg, EbLT in Berlin, SEKs, MEKs ... Demos auseinanderknüppeln, ob Zivis uns an den Hacken hängen, Spitzel unsere Strukturen ausforschen oder Landeskriminalämter und politische Kommissariate bei ihren Ermittlungen Konstrukte zusammenschustern wie jetzt gegen Ralf und Knud - der Repressionsapparat wird zunehmend differenzierter und undurchschaubarer.

Gleichzeitig wird die Trennung zwischen Geheimdiensten und Polizei immer mehr aufgehoben; war es vor Jahren noch ein Skandal, daß sich Zivilkommandos weniger mit der Aufklärung von sog. Straftaten beschäftigten als mit der Ausleuchtung der linken Szene, so ist heute z.B. der Einsatz verdeckter Ermittler durch neue Sicherheits- und Ordnungsgesetze staatlich legitimiert.

Sind wir "vor Ort" auch mit einer Vielzahl von Bullen konfrontiert, so bleibt unser Wissen um die Strukturen und Entwicklungen im Polizeiapparat jedoch oft abstrakt. Die Informationen aus der Presse oder auch Fachzeitschriften sind zu ungenau; die Masse der Fakten, die bei Beobachtungen, während Ermittlungsverfahren oder in Prozessen an die Öffentlichkeit kommen, kann nicht systematisch ausgewertet werden, weil es mittlerweile eine Vollzeitbeschäftigung wäre. Nicht zuletzt spielt der Gewöhnungseffekt eine große Rolle dabei, wenn bei Polizeiskandalen, die auch in bürgerlich-liberalen Kreisen vor Jahren noch große Empörung hervorgerufen hätten, heute selbst viele Linke nur noch mit den Schultern zucken.

Ganz gegen diesen Trend liegt eine Broschüre, die sich mit der "Staatsgewalt im Schanzen- und Karolinenviertel 87 bis 91" beschäftigt. In einer ausführlichen Chronologie der großen und kleinen politischen Ereignisse in diesen Hamburger Szenevierteln und der damit zusammenhängenden Bullenaktivitäten kann mensch nachlesen, daß die "Übergriffe" der Repressionsorgane schon längst keine Ausnahmen mehr sind, sondern die Regel: keine Hausbesetzung in den letzten vier Jahren, bei der eine Räumung ohne massive (und für BesetzerInnen lebensbedrohende) Knüppeleinsätze der immer wieder gleichen Einheiten stattfindet; kaum eine Demo in diesen Vierteln, bei der nicht am Rande ein Spezialtrupp einzelne Menschen gezielt zusammenschlägt - entweder sofort oder etwas später auf der Wache. Und nicht zuletzt: Wenn es überhaupt die Möglichkeit gibt, einzelne, identifizierte Bullen anzuzeigen, dann können sie sich juristisch und politisch auf völlige Rückendeckung verlassen.

Der zweite Teil der Broschüre versucht, Einblicke in die Strukturen und Arbeitsweisen der verschiedenen Hamburger Polizei-Sondereinheiten zu geben. Hier wird deutlich, welche Konzepte in der Entwicklung der Polizei wie umgesetzt werden: Neben den reinen Schlägertrupps (in Hamburg v.a. der Einsatzzug Mitte) und der LKA-Abteilung "Staatsschutz", deren Arbeitsweise mit Geheimdiensten zu vergleichen ist, werden immer mehr Einheiten aufgestellt und ausgebildet, deren Aufgabengebiet vor allem im Kennenlernen der Strukturen und auch der einzelnen Menschen in der linken Szene besteht, damit sie allen Repressions-Bedürfnissen gerecht werden können. Besonders die sogenannten E-Schichten (in St. Pauli, Altona, dem Schanzenviertel und demnächst St. Georg) machen in diesem Zusammenhang seit Jahren von sich reden, weil sie sich - ganz wie es ihrer Aufgabenbeschreibung entspricht - hervorragend in den Vierteln auskennen und genau wissen, wer aus welcher politischen Aktion bekannt ist. Ihre Einsatzziele sind in erster Linie Terror und Einschüchterung: Menschen wurden brutal zusammengeschlagen, werden ganz offen angesprochen und verfolgt, aus heiterem Himmel vorgeladen ... Solche Trupps sind auch z.B. aus Braunschweig und Göttingen bekannt und heißen dort "Zentrales Streifenkommando" (ZSK).

Eins der auch bundesweit wichtigsten Kapitel der Broschüre ist der Abschnitt über ein bundesweit einmaliges Pilotprojekt, die "FD 942". Hinter diesem Kürzel versteckt sich eine 40 Bullen starke Gruppe, die gezielt dafür ausgebildet wurde, bei Demos nicht nur in Zivil nebenherzulaufen bzw. Doku-Trupps zu bilden, sondern als "verdeckte Ermittler" mitzulaufen, dort einzelne Leute zu observieren, sie sich einzuprägen, ihr Umfeld auszuspitzeln, damit sie auch auf dem Nachhauseweg oder sogar Tage später noch festgenommen werden können, was auch schon passiert ist. Nach einer Demo für die Hafenstraße im Februar 91 wurde Olaf aus Neumünster wegen "Sachbeschädigung" festgenommen und später zu 13 Monaten ohne Bewährung verurteilt. Grundlage waren Aussagen der FD 942-Bullen. Eine weitere Neuerung dieser Spezialeinheit ist ihre

Schulung auf "gerichtsfeste" Aussagen, bekanntermaßen oft eine Schwachstelle polizeilicher Verfolgungstätigkeit.

Zusammengefaßt: eine Broschüre, die jedeR Hamburger Linke kennen sollte. Darüberhinaus aber auch interessant für alle Leute, die sich für die Weiterentwicklungen des Repressionsapparates interessieren, auch wenn er in der eigenen Stadt gerade mal eher im Stillen arbeitet.

Mic T./Gruppe K (S)

Staatsgewalt im Schanzen- und Karolinenviertel. E-Schichten, Einsatzzüge, FD 942, LKA 3, MEK. Herausgegeben vom Arbeitskreis gegen Staatsgewalt. 66 Seiten. 6 DM.

Zu haben im linken Buchhandel (hoffentlich). Zu bestellen über: Schwarzmarkt, c/o AK gegen Staatsgewalt, Paulinenstraße 15, 2 HH 4. Oder: Rote Hilfe, c/o AK gegen Staatsgewalt, Postfach 306302, 2 HH 36. Geld beilegen!

21. Philippinen: Befriedete Befreiung? von Rainer Werning

Rubrik: Philippinen · CD-Datei: daten/aksuche/ak338/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:338:13

Guerilla ohne Revolution? Anmerkungen zur Positionsbestimmung der philippinischen Linken

Von Rainer Werning

Den folgenden Aufsatz entnahmen wir mit freundlicher Genehmigung des Autors Band 4 der FDI-Schriften, Sven Hansen, Philippinen: Guerilla und Revolution; Ursprünge, Entwicklungen und Krise der NDF, Wurf Verlag, Osnabrück 1991

Bis 1985 hatten aufmerksame amerikanische Beobachter aus Politik, Wirtschaft und dem Militär einen in ihrer einstigen und einzigen asiatisch-pazifischen Kolonie besorgniserregenden Trend ausgemacht: Die Philippinen, so der Tenor zahlreicher im Auftrag des Pentagon und State Department erstellter Positionspapiere, krankten seit der Ermordung des bekannten Ex- Senators und Marcos-Rivalen Benigno Aquino im August 1983 an einer tiefgreifenden politischen Polarisierung, die, von der "weltweit am schnellsten wachsenden Guerilla der Neuen Volksarmee (NPA)" geschürt, den ohnehin unter drückenden sozialen Problemen leidenden Archipel ins Chaos zu stürzen drohe.(1)

Präsident Marcos, seit 1966 im Amt und langjährig - vor allem zur Zeit des mörderischen Krieges in Vietnam, Laos und Kambodscha - als treuester Verbündeter der Vereinigten Staaten in der Region geschätzt, war in eine Zwangslage geraten, aus der er sich nicht mehr mit der ihm nachgesagten Wendigkeit herausmanövrieren konnte und die William H. Sullivan, u.a. Ex- Botschafter in Vientiane (Laos) und Manila und Washingtons letzter Emissär im Iran der stürzenden Schah-Diktatur, einst so charakterisiert hatte - "Beginnt ein Diktator zu liberalisieren, dann fällt er". Etwa zeitgleich - Anfang November 1985 - mit dem im U.S. Senate Select Committee on Intelligence gefällten Verdikt gegen Marcos verkündete dieser zuerst im amerikanischen - nicht im philippinischen - Fernsehen seine Bereitschaft, sich zu Beginn des nächsten Jahres in einer vorgezogenen Präsidentschaftswahl dem Wähler und der wachsenden Schar seiner Kritiker zu stellen. William Casey, seinerzeit CIA- Chef, hatte den Präsidenten dazu bereits während seines Manila-Besuchs (Mai 1985) geraten, eine Idee, die, von Marcos zunächst verworfen, der Präsident angesichts der sich zuspitzenden Krise und vielfältiger Kontakte amerikanischer Politiker zu oppositionellen Kreisen des um den heutigen Vizepräsidenten Salvador H. Laurel gescharten Reformblocks als letzte Chance zum Machterhalt aufgriff. Marcos war infolge von Untersuchungen eines nach dem Aquino-Mord eingesetzten behördenübergreifenden Krisenstabes in Gestalt der Interagency Task Force on the Philippines sibyllinisch als "Teil des Problems, aber auch als Teil seiner Lösung" bezeichnet worden. Ungeachtet der Interpretationen oppositioneller Filipinos in- wie außerhalb des Landes, wonach Präsident Reagan seinem Alliierten weiterhin unbedingt treu zur Seite zu stehen gedenke, verkannte diese Deutung schon damals zweierlei:

* Eine solche Kritik bedeutete in diplomatischer Verklausulierung einen Affront gegen einen Protegé, von dem man, allenfalls noch taktisch im Sinne eines geordneten Übergangs von Nutzen, strategisch abzurücken begann.

** Aus der Formel "Teil des Problems, doch auch Teil seiner Lösung" wurde über die geschlußfolgerte Unterstützung für Marcos hinaus ein homogenes, eindimensionales amerikanisches Krisenszenario bzw. Krisenlösungsmodell unterstellt.

Statt dessen handelte es sich hierbei jedoch - vorrangig seitens des State Department und partiell des Pentagon - um eine ebenso nuancenreiche wie flexible Strategie der außenpolitischen Anpassung an die innenpolitischen Herausforderungen eines krisengeschüttelten befreundeten Regimes. In Südvietnam, Iran und Nicaragua hatte es sich aus rückblickender amerikanischer Sicht als kontraproduktiv erwiesen, exklusiv den Status quo mitsamt den an der Macht befindlichen Herrschaftseliten bis zum bitteren Ende, d.h. in die Niederlage, "verteidigt" zu haben. Konsequenzen im Hinblick auf eine erfolgverheißende philippinische Krisenlösung zeigten sich in Avancen sowohl gegenüber der gemäßigten Opposition als auch vis- à-vis kritischen Potentialen innerhalb der zivilen wie militärischen Ausleger des Staatsapparates. Hatte Ronald Reagan noch in einem direkten Wahlkampf-"Schlagabtausch" mit seinem Herausforderer Walter Mondale

(1984) die Ansicht vertreten, es gelte, Marcos bei Strafe eines Chaos in den Philippinen die Stange zu halten, da man die Inseln andernfalls "den Wölfen überlasse" (womit die Kommunisten gemeint waren; R.W.), so löste diese "Rambo"-Perspektive auf leicht angehobenem Niveau gleichermaßen unter weitsichtigen Beamten im State Department und der bürgerlichen Opposition in den Philippinen Proteststürme aus, die den Präsidenten zur Zurücknahme seiner kruden Einschätzung veranlaßten. Die sich in wesentlichen Punkten überlappende Interessenidentität (sprich: vollumfängliches Wahren der weitgespannten amerikanischen Interessen und ihrer Machtprärogativen) zwischen dem State Department und Pentagon, zielstrebig eine sukzessive Aufwertung von zivilen Oppositionellen wie Laurel und unzufriedenen, in ihren Kompetenzen eingeschränkten Militärs wie Fidel V. Ramos zu verfolgen, war letztinstanzlich der Herausbildung der Nach-Marcos-Koalition förderlich und ein Kernelement geplanten und planbaren Krisenmanagements. Daß der alsbald recyclte Verteidigungsminister Juan Ponce Enrile aus dem Herrschaftsblock ausscherte und "Cory" Aquino, über sämtliche reformistisch-oppositionelle Gruppierungen hinweg und tatkräftig unterstützt vom Klerus der katholischen Kirche (namentlich von Kardinal Jaime Sin, dem Erzbischof von Manila), zur einenden Galionsfigur in entscheidenden Momenten des antidiktatorischen Kampfes aufstieg, war, wenn schon nicht seiner Fügung, so doch einer der säkularen Geschichte holden List geschuldet.

Als unmittelbar vom Staatsterror Gezeichnete vermochte die Aquino-Witwe unzähligen (ver)stumm(t)en Opfern des herrschenden Regimes Gehör zu verschaffen und den vielstimmigen Kritikern und Gegnern glaubhaft die Botschaft zu vermitteln, sie schaffe die Trümmer der Despotie beiseite und für das Land im Geiste "Ninoys" (ihres Gatten) den Durchbruch zu neuen Ufern. Dieses Ansinnen, medial bis ins letzte Detail ausgeleuchtet, bündelte die Idealisierungen der breiten AntiMarcos-Front und gewann in dem Maße an Schubkraft, wie sich das im filipinisierten Katholizismus so dominante mariologische Element zur Kritik am politischen Machismo verdichtete. Das sich gar schließlich zur materiellen Gewalt ausgewachsene "Parlament der Straße" bezog seine Substanz und Stärke aus den objektiv günstigen Bedingungen und subjektiven Aspirationen im antidiktatorischen Widerstand. Dessen Besonderheiten (und sei es nur intuitiv) erfaßt, sie vielfältig politisch transportiert und massenmobilisierend eingesetzt zu haben, zeichnete die ansonsten programmatisch wie sozial heterogene Anti- Marcos-Allianz mit dem Gespann Aquino/Laurel als deren oberste Repräsentanten in besonderer Weise aus.

Fehler beim Marcos-Übergang

Zugute kam ihnen nebst moralischer Unterstützung, der Revolte wichtiger Fraktionen des Militärs und amerikanischer Rückendeckung eine weitgehend entideologisierte Unbekümmertheit, mit der sie die Sentiments der Bevölkerung - People Power - für ihre Zwecke (d.h. zur Begründung einer neuen Herrschaftskonstellation) nutzten. Im Kontrast dazu blieben jene Kräfte, darunter die CPP(Kommunistische Partei)/NPA(Nationale Befreiungs armee)/NDF(Nationale Befreiungsfront), welche jahrelang als einzige die eigentlichen Protest- und Widerstandspotentiale gegen die Diktatur entwickelt und getragen hatten, weitgehend in die Statistenrolle gedrängt. Wog die starre Boykotthaltung bei der vorgezogenen Präsidentschaftswahl (Februar 1986) ohnehin schwer genug, so offenbarte diese Entscheidung zudem den fragwürdigen, da instrumentellen Umgang der Linken mit Bündnispartnern und ein letztlich schematisches Verständnis der als national und demokratisch kategorisierten Revolution. Dessen Kern bildete gemäß den Mao Tse-tung-Ideen die Überwindung von Imperialismus, Feudalismus und bürokratischem Kapitalismus, von dem in seiner konkreten Ausprägung abwechselnd mal als "Faschismus", mal als "US-Marcos-Diktatur" gesprochen wurde. Daß führende Repräsentanten der CPP/NPA/NDF nicht nur in Schrift, sondern unmittelbar bis zum Sturz des Diktators in Wort davon ausgingen, Marcos sei nach wie vor der Garant zur Sicherung des Einflusses Washingtons, unterstrich die - zumindest implizite - Annahme, sich dessen (sprich: des "Faschismus") Beseitigung einzig als gleichzeitige Überwindung von Imperialismus und Feudalismus vorstellen zu können. Diese trinitarische Revolutionserwartung überschätzte die bereits in Erosion begriffene Diktatur bei gleichzeitiger Geringschätzung städtischer Bündnispartner (vorwiegend aus der Intelligentsia und den Mittelschichten) sowie Unterschätzung eines aufgeklärten amerikanischen Krisenmanagements, das Marcos durch Wahlen, mithin qua demokratischem Akt, ausheben wollte.

Schrittweise zeigte es sich, daß die internen, von der CPP/NPA/NDF selbst gesetzten und für verbindlich deklarierten Operationskriterien wie der "demokratische Zentralismus" zugunsten des Zentralismus und die politische Anleitung des bewaffneten Kampfes zugunsten eines auf rasche Expansion setzenden militärischen Agierens eingeschränkt bzw. preisgegeben wurden. Das Ausmaß dieser fatalen Umkehrung des Diktums Mao

Tse-tungs - "Die Politik kommandiert die Gewehre" - wurde deutlich, als die NDF, dabei durch exklusives Verhandeln in Manila unnötig und leichtfertig eigene Sicherheitsbelange mißachtend, in einer par force Goodwill-Geste vis-à-vis der neuen Regierung Ende 1986 ein auf 60 Tage befristetes Waffenstillstandsabkommen unterzeichnete. Gewiß dürften die harschen Bedingungen des fortgesetzten Guerillakampfes im Hinterland (oftmals ums schiere Überleben) die Unterordnung des Politischen unter das Primat des Militärischen begünstigt und das Projekt Befreiung nachhaltig erschüttert haben; das von der CPP/NPA/NDF hernach diagnostizierte sogenannte Zombie- oder Deep Penetration Agents-Syndrom war Ausdruck sich politischer Kalkulierbarkeit entziehender und partiell verselbständigender militaristischer Tendenzen. Daraus allerdings in vorschnellem Analogieschluß eine verwandtschaftliche Nähe zu den Khmer Rouges zu konstruieren, wie dies Ross H. Munro in seinem zitierten Beitrag in der Dezemberausgabe 1985 in der Zeitschrift Commentary tat, verkennt oder verfälscht bewußt die spezifischen sozialpolitischen Bedingungen im Kambodscha der von der US- Luftwaffe geschaffenen Bombenkrater und/oder spekuliert auf das dumpf- durchsichtige, dem Arsenal psychologischer Kriegführung entlehnte Beschwören der "unergründlichen asiatischen Seele", die im "Auto-Genozid" ihre Lebensverachtung zelebrierte.(3)

Mythos Gegen-Gesellschaft

Im Zuge der kritischen Aufarbeitung des Zombie-Problems sind nicht zuletzt prinzipielle Fragen nach dem Charakter, den Mechanismen und Perspektiven der Befreiungsbewegung aufgetaucht. Unabhängig vom Ausgang solcher Debatten, ob nun dem Konzept des "langwierigen Volkskrieges" oder stadtzentrierter "Insurrektions"formen größere Erfolgsaussichten einzuräumen sind, sie aktualisieren jene Einsichten, die Frantz Fanon als Teilnehmer des algerischen Befreiungskrieges in seinem Buch Die Verdammten dieser Erde (Frankfurt/M. 1967) schon Mitte der 60er Jahre als umsetzungswürdig einstufte - daß nämlich die Überwindung der durch den (Neo)Kolonialismus angerichteten Zerstörungen einen komplizierten Prozeß erfordert, in dem gesellschaftliche Veränderungen mit der Rekonstruktion eigenständiger Persönlichkeitsstrukturen und der (Wieder)Gewinnung kultureller Autonomie ineinanderzugreifen hätten.

Überdies sticht angesichts entsprechender Erfahrungen, mit denen u.a. die Guerillas in Vietnam, Laos, Kambodscha sowie in Angola und Mocambique konfrontiert waren, die Diskrepanz zwischen Projektionen und Realität in den als Nukleus von Gegenstrukturen begriffenen "befreiten Gebieten" ins Auge. In deren Aufbau, so heben Kößler/Schiel zu Recht hervor, "liegt eine tiefe Ambivalenz. Diese Strukturen sind ja nicht einfach Gegen-Gesellschaft, sondern wesentlich auch Gegen-Staat (...); die Legitimation für die Existenz, aber auch für das Handeln dieser quasi-staatlichen, gesellschaftlich kaum kontrollierbaren Instanzen geht zurück auf die Konfrontation mit dem bestehenden kolonialen oder postkolonialen Staat, dem eine äquivalente, der Tendenz nach kongruente Struktur entgegengesetzt wird. Dies freilich hat kaum mehr etwas zu tun mit Fanonscher Befreiungsemphase, die ja wesentlich in der Perspektive stand, die aus Konfrontation entstehende Reproduktion von Herrschaft und herrschaftsförmigem Verhalten im Prozeß des Befreiungskampfes zu durchbrechen und zu überwinden. Der Aufbau einer Gegen-Gesellschaft, an deren Strukturen ein selbstbestimmter Neuaufbau nach dem Abschütteln des Kolonialjochs hätte ansetzen können, ist demnach ein Mythos. Das aber mindert nicht die gesellschaftliche Verankerung und Legitimität der Befreiungsbewegungen und der in ihnen wirkenden Organisationen". (4)

Neubestimmung des Maoismus

Die (selbst)kritische Aufarbeitung des einzig im Exekutivkomitee des Politbüros der CPP (nicht dortselbst, geschweige im Zentralkomitee) beschlossenen Wahlboykotts, der Friedensverhandlungen, des Festhaltens am Konzept des "langwierigen Volkskrieges" und dessen urbaner Variante in Gestalt der "sparrow units" (Liquidationskommandos) sowie der Perspektiven einer tragfähigen Allianz mit fortschrittlichen Kräften der Mittelschichten war in der zweiten Hälfte der 80er Jahre nicht mehr isoliert von tiefgreifenden außenpolitischen Veränderungen und neuen Kräftekonstellationen zu diskutieren. Zwar hatte es ein Jahrzehnt zuvor eine an Intensität vergleichbare Debatte in der philippinischen Linken gegeben, die seinerzeit eine Neubestimmung bzw. Relativierung des Maoismus (5) vorbereitete, wie er sich vor allem in den Frühschriften der CPP - RECTIFY ERRORS AND REBUILD THE PARTY (1968); PROGRAM FOR A PEOPLE'S DEMOCRATIC REVOLUTION (1968); THE REVOLUTIONARY GUIDE TO LAND REFORM (1972) und in PHILIPPINE SOCIETY AND REVOLUTION (1970) - spiegelte. Doch diese Debatte berührte nicht im geringsten das ideologische Koordinatensystem des Marxismus-Leninismus und der Mao Tse-tung-Ideen, sondern die Operationsmodi nach dem von hohen Verlusten begleiteten Abschied vom filipinisierten Yenan-Mythos; in den

Bergen Isabelas ließ sich kein isoliertes, vor gegnerischen Einkesselungen gefeites Hauptquartier bilden. The Specific Charakteristics of Our People's War (1974) und Our Urgent Tasks (1976) versuchten auf der Basis praktischer Erfahrungen die vormals formelhaft und propagandistisch in Abgrenzung zur PKP benutzten "chinesischen Kopien" zu modifizieren. So komplementierte eine Dezentralisierung/Regionalisierung von CPP und NPA die Intensivierung politischer Massenarbeit in den Städten. Dieses Besinnen auf die eigenen Erfahrungen und eine Unterkühlung im Verhältnis zur KP Chinas nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Manila und Peking (1975) sollten sich in der Folgezeit als positiv erweisen; die anderen kommunistischen Parteien in Südostasien waren - erst recht vor dem Sturz der sogenannten "Viererbande" um die Witwe Mao Tse-tungs - weitgehend ideologisch, politisch und logistisch auf die KP Chinas fixiert, was sie nicht nur den Problemen in den eigenen Ländern entfremdete, sondern sie nach und nach zur Bedeutungslosigkeit herabsinken ließ.

Ende der 80erjahre allerdings vollzogen sich die heftigen Debatten innerhalb der Linken in einer außenpolitisch "feindseligen" Atmosphäre und im Kontext eines verrückten ideologischen Koordinatensystems. Visionäre gesellschaftstheoretische Entwürfe wie die bürgerliche Emanzipationstheorie oder der Marxismus(-Leninismus), die "großen Erzählungen" J.-F. Lyotard) also, schienen plötzlich ihres utopischen Gehalts beraubt zu sein.

So sehr sich die revolutionäre philippinische Linke in ihrer Frühphase die maoistische Interpretation zu eigen gemacht und die Sowjetunion, ohne dies freilich kategorial aus- und nachgewiesen zu haben, als im Inneren "revisionistisch entartet" und "sozialimperialistisch" nach außen gebrandmarkt hatte, hielt sie dennoch in bemerkenswerter Weise deren Gründung und Errungenschaften für modellhaft und enthielt sich jeglicher kritischen Betrachtung der Stalin-Ära. Von diesem "labeling" - Etikettieren - sei man, so der CPP-Mitgründer J. M. Sison in ausführlichen Gesprächen mit diesem Autor (6), Mitte der 80er Jahre abgerückt, als sich zeigte, daß die sowjetische Unterstützung für die innenpolitisch ohnehin bedeutungslose PKP eingeschränkt wurde und innerhalb der CPP-Führung die Position entwickelt wurde, politisch mit allen (vornehmlich kommunistischen) Parteien in- wie außerhalb des "Ostblocks" Kontakte zu pflegen, die dies ihrerseits wünschten, ohne - wie vordem - deren Unterstützung für die PKP zum ausschließlichen Kriterium für eine Kooperation zu machen. Andererseits standen die Sowjetunion und die PKP in der Herabsetzung von Maoismus und CPP ihrem Widerpart in nichts nach. Während die PKP den Maoismus des "übersteigerten Nationalismus" zieh, der sich zum "Großmachtchauvinismus" ausgewachsen habe (7), attackierten sowjetische Autoren die "Cowboy-Ideologie" der CPP (8), der sie sozusagen ex cathedra die Beherzigung "der universalen Theorie des Marxismus-Leninismus" und mithin die Bezeichnung "kommunistisch" absprachen.

Wäre die ursprüngliche Beurteilung der Sowjetunion seitens der CPP beibehalten worden, hätte sie eigentlich Grund gehabt, das Ableben des "Revisionismus" und "Sozialimperialismus" - zumindest aber deren real-existierende sozialistische Deformation - mit Genugtuung zur Kenntnis zu nehmen. Wohl die Implikationen (Verlust potentieller Unterstützung) dieses unzeremoniellen Niedergangs erkennend, sah sich die Parteiführung nunmehr jedoch gefordert diesbezügliche Erklärungsversuche zu bieten. Diese gipfelten darin, daß (übrigens vergleichbar mit den Entwicklungen in China) die staatlichen Instanzen das Einsickern kapitalistischer Tendenzen, die Entfaltung von Privateigentum und des bürgerlichen Liberalismus tolerierten bzw. förderten. Daraus kann geschlossen werden, daß solcherlei hätte vermieden werden können, wäre der Staatsapparat unter Führung der proletarischen Avantgardepartei nicht von "Bürokratismus" und "Kommandismus" zerfressen gewesen - die Dimension von Pluralität und das Prinzip der Demokratie kommen in dieser top-down-Perspektive nicht einmal vor. Hierin offenbart sich ein grundlegendes Dilemma, das der CPP/NPA/NDF zu schaffen macht - ein etatistischer Ordnungsbegriff anstelle des Projekts Befreiung im Sinne einer staatliche Instanzen depotenzierenden Vergesellschaftung.

Es entsprach gleichermaßen der List der Geschichte und der Historisierung politischer List, daß die im Namen von Staatsüberwindung (bzw. des "Absterbens des Staates") angetretenen kommunistischen Parteien nicht nur denselben (oft totalitär, durchgängig aber diktatorisch strukturiert und das nicht immer unbedingt im Interesse des Proletariats) zementierten, sondern sich seiner zur Herrschafts- und Pfründensicherung bedienten. Plurale Interessenvertretung und das Insistieren auf Entfaltung von Demokratie, die eigentliche Basis von Vergesellschaftung und politischer Partizipation, mußten früher oder später mit zu Staatsapparaten verfestigten, selbstberufenen Avantgardeparteien und/oder zentralistischen Herrschaftsformationen in Widerspruch geraten. Konflikte und Widerstand galten dann als Bedrohung und wurden gewaltsam gebrochen

oder - einmal freigesetzt - schüren zentrifugale (und ethnische und nationalistische) Tendenzen mit unkalkulierbaren Folgen, die ihrerseits gerade nicht gegen Reproduktionen der "schlechten Zustände", die zu überwinden sie antraten, immun sind.

Vielleicht ja entspricht es einer conceptual fallacy, kommunistischen Parteien und/oder Befreiungsbewegungen aufgrund ihrer Ziele unkritisch jenes (vielfach dominante) Element politischen Handelns "durchgehen" zu lassen, das primär und möglichst unmittelbar die Gleichzeitigkeit von politischer Machtergreifung und staatlicher Konstituierung im Visier hat. Wäre es demgegenüber nicht im Sinne linker Strategie überlegenswerter, latente wie manifeste Potentiale politischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Selbstgestaltungswillens zu entfalten und sie im Marxschen Sinne auf die "freie Assoziation der Produzenten" hin zu stärken, die, wenngleich sie nicht den Staat "abschafft", so doch dessen Herrschaftskomponenten bei Stärkung seiner zivilen Elemente depotenziert? Normativ und handlungsleitend wäre demnach die praktische Antizipation einer Gesellschaft, in der demokratisch verfaßte und sich plural artikulierende Machtinteressen gegen staatliche wie außerstaatliche Herrschaftsformationen mitsamt ihren Hierarchisierungen wirken. Eine derartige Orientierung machte Befreiungsbewegungen in der sogenannten Dritten Welt attraktiver denn je, obgleich der aktuelle Befund dem vordergründig vehement zu widersprechen scheint.

Die Aktualität der Befreiungsbewegungen

Der im Westen triumphalistisch verarbeitete Zusammenbruch der real-sozialistischen Planwirtschaft und Gesellschaftstheorie hat verwegene Freigeister bereits mit der globalen Implantierung der wirtschaftsliberalen Ordnung bzw. der growing Common Marketization das "Ende der Geschichte" prognostizieren lassen: "If we admit for the moment that the fascist and communist challenges to liberalism are dead, are there any other ideological competitors left?" (9)

Walter Euchner setzt zutreffend die kritischen Spitzen der Postmodernisten (verstanden als Sammelbegriff für beliebige Tendenzen, Anschauungen und/oder Sprachspiele, denen als gemeinsamer Nenner die Absage an den Vernunftsanspruch - auch des politischen Handelns - eigen ist) mit ihrer emphatischen Kapitalismusbewunderung in Verbindung: "Der Habermasschen Idee (des Projekts der Moderne; R.W.), symmetriestiftende Normen könnten einem herrschaftsfreien Diskurs entspringen, liege immer noch die Überzeugung zugrunde, daß die Menschheit als kollektives Subjekt ihre Emanzipation mittels der Regelung der in den Sprachspielen 'erlaubten' Spielzüge anstrebe und das diejenigen Aussagen legitim seien, die zu dieser Emanzipation beitrügen. Absichtsvoll gleitet die Präsentation des Habermasschen Vorschlags einer diskursiven Erhellung praktischer Fragen in die denunzierende Charakterisierung hinüber, dieser sei, weil `totalisierend', auch `totalitär', ja `terroristisch'. (...) Richard Saage (Das Ende der politischen Utopie?, Ffm. 1990) hat daran erinnert, daß dieser generelle Totalitarismusverdacht ins Leere läuft, weil es gerade Autoren der Aufklärung und der Moderne waren, die die denkerischen Mittel bereitstellten, totalitäre Tendenzen zu kritisieren und zu übewinden. Eine antipluralistische Interpretation des Habermasschen Ansatzes verbietet sich, weil es diesem auf Befreiung pluraler Interessen und geistiger Strömungen ankommt - freilich zugleich auf die Bedingungen der Möglichkeit, daß das Plurale zusammen bestehen kann". (10)

Mit Blick auf die Wirtschaftsordnung und Frage der sozialen Gerechtigkeit wendet der Göttinger Politologe ein, daß, machte "sich der postmoderne Diskurs hinsichtlich des Ökonomieproblems die Antwort der `posthistoire' zu eigen, so hieße dies eine unproblematisierte Hinnahme der Mechanismen des gegenwärtigen westlichen Wirtschaftssystems. Der Befund wäre, gerade wegen des Pluralisierungsanspruchs der Postmoderne, bedeutungsvoll genug (...) Die Autoren der 'posthistoire' befürworten das privatkapitalistische System uneingeschränkt; es ist ja gerade die Pointe ihrer Argumentation, daß nach dem weltweiten Erfolg des Prinzips privater Kapitalverwertung (...) prinzipiell andere Wirtschafts- und Gesellschaftsgestaltungen als die wirtschaftsliberale obsolet geworden seien. (...) Der manipulative Übergriff des wirtschaftlichen auf den politischen Bereich verhindert tendenziell Vielfalt, jedenfalls im Bereich gesellschaftlich-politischer Aktivitäten, fördert Anpassung und dient so jedenfalls nicht der 'entschiedenen Pluralität', von denen die Postmodernen zu Recht schwärmen". (11)

Existierte diese "entschiedene Pluralität", entfiele die raison d'être vieler, zumindest aber die Option des bewaffneten Kampfes sämtlicher Befreiungsbewegungen. Die Gesellschaften, in denen sie operieren, sind ausnahmslos (wenngleich mitunter hybride) Formationen des real- existierenden Kapitalismus, der der Dritten Welt auch mit den 80er Jahren eine weitere "verlorene Dekade", eskalierende Militarisierung und

beschleunigte Pauperisierung bescherte - mit der Besonderheit, daß ihr jährlicher Nettotransfer finanzieller Mittel in die Zentren der Weltwirtschaft heute schätzungsweise 50 Mrd. US-Dollar beträgt. Für die Bevölkerung dieser Länder sind einstweilen "die heiligen Schauer der frommen Schwärmerei, der ritterlichen Begeisterung, der spießbürgerlichen Wehmut in dem eiskalten Wasser egoistischer Berechnung ertränkt" (Manifest der Kommunistischen Partei).

Der dortige real-existierende (oder hybride) Kapitalismus, weit davon ent fernt, das Ende der Geschichte zu begründen, hat in seinen sozialen Dimensionen bislang ein Erbe geschaffen, das möglicherweise - wer wollte es quantifizieren und aufrechnen? - das zusammengebrochene des real- existierenden Staatssozialismus in den Schatten stellt. Läßt sich daraus das an Hegels raunenden Weltgeist erinnernde Fazit ziehen, Befreiungsprozesse und Klassenkampf seien passé und einer grundsätzlich neuen "Regulation" zu überantworten, vormals sozialistische, vom Weltmarkt teilabgekoppelte Volkswirtschaften hätten sich "begrenzt zu öffnen", während kapitalistische Ökonomien sich einem "moralischen Imperativ systemischer Intelligenz" (E. Altvater) unterziehen müßten? (12)

"Projekt Befreiung" notwendig

Bejahte man dies, wäre jegliches Fortbestehen von Befreiungsbewegungen voluntaristisch, wenn nicht gar "terroristisch", und die Befriedung sozialer und politischer Konflikte anzustrebende Normalität. Was schließlich legitimiert und begründet konstitutive Merkmale einer Befreiungsbewegung wie der CPP/NPA/NDF heute? Ihre Legitimation kann diese Bewegung füglich aus den blockierten und dem Gros der Bevölkerung vorenthaltenen politischen Entfaltungsmöglichkeiten, aus der qua Großgrundbesitzinteressen resultierenden wirtschaftlichen Verelendung sowie aus der den Moros und der Cordillera-Bevölkerung oktroyierten kulturellen Entfremdung herleiten. All diese Ebenen staatlicher Gewaltherrschaft sind bis heute von Eliten monopolisiert, die, historisch aus der Verschmelzung der schwachen Ilustrado-Schicht mit Kompradoren der US-amerikanischen Kolonialadministration entstanden, Demokratie, Emanzipation und Pluralität exklusiv für sich reklamieren und das Einklagen dieser Prinzipien unterhalb ihrer Einflußdomänen als "kommunistisch"/"subversiv" denunzieren. Hinzu kommt - als besondere Hinterlassenschaft der Marcos-Ära - ein politisch aufgewertetes Militär, dessen Bedeutung trotz Fraktionierungen noch nie in der jüngeren Geschichte des Landes so groß war wie während der Regentschaft Aquinos. Seine Rolle gar dürfte zusätzlich aufgewertet werden, wenn mit der Rückkehr der Marcos-Witwe interfraktionelle Konfliktpotentiale schwinden und zwischen den widerstreitenden Parteien ein Schulterschluß vollzogen wird. Damit wüchse die Gefahr einer fortschreitenden Militarisierung und "effektiveren" Bekämpfung sämtlicher Kräfte, die das herrschende Regime für "links" hält. Im Sinne kollektiver Notwehr (gegen Zwangsumsiedlungen, Landvertreibungen und für die Durchsetzung selbstbestimmter, lebensfähiger sozialökonomischer Strukturen) dürfte damit auch in Zukunft bewaffneter Widerstand im Hinterland unter nennenswerten, wenn nicht gar wachsenden Teilen der Bevölkerung auf Akzeptanz stoßen. (13)

Vor und kurz nach ihrem Amtsantritt hat Frau Aquino in zahlreichen Reden soziale Ungerechtigkeit, krasse Einkommensunterschiede, grassierende ländliche Armut und Korruption als Wurzeln von "Subversion" und "Insurrektion" bezeichnet, die, strebte man ihre Beseitigung an, die Guerilla obsolet machte. Wenige Monate im Amt, paßte sich die Präsidentin den von Militärs, den eigentlichen "Königinmachern", gesetzten Rahmenbedingungen an; es gelte, so Aquino nunmehr, die Guerilla wie ein Krebsgeschwür mit angemessenen chirurgischen Eingriffen aus der Gesellschaft herauszuschneiden. Anstelle einer wirkungsvollen Sozialpolitik trat eine eskalierte Militarisierung des Politischen - der sogenannte total war approach against the insurgency. Wie kann unter solchen Bedingungen eine Befreiungsbewegung operieren, welche Prozesse sind in Gang zu setzen, damit sich überhaupt etwas in Richtung Befreiung bewegt?

Als sich Mitte Juni 1991 Absolventen der renommierten University of the Philippines auf dem Diliman-Campus in Quezon City in Erinnerung an die bewegten Tage des sogenannten First Quartier Storm (Anfang der 70er Jahre) trafen, mischte sich Nachdenklichkeit mit nostalgischer Euphorie. Ihr damaliger Kampf, so der allgemeine Tenor unter den Versammelten, habe bis heute nichts an Aktualität eingebüßt. In der 20jährigen Marcos-Ära seien 20.000 Menschen politische Gefangene der Diktatur geworden, während der knapp fünfeinhalbjährigen Amtszeit Aquinos bereits 19.000 - nicht gerechnet Massaker wie in Lupao (Provinz Nueva Ecija) oder an der Mendiola-Brücke in der Nähe des Präsidentenpalastes Malacanang, Hunger, Massenvertreibungen und endlose Skandale und Korruptionsfälle. "Ihr habt eine Diktatur bekämpft", rief Prof. Armando J. Malay, ein herausragender und couragierter Menschen- und Bürgerrechtler, den Versammelten in

Erinnerung, "die durch eine andere, in ihren Methoden subtiler vorgehende Diktatur ersetzt wurde. Die Verletzung der Menschenrechte ist ebenso gang und gäbe wie das langsame Mahlen der Justizmühlen und die erdrückende Armut. Haben wir dafür gekämpft? Mitnichten; wir müssen weiterkämpfen!" (14)

Überprüfung der Grundlagen

Bedenkt man, daß zahlreiche studentische Aktivisten - von der revolutionä ren Linken maßgeblich ideologisch beeinflußt, politisch organisiert und später organisatorisch in sie integriert - zusammen mit städtischen Transportarbeitern, Bauern und Angehörigen der ethnischen Minderheiten lange Zeit den Widerstand gegen die Diktatur leisteten, so erfordert das Fortbestehen der Zielscheibe ihrer Kritik ein radikales Überdenken der von ihnen intern sogenannten IPO - ideologischen Grundlagen, politischen Strategien und organisatorischen Fähigkeiten. Komplementär zu den Positionen, Modifizierungsansätzen und Perspektivdebatten unter den Linken seien Elemente hervorgehoben, die sich (ohne Anspruch auf Vollständigkeit) als konstitutiv für die fortgesetzte Qualifizierung als Befreiungsbewegung eigneten:

Ideologisch hat sich das Beschwören des Marxismus-Leninismus und der Mao Tse-tung-Ideen, vor allem im Neu-Formierungsprozeß der CPP, möglicherweise als hilfreich im Sinne der Abrechnung mit und Abgrenzung von der PKP erwiesen, welche schließlich 1973 dem Kriegsrechtregime zeremoniell ihre letzten Waffen übergab und ihm eine "kritische Zusammenarbeit" anbot, wovon in der Folgezeit wenig Kritik, eine dafür umso bedingungslosere Kooperation übrigblieb. Hernach wirkte gerade in Ermangelung einer genauen Bestimmung dessen, was Sozialismus in den Philippinen heißen könnte - zu Recht betont Hansen das Fehlen eines sozialistischen Programms -, die rituelle Bezugnahme auf den Marxismus-Leninismus und die Ideen Mao Tse-tungs kontraproduktiv (etliche Kader kostete dies ihr Leben), da zumindest bis Mitte der 70er ein starker Trend vorherrschte, die schnellstmögliche Adoption des maoistischen Revolutionsmodells zum Gütesiegel der eigenen Arbeit zu machen. Auch künftig könnten sich wichtige Analyse- und Kritikelemente Marxschen Denkens als vorteilhaft für die Bestimmung z.B. der Produktionsverhältnisse/Produktions weise(n) und Formierungsprozesse politischer Herrschaft erweisen, wie denn auch Lenins Imperialismus-Analyse im Lichte neuerer Entwicklungen der Welt wirtschaft und ihrer Deutungsversuche zu relativieren wäre. Jenseits der militärischen Dimension ließe sich überdies aus dem Maoismus und lateinamerikanischen/afrikanischen Aufstandserfahrungen ein verfeinertes Bündniskonzept (Umgang mit Widersprüchen im Volke/Aktivierung breiter Teile der Bevölkerung) gewinnen. Ein solcherart Ideologieverständnis vermöchte nicht nur die Debatte um die skizzierten Problemfelder zu bereichern, sondern auch jene Kräfte zu politisieren, die sich außerhalb organisatorischer Zusammenhänge (akademisch) damit auseinandersetzen. Obgleich innenpolitisch nicht von Belang, könnte zudem das kritische Aufarbeiten der Etatisierung von Revolution, Sozialismus und kommunistischen Parteien in Osteuropa und der Sowjetunion ein weiteres Feld interessanter Debatten erschließen.

Politisch brisant und von weitreichender Bedeutung ist die De-Eskalation des Bürgerkrieges im Interesse einer Minimierung menschlicher Leiden/Verluste und materieller Zerstörungen. Hier bieten sich zumindest drei Operationsebenen an:

Reduzierung des bewaffneten Kampfes auf ein Maß notwendigen (Kollektiv) Widerstandes mit der prioritären Perspektive des Aufbaus/der Konsolidierung selbstbestimmter Strukturen, wobei die eigene Entwaffnung wohl ernsthaft nur gemäß dem Prinzip der Gegenseitigkeit erwogen bzw. selbst(abschließender) Punkt umfassender Friedensverhandlungen mit der anderen Seite sein kann. Luis Jalandoni, Vize-Vorsitzender der NDF und zuständig für internationale Angelegenheiten, hat diesen Aspekt als Punkt IV eines Verhandlungspakets mit der Regierung angesprochen, der als dessen Schlußakkord im einzelnen fünf Schritte umfaßt: (1) Beendigung der US- amerikanischen Kontrolle über die Streitkräfte (AFP); (2) Reorganisation, Reorientierung und Verminderung deren Ist-Stärke; (3) Legalisierung der NDF und ihrer Mitgliedsorganisationen einschließlich der CPP; (4) Beseitigung (disposition) der NPA und (5) allgemeine Amnestie. (15)

Parallel dazu verliehe der NDF eine öffentliche Darstellung (16) über Entstehung, Ausmaß und Folgen des Deep Penetration Agents-Syndroms mit anschließender "Wiedergutmachung" gegenüber den Opfern von Betroffenen jene Glaubwürdigkeit, die sie ihrerseits moralisch befähigte, nachdrücklich auf der Bestrafung staatlicher Sicherheitskräfte zu beharren, die sich während der Marcos-Diktatur und unter dem Aquino-Regime Menschenrechtsverletzungen schuldig gemacht hatten.

Maximierung einer Bündnispolitik auf der Basis prinzipieller gegenseitiger Achtung und respektierter Gleichrangigkeit gemäß der Formel x plus NDF. (17) Nicht zuletzt die in ihren Auswirkungen desaströse Spaltung der Bündnisse wie BAYAN/BANDILA (1985) demonstrierte, daß sich politische Stärke - gerade in der so sensiblen Bündnisfrage - nicht durch erzwungene Schwächung oder den "Aufsaug"versuch des (dazu nicht einmal durch antagonistische Widersprüche gekennzeichneten) Gegners, sondern im Vermögen manifestiert, anerkannte Kampfziele gemeinsam zu realisieren. Die Formel x plus NDF böte die strukturelle Voraussetzung für eine genuine Bündnispolitik, die, bei Wahrung der jeweils politischen wie organisatorischen Unabhängigkeit, für eine umfassende Agrarreform, ein Schuldenmoratorium, die Beseitigung der US-Militärbasen, die Gewährung von Autonomie für die Moros (im Süden) und die Cordillera-Bevölkerung (im Norden) und dergl. intra- wie intersektoral, parlamentarisch wie außerparlamentarisch und mit legalen wie paralegalen Mitteln einsteht.

Internationalisierung der militärischen De-Eskalation und politischen Konfliktlösung. Eingedenk ihres weitverzweigten Klientelismus, des (noch) durchgängigen Rückhalts im US-amerikanischen Establishment und ihres unbedingten Willens zum Erhalt von Macht und Pfründen werden die zivilen und militärischen Eliten nur durch einen langwierigen, vielschichtigen und operationell geschickten Volkswiderstand für politische Demokratie, soziale Emanzipation, wirtschaftliche Selbstbestimmung, kulturelle Identität und außenpolitische Souveränität "aufzuweichen" sein. Diese Bestrebungen und Ziele, die uns im Westen so sakrosankt sind und auf die selbst Postmodernisten unterschiedlicher Couleur als Ausgangspunkt ihrer Vernunft (Denunziationen) nicht verzichten können, eröffnen wegen ihrer Unteilbarkeit auch Ansätze hiesiger Unterstützung seitens kirchlicher wie säkularer Kräfte in politischen Parteien/Organisationen und Verbänden.

Analog den beispielsweise in Lateinamerika stattfindenden Verhandlungen zwischen der kolumbianischen Regierung und dem Guerilla-Dachverband Simon Bolivar (CGSB) (18), der Regierung El Salvadors und der Frente Farabundo Marti para la Liberacion Nacional (FMLN) sowie zwischen der guatemaltekischen Regierung und der Unidad Revolucionaria Nacional Guatelmateca (URNG) in Mexiko, Costa Rica, Caracas bzw. Genf wären Friedensverhandlungen ohne Vorbedingungen zu führen, wozu sich Manila angesichts der desolaten Wirtschaftslage und wachsenden Gesichtsverlusts des Regimes schneller als ihm lieb ist, genötigt sehen könnte. Rückschläge (Attentate, Einschüchterungen, schleppende Gesprächsrunden u.ä.; 19) wären freilich nicht auszuschließen, doch wirkten internationale Kontrollmechanismen mit eventuellen wirtschafts-und finanzpolitischen Auflagen gerade auf ein peinlich um internationale Reputation bedachtes Regime sui generis deeskalierend. Immerhin faßten die 15 Mitglieder des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen am 21. Mai 1991 zwischen Verhandlungsrunden des Regimes in San Salvador und der FMNL in Mexiko bzw. Caracas einstimmig den Beschluß, erstmalig eine UN-Beobachter-Kommission (ONUSAL) für ein Jahr nach El Salvador zu entsenden, um dort die Einhaltung der Menschenrechte (zum späteren Zeitpunkt möglicherweise auch eines Waffenstillstandsabkommens) zu Überprüfen. Was vordem als Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines Mitgliedsstaates zurückgewiesen und als unrealistisch eingeschätzt worden wäre, war jetzt aufgrund von Verhandlungen und vorläufigen Abkommen über Verfassungs- und Wahlrechtsreformen sowie der Einsetzung einer "Wahrheitskommission" unter UNAufsicht zustandegekommen - ein (jedenfalls relativer) Gewinn für die Bevölkerung und eine politische Aufwertung der FMLN, wiewohl keine kategorische Friedensgarantie. (20)

Organisatorisch bietet der Facettenreichtum sektoraler, cause-oriented groups und/oder Nicht-Regierungsorganisationen in den Philippinen einen vorzüglichen Nährboden, um Politik im Sinne öffentlichen Intervenierens zu gestalten. Der Exklusivitätsanspruch und die Instrumentalisierungsversuche der NDF, die ihr vor allem zwischen 1985 und 1987 schwere Rückschläge unter potentiellen Verbündeten der urbanen Mittelschichten bescherten, scheinen in dem Maße geschwunden zu sein, wie sich der Aquino-Mythos verschliß. Da sich an den strukturellen Bedingungen mitsamt seinen für die Bevölkerung katastrophalen sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen trotz eines politischen Machtwechsels (21) nichts änderte und die staatlichen Herrschaftsapparate (noch) eine auffällige Diffusion auszeichnet (22), bildet ein antietatistisches Kooperieren zwischen städtischen Widerstandspotentialen und einer Guerilla (die sich die Option bewaffneter Kollektivverteidigung offenhält), flankiert von einem wechselseitigen Diskussionsprozeß über strategische Fragen (23), eine reale Chance, die eigene Macht zu mehren und den uneingelösten, nach wie vor gültigen demokratischen und nationalen Interessen Substanz zu verleihen.

Anmerkungen

(1) Stellvertretend für die Vielzahl solcher Analysen sei die folgende Quelle zitiert: U.S. Senate, Visit to the Philippines, August 2-15, 1985, a staff report prepared for the Committee on Foreign Relations, Washington,D.C. (U.S.Government Printing Office), April 1986. Darin heißt es u.a., daß sich der Einfluß der CPP/NPA/NDF binnen weniger Monate in einem Tempo entwickelte, die anstatt "disturbing" zu sein, nunmehr als "alarming" eingestuft werden müsse. "28% of the country's 41,000 barangays suffered some degree of NPA threat or presence", konstatierte der Bericht (S.10) und fuhr fort, daß "if the urban barangays of Metro Manila, Cebu, and larger cities are deducted from this total, it is apparent that close to one-half of the rural areas are subject to some sort of NPA influence".

Näheres zu Darstellung, Kommentierung und Kritik dieser und ähnlicher Analysen siehe: Rainer Werning, Etatismus, Volksbewegung und ausländische Interventionspolitik in den Philippinen, 1983-1989. Studien zur Metamorphose politischer Macht (i.E.).

(2) Under the Volcano, in: Newsweek (New York) vom 22.07.91, S.22.

(3) Ausführlich dazu: Noam Chomsky/Edward S. Herman, The Political Economy of Human Rights (2 Vols.), hier: Bd. 2, Boston, MA 1979 und Walter Aschmoneit/Rainer Werning (Hg.), Kampuchea-Lesebuch zu Gesellschaft, Geschichte, Politik, Münster 1981.

(4) Reinhart Kößler/Tilman Schiel, Verstaatlichung nationaler Befreiungsbewegungen, in: Peripherie 41: 53/4, Münster (März) 1991.

(5) Vgl. Arturo G. Corpuz, De-Maoization and Nationalist Trends in the CPP, in: Journal of Contemporary Asia 18.4: 412-429, Manila 1988.

(6) Vgl. R. Werning (Hg.), Philippinen: "Demokratie aus der Wundertüte". Interviews, Essays, Dokumente, Münster 1987 und José Maria Sison with Rainer Werning, The Philippine Revolution. The Leader's View, New York 1989.

(7) Partido Komunista Philipinas (PKP), Political Resolution and Program, adapted at the 7th Congress, Central Luzon, Philippines July 1977), S.24.

(8) R. Aslanov/B. Bolotin, Defeat of maoism in East and Southeast Asia, in: Fahr Eastern Affairs 1: 116/7, Moscow 1981.

(9) So fragte der hohe Beamte im State Department Francis Fukuyama, in: The End of history?, in: The National Interest, No. 16, Summer 1989, S.3-18 (hier14/18) in Anlehnung an den (desillusionierten) Ex-Kommunisten und Philosophen und (späteren) Bewunderer des "Code Napoleon", Alexandre Kojeve. "Mit dem Ende der Geschichte", kommentiert Kossok (selbst)tröstend, "ist das `Ende der Utopie' angesagt. Antiutopie von Kuhnert über Dürrenmatt bis Octavio Paz kommt in Mode, entgegen aller historischen Erkenntnis, daß menschliches Denken und Handeln stets einer bestimmten Zielvorstellung (Vision) unterliegt. Diese Endzeitdiskussion wird sich bald als das erweisen, was sie in Wirklichkeit ist: die kurzschlüssige Geschichtsdeutung aus der Pose des Siegers, eine intellektuelle Momentaufnahme von allerdings nicht zu unterschätzender Suggestion unter den Bedingungen der eingetretenen Wertekrise und des Wertevakuums"-Manfred Kossok, Klio - die Muse mit dem Januskopf, in: Z. - Zeitschrift Marxistische Erneuerung 2.6: 142-152 (hier 152), Wiesbaden/Ffm. (Juni) 1991.

(10) Walter Euchner, Postmoderner Pluralismus oder pluralistische Moderne?, in: Perspektiven des Demokratischen Sozialismus 8.2:131-142 (hier 132), Marburg 1991.

(11) Ebda., S.135/137.

(12) Elmar Altvater, Die Zukunft des Marktes. Ein Essay über die Regulation von Geld und Natur nach dem Scheitern des `real existierenden Sozialismus', Münster 1991.

(13) Ernesto Maceda, Vorsitzender des Senatskomitees für nationale Verteidigung, erklärte Ende April 1991, daß allein in den ersten vier Monaten dieses Jahres in 44 der insgesamt 73 Provinzen des Landes Gefechte zwischen Regierungstruppen und NPA-Einheiten stattgefunden hätten, bei denen 563 Soldaten und 447 Guerilleros umkamen, was den neuen Generalstabschef, Generalleutnant Lisandro C. Abadia, veranlaßte, von

"some disturbing signs' zu sprechen - vgl, `NPA nation-wide offensive on', in: Newsday (Manila) vom 30.04.91, S.3.

(14) Chit Balmaceda-Gutierrez, Reunion plus. "70 activists recall `the darkest days'of the dictatorship", in: National Midweek 6.29: 14/15 (hier: 15), Metro Manila (31.07.) 1991.

(15) Luis Jalandoni, The Search for Peace: An Urgent Task, NDF International Office, The Hague, May 3, 1991, 4 Seiten (hier: 2/3).

- Die anderen drei Punkte betreffen Abkommen über die Menschenrechte und das Verhalten der kriegführenden Parteien; sozio-ökonomische sowie politische, verfassungsmäßige und Wahlrechtsreformen.

(16) Laut Aussagen hochrangiger CPP-Kader, denen Anonymität zugesichert wurde, sind interne Untersuchungen/Aufarbeitungen dieses Problems bereits weitgehend abgeschlossen.

(17) Bis zum Marcos-Sturz wähnte sich die NDF ex- wie implizit in einer hegemonialen Position mit all ihren negativen Begleiterscheinungen. Bis zur Einberufung der Constitutional Commission (CONCOM) im Sommer 1986, deren Mitglieder von Frau Aquino handverlesen worden waren, wurde NDF-intern über die Schaffung eines organisationsübergreifenden Bündnisses diskutiert gemäß der Formel NDF plus x. Spätestens die Konsequenzen eines reduktionistisch praktizierten Einheitsfront- bzw. Bündniskonzepts dürften die NDF lehren, gemäß der Formel x plus NDF zu operieren.

Zur Lektüre empfohlen sei in diesem Zusammenhang die von Karl Schlegel eingeleitete und aus dem Russischen übersetzte Studie "Wegzeichen. Zur Krise der russischen Intelligenz", Ffm. 1990. Dieses Buch (russisch: Vechi), zum erstenmal 1909 in Rußland erschienen - nach der gescheiterten Revolution von 1905 und vor dem großen Sturm (Oktoberrevolution 1917) -, liefert eine beklemmend aktuelle, luzide Selbstprüfung der politisierten und zumeist revolutionär gesinnten Intelligenzija. Den Strategiebegiff beispielsweise sahen die Vechi-Autoren unterhalb des "Hochplateaus" angesiedelt, wo eigene Defekte weniger gut hinter den Mystifikationen "Volk" und "Proletariat" zu verbergen sind. Vorrangig ging es ihnen darum zu verhindern, daß aus dem Kampf gegen eine politische Tyrannei die Tyrannei des Politischen entsteht. Die Vechi-Autoren Berdjaev und Kistjakovskij wandten sich gegen die "despotische Herrschaft des utilitär-moralischen Kriteriums und die bedrückende Herrschaft des Kultes um Volk und Proletariat" sowie gegen die Inthronisierung des Erfolgs der Revolution als "höchstes Gesetz", dem alles geopfert wird, auch das demokratische Prinzip, was sich ihm in den Weg stellt.

(18) Ihm gehören neben den Revolutionären Streitkräften Kolumbiens (FARC) das Nationale Befreiungsheer (ELN) und eine Fraktion des Volksbefreiungsheeres (EPL) an. Guerillagruppen wie die Bewegung 19. April (M 19), die Revolutionäre Partei der Arbeiter (PRT) und die andere EPL- Fraktion hatten bereits früher ihre Waffen niedergelegt und sich "parlamentarisiert" - vgl. Kolumbien an einer Wegscheide, in: Frankfurter Rundschau vom 05.06.91, S.7.

(19) Wie beispielsweise die Ermordung des Ex-Seminaristen und Befehlshabers der Fuerzas Populares de Liberacion (FPL) Antonio Cardenal alias Jesus Rojas und zwölf weiterer FPL-Guerilleros am 11. April 1991 bei El Zapote (Arcatao). Sie waren in einen Armeehinterhalt gelockt, verletzt und durch mehrere Schüsse aus nächster Nähe ermordet worden. Der Anschlag, verübt von Mitgliedern des notorischen Atlacatl-Bataillons unter dem Kommando José Eduardo Angel Orellanas (mit höchstwahrscheinlich logistischer Unterstützung durch US-amerikanische Militärberater), zielte offensichtlich auf die Unterbrechung des Dialog- und Friedensprozesses; wenige Wochen vor seinem Tod hatte Rojas in Arcatao im Auftrag der FMLN eine UN-Mission empfangen, die vor Ort die Einrichtung eines Menschenrechtsbüros zur Verifikation der Abkommen zwischen der FMLN und Regierung vorbereiten sollte. 1990 hatte Rojas als Mitglied der politisch-diplomatischen Kommission der FMLN an fast sämtlichen Verhandlungsrunden mit dem Regime in San Salvador teilgenommen.

Zu den Hintergründen der innen- wie außenpolitischen Entwicklung in diesem zentralamerikanischen Land sei u.a. auf folgende Texte verwiesen: Tommie Sue Montgomery, Fighting Guerrillas: The United States and Low-Intensity Conflict in El Salvador, in: New Political Science No. 18/19 (Fall/Winter 1990), Niagara, N.Y./Boston, MA und B. Beede, Intervention and Counterinsurgency: An Annotated Bibliography of the Small Wars of the United States, 1898-1984, New York 1985.

(20) Wäre sie alleiniger Verhandlungspartner der Regierung, genösse die NDF im Vergleich zur FMLN den Vorteil, "einstimmig" zu sprechen; immerhin vereinigten sich im Oktober 1980 die fünf Organisationen FPL, ERP, RN, PRTC und (als letzte) die Kommunistische Partei zur FMLN. - Vgl. dazu das Interview mit dem Führer der KP und Leiter der FMLN-Verhandlungskommission Shafik Jorge Handal - "Es gibt einen engen Zusammenhang zwischen Verhandlungen und bewaffnetem Kampf", in: ak 328: 32-34, Hamburg (11.03.)1991 -, das dieser anläßlich seines Besuchs in der Bundesrepublik Anfang 1991 auf Einladung des Ökumenischen Büros für Frieden und Gerechtigkeit (München) Albert Sterr gab.

(21) Walden Bello/John Gershman, Democratization and Stabilization in the Philippines, in: Critical Sociology 17.1: 35-56, published by the Dept. of Sociology, University of Oregon, Eugene, Oregon 97404 (U.S.A.), Spring 1990 und Gone Demo-Crazy, in: Time (New York) vom 04.03.91, S.46-48.

(22) Angesprochen ist hiermit das zentrale Paradoxon des jetzigen Staatsapparates, dessen einer Pol seine andauernde Herrschaftskrise und dessen anderer Pol seine sich zunehmend schwieriger gestaltende Krisenherrschaft markiert: Greift Manila aus Gründen des Machterhalts der politischen Kräftekonstellation unter Aquino zum einen auf staatsterroristische Maßnahmen, zumindest aber außerökonomische Zwänge, zurück, so unterstreicht andererseits die landesweite Proliferation bewaffneter Bürgerwehren wie militanter Vigilantes die Unfähigkeit und/ oder Unentschlossenheit zur Ausübung seines Gewaltmonopols. Ausführlich in: R. Werning, Aspects of the Centralization and Diffusion of state Power in the Philippines (1986-1989), in: Bernhard Dahm (Ed.), Economy and Politics in the Philippines under Corazon Aquino, S.184- 193, Hamburg 1991.

(23) Untermauert durch ein x plus NDF-Bündnis, ließe sich dadurch wesentlich flexibler das qualitative Moment von la vanguardia und las masas und deren Wechselwirkung bestimmen und "abgehobener" Aktionismus vermeiden.

22. "Die befreiende Gewalt der Randvölker radikal rechtfertigen." Aufsatzsammlungen zu 500 Jahre Kolonialisierung Lateinmerikas

Aufsatzsammlung zu 500 Jahre Kolonialisierung Lateinmerikas

Rubrik: Geschichte; Lateinamerika allgemein; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak338/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:338:22

Es ist nicht Aufgabe einer Buchbesprechung, eine politische Kampagne als solche vorzustellen. Trotzdem sind im vorliegenden Fall einige Bemerkungen in dieser Richtung erforderlich, weil die Herausgeber sich und ihre Publikationstätigkeit als Bestandteil der Kampagne zum 500. Jahrestag des Beginns der Eroberung Amerikas begreifen.

Das 1988 gegründete "Internationale Kultur- und Wissenschaftsforum: Emanzipation und lateinamerikanische Identität: 1492 - 1992" gibt dem Buch - wie auch seinem Vorläufer von 1990 "Das Fünfhundertjährige Reich" - nicht nur den Untertitel; sein Name ist Programm. So heißt es in der von seinem Ehrenrat verabschiedeten "Erklärung von Mexico", "daß die große Aufgabe, die das historische Ereignis des Fünfhundertsten Jahrestages der europäischen Invasion uns stellt, in der Rückgewinnung der Identität und Emanzipation der Völker der Dritten Welt besteht".

Dazu will das Forum "aktiv an der Erarbeitung und Verbreitung der wirklichen Bedeutung des Fünfhundertsten Jahrestages mitarbeiten" (S.6f). Neben der Herausgabe deutschsprachiger Veröffentlichungen hat sich die BRD-Koordination deshalb auch die Verbreitung spanischsprachiger Publikationen vorgenommen ebenso wie die Durchführung von Arbeitskreisen und Seminaren (zwei Bundestreffen haben stattgefunden). Sie organisiert eine "Wanderausstellung mit Werken lateinamerikanischer Künstler" und leistet "Öffentlichkeitsarbeit für das vom 9. bis 12. Oktober 1992 in Puerto Real (Andalusien) stattfindende internationale Forum unter dem Motto ‚500 Jahre Aggression, 500 Jahre Widerstand, für die Emanzipation der Völker - Emanzipation und lateinamerikanische Identität: 1492 -1992`" (S. 280f).

Ähnliche Aufgabenstellungen haben nationale Koordinationen anderer Länder und auch das internationale Organisationskomitee. Das Forum versteht sich zwar als pluralistisch in dem Sinne, daß alle mitarbeiten können, "deren Kriterium die substantielle Verbesserung der Situation unserer Völker ist". Aber es schränkt diesen Pluralismus doch auf eine selbstbewußte, kämpferische Linie ein, wenn es sich in die "Tradition der Protagonisten der amerikanischen Völker (stellt), so wie sie u.a. in den Namen Cuautemoc, Lautaro, Tupac Amaru, Tatanka Yotanka ("Sitting Bull"), Bolivar, San Martin, Sucre, Jose Marti, Emiliano Zapata, Lazaro Cardenas, Salvador Allende, Camillo Torres und Ernesto "Che" Guevara überliefert ist" (Das Fünfhundertjährige Reich, S.12f).

Es ist schwer und willkürlich, unter den vielen Mitgliedern seines Ehrenrates einzelne hervorzuheben, aber einige seien genannt, um die Repräsentanz zu verdeutlichen: Osvaldo Bayer, Mario Benedetti, Leonardo Boff, Tomas Borge, Juan Bosch, Ernesto Cardenal, Pedro Casadaliga, Domitila Chungara, Paulo Freire, Helmut Frenz, Norbert Greinacher, Rigoberta Menchu, Leonard Peltier, Adolfo Perez Esquivel, James Petras, Rius, Mauricio Rosencof, Daniel Viglietti.

In der Einleitung von "Das Fünfhundertjährige Reich" zeigen die HerausgeberInnen vier mit dem Datum 1492 verbundene Folgen, die bis heute ungebrochen wirksam geblieben sind (S. 7ff.):

- Ein weltweites Herrschafts- und Ausbeutungssystem wurde installiert, das Amerika, Afrika und den Großteil Asiens als Hinterland für die Bereicherung Europas (und später Nordamerikas) betrachtet.

- Die lateinamerikanischen Völker verloren jede politische und wirtschaftliche Souveränität.

- Eine neue Qualität von Klassenherrschaft wurde in den eroberten Ländern eingeführt, die patriarchalisch-rassistisch bestimmt ist und die Lebensverhältnisse der Massen dramatisch verschlechtert.

- Eine europäisch-rassistische Sicht verwandelt Menschen entsprechend der ökonomischen Verwertungsinteressen in "Eingeborene", "Indianer", "Neger".

Das so bestimmte und beschriebene Herrschaftssystem ist das Fünfhundertjährige Reich. Heinz Dietrich, Soziologieprofessor an der Autonomen Universität von Mexico City und Koordinator des Forums, hatte schon in der 1990er Veröffentlichung in einem längeren Beitrag nachgewiesen, daß es eine "Koinzidenz nationalsozialistischer Expansions- und Herrschaftslogik sowie Erster/Dritter-Welt- Struktur heute" gibt (S. 69-147). Dabei hatte er darauf hingewiesen, "daß ein ganzes System ideologischer Apparate und Indoktrinationsformen (dazu) dient, diese Strukturbeziehungen nach Orwellscher Manier aus dem Bereich des ‚Denkbaren` auszuschließen". Die Aufgabe bestehe darin, "den narzistischen Spiegel der Erst-Welt-Erkenntnis ... mittels der Realitäten des Fünfhundertjährigen Reiches zu entzerren".

Wesentlicher Teil der Erst-Welt-Erkenntnis in Deutschland ist heute die wiederhergestellte Kontinuität des deutschen Imperialismus (S. 8-13). Die "Tradition, die von dem Bauernschlächter Karl dem Großen gestiftet wurde, im Interesse der Junker und Großindustriellen unter Fürst Bismarck wiederauferstand, bei Adolf Hitler dem deutschen Großkapital die Hegemonie im ‚Neuen Europa` verschaffen sollte, (hat) nun in der ‚Wiedervereinigung` von Ost und West einen neuen Ausgangspunkt gefunden". Berührungsängste gegenüber dem Begriff des "Vierten Reiches" sind unbegründet, weil imperialistische Politik "nichts anderes" bedeutet "als Unterdrückung und Ausplünderung schwächerer Völker", nach innen aber keineswegs die Greuel des 3. Reiches wiederholen muß. Spätestens der Zweite Golfkrieg bot die Möglichkeit, im Namen von Demokratie und Menschenrechten die (fast) vollständige gesellschaftliche und v.a. intellektuelle Unterstützung dieses Projektes der "imperialen deutschen Demokratie" zu erreichen. Hanno Zickgraf zeigt in seinem Exkurs (S. 249-257), daß dies sowohl für kriegsunterstützende wie -kritische Teile der Öffentlichkeit zutrifft.

Dietrich setzt in seinem Artikel über "Reichsjubiläum, NGOs und antiimperialistische Solidarität" (S. 184-214) noch eins drauf: Neben der offiziellen Kampagne zum 500. Jahrestag, die offen imperialistische Standpunkte vertritt, und den UNESCO-Aktivitäten, die das Phänomen des Imperialismus auf eine Frage indigener Kultur reduzieren, greift er auch die Kampagne der Solidaritätsbewegung als "internationale Sozialhilfe" scharf an. Eine humanistische Begründung von Soliarbeit sei unmoralisch, da sie nie erklären könne, warum diesen Menschen geholfen werde und jenen nicht; allen könne sie aber nicht helfen, weil die unmenschlichen Lebensbedingungen der Mehrheit der Menschen notwendiges Ergebnis des Kapitalismus sind. "Für die ‚Verdammten dieser Erde` ist die Überwindung des Kapitalismus, heute wie vor hundertfünfzig Jahren, die einzige Hoffnung auf ein besseres Dasein ... Die Expropriation des Kapitals ist die conditio sine qua non der Befreiung der Gattung". Wirklich unmoderne Ansichten!

Diese Ansichten sind aber nicht nur unmodern. Wenn sie, wie im vorliegenden Fall, mit der Aufforderung verbunden sind, das "selektive Herumkurieren an Symptomen" zu unterlassen, stellen sie die Existenzberechtigung nicht nur offizieller oder kirchlicher "Entwicklungshilfe", sondern auch (fast) aller auf Projektunterstützung orientierten Soliarbeit in Frage. Dietrich spricht das ziemlich unverblümt aus und benennt das materielle Interesse ihrer Hauptamtlichen als wesentlichen Existenzgrund solcher Organisationen. Man darf gespannt sein, ob eine offene Diskussion über Ziele und Zweck von Soliarbeit in Gang kommt oder ob eher eine Koalition der Ablehnung und des Schweigens sich an der drängenden Frage vorbeidrückt, ob "Überwindung des Kapitalismus" nach wie vor ein mögliches und notwendiges Ziel ist.

Nicht alle Texte des Buches verhalten sich so eindeutig dazu wie der von Noam Chomsky (Die Sieger, S. 15-93). Er fragt, wie es den Siegern im Kalten Krieg denn nun, im Augenblick ihres Triumphes, geht. Schließlich halten ihre Führer die Gegenwart für den bisher erreichten Gipfel von "Rechtschaffenheit, ... Demokratie, kapitalistischer Marktwirtschaft, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten". In detaillierten Darlegungen der Lebenssituation der Menschen im US-dominierten Teil der Welt (alles "Sieger") begründet er seine Ansicht, daß "die Wirklichkeit dazu neigt, von der anerkannten Wahrheit abzuweichen". (Leider sind seine oft witzig-zynischen Ausführungen manchmal durch eine holprige Übersetzung verschandelt, aber wenn etwa aus dem "Parlamentarischen Untersuchungsausschuß" eine "besondere Kommission der Legislative zur Untersuchung" wird, so hat das auch seinen eigenen Reiz.) Wer die völlig sinnlosen Vergleiche zwischen West- und Osteuropa oder den USA und der UdSSR unterläßt und stattdessen etwa Regionen vergleicht, "die vor 80 Jahren unter relevanten Gesichtspunkten mehr oder minder ähnlich waren, aber seitdem einen jeweils unterschiedlichen Kurs verfolgt haben", wer also z.B. fragte, wie "guatemaltekische Bauern oder brasilianische Slumbewohner reagieren würden, fänden sie sich plötzlich nach Polen, Bulgarien oder der Ukraine versetzt", würde zu Ergebnissen gelangen, die "außerhalb westeuropäischer Intellektuellenzirkel etwas von einer

Binsenweisheit an sich" haben: "Die Katastrophe des Kapitalismus könnte nicht schärfer und dramatischer sein".

"Der Befund zeigt deutlich genug, daß die Politiken, die von den westlichen Mächten anempfohlen und aufgezwungen werden, und die selbstsichere Rhetorik, welche sie in offiziellen Stellungnahmen und anderen Kommentaren begleitet, von den Eigeninteressen jener gelenkt sind, die die Zügel in der Hand halten, und nicht von irgendeinem fundierten Verständnis der Entwicklungsökonomie oder irgendeiner ernsthaften Sorge um die menschlichen Auswirkungen dieser Entscheidungen. Die Vorteile, die dabei für andere entstehen mögen, sind weitgehend zufällig, genauso wie die Katastrophen, die gewöhnlich dadurch eintreten".

Chomsky zitiert die Schlußfolgerung Ignacio Ellacurias, des ermordeten salvadorianischen Jesuiten, daß der Westen das "Leben um unmenschliche Werte herum organisiert" habe; deshalb sei es "lebenswichtig, ein Wertesystem und eine Lebensnorm zu definieren, die jedes menschliche Wesen berücksichtigt".

Unbeantwortet bleibt die Frage, wie dieses System entstehen soll. Während Fidel Castro in seiner "Botschaft an das Erste Iberoamerikanische Gipfeltreffen" sehr vorsichtig von der "wirtschaftlichen Integration" Lateinamerikas "als Bedingung für das Überleben und die Bewahrung der lateinamerikanischen Unabhängigkeit und Identität" (S. 105f) spricht, stellt Sofia Montenegro aus Nicaragua die Frage, "was es denn heiße, in diesen Zeiten links zu sein. Die Antwort ist eigentlich recht einfach. Du mußt den Rechten das Banner der Demokratie entreißen - und zwar für immer. Wir werden jedenfalls eine radikale Demokratisierung unserer Strukturen auf wirtschaftlichem, politischem und sozialem Gebiet fordern, d.h. man muß im umfassenden Sinne revolutionär sein".

Sie ist sich des möglichen Widerspruchs von Demokratie und Revolution bewußt. Sie sagt, daß "vielleicht alle Frauen ein Interesse am Kampf haben - aber nicht alle Frauen haben den Willen zur Veränderung". Und sie löst das Problem konsequent: "Wir wollen das gemeinsam mit allen Frauen tun, die den Willen zum Wandel haben". (S. 158)

Angesichts der Schwierigkeiten, als "Tischgenosse der Ausbeutung" in den Metropolen die schmerzhafte Entzerrung unserer Erst-Welt-Erkenntnis zu ertragen, hatte Dietrich positiv auf Sartres Bereitschaft Bezug genommen, die "befreiende Gewalt der ‚Randvölker' radikal zu rechtfertigen" (Das Fünfhundertjährige Reich, S. 71). Da wiederholt sich obiger Widerspruch: Ein Interesse mögen viele gemeinsam haben, aber der konkrete Wille einiger geht anderen viel zu weit. Aber hat eine Linke, die nicht nur aufgehört hat, an die Möglichkeit der Revolution zu glauben, sondern die sie weitgehend nicht einmal mehr will, wirklich das Recht, irgendeine Aktivität der absolut Verelendeten zu kritisieren?

Werner Rätz, Bonn

Bruni Höfer, Heinz Dietrich, Klaus Meyer (Hrsg.)

Das Fünfhundertjährige Reich: Emanzipation und lateinamerikanische Identität: 1492 - 1992

Berlin/Bonn 1990, 3. Auflage

294 S., 19,80 DM

Stefan Armborst, Heinz Dietrich, Hanno Zickgraf (Hrsg.)

Sieger und Besiegte im Fünfhundertjährigen Reich; Emanzipation und lateinamerikanische Identität: 1492 - 1992

Bonn 1991

282 S., 24,80 DM

23. Fragen und Anmerkungen zum RZ-Papier (von GenossInnen aus der Mehrheit)

Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak338/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:338:31

Das in der taz in großer Aufmachung veröffentlichte Papier beginnt mit den Worten "Gerd Albartus ist tot". Nicht beantwortet wird die sich aufdrängende Frage: Woher haben die Verfasser die Gewißheit, daß diese Aussage zutrifft? Ein paar Absätze weiter sagen sie, in Erläuterung ihrer (vorgeblichen) Motive für diese Erklärung: sie wollten damit den falschen Hoffnungen der "Angehörigen, Freunde und Freundinnen" von Gerd Albartus ein Ende machen. Wer diese nicht leichte Verantwortung auf sich nimmt - einen Menschen definitiv für tot zu erklären -, müßte sich eigentlich seiner Sache absolut sicher sein. Absolut sicher könnten sich darüber aber nur diejenigen sein, die ihn getötet haben oder später seine Leiche gesehen und identifiziert haben. Andernfalls müßte es heißen: "Nach den uns vorliegenden Informationen ist mit größter Wahrscheinlichkeit davon auszugehen, daß Gerd Albartus tot ist."

Das mag übertrieben spitzfindig klingen. Aber: in dem gesamten Papier wird nirgends erklärt, wann, auf welche Weise und von wem man die "Nachricht" von Gerd Albartus' Tod erhalten hat - und warum man diese Information für so absolut glaubwürdig hält, daß man sie nun in dieser definitiven Form publiziert. Das fällt vor allem vor dem Hintergrund auf, daß (Angaben der Verfasser selbst zufolge) sie - nach einer zeitlich nicht genauer bestimmten Phase der Zusammenarbeit - mindestens sechs bis möglicherweise neun oder zehn Jahre vor der "Hinrichtung" den "Bruch" mit den angeblichen Tätern "vollzogen" und die "Kontakte abgebrochen" haben. Gerd Albartus, vermuten sie, hätte noch die Hoffnung gehegt, durch seine Person diese abgebrochenen Kontakte irgendwann wieder herstellen zu können. Die AutorInnen selber geben an: "Ob und inwieweit sich die Zusammenhänge in der Zwischenzeit auch dort verändert haben, überschauen wir nicht."

Aber nicht nur die unvermittelte Sicherheit, mit der über das angeblich stattgefundene Tribunal und die Erschießung von Gerd Albartus durch eine Gruppe berichtet wird, von der man wenig weiß und zu der man seit Jahren keinen Kontakt hatte, fällt auf. Über die Motive, die diese Gruppe immerhin zum Mord an einem wichtigen westdeutschen Kontaktmann und Mitkämpfer geführt haben sollen, habe man nur vage Informationen. Mehr darüber zu erfahren hat man offenbar gar nicht versucht, da auch ein "Mehr an Details" die Überzeugung von der persönlichen Integrität Gerd Albartus' nicht erschüttern könne. Das ist eine achtbare Haltung. Von Außenstehenden fordert sie jedoch eine nicht hinterfragbare Übernahme der behaupteten Version. Ärgerlich wird es da, wo dann trotz der Feststellung, man wolle keine Spekulationen über die Beweggründe anstellen, genau dieses in extenso und völlig unbelegt getan wird: von den Maßstäben aus zweierlei Welten ist die Rede, von Ansichten und Verhaltensweisen, die nicht mit den gewohnten Mustern übereinstimmen, und von der schwulen Identität von Gerd Albartus, die in der "Männerwelt" der palästinensischen Gruppe "per se auf Argwohn" gestoßen sei. Wie daraus ein Grund für die Ermordung des Genossen werden konnte, wird im konkreten nicht einmal angedeutet. Stattdessen werden allgemeinste Verdächtigungen ins Feld geführt. In der zitierten "Männerwelt" etwa sei es darum gegangen, "obsolet gewordene Machtbastionen und Einflußsphären gegeneinander wie die Ansprüche von unten abzuschirmen".

Im Kontrast zu der Enthüllung verborgenster Triebkräfte aus dem Innenleben wird eine eindeutige Definition der "Gruppierung, die sich dem palästinensischen Widerstand zurechnet", eine simple Veröffentlichung ihres Namens, sorgsam vermieden. Warum diese Diskretion? Es kann doch sicher nicht darum gehen, die Mörder eines Genossen zu decken?! Das verträgt sich überdies absolut nicht mit dem "Bedürfnis nach Rache", das an anderer Stelle postuliert wird und das als Begründung für die späte Veröffentlichung der Erklärung herhalten muß. Man habe von Gerd Albartus' Tod erst "etliche Zeit später" - Wochen, Monate, Jahre? das bleibt völlig offen - erfahren. Danach habe es bis zur Veröffentlichung "nochmals gedauert", weil man über Mittel nachgedacht habe, den angeblichen Mord zu "vergelten". Wem drängte sich da nicht sehr rasch die Feststellung auf, daß es solche Mittel (abseits von Rambo-Phantasien) nicht geben kann (und daß "Rache" eh eine zumindest fragwürdige politische Kategorie ist)? Dagegen läge es absolut nahe, eine Gruppe, die Genossen ermordet, eindeutig zu brandmarken und eine öffentliche Diskussion darüber zu beginnen. Erfahrungsgemäß liegt in der Drohung mit der politischen Isolierung und dem Entzug jeglicher Solidarität die einzige Chance, diese Art von "politischer Auseinandersetzung" zu stoppen (wie es im Falle der PKK durchaus Wirkung gezeigt hat).

Offenbar geht es darum aber gar nicht. Tatsächlich wird an keiner Stelle des Papiers eine Selbstkritik und eine praktische Veränderung des Verhaltens der Gruppe eingefordert. Jeder zielgerichtete politische Druck wird dadurch unterbunden, daß die angeblichen oder tatsächlichen Täter nicht benannt werden, sondern ihre Tat als zwangsläufige und unabänderliche Folge eines Politikverständnisses dargestellt wird, mit dem die Autoren ganz generell nichts mehr zu tun haben wollen.

Offenbar sollen die LeserInnen über die Identität der Gruppe spekulieren. Für die Entebbe-Aktion war damals bekanntermaßen die PFLP verantwortlich gemacht worden (was diese aber dementierte - vgl. AK 85 vom 26.7.76). Es wird aber anscheinend der Eindruck gewünscht "Auch jede andere Gruppierung könnte es gewesen sein". Das dehnt die Streuwirkung der Vorwürfe auf den palästinensischen und tendenziell jeden antiimperialistischen Widerstand aus.

Exkurs betr. Entebbe

Am 27. Juni 1976 wurde eine Air France Maschine auf dem Flug Tel Aviv-Paris nach einer Zwischenlandung in Athen von einem vierköpfigen "Kommando" entführt, das aus zwei Deutschen und zwei Arabern bestand. An Bord befanden sich 256 Passagiere und eine französische Crew von zwölf Leuten. Das "Kommando" verlangte die Freilassung von 53 Gefangenen. Von diesen befanden sich 40 in Israel, sechs in der BRD, fünf in Kenya, sowie je einer in der Schweiz und Frankreich. Von diesen fünf Staaten waren nur aus Israel und Frankreich Passagiere in dem Flugzeug.

Etwa drei Stunden nach Beginn der Entführung landete die Maschine in Bengasi, Libyen. Von dort aus startete sie sechs Stunden später nach Entebbe, Uganda. Noch während des Aufenthalts in Bengasi sammelten die Entführer sämtliche Personalpapiere der Passagiere ein - unter der Drohung, jeden "hart zu bestrafen", der Papiere zurückhalten würde. Ebenfalls in Bengasi durfte eine schwangere Frau das Flugzeug verlassen - sie lebte zwar in Petach Tikwa, Israel, hatte aber einen britischen Paß.

Am frühen Morgen des 28. Juni landete die Maschine in Entebbe. Dort wurden alle Passagiere in das Flughafengebäude gebracht. Am Abend des 29. Juni wurden die Geiseln räumlich getrennt. Anhand einer Liste wurden alle, die einen israelischen Paß hatten, darunter auch solche mit doppelter Staatsbürgerschaft, namentlich aufgerufen und aufgefordert, sich in einen anderen Raum zu begeben. Am 30. Juni wurden 47 der übrigen Geiseln freigelassen, und am 1. Juli noch einmal 100 oder 101. In den meisten Berichten heißt es, daß sich damit nur noch die israelischen Staatsbürger (und die französische Crew) als Geiseln im Flughafengebäude befanden. Aus den sehr präzisen Aufzeichnungen eines israelischen Beteiligten geht hingegen hervor, daß zusätzlich zur Crew auch zwanzig junge französische Passagiere bis zuletzt festgehalten wurden. Diesem Bericht zufolge wurden dann die israelischen und französischen Geiseln zusammen in der Haupthalle des Gebäudes gefangengehalten.

In der Nacht vom 3. auf den 4. Juli landeten israelische Spezialtruppen in Entebbe und stürmten das Gebäude. Die Entführer wurden "außer Gefecht gesetzt", die Geiseln befreit. Bei der Aktion wurden zwei Geiseln getötet und mehrere weitere verletzt. Außerdem wurden eine große Zahl ugandischer Soldaten erschossen, die den Flugplatz bewachten. Sieben Entführer wurden später in dem Gebäude tot aufgefunden. Das zunächst vierköpfige Kommando war in Uganda verstärkt worden. Aus verschiedenen Berichten geht hervor, daß am Ende insgesamt mindestens neun "Terroristen" beteiligt waren. Möglich wäre, daß einige Entführer gefangengenommen und in Israel später zu Tode verhört wurden. (Daß israelische Truppen bei einer solchen Aktion nicht versucht hätten, wenigstens einen der "Terroristen" lebend in die Hand zu bekommen, um Informationen zu erhalten, ist nach sonstigen Erfahrungen unwahrscheinlich.)

Daß die Trennung der israelischen Passagiere von den Übrigen von vielen Beteiligten und von der israelischen Öffentlichkeit als "Selektion" wahrgenommen wurde, ist nachvollziehbar. Der Vorgang als solcher ist schlimm genug. Dennoch ist die Formulierung, es seien "Israelis und Juden" von den anderen getrennt worden, eine propagandistische Zuspitzung. Es gab, sämtlichen Berichten zufolge, für die Trennung der Passagiere kein anderes Kriterium als die eingesammelten Personalpapiere. Es gibt keinen Anhaltspunkt, daß irgendjemand, der keinen israelischen Paß hatte, abgesondert wurde "nur weil er Jude war". Die ersten Meldungen über die "Selektion" gelangten nach Israel durch jüdische Passagiere, die in der ersten Gruppe von 47 Menschen freigelassen worden waren.

Zugunsten der Entführer, insbesondere des bei der Befreiungsaktion getöteten Wilfried Böse, ist zu ergänzen, daß die Geiseln - abgesehen von der Einschüchterung beim Einsammeln der Pässe ganz am Anfang - nicht bedroht wurden, sondern daß insbesondere Böse bemüht war, die Menschen immer wieder zu beruhigen und ihnen zu versichern, daß man keinesfalls die Absicht habe, jemanden von ihnen zu töten. Über die politische Einstellung von Böse gibt sein Gespräch mit einer Israelin, die unter den Geiseln war und die später darüber berichtet hat, einige Auskunft:

Ich fragte: "Warum sind Sie hier?" - Er zögerte einen Moment lang und antwortete dann ausführlich. Er glaube an die Rechte des palästinensischen Volkes. Sie seien ein unglückliches Volk, ohne eigenes Land. Er könne ihrem Schicksal gegenüber nicht in Gleichgültigkeit leben. Er müsse ihnen helfen. Deshalb sei er hier, und er sei bereit, alles für dieses unglückliche Volk zu tun.

Ich sagte: "Nehmen wir an, Sie und die ‚Front` und alle anderen Feinde Israels in den arabischen Ländern und sonstwo würden es schaffen, Israel zu zerstören, Gott möge es verhüten, und die überlebenden Juden würden wieder über die ganze Welt verstreut werden - was würden Sie dann tun? Flugzeuge entführen, um dem jüdischen Volk zur Rückkehr in sein Land zu verhelfen, oder tun Sie das nur für die Palästinenser?"

Er sagte: "Ich stimme Ihnen zu, daß Sie einen eigenen Staat haben sollen." - Ich sagte: "Sind Sie für die Existenz Israels?" - Er sagte: "Ja, gewiß doch. Aber entweder sollte neben Ihrem Staat ein palästinensischer Staat geschaffen werden, oder Sie sollten zusammen mit den Palästinensern in einem Staat leben."

Ich sagte: "Das widerspricht aber den Vorstellungen der Leute, für die Sie arbeiten und für die Sie Ihr Leben riskieren. Die sind nicht bereit, Israels Existenzrecht anzuerkennen." - Er antwortete: "Ich bin nicht der Sprecher der Front. Ich habe meine eigenen Ansichten ..." (Wiedergabe des Gesprächs nach: William Stevenson, "90 minutes at Entebbe", London/Melbourne 1976)

Und wer ist eigentlich "RZ"?

Hier klaffen die Darstellung in der "taz" und die Berichte von Augenzeugen deutlich auseinander. Zwischen der Selbst- Sicht eines damals Handelnden und bei der Aktion ums Leben Gekommenen und der rückblickenden Selbstbezichtigung der RZ liegen tatsächlich Welten.

Unklar bleibt in der Erklärung auch, ob die VerfasserInnen dieser Erklärung ihre Version der Dinge aus heutiger Sicht darstellen, oder ob sie schon damals mit im Diskussionsprozeß gestanden haben. Weiterhin bleibt unklar, um welchen Zusammenhang der RZ es sich überhaupt handelt. Erklärungen zu Aktionen sind in der Regel von den Beteiligten gemacht worden. Das konnten sowohl Gruppen als auch letztlich Einzelpersonen gewesen sein. Die Tatsache, daß es bis heute keine Erklärung über die Authentizität oder nicht Authentizität gibt, bedeutet insofern nichts, da es bei keiner noch so dubiosen Erklärung der RZ eine Zustimmung oder ein Dementi gegeben hat.

Beim Stand der Dinge läßt sich aufgrund der publizierten Erklärung nur schlußfolgern, daß einiges dafür spricht, daß Gerd Albartus tot ist, denn andernfalls müßten die Verfasser mit dem "Risiko" rechnen, daß er sich selbst zu Wort meldet. Wer ihn aber getötet hat, oder wie er ums Leben gekommen ist, dafür bleibt die Erklärung jeden Beweis oder tendenziell nachprüfbaren Beleg schuldig. Es kann sein, daß er im Ausland gestorben ist, daß ihn ein Geheimdienst umgebracht hat usw. Und es kann sich leider auch wirklich so verhalten, wie die Verfasser schreiben.

Die AutorInnen des "RZ-Papiers" haben eine publizistische Form gewählt, die eine ungeheuerliche und jedermann abstoßende Tat an den Anfang stellt und zum Aufhänger nimmt für die Unterbreitung von politischen Thesen, die für sich genommen weder neu noch sensationell sind: ein "leninistisch-stalinistisches Verständnis von nationaler Befreiung" wird verworfen, und im Israel-Palästina-Konflikt wird ein "unlösbares Dilemma" konstatiert, das jede "einseitige Parteinahme" für die Palästinenser ausschließen soll. Der angebliche Mord dient als Untermauerung und Illustration dieser Thesen, ohne daß auch nur der Schatten eines Beleges für den unterstellten Zusammenhang vorgelegt wird. Eine solche publizistische Form ist suspekt.

GenossInnen aus der Mehrheit

24. "My private Idaho". Der Film im Gespräch mit Tjark Kunstreich und Katja Leyrer

Der Film im Gespräch zwischen Tjark Kunstreich und Katja Leyrer

Rubrik: Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak338/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:338:27

Tjark: Ich habe den Film schon zweimal gesehen und er geht mir nicht mehr aus dem Kopf. Die Bilder ...

Katja: ... das ist schwer, diese Bilder mit Buchstaben zu beschreiben. Und sie sind auch nicht zu trennen von der Musik und von den Schauspielern. Und vom Inhalt. Der Film ist einfach gut gemacht, so daß man vergißt, daß man leider nur im Kino ist und nicht im Film selbst.

Tjark: Genau umgekehrt: der Film handelt von der Realität, die immer da ist, ohne daß sie wahrgenommen wird. So entsteht dieser Effekt: du sitzt im Film und gleichzeitig hat dieser mit einer Entfernung von Realität nichts zu tun.

Es ist die Geschichte von zwei Strichern, die sich auf die Suche nach der Mutter des einen begeben. Es ist klar, daß sie die Mutter nicht finden. Für die Reise ist das auch nicht entscheidend, oder?

Katja: Nein, das ist nicht wichtig. Ich hätte aber das, was Du jetzt erzählt hast, ganz anders ausgedrückt. Ich habe es auch anders wahrgenommen: Es ist die Liebesgeschichte von zwei Schwulen, von denen der eine sich leider in eine Frau, die Italienerin Carmella, verliebt. Es ist ein Drama, ein Liebesdrama, finde ich. Und die Stricherkiste empfinde ich als belanglos.

Tjark: Ist sie nicht! Der eine, Scott, sagt ja, er gehe nur mit Männern ins Bett, wenn er Geld dafür bekommt. Und die Freundschaft zwischen Mike und Scott beginnt erst, als sie Vertrauen zueinander gewinnen, weil Scott Mike, während er schläft, nicht an einen Typen verkauft. Das ist die Szene in dem Café in Portland, wo Mike fragt: "Wieviel hast du bekommen?" Und Scott sagt: "Das würde ich nie tun."

Die Szene am Lagerfeuer läßt das auch offen. Mike gesteht Scott seine Liebe, Scott umarmt ihn, mehr passiert nicht. Die Pin-Up-Szene, wo sie von den gay magazines runtergrinsen, macht auch ganz klar, wo der Unterschied zwischen beiden ist.

Katja: Ich habe das trotzdem als Liebesgeschichte erlebt. Liebe macht sich für mich nicht nur an Sexualität fest. Zum Beispiel aber an der Trauer, die Mike empfindet, als es zu Ende ist. Und an der einen Szene, wo Scott den schlafenden Mike, ich glaube in Italien, in den Armen hält.

Tjark: Der Film behauptet: Es gibt Liebe zwischen Männern. Er besteht aber gleichzeitig auch auf Differenzen: es ist ja Mikes Trauer, als Scott ihn verläßt. Scott fühlt sich ab da nur noch von seiner Vergangenheit bedroht, weil er im Gegensatz zu Mike an sozialem Status etwas zu verlieren hat. Scott kann sich in jeder Beziehung das leisten, was für Mike Bedürfnis ist.

Katja: Ich teile Deine Einschätzung von Scott. Es geht bei dieser Trennung ja nicht nur um die Frau in Italien, sondern auch darum, daß Scott zu seinem 21. Geburtstag wieder "normal" werden will. Wieder Bürgermeisters Sohn sein will und Geld erben wird. ... Ich hätte mich übrigens eher in Mike verliebt als in Scott, wenn ich Carmella gewesen wäre.

Tjark: Die Szene unter dem Baum, zwischen Mike und Carmella war ja auch viel schöner und tiefer, als die Darstellung der Beziehung von Scott und Carmella. Scott geht es um Macht: die Rolle, die er in der Stricherszene von Portland spielt, wo sie alle in einem riesigen alten Hotel hausen - da sind ja die Bezüge zu Shakespeares Henry, die leider in der deutschen Synchronisation völlig rausgeschmissen wurden. Da ist es der Machtkampf zwischen Scott und der Vaterfigur Bob. Bob, der stirbt, als er zum Schluß von Scott verstoßen wird.

Scott hat überall die Privilegien. Er nimmt ja auch - das könnte aber auch an den wenig überzeugenden schauspielerischen Leistungen von Keanu Reeves liegen - von Carmella kaum Notiz.

Katja: Nee, das sehe ich anders. Der Schauspieler ist schon o.k. - Er spielt eben "wie aus dem Leben gegriffen" diese Hetero-Verliebtheit. Das ist doch völlig echt dargestellt. Er macht zweimal einen

Augenaufschlag und schon ist die große Liebe da. Frauen verlieben sich oft in Männer aus dem einzigen Grund, weil der Typ sie nicht gleich schlägt.

Was war Deine Lieblingsszene in dem Film?

Tjark: Die Beerdigungsszene am Schluß, diese Doppelbeerdigung von Scotts beiden Vätern, wo die Kids auf dem Sarg knutschen.

Katja: Ich bin mir nicht so sicher. Ich war erleichtert, daß der Film nicht aufhörte, nachdem Mike auf der Straße lag und beraubt wurde. Das hätte ich nicht ausgehalten, obwohl das wahrscheinlich sogar realistischer gewesen wäre als das tatsächliche Ende.

Tjark: Ja, es wäre unerträglich gewesen. Mike hat ja Narkolepsie, das heißt nicht-steuerbare Schlafanfälle, die immer mit Erinnerungsträumen an seine Mutter einhergehen. Mir ist in den Kritiken zum Film dazu aufgefallen, daß die Narkolepsie eine große Rolle spielt - "Mike traumwandelt durchs Leben", stand irgendwo.

Katja: Das ist eine wichtige Sache in diesem Film, daß die Hauptperson anfallskrank ist und wie damit umgegangen wird. Wie Mike mit seinen Anfällen umgeht, mit einer relativ gelassenen Haltung, die nicht Mitleid, sondern Verhalten der Umwelt provoziert.

Ist Dir eigentlich aufgefallen - ich war ja jetzt auch schon zweimal in diesem Film - daß es im Publikum eine Spaltung gibt? Ein Teil geht irgendwann gelangweilt oder genervt raus und ein anderer Teil bleibt bis zur letzten Zehntelsekunde des Abspanns.

Tjark: Ja. Wundert dich das? Ein Film, der so unspektakulär die Handlung entwickelt, als sei das alles das Selbstverständlichste von der Welt, was für das Publikum offensichtlich nicht so ist. Einige lassen sich verzaubern, andere vermissen vielleicht die Problematisierung oder den Sozialarbeiter oder das Elend; das alles gibt es in dem Film nicht.

Katja: Ich bin der Meinung, daß nur die bleiben, die das, was die Filmbilder und die ganze Geschichte sagen, irgendwie kennen, wenigstens als Ahnung. Ich hatte manchmal das Gefühl: ich kenne das. Ich habe mich da zu Hause gefühlt. - Obwohl ich natürlich weder 'n Typ bin noch ein schwuler Stricher. - Das Chaos des "normalen Alltags", der ja nie normal ist, wenn man sich einläßt auf Menschen oder das Leben. Das kenne ich, und deshalb habe ich mich wahrscheinlich auch in keiner Weise mit der Edel-Land-Italienerin identifizieren können, sondern automatisch mit den Männern, genauer eher mit Mike, dem "Verlierer".

Tjark: Was ich meinte: Die Bilder selbst zeigen das, den Alltag. Und es ist Klarheit, was die Bilder vermitteln, obwohl der Film demonstrativ Gewalt und Erniedrigung außen vor läßt. Die Identifikation mit dem schwulen Mann ist da kein Zufall: einige, vor allem heterosexuelle Männer, könnte das erschrecken. Das ist lustig: in dem Moment, in dem ein Hetero, River Phoenix, einen Schwulen Mann spielt, wird es selbstverständlich und identifizierbar.

Katja: Ich wußte das nicht, daß der Schauspieler das Schwulsein spielt. Kann sein, daß sich das auswirkt - das kann ich nicht beurteilen.

Tjark: Daß du nichts dazu sagen willst, geht nicht.

Katja: Ich habe mich an dem Schauspieler aufgehalten, um den Satz vorher nicht kommentieren zu müssen. Das stimmt. Allerdings bin ich kein Hetero-Mann. Mir ist auch aufgefallen, daß es eher Frauen waren, die rausgegangen sind. Das liegt aber, glaube ich, daran, daß in den beiden Vorstellungen, in denen ich war, mehr Frauen als Männer waren.

Grundsätzlich aber, und das ist ja das Erstaunliche an diesem Film, ist die ganze Geschichte eine einzige Provokation an die "Normalität", eine Liebeserklärung an "lumpenproletarische Elemente". Und dabei wird in einem Rundumschlag alles verteidigt, was Leute so leben können, wenn sie sich außerhalb dieser Gesellschaft stellen oder gestellt werden: schwul sein, Drogenkonsum, auf den Strich gehen, krank und behindert sein, arm sein, spät aufstehen, keine Wohnung haben und und und. Verteidigt wird das, weil es als wirkliche Normalität beschrieben wird, als wirkliche Realität, als beinahe utopische Wirklichkeit, ohne daß kitschig oder harmonisierend agiert wird. Zum Beispiel gibt es in diesem Film, trotz des dramatischen Ablaufs

der Hauptgeschichte und der Rückfahrkarte, die Scott ins bürgerliche Leben hat, eine Darstellung von Solidarität unter Menschen, die ich selten so gesehen habe.

Tjark: Deine Beobachtung kann ich nicht teilen: es waren, als wir den Film zusammen gesehen haben, und das Mal vorher, als ich ihn mit einer anderen Freundin gesehen habe, heterosexuelle Paare, die rausgegangen sind.

Es stimmt aber, was du sagst: es ist die Solidarität, die übrig bleibt.

Ich denke, die Leute sollten sich den Film selber ansehen und zwar möglichst in der englischen Version.

My Private Idaho.

Ein Film von Gus van Sant.

Mit River Phoenix und Keanu Reeves.

25. "Strange Fruit" von Ingrid Strobl

Eine Buchbesprechung

Rubrik: Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak338/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:338:15

Strange Fruit von Ingrid Strobl sind 90 Seiten geballte Informationen. Informationen über den Zusammenhang zwischen Herrschaftsinteresse und Bevölkerungspolitik, zwischen Hungerhilfe und Zwangssterilisation, zwischen Arbeitsplatzvergabe und dem Zwang zur Empfängnisverhütung - im Trikont. Aber auch Information über die Bevölkerungspolitik im weißen Westeuropa. Hier nennt sie sich Familienplanung, sorgt sich um gesunden Nachwuchs durch pränatale Untersuchungen und lockt die Familien mit Steuervergünstigung - während die anderen Geld bekommen, damit sie sich sterilisieren lassen: "In Bangladesch erhalten Sterilisationswillige 175 Taka (circa 17,50 DM), das ist mehr als das monatliche Durchschnitts-Prokopfeinkommen. Zusätzlich bekommen die Frauen einen Sari (traditionelles Kleid), den sie selbst nie bezahlen könnten." Über die Irreversibilität der Sterilisation werden die Frauen gar nicht oder nur vage informiert.

Strange Fruit ist ein Schnelldurchgang durch die gängige Literatur zur imperialistischen Bevölkerungspolitik (am Ende des Buches gibt es eine gute Literaturliste), die Geschichte der Bevölkerungspolitik und des Widerstandes. Jedes der elf Kapitel enthält eine Fülle an Zahlen und Beispielen, trotzdem ist das Buch gut lesbar.

Wer einen Einstieg in das Thema sucht oder sich einen Überblick über seine verschiedenen Aspekte machen will, dem sei das Buch wärmstens empfohlen. Diejenigen, die schon länger an dem Thema arbeiten (und nicht nur darüber reden) sollten lieber gleich mit der angegebenen Literaturliste weitermachen.

ga.

Ingrid Strobl: Strange Fruit - Bevölkerungspolitik: Ideologien, Ziele, Methoden, Widerstand.

Erhältlich im Buchhandel oder direkt bei: Edition ID-Archiv, Knobelsdorffstr. 8, 1000 Berlin 19

90 Seiten, DM 10,-. ISBN: 3-89408-016-7.

26. Braucht Österreich eine Armee? (Buchvorstellung)

Eine Buchbesprechung

Rubrik: Militarismus; Österreich; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak338/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:338:20

Der neutrale Status Österreichs steht zur Disposition. Nachdem sich mit der Sowjetunion eine der vier Signatarmächte des österreichischen Staatsvertrages aus der Geschichte verabschiedet hat, diskutieren Militärs und Politiker offen eine - wie es heißt - "sicherheitspolitische Einbindung" in ein westeuropäisches Bündnis. Seit 1955, als die kleine Donaurepublik anschließend an den Staatsvertrag ihre "immerwährende Neutralität" erklärte, ist diese identitätsstiftend für die österreichische Nation. 80% der Österreicher/innen stehen - laut einer kürzlich veröffentlichten Meinungsumfrage - zum neutralen Österreich. Im Wiener Verteidigungsministerium plant man dennoch den Anschluß an eine Euroarmee.

Nun hat die Initiative "Österreich ohne Heer" ein Büchlein mit dem Titel "verHEERend" vorgelegt, in dem - neben relativ allgemein gehaltenen pazifistischen Artikeln - zwei interessante Beiträge zur Rolle der österreichischen Armee in Westeuropa seit 1945 erschienen sind.

Hans Wolker, Militärspezialist der KPÖ, gibt auf 50 Seiten einen ausgezeichneten und bisher in dieser Komplexität nicht greifbaren Einblick in die geheimdienstlichen Aktivitäten der österreichischen Heeresnachrichtendienste und ihrer direkten Anbindung an den deutschen Bundesnachrichtendienst (BND). Da beschwert sich beispielsweise ein Offizier brieflich beim ehemaligen Verteidigungsminister Rösch über eine ganze Rotte von Kollegen aus dem Heeresnachrichtenamt (HNaA) und wirft ihnen befehlswidrige Kontakte zum BND vor: "Eingeweihten ist bekannt, daß die Aufgabenstellung für unsere Nachrichtendienste z.T. weniger von österreichischen Stellen als aus Pullach erfolgt. Nicht wenige HNaA-Offiziere betrachten die Anstellung beim HNaA nur als eine Pensionsberechtigung und als einen Deckmantel ihrer Haupttätigkeit für den BND. Zu diesem Personenkreis gehören z.B. die Herren Heinrich Zotlöterer, Kurt Reichel, Franz Podrazil, Oskar Modelhart, Johann Bunderla, Walter Kainz." Sogar die Namen sind bekannt, diverse Anzeigen bei der Staatsanwaltschaft hinterlegt, inklusive einer Strafanzeige gegen den vor kurzem zurückgetretenen Verteidigungsminister Lichal. Die Behörden stellen jedoch alle diesbezüglichen Untersuchungen ein, im Parlament wird auf Anfragen der Grünen ausweichend geantwortet. Wolkers Beitrag behandelt nicht nur die aktuelle Situation im Heeresnachrichtenamt, sondern beschreibt auch den Aufbau der ganzen Organisation nach 1955, Österreichs CIA-gesteuerte "Gladio-Connection" sowie die Funktion der Radaranlagen und Lauschdienste zwischen Slowakei und Slowenien.

Auf Slowenien geht auch der zweite, höchst aufschlußreiche Beitrag, ein. Der Journalist Christof Parnreiter analysiert darin die wachsende Akzeptanz des österreichischen Bundesheeres in der Bevölkerung seit seinem Grenzeinsatz im Sommer dieses Jahres. Im Juni und Juli stand ein Gutteil der Truppen an der Grenze zu Jugoslawien, um - wie es hieß - ein Überschwappen der Kämpfe auf österreichisches Territorium zu verhindern. Das Kommando agierte damals im Selbstverständnis einer Speerspitze der westlichen Verteidigungsgemeinschaft.

Wie stark die Anbindung der militärischen Einrichtungen Österreichs an die NATO tatsächlich ist, beschreibt der Autor, indem er die einzelnen Anpassungsschritte von der Milizdoktrin bis zur aktuellen Diskussion um das Aufstellen eines Berufsheeres nachzeichnet.

Hannes Hofbauer

verHEERend. Braucht Österreich eine Armee? Edition Sandkorn, Wien 1991.

Zu bestellen über: "Österreich ohne Armee", Schottengasse 3a, 1010 Wien

27. Gramsci studieren. Zum Erscheinen des 1. und 2. Bandes der deutschen Übersetzung der Gefängnishefte

Rubrik: Theorie; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak338/gramsci.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:338:gramsci

Dem Interesse an den Arbeiten Antonio Gramscis haftete bisher etwas zutiefst Merkwürdiges an. Keinem anderen Theoretiker des Marxismus wurde in den achtziger Jahren in der BRD ein derartig breites Interesse zuteil wie Gramsci. Sein Werk dagegen war bisher auf deutsch lediglich fragmentarisch in einigen Auswahlbänden zugänglich. Diese Anthologien sind aber in ihrer inhaltlichen Auswahl problematisch, da sie mehr die politischen Interessen der Herausgeber und die Umstände widerspiegeln, unter denen sie erschienen. Das Manko dieser Auswahlbände vervollständigt sich durch eine oberflächliche oder falsche Übersetzung. Zwar war eine vollständige deutsche Übersetzung der zentralen Arbeit Gramscis, der Gefängnishefte, seit den frühen siebziger Jahren angestrebt, doch kam keine der gemachten Ansätze über einen Projektcharakter hinaus.

Gerade die Gefängnishefte bilden aber den Mittelpunkt der bisherigen Auseinandersetzung mit Gramsci. Die jetzt begonnene Herausgabe der Gefängnishefte im Argument-Verlag könnte das wissenschaftliche Interesse nach Vollständigkeit in nächster Zeit schließen. In insgesamt zehn Bänden sollen die 29 Hefte erscheinen, in denen Gramsci während seiner Haft Überlegungen zu Themen wie Massenkultur, bürgerlicher Staat, Amerikanismus und Fordismus, revolutionäre Partei und Intellektuelle anstellte. Der deutschen Übersetzung zugrunde liegt die kritische Ausgabe von V. Gerratana, die in Italien 1975 erschien, nachdem offenkundig geworden war, daß die erste, zu Zeiten von Togliatti erschienene Ausgabe in wichtigen Passagen verfälscht worden war.

Gerratanas Ausgabe zeichnet sich durch ihre Textgenauigkeit aus und verfügt über eine vortreffliche Zusammenstellung von Anmerkungen, ohne deren Hilfe das Verständnis vieler Texte erschwert oder unmöglich wäre. Für die Leser, die Gramscis Gefängnisschriften bisher nur aus verschiedenen Auswahlbänden kannten, hat die vollständige Übersetzung der Gefängnishefte Interessantes zu bieten. In den Sammelbänden war die von Gramsci festgelegte Reihenfolge seiner Beiträge zugunsten einer thematisch starren Ordnung abgelöst worden, die genau den umgekehrten Schluß über seine Arbeitsweise zuließ. Gramsci ließ die einzelnen thematischen Schwerpunkte ihrer Projekthaftigkeit wegen in eine Vielzahl von Einzelbeiträge zerfallen, deren Länge von zwei Zeilen bis selten mehr als zwei Seiten reicht.

Die deutsche Übersetzung der Gefängnishefte bietet jetzt auch in dieser Hinsicht Gramsci im Original. Allerdings sind sie im Original bedeutend schwerer zu lesen. Statt einem vorstrukturierten Text zu folgen, gilt es sich jetzt durch ein hochfragmentarisches Werk zu kämpfen, das eher studiert als gelesen werden will.

Im April erschien als erster Band das Heft1 der Gefängnishefte, das Gramsci 1929 geschrieben hat. Es umfaßt mit Ausnahme des ersten Fragments über Amerikanismus und Fordismus Arbeiten Gramscis, die auf die politische und kulturelle Situation Italiens zur Zeit des Risorgimento und der Monarchie reflektieren und bei den deutschen Gramsci-Interpreten bisher auf geringes Interesse stießen. Dabei sind diese Arbeiten des Heft1 der Gefängnishefte in zweierlei Hinsicht von Bedeutung. Im Heft1 findet sich die erste Fassung der Texte, die Gramsci zu Beginn der dreißiger Jahre zu überarbeiten begann und die ihn in der wissenschaftlichen und politischen Debatte der BRD bedeutend werden ließen.

Mit den Texten des Heft1 läßt sich die Entstehung des Denkens Gramscis besser ergründen und darüber hinaus aufzeigen, wie sehr die soziopolitische Situation im Italien des beginnenden zwanzigsten Jahrhunderts Gramscis spätere theoretische Schriften prägte. Besonders deutlich wird an diesen Stellen Gramscis undogmatischer Zugang zu politischen Problemen seiner Zeit, was sicher zur Bedeutung seiner Arbeiten wesentlich beitrug. Deutlich wird anhand des Heft1 aber auch, daß Gramsci in seinen späteren Arbeiten allzu oft von der speziellen italienischen Situation abstrahierte, um auf diese Weise zu seinen theoretischen Ausführungen zu gelangen. Im Oktober ist der 2. Band der Gefängnishefte mit den Heften 2 und 3 erschienen.

Zu hoffen bleibt, daß mit der Herausgabe der Gefängnishefte eine kritische Haltung gegenüber den Schriften Gramscis gefördert wird und nicht bloß wieder deren Instrumentalisierung für die bei vielen Linken akut gewordene Apologie des bürgerlichen Staates. Abschreckendes Beispiel ist die laufende Diskussion über die "Zivilgesellschaft", die neuerdings als das Wundermittel gegen staatliche Repression ausgegeben wird.

sk, Hamburg

28. Das war kein "Ausrutscher", das hat Methode!

CD-Datei: daten/aksuche/ak338/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:338:03

LeserInnenbriefe

Autonome KommunistInnen

Betr.: "Aufgeblättert", ak 337

Eure Vorstellung dieser Broschüre im genannten Artikel erfüllt in keiner Weise unsere Vorstellungen einer solidarischen Auseinandersetzung zwischen GenossInnen mit unterschiedlichen Ansichten.

Schon eure Wortwahl läßt daran zweifeln, ob der Beitrag in einer Zeitung, die sich als Teil der revolutionären Bewegung versteht, abgedruckt war. Eine "außerirdische Begegnung" ist im Jahr der Schweine für viele jedes Festhalten am revolutionären und internationalistischem Kampf. Was die Kritik des Titelblattes der Broschüre betrifft: mensch kann ja durchaus unterschiedlicher Meinung darüber sein, ob ein Bild von kämpfenden lateinamerikanischen Guerillas/os nicht realitätsnäher ist, als die ArbeiterInnenfaust mit Werkzeug, die jahrelang euer Titelblatt zierte.

Es ist schlichtweg eine Frechheit, wenn der von euch zitierte Satz über "Aktionen gegen den Zionismus..." so dargestellt wird, als macht er den Schwerpunkt der Broschüre aus. Es kann ja sein, daß eine relevante Fraktion eurer Redaktion "Liebhaber ganz spezieller Zeugnisse revolutionären Strebens ist", indem sie versucht, mit konstruierten Antisemitismusvorwürfen AntizionistInnen zu diskreditieren (geschehen in Freiburg und Wiesbaden, Fortsetzung folgt...). Wir halten es da mit K. Marx, auf den ihr euch ja auch gelegentlich gerne beruft, der in seinem kurzen Essay "Zur Judenfrage" abschließend feststellt: "Die gesellschaftliche Emanzipation des Juden ist die Emanzipation der Gesellschaft vom Judentum" (MEW, Bd. 1, Berlin 1983, S. 377).

Wann reihen jene, die es als ihr Hobby betreiben, den Antisemitismus in der Linken aufzuspüren, auch Marx in die Ahnenreihe jener AntisemitInnen ein? Das war aber nur ein kleiner Exkurs.

Es gibt hierzulande auch noch Linke, KommunistInnen zumal, die versuchen ein Resumee zu ziehen aus über 20 Jahren antiimperialistischem Kampf in Westeuropa, aus dem lange erkannten und beklagten Subjektivismus der autonomen/anarchistischen Linken. Das ist das zugegebenermaßen nicht unbescheidene Ziel der AutorInnen jener Broschüre.

Wenn auch nicht alle Teile der Linken Debatten der westeuropäischen revolutionären Bewegung nachverfolgen können/wollen, sollte eine Zeitung, die den Anspruch hat, unterschiedliche Standpunkte in der revolutionären Bewegung darzustellen, diese Positionen unverfälscht veröffentlichen.

Die Debatten zwischen verschiedenen Fraktionen der holländischen revolutionären Linken sind Teil einer Debatte zwischen "zwei Linien in der revolutionären Bewegung Westeuropas", die seit mehreren Jahren geführt wird. An ihr sind GenossInnen der spanischen Grapo und der illegalen kommunistischen Partei Spaniens, die belgische kommunistische Guerilla ccc, Teile der revolutionären Linken Italiens (z.B. das Gefangenenkollektiv wotta sitta) beteiligt. Auch in der BRD wird diese Debatte in der revolutionären Linken schon seit Jahren geführt. Ein Höhepunkt hierzulande war die Diskussion auf und um den "Antiimperialistischen Kongreß" in Frankfurt/Main 1986.

Eine solch breite internationalistische Debatte, an der seit Jahren GenossInnen aus verschiedenen Ländern beteiligt sind, müßte euch, die ihr euch als KommunistInnen begreift, doch mehr Text wert sein als erwähnter Verriß oder ein Artikel, wenn die GenossInnen der oben erwähnten Debatte in Hungerstreiks für kollektive Haftbedingungen kämpfen, wie aktuell die Gefangenen der Action Directe in Frankreich.

Wir grüßen sie hiermit und grüßen die GenossInnen der Kommunistischen Brigaden und ermuntern sie, weitere Beiträge für die internationale revolutionäre Debatte zu liefern.

Autonome KommunistInnen

Anm.: Schelte wem Schelte gebührt - aber ein Autor der Gruppe K, auf die hier angespielt wird ("eine relevante Fraktion eurer Redaktion, (die) versucht, mit konstruierten Antisemitismusvorwürfen AntizionistInnen zu diskreditieren "), war es nicht, sondern das ziemlich irrelevante Ex-Mehrheitsmitglied K., Hamburg

Liebe GenossInnen des ak,

1)betr.: "Winterpause im Bürgerkrieg?" im ak 337: Kt.s langatmige Propagandaeinsätze zugunsten der osteuropäischen Seperatismen reaktionärer Nationalisten (von wegen "EG-Erpressung zur Einheit", "Angriff auf Slowenien", etc.) sind mehr als ein Ärgernis. Derlei Engagement für die stattfindende Balkanisierung Jugoslawiens und eine solche Kritiklosigkeit gegenüber der Rolle des deutschen Imperialismus in diesem Kontext gehören in die "taz", nicht aber in den ak!

2) 50,- DM Weihnachtsobulus liegt bei (100,- waren eingeplant; Kt. ließ mich dann zweifeln, ob überhaupt eine Spende sinnvoll wäre).

3) Zum ak-Verkauf: Bringt in jeder Nr. ein einseitig bedrucktes "ak-Werbeblatt", auf dem der Zeitungskopf mit dem Logo des ak abgedruckt ist, so wie eine Inhaltsangabe (falls, wie meist, keine Zeit für mehr ist, nur die Überschriften der Artikel; ansonsten auch mal zwei, drei einführende Sätze zu wichtigen Artikeln) und ein Kasten mit dem Impressum und einer Liste sämtlicher aktueller Verkaufsstellen, wo mensch den ak mit einiger Wahrscheinlichkeit vorrätig findet und erwerben kann.

4) Last but not least: In El Salvador bahnt sich Entscheidendes an und die FMLN braucht mehr denn je unsere Unterstützung. Deshalb sollte in jedem ak das Emblem der zentralen Spendenkampagne "Waffen für El Salvador" mit Angabe des aktuellen Kontostands (nehmt Euch hier ein Beispiel an "Konkret"!), und zwar zweispaltig, abgedruckt sein!

Gruß

Hajo, Heidelberg

Das war kein "Ausrutscher", das hat Methode!

Betr.: "Winterpause ...?", ak 337

Üblicherweise sticht der ak nicht gerade durch aufsehenerregende Neuerungen oder Überraschungen hervor. Eine Neuerung ist es aber ohne Zweifel, wenn der ebenfalls in der taz unter dem Namen Christian Semler publizierende FAZ-Redakteur Johann Georg Reißmüller nun auch im ak, allerding unter dem Pseudonym "kt." als berufener Autor firmieren kann. Titel seines Debut-Artikels im Dezember-ak: "Jugoslawien: Winterpause im Bürgerkrieg?"

Besagtem Artikel kann man zunächst einen außerordentlich hohen Informationswert einfach nicht absprechen. Nicht nur kommen Leute mit einer geheimen Schwäche fürs Völkerkundliche auf ihre Kosten: nun erfahren sie endlich von Reißmüller alias kt., was der Unterschied zwischen einfachen und "ethnischen" Muslims ist und wo die angestammte Scholle der jeweiligen Ethnien sich befindet. Auch jeder, der im ak noch einmal genau detailgenau lesen will, was er tagtäglich im Spiegel, FAZ, taz und ZDF über den Kriegsverlauf zu lesen und zu hören bekommt, wird gütlich versorgt: Kroatien wird als gebeuteltes Opfer geschildert, und zwar von Serbien, das nicht nur einen "Eroberungskrieg" führt, sondern auch eine "Politik der Kroaten-Vertreibung" betreibt, und das Ganze mit der nach Meinung von Reißmüller alias kt. offenbar völlig aus der Luft gegriffenen "Gleichsetzung der heutigen (Anm.: kroatischen) Republik mit dem faschistischen Ustascha-Staat" legitimiert.

Andererseits eignet dem Artikel von Reißmüller alias kt. der Charakter eines Gutachtens über die Tätigkeit der EG im jugoslawischen Bürgerkrieg. Keineswegs spart Reißmüller alias kt. dabei mit Kritik, aber sie wird sachlich und konstruktiv vorgetragen, sind doch die Anliegen der Herrschenden auch die des Autors: In der Manier des nörgelnden Staatsbürgers bzw. des wortgewaltigen Oppositionsführers wird das "völlige Versagen" der EG konstatiert, deren "Anspruch" es sei, "am Beispiel Jugoslawien erstmals ‚europäisches Krisenmanagement` vorzuführen." Doch nicht genug damit: die EG-Jugoslawien-Politik bis Mitte Juni sei eine "Erpressung" zur Einheit" Jugoslawiens gewesen, bei der eine serbische "militärische ‚Strafexpedition` gegen die sezessionistischen Republiken nicht nur toleriert ... sondern insgeheim sogar erwünscht" gewesen sei. Wo das Scheitern eines hehren Anspruchs festgestellt wird, da hat man auch etwas anzubieten, in diesem Fall die bessere Variante des "Krisenmanagements". Sie hätte - so das Gutachten weiter - darin bestehen müssen,

"erstens Slowenien sofort anzuerkennen, und zweitens Kroatien die Anerkennung verbindlich in Aussicht zu stellen." Doch in der EG, die laut Reißmüller/kt. Blut sehen wollte, fand ja Genscher mit seinem Antrag vom 5. Juli "mit der Anerkennung Sloweniens und Kroatiens für den Fall weiterer Armeeangriffe zu drohen", kein Gehör. Mittlerweile aber, so wird im Gutachten befriedigt festgestellt, sei "die Anerkennung Sloweniens und Kroatiens eine ausgemachte Sache." Kein Wunder, daß sich in dem ganzen Artikel kein Wort über die massive deutsche Einmischung in den jugoslawischen Bürgerkrieg zugunsten Kroatiens findet, denn die Position der deutschen Außenpolitik ist auch die von Reißmüller/kt. Wo deutsche Sorgfalt waltet, da wird alles gut: "Kroatien hat sich mittlerweile von deutschen Beratern ein Minderheitenrecht formulieren lassen, das kaum noch Ansatzpunkte für Kritik bieten dürfte" - was allerdings den den Deutschen gegenüber noch nie so recht wohlmeinenden Franzmann nicht hinderte, das "Scheinargument" der Bedrohung einer Menschengruppe aufgrund der nationalen Homogenisierungspraxis des kroatischen Staates "exzessiv" auszureizen. Folgt man dieser Einschätzung, so dürfte ein Teil der deutschen bürgerlichen Presse serbisch oder französisch infiltriert sein, denn selbst dort geht man inzwischen eher auf verhaltene Distanz dem kroatischen Staatsgründungsversuch gegenüber. So berichtete z.B. der "Stern" in seiner Ausgabe vom 23.12.91 ausführlich über die Schlächterpraktiken der offen faschistischen kroatischen HOS-Milizen im Bürgerkrieg. Im "linken" (?) ak darüber kein einziges Wort, stattdessen eine offensive Parteinahme zugunsten Deutschlands und der "nationalen Selbstbestimmung" Kroatiens. Eine Parteinahme aber, die buchstäblich ohne Rücksicht auf Verluste vorgeht, also nicht einmal buchhalterischen Nutzen und Nachteil solcher famoser Selbstbestimmung bilanziert, sondern der das pure Faktum nationaler Selbstbestimmung schon Grund genug dafür ist, selbiges zu befürworten - eine solche Parteinahme wäre, um Wolfgang Pohrt zu zitieren (Konkret 1/92), "de facto Anstiftung zum Massenmord", hätte Reißmüller/kt. reale Entscheidungsgewalt; da jedoch diese Bedingung entfällt, wird man diese Parteinahme als Ausdruck nationalrevolutionärer Gesinnung bezeichnen müssen.

Bisweilen drängen sich bei der Lektüre des Artikels allerdings Zweifel auf, ob es sich bei dessen Autor wirklich um Reißmüller, oder nicht doch eher um den "originalen" ak-Autor kt. handelt. Diese Zweifel verdichten sich angesichts einer Stelle zur Gewißheit. Nachdem behauptet wird, es gebe für die einen Eroberungskrieg führenden Serben militärisch keinen Grund, sich mit dem Erreichten zufriedenzugeben, heißt es weiter: "Auf der anderen Seite besagt die internationale Erfahrung - siehe die schrittweise Expansion Israels - daß Waffenstillstandslinien dazu tendieren ... zu festen Grenzen zu werden." Die Textstelle läßt keine andere Lesart zu: Israel wird mit Serbien im Rahmen "internationaler Erfahrung" verglichen, und das Dritte des Vergleichs ist der beiden Staaten innewohnende Expansionsdrang. Keine Frage: Wer leugnet, daß es im Wesen "nationaler Selbstbestimmung" als Rechtstitel staatlicher Gewalt begründet liegt, ausgrenzend nach innen und expansionistisch nach außen zu wirken, muß gewaltsame staatliche Expansion als bestimmten "Völkern" oder "Nationen" von Natur aus zukommende Eigenschaft fassen und kommt so, wie kt., schließlich auf den an sich perversen Gedanken, beim Bemühen, ein angemessenes Vergleichsobjekt für das Agieren Serbiens zu finden, ausgerechnet den Staat Israel heranzuziehen. Keine Frage schließlich, daß nur der "originale" kt. auf die bestechende Idee kommen kann, seine pro-deutsche und pro-kroatische Parteinahme um diese wirklich originelle antizionistische Note zu bereichern.

Sollte die zunächst behauptete Gleichsetzung von kt. mit Reißmüller Anstoß erregt haben, so sei diese hier wieder zurückgenommen: Gegenüber dem realpolitischen Amoklauf eines ak-Schreibers nimmt sich selbst der fanatische Serbenfresser Reißmüller noch vergleichsweise anständig aus. Gut zwei Jahre ist es nun her, da eine Minderheit im damaligen KB sich scharf abgrenzte zunächst und hauptsächlich gegen die verhaltene oder offene Befürwortung der uneingeschränkten nationalen Souveränität der Deutschen seitens der KB-Mehrheit. Vor ca. einem halben Jahr entschied sich dann eben jene Minderheit, mittlerweile "Gruppe K", dahingehend, daß ihr - mangels realistischer Alternativen - der Preis nicht zu hoch sei, mit Leuten eine Zeitung herauszugeben, von denen sie überzeugt war, daß sie sich mehrheitlich von einer kommunistischen Kritik der bestehenden Verhältnisse verabschieden würde zugunsten einer Option des "kritischen" Mitgestaltens.

Seit der Dezember-Nummer des ak lassen sich nicht länger die Augen davor verschließen, daß der Minderheits-/Mehrheitsstreit von ehedem auf weit fundamentaleren Differenzen beruhte als bisher angenommen, - daß, um Klartext zu reden, die Scheidelinie im Minderheits-/Mehrheitsstreit, was kt. anbelangt, die zwischen einer revolutionären und nationalrevolutionären Orientierung war. Der Preis jedoch, mit einem nachweislichen Nationalrevolutionär zusammenarbeiten zu müssen, um überhaupt eine

Publikationsmöglichkeit zu haben, ist zu hoch. Welche Konsequenzen nun für die "Gruppe K" daraus zu ziehen seien?

Zunächst wäre jede Reaktion auf den kt.-Artikel zu unterlassen, die über eine ausdrückliche Distanzierung hinausginge. Manch einer wird schon auf die gewiß naheliegende Idee verfallen sein, eine Erwiderung zu verfassen, um besagten Artikel "so nicht unwidersprochen stehen zu lassen", und mit der zusätzlichen Hoffnung vielleicht, dahingehend "mäßigend" auf kt. einzuwirken, auf daß künftig wenigstens die ärgsten "Unappetitlichkeiten" von dessen Seite unterbleiben mögen. Dies heißt allerdings, kt.'s offen pro-kroatische und pro-deutsche Parteinahme zu einem bedauerlichen "Ausrutscher" zu verniedlichen und zum anderen, seine Position damit überhaupt zu einer diskussionsfähigen zu erklären. Welcher Erfolg schließlich einer "Überzeugungsarbeit" hinsichtlich kt. beschieden wäre, nämlich einer, der noch unter Null läge, beweist uns ein anderer Artikel im Dezember-ak, der ebenso aus der Feder von kt. stammt. Unter der Überschrift "Spätfolgen des kalten Krieges" nimmt kt. Stellung zu einer Kontroverse in "konkret", die sich vordergründig an der ND-Schlagzeile "In Prag regiert der Zionismus" festmachte. Kt. liefert dort eine beachtliche Kostprobe seiner fast unerreichten Virtuosität in der Technik, politisch-theoretische Auseinandersetzungen mit Fakten zuzumüllen. Was linker Antisemitismus ist, woher er kommt usw. - das interessiert kt. einen Dreck. Umso mehr ist er mit einer ans Manische grenzenden Akribie darum bemüht, zu demonstrieren, daß Henryk Broder und andere "gefälscht" hätten. Zum wiederholten Male also (siehe dazu: ak 277, S. 36) sieht kt. sich dazu veranlaßt, einerseits nach dem Motto "es kann nicht sein, was nicht sein darf" das ND weißzuwaschen, was zwar begreifbar ist, vor dem Hintergrund der in den letzten Jahren auch im KB gelaufenen Antisemitismus-Debatten allerdings nicht mehr entschuldbar, andererseits und zum wiederholten Male selbst den "Völkischen Beobachter" von dem anscheinend abwegigen Verdacht zu befreien, er könnte antisemitische Schlagzeilen wie "In Prag regieren die Juden" veröffentlicht haben. Gegen Verleumdungen und Diffamierungen bösartiger Juden und Judenknechte verteidigt man schon auch mal den "Völkischen Beobachter".

Man wird also in der "Gruppe K" über andere Entscheidungsalternativen nachdenken müssen, wobei, zugegebenermaßen, der Spielraum ziemlich beschränkt ist. Das Mindeste wäre, zukünftig ein redaktionelles Veto gegen Artikel wie den von kt. über Jugoslawien im letzten "ak" einzulegen, mit der Androhung, bei trotzdem erfolgendem Abdruck keinen Handschlag mehr für den ak zu rühren.

cl., Gruppe K, Westberlin

Bremse anziehen, Genosse!

Betr.: "Winterpause ... ?", ak 337

Eins muß man Kt. lassen: er hat wirklich alle Zahlen parat, die die nationale Zusammensetzung der Jugo-Republiken betreffen. Einige Angelegenheiten, die er als Selbstverständlichkeiten nicht nur für Bürger, sondern auch für Kommunisten behandelt, sind allerdings so selbstverständlich nicht. Da wäre 1. das Selbstbestimmungsrecht der Völker: die Kroaten wollen das, also muß man gegen die nationale Unterdrückung durch die Serben Partei ergreifen. Daß da Lohnarbeiter und ihre unternehmerischen Anwender, Pfaffen, journalistische Ideologen des demokratischen Systems, Bauern, Studenten usw. gleichermaßen als Mitglieder der Nation vorkommen, soll da nicht weiter stören. Daß die Aufgezählten sich in einem ökonomischen System "selbstbestimmen", indem sie die unsichtbare Hand des Marktes aufs Kreuz legt, also indem die Gesetze der Dinge (Ware und Wert) die Personen beherrschen, soll da keine Rolle spielen. Daß diese nationale Selbstbestimmung überall so geht, daß Kritiker dieser Zwangsgemeinschaft von der nationalen Staatsgewalt unschädlich gemacht werden, soll dabei nicht so ins Gewicht fallen! Daß die nationale Selbstbestimmung, die Behauptung der Nation gegen andere Nationen meint, und die nationalen Untertanen dabei als Soldaten vorgesehen sind, soll einem diesen Zweck nicht grausig erscheinen lassen?

Da wäre 2. das unterlassene Eingreifen der EG, die die Augen vor dem schrecklichen Krieg verschließt: "Tatsächlich hatten die kapitalistischen Großmächte der serbischen Seite bis dahin allen Grund zu der Erwartung gegeben, eine militärische ‚Strafexpedition' gegen die sezessionistischen Republiken würde nicht nur toleriert werden, sondern sei insgesamt sogar erwünscht." Kt. ist so sehr in das hehre Ideal der Selbstbestimmung verliebt, daß er das Nicht-Schießen der kapitalistischen Großmächte nicht als ein in ihrem Interesse begründetes zu analysieren beliebt. Er merkt gar nicht mehr, daß er ausgerechnet den

imperialistischen Staaten die Rolle des Friedensschlichters antragen will. Nach dem Motto, wenn es sonst schon keine Macht gibt, die das hehre Ideal der nationalen Selbstbestimmung durchsetzen könnte, dann sollen die es doch tun; und da ist es auch schon egal, daß jeder Staat nationale Selbstbestimmung als seinen nationalen Vorteil buchstabiert.

Da wäre 3. die im Marxismus bisher unbekannte Trennung von Kriegen in heilige und unheilige. "Serbien und die Armee führen in Kroatien einen Eroberungs- krieg." Das Bedürfnis, auch bei Kriegen noch ihre Berechtigung /Nichtberechtigung feststellen zu wollen, ignoriert einfach die Interessensgegensätze zwischen den Staaten. Und, daß diese Staatsinteressen für die Leute schwer schädlich sind, wenn sie dafür verbluten müssen, ist in so einem Aufsatz längst nicht mehr der Maßstab der Kritik. Kt. kennt ja schon längst Prinzipien, die in der Staatenwelt schwer anständig, gerecht bis heilig sind und die nicht verletzt werden dürfen. "Unaggressiv" sind Staaten, wenn sie nur Selbstbestimmung wollen!

Ach Genosse, zieh doch mal die Bremse an!

P.S. Daß die Serben auch nur Selbstbestimmung wollen, weil sie ihre Volksgenossen heim ins Reich holen wollen, was im übrigen keineswegs undemokratisch ist, und daß sie mir das überhaupt nicht sympathischer macht als die Kroaten, ist dir hoffentlich nicht entgangen.

A.K., Berlin

Offener Brief an Pro-Asyl

In der "taz" vom 16.12.91 konnte ich unter der Überschrift "Fair bis zum Skandal" und der Unterüberschrift "Reaktionen in Deutschland auf den Fall ‚Honecker'" mit Verwunderung lesen, daß "Pro-Asyl" der Meinung sei, daß Honecker nirgendwo Anspruch auf Asyl habe und daß es (was eigentlich? - d. Verf.) eine Beleidigung für Millionen Flüchtlinge sei.

Es ist mir unerklärlich, warum Pro- Asyl zu dieser Frage nicht geschwiegen hat, anstatt in unseliger populistischer Tradition sich der vermeintlichen "Volkes Stimme", in Wirklichkeit aber den Interessen der deutschen Bourgeoisie anzubiedern.

Es steht hier nicht zur Diskussion ein Urteil über die Politik der SED-geführten Regierung unter dem Vorsitz von Erich Honecker abzugeben. Der Umstand, daß Honecker zehn Jahre in faschistischen Kerkern zubringen mußte, weil er als Jungkommunist Widerstand gegen den Hitlerfaschismus geleistet hat, und das Faktum, daß die Auschwitz-erfahrene deutsche Bourgeoisie Rache nehmen will an kommunistischen Frauen und Männern, die es gewagt haben, auch "einen Staat zu machen", in dem die Tradition des Militarismus, Kapitalismus etc. unterbrochen werden sollte, gebietet Honecker überall Asyl zu gewähren, wo er vor dem Zugriff vor dieser Bourgeoisie und einem Volk von Ex-Nazis und ihren Mitläufern sicher ist, die wieder ihrer Lieblingsbeschäftigung nachgehen, der Jagd auf Kommunisten, Sozialisten, Pazifisten, Dissidenten, Linke (frei nach Alfred Andersch, Artikel 3, Absatz 3).

Nur zur Erinnerung: Selbst die konservative FAZ weist in einem Artikel am 14.12.91 darauf hin, daß die DDR in den 70er Jahren Zufluchtsort für viele von dem chilenischen Faschismus verfolgten Antifaschisten wurde, denen die BRD-Regierung kein Asyl gewährte, während BRD-Konzerne und Politiker die besten Kontakte zum faschistischen chilenischen Regime pflegten.

Schließlich sei noch angemerkt, daß die DDR in den 80er Jahren mehreren ehemaligen RAF-Mitgliedern Asyl gewährte, und sie so zumindest zeitweise vor dem Vernichtungsinteresse der BRD-Justiz - vielleicht sogar vor einer Ermordung - bewahrte.

Dieser Brief wird der "Konkret", dem "Arbeiterkampf" und der "taz" zugeleitet.

Mit besten Grüßen

Peter, Berlin

29. Quelldatei 04.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak338/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:338:04

Spendet für das Campamento "26 de Julio"

Auf Kuba leben in der Nähe von Havanna in einem Campamento über 200 verletzte KämpferInnen der Befreiungsbewegung FMLN aus El Salvador. Sie sind im Befreiungskampf schwer verletzt worden und wurden/werden auf Kuba in Fachkliniken behandelt. Nach ihrem Krankenhausaufenthalt kommen sie in das Campamento zur medizinischen und psychologischen Nachbehandlung und sie erhalten dort Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten.

Der Gesundheitszustand der meisten KämpferInnen läßt es nicht zu, daß sie wieder am bewaffneten Kampf in El Salvador teilnehmen können, den meisten fehlt ein Körperteil, viele sind blind. Sie nutzen ihren Aufenthalt im Campamento, um sich auf die Zeit nach der Befreiung vorzubereiten. Kubanische LehrerInnen helfen ihnen bei der schulischen Ausbildung. Danach besteht auf Kuba die Möglichkeit der beruflichen Aus- und Weiterbildung.

Im Campamento selbst gibt es mehrere Werkstätten: eine Schneiderei, eine Prothesenwerkstatt, in der Prothesen für die Campamento-BewohnerInnen hergestellt werden, eine Propagandawerkstatt, die die Nachrichten zusammenstellt und verbreitet. Einen Teil seiner Lebensmittel produziert das Campamento selbst auf den umliegenden Feldern.

Die gegenwärtige krisenhafte Situation auf Kuba hat natürlich auch Auswirkungen auf das Campamento "26 de Julio". Viele Dinge des täglichen Bedarfs, Hygieneartikel, Kleidung und Medikamente sind knapp. Materielle und finanzielle Unterstützung wären nötig, deswegen hier der Aufruf.

Geldspenden bitte auf das Konto der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba Stichwort "Campamento 26 de Julio", Konto Nr. 3079 84-507 Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50

Wegen Sachspenden bitte vorher informieren bei der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba, Theodor-Heuss-Ring 26, 5000 Köln 1, Tel.: 0221/131836

30. "Wir haben keine Entschuldigung dafür"

Erklärung der RZ

CD-Datei: daten/aksuche/ak338/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:338:09

SCHLECHTE NACHRICHTEN IN EINEM STÜCK ZEITUNG

Heute, da mir die Freunde sterben, sterben nur ihre Namen. Wie kann man hoffen, aus dieser gewalttätigen Grube, mehr als die Buchstaben zu erfassen, Schimmer von zärtlicher Schwärze, Pfeile bis in die vertrauten Erinnerungen? Nur wer außerhalb der Gefängnisse lebt, kann die Leichen ehren, sich reinwaschen vom Schmerz über seine Toten mit Umarmungen, mit Nagel und Träne die Grabsteine kratzen. Die Gefangenen nicht: Wir pfeifen nur, damit das Echo die Nachricht beschwichtigt.

ROQUE DALTON

Gerd Albartus ist tot

Er wurde bereits im Dezember 1987 erschossen, nachdem er von einer Gruppierung, die sich dem palästinensischen Widerstand zurechnet und für die er gearbeitet hat, vor ein Tribunal gestellt und zum Tode verurteilt worden war.

Wir haben die Nachricht erst etliche Zeit später bekommen. Bis dahin waren wir davon ausgegangen, daß Gerd von einer Reise zu der Gruppe nicht zurückgekehrt war, weil er von den Hausdurchsuchungen, Fahndungen und Verhaftungen im Dezember 1987 wußte und befürchtete, bei einer Einreise in die BRD ebenfalls festgenommen zu werden. Versuche, über seinen Verbleib etwas in Erfahrung zu bringen, blieben entweder unbeantwortet oder bestätigten uns in dieser Vermutung. Wie die meisten seiner Freundinnen und Freunde, die sich um ihn sorgten, waren wir uns mit zunehmender Dauer seines Wegbleibens gewiß, daß er die Gelegenheit zum Anlaß genommen hatte, um sich der seit seiner Knastzeit verschärften polizeilichen Überwachung und Schikane zu entziehen. Er war, davon waren wir überzeugt, abgetaucht, zwar nicht in unserem Rahmen, aber an einem gesicherten Ort und in einem politischen Zusammenhang, dem er nahestand.

Daß es nochmals gedauert hat, bis wir uns endlich durchgerungen haben, unser Wissen um seinen Tod öffentlich zu machen, liegt an uns. Die Suche nach einer Antwort, die der Ungeheuerlichkeit des Anlasses auch nur einigermaßen angemessen gewesen wäre, in der das Bedürfnis nach Rache seinen Platz gehabt hätte, ohne daß es den Falschen trifft, ist ins Leere gegangen. Bemühungen, über die bloße Nachricht in einem Stück Zeitung hinaus eine Form zu finden, die unserem Entsetzen und unserer Trauer gerecht wird, sind fehlgeschlagen. Der Weg der Veröffentlichung ist zugleich Kapitulation vor weitergehenden Ansprüchen.

Natürlich gab und gibt es auch Kontroversen, wem mit einer Veröffentlichung gedient ist. Der Vorwurf wurde laut, daß wir lediglich dem Zeitgeist Tribut zollen und ausgerechnet in einem Moment reinen Tisch machen, wo die Abrechnung mit linker Geschichte fast schon eine Frage des guten Geschmacks ist. Der Text würde uns auf die eigenen Füße fallen, weil damit doch bloß die sattsam bekannten Klischees über die Spirale der Gewalt innerhalb bewaffnet kämpfender Gruppen zusätzliche Nahrung erhielten. Überdies wurde vor einer Schwächung der Palästina-Solidarität gewarnt. Eine derartige Nachricht, so differenziert sie auch vorgetragen würde, müsse zwangsläufig auf den gesamten palästinensischen Widerstand zurückfallen, weil kaum jemand imstande ist, das Geflecht der palästinensischen Organisationen und Fraktionen zu durchschauen, und wir selbst auch keine detaillierten Informationen über die konkreten Zusammenhänge beisteuern könnten. Dies aber sei vor dem Hintergrund des Golfkriegs und einer politischen Debatte, die sich auf die blödsinnige Alternative: Israel ja oder nein zugespitzt habe, ein Signal in die verkehrte Richtung. Und schließlich müsse uns bewußt sein, daß eine derartige Veröffentlichung eine Welle von Reaktionen auslösen würde, deren ganzes Ausmaß wir weder überschauen noch verantworten könnten.

Wir haben uns über all diese Einwände, auch wenn sie uns lange haben zögern lassen, letztendlich hinweggesetzt. Die berechtigte Sorge, der falschen Seite in die Hände zu arbeiten, darf nicht zum bequemen Freibrief werden, jeglichen Dreck unter den Teppich zu kehren. Sie war schon zu oft bloßer Vorwand, um das eigene Schweigen zu legitimieren. Vielleicht müssen wir umdenken, müssen lernen, daß Schwindel und Selbsttäuschung weit mehr zu unserem Scheitern beitragen als die offen geführte Kontroverse um unsere

internen Widersprüche, selbst auf die Gefahr hin, daß der Gegner sich dies zunutze macht. Wer von Befreiung träumt, von den Schattenseiten des Befreiungskampfes aber nichts wissen will, hängt naiven Revolutionsvorstellungen nach, die dessen Wirklichkeit nicht standhalten. Wir wollen uns nicht an Legenden und Bilder klammern, die weniger unseren Erfahrungen als vielmehr naiven Projektionen oder aber handfesten Verdrängungen geschuldet sind. Wem nützen wir damit, wenn wir unter dem Banner des Internationalismus eine falsche Einheit vorgaukeln, während hinter den Kulissen die Gegensätze aufeinanderprallen. Nur wenn wir uns illusionslos mit den tatsächlichen politischen und ideologischen Widersprüchen auseinandersetzen, werden wir mit ihnen umzugehen wissen, sobald wir damit konfrontiert werden.

Es geht uns auch nicht um Enthüllung oder Anprangerung, selbst wenn wir nicht verhindern können, daß von dem Text in einer Weise Gebrauch gemacht werden wird, die uns jetzt schon anwidert. Die Befürchtung, wir könnten der falschen Seite Munition liefern, teilen wir nicht. Diese Seite war gerade in der jüngsten Zeit nicht schlecht gewappnet, und wo ihr die Munition ausging, konnte sie sich in den Archiven der Stasi nach Belieben bedienen. Wer uns eins auswischen will, braucht nicht auf unsere Vorgabe zu warten, sondern entscheidet selbst, wann die Gelegenheit günstig ist - egal, ob es stimmt. Und falls wir den Bullen tatsächlich neue Erkenntnisse offenbaren, so hat dies allenfalls zur Folge, daß ein Zielfahndungskommando aufgelöst werden kann.

Der Sinn der Veröffentlichung ist denkbar einfach: Wir wollen verhindern, daß ein Genosse, der uns wichtig ist, spurlos verschwindet. Wir wollen uns dem Eindruck widersetzen, als könne einer der unsren ohne Widerspruch umgebracht werden, selbst wenn uns die Mittel fehlen, dies zu vergelten. Wir wollen jeglichen Funken an Zweifel auslöschen, daß es für diese Entscheidung irgendeine Rechtfertigung gibt, die mit unseren eigenen Maßstäben in Einklang steht. Und wir wollen endlich, endlich dem grausig-grotesken Zustand ein Ende bereiten, daß seine Angehörigen, Freunde und Freundinnen weiterhin in der falschen Gewißheit leben, er sei, wenn auch weg und unauffindbar, in Sicherheit.

Für uns steht Gerds persönliche Integrität außer Frage. Über die Vorhaltungen, die die Gruppe ihm gemacht hat, haben wir nur vage Informationen, aber auch ein Mehr an Details könnte uns nicht in der Gewißheit erschüttern, daß es kein einziges Argument gibt, das seine Erschießung erklärt. Was immer die Motive derer gewesen sein mögen, die ihn umgebracht haben, sie liegen jenseits seiner Person.

Im Gegenteil - es gehört zu den makaberen Paradoxien dieser Geschichte, daß Gerd, in dessen politischer Biographie die praktische Unterstützung des palästinensischen Widerstands durchgängig eine zentrale Rolle eingenommen hat, ausgerechnet einer jener Gruppen zum Opfer gefallen ist, die sich als Teil dieses Widerstands begreift.

2. Entebbe

Unser Wissen über die Gruppe wie über Gerds Verhältnis zu ihr ist begrenzt. Die Verbindungen gehen zurück auf einen Abschnitt unserer Geschichte, unter den wir aus politischen Gründen schon vor etlichen Jahren einen Schlußstrich gezogen hatten. Ob und inwieweit sich die Zusammenhänge in der Zwischenzeit auch dort geändert, haben, überschauen wir nicht.

Gemeint ist die Zeit nach der gescheiterten Gefangenenbefreiung Ende Juni 1976. Damals hatte ein vierköpfiges Kommando, dem neben zwei Palästinensern auch zwei Mitglieder der RZ, Brigitte Kuhlmann und Wilfried "Bonni" Böse, angehörten, einen Airbus der Air-France in seine Gewalt gebracht und die Freilassung von mehr als 50 GenossInnen gefordert, die zum überwiegenden Teil in israelischen und westdeutschen Knästen gefangen gehalten wurden. An Bord der Maschine, die in Tel Aviv gestartet und auf dem Flug nach Paris in Athen zwischengelandet war, bevor sie von dort aus nach Entebbe umdirigiert wurde, befanden sich über 250 Passagiere, unter ihnen etwa 100 israelische Staatsbürger oder Juden anderer Nationalität. Nachdem die nicht-jüdischen Passagiere innerhalb weniger Tage freigelassen worden waren, verlängerte das Kommando sein Ultimatum, um weitere Verhandlungen zu ermöglichen. Diese Zeitspanne nutzte die israelische Regierung, um eine militärische Lösung vorzubereiten. In der Nacht zum 4. Juli 1976 überfiel eine Spezialeinheit den Flughafen von Entebbe und bereitete der Geiselnahme ein blutiges Ende. Das Kommando kam dabei ums Leben, von den Gefangenen, deren Freilassung gefordert worden war, kein einziger frei.

Es hat Jahre gedauert, ehe wir diesen Rückschlag verkraftet hatten. Unter dem Eindruck des Verlustes der Freunde waren wir zunächst unfähig, die politische Dimension der Katastrophe zu ermessen, die Entebbe für

uns bedeutete. Anstatt wahrzunehmen, was uns vorgehalten wurde, nämlich daß wir als Organisation an einer Operation teilhatten, in deren Verlauf israelische Staatsbürger und jüdische Passagiere anderer Nationalität ausgesondert und als Geisel genommen worden waren, beschäftigten wir uns vor allem mit dem militärischen Aspekt der Aktion und ihrer gewaltsamen Beendigung. Das Kalkül des Regimes sollte nicht aufgehen. Um zumindest die Option auf die Befreiung gefangener GenossInnen offenzuhalten, mußten wir handeln und durften uns nicht von den alarmierenden Nachrichten über den Ablauf der Geiselnahme und die Rolle unserer GenossInnen darin blockieren lassen. Die Meldung, es sei ausgesondert worden, hielten wir ebenso für ein Produkt psychologischer Kriegsführung wie die Behauptung, daß sich die deutschen Mitglieder des Kommandos dabei besonders hervorgetan hätten. Wir kannten Brigitte und Bonni als Antifaschisten, und wir wußten um ihre Motive, sich an der Aktion zu beteiligen. Unser Begriff von Solidarität verbot Kritik an den GenossInnen; eine Diskussion über Fehler wehrten wir ab, als ob Solidarität nicht prinzipiell das Risiko umfaßt, daß einzelne GenossInnen Fehler machen.

Ähnlich vordergründig blieb die Diskussion, wo es um die Suche nach Gründen für das Scheitern der Aktion ging. Zu mehr als Manöverkritik waren wir nicht imstande. Wir beklagten, daß die ursprünglichen Planungen und Absprachen nicht eingehalten worden waren und daß der faktische Ablauf auf den Kopf gestellt hätte, was eigentlich vorgesehen war. Wir kritisierten, daß die Aktion, die aus unserer Sicht einzig und allein einen pragmatischen Zweck verfolgte, nämlich die sofortige Freilassung politischer Gefangener, im Verlauf ihrer Dauer mehr und mehr den Charakter einer Propagandaaktion angenommen hatte, die sich vor allem Idi Amin zunutze zu machen verstanden hätte. Wir erhoben den Vorwurf, daß dem Kommando im Zuge der Operation die Befehlsgewalt entzogen worden war, und die GenossInnen nach der Landung in Entebbe bloß noch die Weisungen zu befolgen hatten, die an anderer Stelle und fernab des Geschehens ausgegeben wurden. Wir fanden uns schließlich ab mit dem Verweis auf die besondere Dynamik militärischer Operationen, auch wenn unser Vertrauen in eine direkte internationale Zusammenarbeit als besondere Qualität eines praktischen Antiimperialismus an seine Grenzen gestoßen war.

Daß die Grenzen dieser Zusammenarbeit nicht technischer oder taktischer, sondern politischer Art waren, sahen wir nicht, obwohl Stoßrichtung und Verlauf der Aktion eine deutliche Sprache sprachen. Das Kommando hatte Geiseln genommen, deren einzige Gemeinsamkeit darin bestand, daß sie Juden waren. Soziale Merkmale wie Herkunft oder Funktion, die Frage der gesellschaftlichen Stellung oder der persönlichen Verantwortung, also Kriterien, die wir eigentlich unserer Praxis zugrundelegten, spielten in diesem Fall keine Rolle. Die Selektion erfolgte entlang völkischer Linien. Daß die einzige Geisel, die die Flugzeugentführung nicht überlebte, ausgerechnet eine ehemalige KZ-Inhaftierte war, ging zwar nicht unmittelbar zu Lasten des Kommandos, lag aber nichtsdestoweniger in der Logik der Aktion. Was gut ein Jahr später im Fall Mogadischu, selbst unter Linksradikalen eine Welle der Kritik auslösen sollte, nämlich daß eine willkürliche Gruppe deutscher Urlauber zur Verhandlungsmasse wurde, darüber setzten wir uns im Fall Entebbe hinweg, obwohl der Verlauf der Aktion die einfachsten Grundsätze revolutionärer Politik und Moral, die wir sonst für uns in Anspruch nahmen, auf den Kopf gestellt hatte. Die entsetzliche Drohung, daß jeder, der israelisches Grundgebiet betritt, wissen muß, welches Risiko er auf sich nimmt, und daß er dieses selbst zu verantworten habe, war blutiger Ernst geworden.

Entebbe war kein Einzelfall, wohl aber der Kulminationspunkt einer Entwicklung, in deren Verlauf wir uns mehr und mehr von dem entfernt hatten, wofür wir mal angetreten waren. Vergessen waren die Sätze, die Ulrike Meinhof knapp zehn Jahre zuvor aus Anlaß des Sechs-Tage-Kriegs geschrieben hatte: "Es gibt für die europäische Linke keinen Grund, ihre Solidarität mit den Verfolgten aufzugeben, sie reicht in die Gegenwart hinein und schließt den Staat Israel mit ein." Der schwarze September der Palästinenser, die israelischen Luftangriffe auf die Flüchtlingslager, das Massenelend in den besetzten Gebieten, das Regime des Schreckens, das die Besatzungsmacht dort ausübte, die Berichte aus den israelischen Gefängnissen waren uns Grund genug und zugleich Vorwand, unser Wissen über Auschwitz in den Hintergrund zu drängen. Wir machten uns die Losungen des palästinensischen Befreiungskampfs zueigen und setzten uns darüber hinweg, daß unsere Geschichte eine vorbehaltlose Parteinahme ausschloß. Wir interpretierten den Konflikt mit den Kategorien eines an Vietnam geschulten Antiimperialismus, mit denen er nicht zu ermessen war. Wir sahen Israel nicht mehr aus der Perspektive des nazistischen Vernichtungsprogramms, sondern nur noch aus dem Blickwinkel seiner Siedlungsgeschichte: Israel galt uns als Agent und Vorposten des westlichen Imperialismus mitten in der arabischen Welt, nicht aber als Ort der Zuflucht für die Überlebenden und Davongekommenen, der eine Notwendigkeit ist, solange eine neuerliche Massenvernichtung als Möglichkeit von niemandem

ausgeschlossen werden kann, solange also der Antisemitismus als historisches und soziales Faktum fortlebt. Die dramatische Tatsache, daß dieses Sicherheitsbedürfnis der Juden scheinbar nur gegen die Palästinenser zu realisieren ist, stürzte uns nicht in ein unlösbares Dilemma, wir nahmen sie vielmehr zum Anlaß, uns bedingungslos auf die Seite derer zu schlagen, die in unseren Augen die Schwächeren waren. Wo wir unter anderen Voraussetzungen auf der Unterscheidung zwischen oben und unten beharrten, sahen wir im Nahen Osten vor allem gute und schlechte Völker. Am Patriotismus der Palästinenser kritisierten wir allenfalls dessen Pathos, obwohl uns nicht zuletzt die Geschichte Israels ein warnendes Beispiel hätte sein müssen, daß die Verwirklichung der palästinensischen Maximalforderungen nicht das Ende von Ausbeutung und Unterdrückung, sondern lediglich deren Verewigung unter anderen Vorzeichen bedeuten würde. Leid und durchlebte Verfolgung bieten keinen Schutz davor, daß Menschen zu Ungeheuern werden, sobald sie sich als Staatsvolk zusammenballen. Wo zwei ethnische Gemeinschaften Ansprüche auf dasselbe Stück Land erheben, gibt es keine revolutionären Lösungen. So begreiflich die Schlußfolgerungen waren, die die Palästinenser aus ihren Erfahrungen der Vertreibung und Verfolgung gezogen hatten - wir konnten sie in der Konsequenz nicht teilen, ohne in einen unauflöslichen Widerspruch zu unserer Geschichte wie zu unserem politischen Selbstverständnis zu geraten. Die legitime und notwendige Kritik an der israelischen Besatzungspolitik sowie die selbstverständliche Solidarität mit dem Widerstand der Palästinenser waren umgeschlagen in die Bereitschaft, jüdische Passagiere gleich welcher Staatsangehörigkeit für den Terror und die Grausamkeiten des israelischen Regimes haftbar zu machen und damit sozialrevolutionäre Maßstäbe gegen die der Sippenhaft einzutauschen. Das Ausmaß an historischer Amnesie und an moralischer Desintegration, das in dieser Bereitschaft zum Ausdruck kommt, ist die schwerste Hypothek, mit der unsere Geschichte belastet ist.

Es gibt eine Reihe von Gründen, die diese fatale Entwicklung erklären. Faktoren wie Mißtrauen und Zweifel uns selbst gegenüber, die wir aus dem reichen Norden kamen, oder Opportunismus angesichts der Möglichkeiten, die die Zusammenarbeit mit palästinensischen Organisationen bot, spielen dabei sicherlich ebenso eine Rolle wie der Handlungsdruck, unter dem wir aufgrund der Isolationsbedingungen in den westdeutschen Knästen standen, oder aber die Tatsache, daß wir mit unserem Begriff von Antizionismus nur Teil einer historischen Strömung waren, die fast alle Fraktionen der damaligen Linken erfaßt hatte. Aber so plausibel all diese Gründe auch sein mögen - sie entschuldigen nicht, daß wir in dieser Zeit enorme Fehler gemacht haben, Fehler, die nicht hätten passieren dürfen.

Wir können nicht für uns in Anspruch nehmen, daß wir all dies bereits damals, in den ersten Monaten nach Entebbe, so gesehen hätten. Statt in einer grundlegenden Debatte Logik, Ablauf und Resultat der Aktion einer schonungslosen Analyse zu unterziehen und daraus Schlußfolgerungen für unsere weitere Praxis zu ziehen, gaben wir uns mit halbherziger Kritik zufrieden. Die naheliegende Konsequenz, wieder an dem anzuknüpfen, wofür unsere Politik in der BRD stand, nämlich die Orientierung auf die sozialen und politischen Bewegungen im Lande, zogen nur einige.

Dennoch ist auch richtig, daß die Erfahrung von Entebbe tiefe Spuren hinterlassen hat. Der markige Satz von der Karawane, die weiterzieht, während die Hunde bellen, war mehr Spruch als daß er unsere Realität beschrieb. Das Wissen um die Katastrophe wirkte wie ein permanent schwelender Treibsatz fort, der uns immer wieder selbstkritische Diskussionen abverlangte, in denen wir an der Wahrheit nicht vorbeikamen. Die mehr unterschwellige als offene Auseinandersetzung hatte nicht nur Brüche in persönlichen Freundschaften zur Folge, sie hat auch an den Fundamenten unseres politischen Konzepts gerührt. Selbst wenn wir nicht im einzelnen auseinanderhalten können, in welchen Punkten die Erfahrung eine ursächliche Rolle gespielt hat oder wo sie lediglich den Hintergrund zu völlig anderen Diskussionen und Entscheidungen abgab - daß sie zentrale Bedeutung in der Bestimmung jener Positionen hatte, die unsere Politik in den folgenden Jahren geprägt haben, steht außer Frage. So berechtigt es also ist, uns einen Mangel an Bewußtheit zum Vorwurf zu machen, so falsch wäre es, zu negieren, daß sich Entebbe - und sei es nur in Form des schleichenden Gifts einer Lebenslüge - dauerhaft in unserem politischen Selbstverständnis niedergeschlagen hat.

Daß wir seitdem nichts mehr unternommen haben, was auf israelische Einrichtungen zielte, ist uns erst wesentlich später aufgefallen. Wo das Thema auf der Tagesordnung stand, haben wir nach westdeutschen Stellen gesucht, die von der Politik Israels profitierten. Die Behandlung palästinensischer Flüchtlinge durch die bundesdeutschen Asylbehörden verfolgten wir genauer als das Drama der Aufstandsbekämpfung in den besetzten Gebieten. Statt mißverständlicher Aktionen haben wir gar keine Aktionen gemacht, wenn wir

Bedenken hatten, ob sie vielleicht antijüdisch waren oder zumindest so ausgelegt hätten werden können. Wir hatten allen Grund zur Zurückhaltung, wenn wir uns mit Motiv und politischem Gehalt des Antizionismus beschäftigten. Die Gewißheit, daß auch wir als Linke nicht gegen antisemitische Ressentiments gefeit sind, die notdürftig mit nationalrevolutionären Definitionen kaschiert werden, hat uns praktisch blockiert. Das Dilemma der politischen Abstinenz, das sich daraus ergab, schien einigen von uns eher dahingehend auflösbar, daß wir den Begriff der NS-Kontinuität und unser Leben in diesem Land zum Anlaß nahmen, nach den Spuren jüdischen Widerstands gegen die nationalsozialistische Neuordnung zu suchen und uns darauf zu beziehen, als daß wir zwecks Legitimation und Befriedigung des eigenen Handlungsbedarfs politisch fatale Analogien zogen wie dies in manchen Dokumenten des linken Antizionismus geschieht.

Eine weitere Konsequenz war der allmähliche Rückzug aus den internationalen Kontakten. Allmählich, weil es alte, auch emotionale Verbindungen gab und weil wir uns selbst schwertaten, mit jenen Begriffen und ideologischen Konstrukten zu brechen, die eine Aktion wie Entebbe überhaupt möglich gemacht hatten. In diesem Prozeß hat sich ein Politikverständnis artikuliert und geformt, das sich fundamental von dem der Gruppe unterschied, mit der wir bis dahin zusammengearbeitet hatten. Differenzen, die wir lange Zeit ignoriert oder der Unterschiedlichkeit von Bedingungen bzw. unserem Metropolenstatus zugeschrieben hatten, erwiesen sich nun als knallharte Widersprüche, für die sich kein gemeinsamer Nenner mehr fand. Der Anspruch, aus unterschiedlichen Positionen heraus solidarisch zu handeln, stieß an seine Grenzen.

Die Zusammenarbeit mit jener Gruppe basierte auf einem Begriff von Antiimperialismus, der soziale Befreiung unmittelbar an die Erlangung staatlicher Souveränität koppelte. Die Beendigung der Fremdherrschaft, so dachten wir, sei gleichbedeutend mit dem Beginn der sozialen Revolution. Da die Befreiungsorganisationen das um seine Unabhängigkeit kämpfende Volk repräsentierten, waren sie der direkte Adressat internationaler Solidarität. Daß die Machtübernahme den sozialen Gehalt der Revolution in fast allen Fällen eher zerstörte als entfaltete, daß sich die Führer der Befreiungsbewegungen, kaum hatten sie die Kommandoposten in den jungen Nationalstaaten besetzt, als Protagonisten brutaler Entwicklungsdiktaturen gebärdeten, daß von der frisch gewonnenen Unabhängigkeit vor allem die alten Kader profitierten, während das anhaltende Massenelend einer neuen Erklärung bedurfte, daß sich - kurz gesprochen - die ganze Dialektik von nationaler und sozialer Befreiung vor allem für die neuen Machthaber rechnete und daß dies keine Frage von Verrat oder korrupter Moral war, sondern dem Wesen der Staatsgründung entsprach, all das paßte nicht in unser Bild eines homogenen Befreiungsprozesses und wurde deshalb ausgeblendet. Erst in dem Maße, wie nach vollzogener Nationwerdung neue Kämpfe ausbrachen, wie sich vielfältigste Formen sozialer Gegenmacht artikulierten, deren antagonistischer Kontrahent der Komplex von Gewalt und Verwertung war, den jener Staat verkörperte, waren wir imstande, den Mythos nationaler Unabhängigkeit und den ihm immanenten, alle Differenzen homogenisierenden Volksbegriff zu relativieren. Wir mußten zur Kenntnis nehmen, daß das Spektrum sozialer Bedürfnisse und Interessen nicht in den Befreiungsorganisationen aufging und daß die Dimension des Geschlechter- und des Klassenkampfs selbst im Prozeß antiimperialistischer Befreiung keinen Moment lang ihre Bedeutung verloren hatte. Wir durften uns mit den völkisch-ethnischen Parolen nicht zufrieden geben, auf denen das unartikulierte Miteinander von KämpferInnen und Kommandanten basierte, waren es doch gerade jene, die als Kader unter den Bedingungen des Krieges die Instanzen und Formen zukünftiger Ausbeutung und Zurichtung schufen. Wir konnten nicht länger ignorieren, daß es wiederum die Männer waren, die in Gestalt des befreiten Nationalstaats die Schaltstellen der Verwertung besetzten und damit zugleich einen erneuten Anlauf unternahmen, die Kontrolle über die Frauen und die Reproduktion zurückzugewinnen. Wir mußten den Mythos des Volkskriegs auf seine revolutionären Qualitäten hinterfragen und ihn in seiner Doppelheit als Moment der Befreiung und als Form zerstörerischer Rationalisierung neu begreifen - einer Rationalisierung, zu deren ersten Opfern die Flüchtlinge ebenso gehörten wie die Frauen und Kinder in den Auffanglagern an den Grenzen zu den umkämpften Gebieten. Wir mußten - kurzum - brechen mit allen Facetten des leninistisch-stalinistischen Verständnisses nationaler Befreiung, das von Beginn an die Politik der Komintern bestimmt und das wir uns im Zuge der Rezeption des Marxismus-Leninismus Anfang der 70er Jahre eingehandelt hatten.

Es ist dies kein Vorwurf oder eine Denunziation jener, mit denen wir damals zusammengekämpft haben, sondern das - sicherlich sehr pauschale - Resümee einer Erfahrung. Es ist eine Kritik an falschen Harmonievorstellungen, wie wir sie lange Zeit gehabt haben und die hier vor allem von Seiten antiimperialistischer Gruppierungen ungebrochen genährt werden. Die Selbstverständlichkeit, mit der jede revolutionäre Gruppe oder Bewegung internationale Solidarität auf ihre Fahnen schreibt, steht im Widerspruch

zu den Schwierigkeiten, sie einzulösen. Existenz und Gewalt des gemeinsamen Gegners reichen nicht aus, um die Gegensätze und Konflikte in den eigenen Reihen einzudämmen. Immer wieder brechen auch hier Antagonismen auf, die ihre Ursache in der Unterschiedlichkeit von Interessen und Zielvorstellungen oder in selbst errichteten ideologischen Barrieren haben. Immer wieder kommt der Moment, wo das, was die eine Gruppe für unbedingt richtig und notwendig hält, in den Augen der anderen schädlich und falsch ist. Daraus ergeben sich trotz des Anspruchs auf Gemeinsamkeit im Handeln und Geschlossenheit vor dem Gegner schärfste Auseinandersetzungen, die bis zur Selbstzerfleischung reichen können. Über den Ausgang solcher Kontroversen innerhalb des revolutionären Lagers aber entscheiden nicht der gute Wille und die bessere Absicht, darüber entscheiden - wie sonst auch - die Machtverhältnisse.

3. Verschiedene Wege

Gerd hatte in der Zeit nach Entebbe im Knast gesessen. Er war bei dem Versuch, ein Kino in Brand zu stecken, in dem der Film über die Flugzeugentführung seinerzeit lief, von einer Observationsgruppe beobachtet und einen Tag später im Januar 1977 verhaftet worden. Vom Düsseldorfer Oberlandesgericht wurde er wegen versuchter Brandstiftung und Mitgliedschaft in den RZ zu fünf Jahren Knast verurteilt. Als er Ende 1981 wieder rauskam, traf er bei uns auf eine gänzlich veränderte Situation. Den Bruch, den wir mit diesem Teil unserer Geschichte vollzogen hatten, hat er für sich nie akzeptiert.

Er teilte die Kritik anderer GenossInnen, mit denen es aufgrund der von uns beschlossenen Loslösung aus den internationalen Verbindungen harte Auseinandersetzungen gab, die bis hin zur Trennung gingen. Die Reduktion auf den eigenen Zusammenhang empfand er als Schwächung, die Betonung der politischen Differenz als Spaltung. Der Preis, den wir für die Hervorkehrung unserer Autonomie bezahlten, sei das Verschwinden in der Bedeutungslosigkeit. Der freiwillige Verzicht auf die Umsetzung eines konkreten Antiimperialismus mache nicht nur unseren revolutionären Anspruch zur Farce, er komme zugleich einer Kapitulation vor ganz praktischen Anforderungen wie der Erhaltung der Option auf Gefangenenbefreiung, der Sicherung von Rückzugsmöglichkeiten oder der Bewahrung eines bestimmten Aktionsniveaus gleich. Es sei eine Fiktion zu glauben, die RZ könnten aus eigener Kraft den Aufgaben nachkommen, die wir uns gestellt hätten. Überdies werde der Bruch einen Verlust an subjektiver Radikalität zur Folge haben; er sei jetzt schon eher unserer Kleinmütigkeit als einer wirklichen Notwendigkeit geschuldet. Für den trügerischen Vorteil einer "reinen Weste" hätten wir die RZ auf das Niveau linker Kleingruppenmilitanz gebracht und den Guerilla-Anspruch über Bord geworfen. Unsere "Selbstkritik" in Sachen Entebbe und danach sei ein Dokument verlogener doppelter Moral, die nur haltbar sei, weil wir andere Realitäten aus unserer Wahrnehmung vollkommen ausblendeten. Es sei ein verkehrtes Wunschbild und zugleich zynisch gegenüber tatsächlichem Leiden, wenn wir revolutionär sein und selbst vor allem saubere Finger behalten wollten. Politik funktioniere nicht nach den Maßstäben zwischenmenschlicher Moral. Der Bruch, so prophezeite er uns, würde das rasche Ende der RZ einleiten.

Gegenüber unserer Entscheidung hielt Gerd fest an der Idee eines unmittelbaren Bezugs auf den palästinensischen Widerstand, nicht zuletzt weil er sich von der dort erfahrenen Solidarität und subjektiven Radikalität angezogen fühlte. Daß diese Entschlossenheit von zutiefst machistischen Verkehrsformen durchsetzt war, war ihm in der ganzen Widersprüchlichkeit bewußt und hinderte ihn, sich definitiv für ein Leben in diesen Strukturen zu entscheiden. Er versuchte, der Unterschiedlichkeit von Zielsetzungen und Anforderungen in seiner Person gerecht zu werden. Trotz der Widersprüche, die sich daraus zwischen ihm und uns ergaben, empfanden wir es auch als Stärke, daß er in Gegensätzen denken und Spannungen aushalten konnte, die sich nicht zuletzt aus der Ambivalenz und Gebrochenheit metropolitaner Subjektivität ergeben. Wo wir uns auf das scheinbar sichere Terrain einer politischen Praxis zurückgezogen hatten, die wir für überschaubar hielten, suchte er umfassendere Lösungen. Wo uns Zweifel, Fragen, Unsicherheiten zurückhielten, schlug er sich durch nach dem Motto: "Scheißegal, muß laufen." Er bewahrte die alten Kontakte, weil er es wollte und weil er sich den GenossInnen dort gegenüber in der Verantwortung wußte, vielleicht aber auch in der unausgesprochenen Erwartung, daß wir uns eines Tages eines Besseren besinnen würden und er die abgebrochenen Kontakte wieder knüpfen könnte. Wenn wir ihn auf eine definitive Entscheidung festnageln wollten, hat er sich entzogen. Er beharrte auf seinem eigenen Weg - gegen totalitäre Gruppenansprüche, gegen alle Vereinnahmungsversuche, von welcher Seite denn auch. Er hat sich verweigert, wo der schmale Grat von Verbindlichkeit hin zu Reglementierung überschritten wurde. Wir hatten unsere Schwierigkeiten damit

und haben ihn trotzdem gerade deswegen geliebt. Die Art und Weise, wie er seine Überzeugung lebte, hat uns immer auch fasziniert, gerade weil sie uns in der Form fremd war.

Er ließ sich auf keine Sache absolut zwingen, selbst wenn sie ihm noch so richtig erschien. Wer ihn kannte, weiß um die tausenderlei Geschichten, auf die er sich einließ, ohne sich auf eine reduzieren zu lassen. Dem Puritanismus und Rigorismus mancher Linker, die irgendwann darüber lamentieren, daß sie einen Teil ihres Lebens der Revolution geopfert haben, mißtraute er zutiefst. Was bei oberflächlicher Betrachtung den Eindruck von Unstetigkeit erweckt haben mag, war die Lust, in Widersprüchen zu leben, die geboren war aus der Gewißheit, daß der geradlinige Weg mathematisch zwar die kürzeste Verbindung zwischen zwei Punkten, politisch aber mit Sicherheit nicht der schnellste und beste Weg zum Erfolg ist. Was links und rechts dabei herunterfällt, könnte sich später als unentbehrlich und nicht ersetzbar erweisen. Die Vereinbarung von scheinbar Gegensätzlichem und die Selbstbehauptung gegen alles, was andere und anderes ausschließt, war seine Antwort auf die Frage, wie ein Leben im Antagonismus zu den herrschenden Verhältnissen unter metropolitanen Bedingungen überhaupt möglich ist.

Daß er mit dieser Auffassung, die er nicht propagierte, sondern lebte, überall aneckte, kann man sich vorstellen, wenn man sich die ganze Palette seiner Tätigkeiten vergegenwärtigt, die sein Leben nach dem Knast ausmachten. Er arbeitete als Angestellter der Grünen im Europa-Parlament und verfaßte Reportagen für den WDR, in denen er sich gleichermaßen mit Fragen der Sicherungsverwahrung wie mit verbotenem Glücksspiel oder Triathlon auseinandersetzte. Er engagierte sich in der Knastgruppe, schrieb und besuchte gefangene GenossInnen, wirkte mit bei der Gründung der Zeitung "Bruchstücke" und pflegte zugleich in einträglicher Weise seine Kontakte zu ehemaligen Mitgefangenen, die inzwischen auf freiem Fuß waren. Er lebte offensiv als Schwuler, organisierte Veranstaltungen zum Thema AIDS und genoß die Schwulenszene auf Ibiza. Er veröffentlichte Texte über die Politik Israels und übernahm Aufgaben, die sich aus seinen internationalen Kontakten ergaben. Er lebte mitten in der Düsseldorfer Politszene und entzog sich ihr, wenn ihm der legale Handlungsrahmen zu eng wurde. Er kritisierte die Halbherzigkeit der RZ und half uns vorbehaltlos, wo es in seinen Möglichkeiten stand. Er hat bei vielen Erwartungen geweckt und zwangsläufig nur einen Teil erfüllt. Wer ihn ganz wollte, wurde immer auch enttäuscht.

4. Keine Rechtfertigung

Als Gerd im November 1987 zu einem Treffen mit der Gruppe fuhr, tat er dies auf eigenes Drängen. Die Tatsache, daß ihm unmittelbar nach seiner Ankunft der Prozeß gemacht wurde, muß ihn vollkommen unvorbereitet getroffen haben. Er kann sich keines Fehlers, keines Versäumnisses bewußt gewesen sein. Andernfalls hätte er die Reise mit größeren Bedenken angetreten, weil er sich über den Kodex und die Regeln der Gruppe keinerlei Illusionen machen konnte und sie akzeptierte.

Wir wollen keine Spekulationen anstellen über die Beweggründe derer, die seinen Tod zu verantworten haben. Offensichtlich ist nur, daß hier Maßstäbe aufeinanderprallen, die zweierlei Welten entstammen. Unter Bedingungen, die von der Logik des Kriegs diktiert werden, zählen unbedingte Gefolgschaft und Bereitschaft zur Unterordnung, dort stoßen Ansichten und Verhaltensweisen, die nicht mit den gewohnten Mustern übereinstimmen, auf Mißtrauen und Ablehnung. Wo das alltägliche Leben von militärischen Angriffen, vom permanenten Ausnahmezustand, von Ausgangssperren, Verhaftungen und Folter bestimmt ist, sind die Fronten klar. Dort ist wenig Raum für Ambivalenzen, die der metropolitanen Herkunft geschuldet sind, dort muß die Frage nach der eigenen Person fast lächerlich klingen. Was hier als Suche, als Probieren, als Ringen um neue Impulse nicht nur seine Berechtigung hat, sondern unbedingt erforderlich ist, sieht sich dort schnell des Verdachts der Unentschlossenheit, der Zögerlichkeit, der Abweichung ausgesetzt. Vom Zweifel an der Loyalität zum Vorwurf des Verrats aber ist es nur ein kleiner Schritt, samt der mörderischen Konsequenzen, die damit verbunden sind.

Und dennoch finden wir eine solche Erklärung falsch, sie ist vordergründig und kurzsichtig. Sie legitimiert eine bewußte Entscheidung mit dem Zwang der Verhältnisse und erklärt die zu Opfern ihrer Handlungen, die sie doch begangen haben. Die Erfahrung der Grausamkeit des Gegners enthebt niemanden der Verpflichtung, zu jedem Augenblick Auskunft über die Mittel und Methoden geben zu können, die er selbst anwendet. Der leichtfertige Spruch von der Entwertung des Lebens unter den Bedingungen des Kriegs, mit dem wir nach Erklärungen für Vorgänge suchen, die für uns unfaßbar sind, ist ein Zynismus, der von den Bildern der Leidtragenden Lügen gestraft wird. Zudem suggeriert er im konkreten Fall, daß das, was in die Verantwortung

einer einzelnen Gruppierung fällt, für den palästinensischen Widerstand in seiner Gesamtheit gilt. Wir haben jedoch keinerlei Veranlassung zu irgendwelchen Pauschalisierungen, wir halten es für verkehrt, von den Regeln und Methoden einer Gruppe auf die Verfaßtheit einer gesamten Bewegung zurückzuschließen.

Nein: Die Bereitschaft zur Ermordung eines Genossen läßt sich nicht mit der Härte der Bedingungen entschuldigen, sie ist Ausdruck einer politischen Programmatik, deren einziger Gehalt die Erringung der Macht und deren Sprache die der künftigen Despoten ist. Die Geschichte ist voll von Beispielen revolutionärer Organisationen oder Bewegungen, die unter vergleichbar brutalen Bedingungen kämpfen mußten, ohne daß sie sich - unter Berufung auf die Niedertracht des Gegners - dessen Methoden zueigen gemacht haben. Daß dies der geringere Teil ist, daß die Mehrzahl der bolschewistischen Parteien und nationalen Befreiungsorganisationen nach der Devise verfahren ist, daß der Zweck die Mittel heilige und gegen den Feind alles erlaubt sei, wenn es nur der Sache dient, ist kein Gegenargument. Es ist dies eine politische Auseinandersetzung, die ihre historischen Bezugspunkte in der Pariser Kommune ebenso wie in der Oktoberrevolution oder im Spanischen Bürgerkrieg hat. Wo der Sieg zum Maßstab aller Dinge wird, werden nicht nur die besten, sondern auch die schlimmsten Kräfte frei. Wer die Macht, koste es, was es wolle, erringt und sie um jeden Preis verteidigt, untergräbt sie im selben Moment. Die Perversion der Revolution, schrieb Rosa Luxemburg an die Adresse der Bolschewisten, ist schlimmer als ihre Niederlage. Das Argument des Erfolgs, auf das die orthodoxen Kommunisten jahrzehntelang gegenüber den "romantischen Verlierern" aus den libertären Gruppen gepocht haben, erweist gerade dieser Tage seine Unzulänglichkeit. Daß sich hier auch eine Männerwelt austobt, daß es immer auch darum geht, obsolet gewordene Machtbastionen und Einflußsphären gegeneinander wie gegen Ansprüche von unten abzuschirmen, und daß in einer solchen Welt eine schwule Identität per se auf Argwohn stößt, können und wollen wir nicht länger ignorieren. Weil wir dies gelernt haben und weil wir uns lieber in der Tradition der spanischen AnarchistInnen als in der der Komintern sehen, verwehren wir uns gegen alle beschönigenden Reden, die sich auf die Gesetze des Krieges berufen. Bestimmte Regeln sind möglicherweise andernorts erklärlich, aber sie verschaffen sich Geltung, weil dem eine bewußte politische Entscheidung vorausgeht. Wir können sie uns nicht nur nicht zueigen machen, weil wir unter anderen Bedingungen kämpfen, sondern weil sie in diametralem Gegensatz zu unseren eigenen Bestrebungen und Utopien stehen. Der Tod von Gerd macht ein weiteres Mal deutlich, daß zwischen diesem und unserem Denken Welten liegen, zwischen denen keinerlei Vermittlung möglich ist.

Daß wir die Gewalt in den eigenen Reihen bislang tabuisiert haben und uns erst jetzt drüber entsetzen, wo sie uns selbst ereilt, ist eine Kritik, die wir uns gefallen lassen müssen. Wir haben keine Entschuldigung dafür. Erst der Tod von Gerd hat uns für das Ausmaß der Tragödie empfindsam gemacht, die es bedeutet, daß auch innerhalb revolutionärer Organisationen politische Fragen mit militärischen Mitteln beantwortet werden. Er war Anlaß, uns all der tausenden, bekannten und namenlosen GenossInnen zu erinnern, die ihr Leben gelassen oder gelitten haben, weil sie des Verrats beschuldigt wurden oder einfach nur zwischen die Mühlsteine eines innerorganisatorischen Machtstreits geraten waren.

Ein Einwand gegen revolutionäre Praxis überhaupt ist sein Tod jedoch nicht. Das Wissen um die Gewalt in den eigenen Reihen ist uns Grund zum Einhalt, zur Trauer, zur Verzweiflung, nicht aber eine willkommene Gelegenheit, um das Handtuch zu werfen und unsern Frieden mit den Verhältnissen zu schließen. Wer uns so versteht und meint, wir würden nun, wo es einen der unseren getroffen hat, in das Horn derer blasen, für die Terror schon immer ein normales Mittel des politischen Geschäfts war, befindet sich auf dem Irrweg. Die Selbstgefälligkeit und Heuchelei jener Bürger, die gerade jetzt genußvoll in den Wunden revolutionärer Bewegungen wühlen und sich darin überbieten, Spuren für ihren moralischen Verfall ausfindig zu machen, während sie geflissentlich übersehen, auf welchen Leichenbergen der von ihnen geschätzte westliche Wohlstand und das als Schlachtruf zu neuen Ehren gekommene System der Demokratie errichtet sind, stoßen uns lediglich ab.

Die Auseinandersetzung, die die Ermordung von Gerd ausgelöst hat, spielt sich diesseits der Barrikade ab. Sie wird sich mit dem Zusammenhang von Politik und Moral, dem Gegensatz von nationaler Souveränität und sozialer Befreiung und dem Unterschied zwischen revolutionärer Gewalt und Terror zu befassen haben. Zur Disposition steht jenes leninistische Erbe, das sich in unsere Köpfe eingegraben hat und unser politisches Denken stärker bestimmt als uns oftmals bewußt ist. Der Rekurs auf die Geschichte kann die Schwierigkeiten, vor denen wir hier stehen, ebenso wenig lösen wie der emphatische Bezug auf die weltweiten Kämpfe. Gerade weil revolutionäre Politik in einem Land wie der BRD so isoliert ist, muß sie sich immer wieder eines sozialen

Orts versichern, will sie mehr sein als der bloße Ausdruck der subjektiven Befindlichkeit ihrer Akteure oder der schwache Abglanz ideologischer Konstrukte. Wie schnell all die schönen Worte und die besten Absichten zu bloßer Makulatur werden, sobald wir uns nicht mehr auf eine konkrete Realität beziehen, sondern an Forderungen orientieren, die ihren Ursprung in anderen Bedingungen haben, davon zeugt nicht zuletzt dieses Kapitel unserer Geschichte.

1973 haben GenossInnen der RZ in einem Interview gesagt: "Es gibt aber auch einen Teil unserer Politik, den (...) viele Genossen nicht verstehen und nicht akzeptieren, und den die Massen auch nicht verstehen und der sie vorläufig auch nicht interessieren wird. Wir halten ihn dennoch für richtig. Dieser Teil des Kampfes bezieht sich auf den Internationalismus, wo es primär um die Solidarität mit den Genossen ausländischer Guerillabewegungen geht und die Solidarität mit den kämpfenden Völkern anderer Länder." Was dort als Versuch formuliert wurde, eine Antwort auf die weltweite Ungleichzeitigkeit revolutionärer Entwicklung zu finden, war faktisch zugleich die Abkopplung vom hiesigen Sozialprozeß. Es war der Freibrief für eine Praxis, die sich um politische Vermittlung nicht einmal dem Anspruch nach zu bemühen braucht. Daß wir jahrelang zu Entebbe geschwiegen haben, lag nur in der Logik des Arguments. Zugleich war dieses Schweigen jedoch auch das beredte Eingeständnis, daß wir uns in eine Sackgasse manövriert hatten: Was wir auf internationaler Ebene machten, war nicht die antiimperialistische Dimension dessen, wofür wir in der BRD kämpften, sondern stand in krassem Gegensatz dazu. Wir mußten uns entscheiden. Wer unsere Praxis in den 80er Jahren verfolgt hat, weiß, wie diese Entscheidung ausgefallen ist.

Revolutionäre Zellen, Dezember 91

31. Quelldatei 30.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak338/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:338:30

Dokumentation der Erklärung von Ralf und Knud

"... der Lüge die Wahrheit gegenüberstellen"

Seit über vier Monaten sind wir nun schon im Knast, weil Beamte des LKA Hamburg uns einen "Anschlag" auf die Bundesbahn in Pinneberg anhängen. Im September war Haftprüfung; und statt uns rauszulassen, hatten Staatsanwalt und Haftrichterin trotz der Absurdität des Vorwurfs die Anklage einfach auf "Mordversuch" erweitert. Es war ihr Mittel, uns bewußt weiterhin im Knast zu behalten.

Im Oktober war die Anklageschrift fertig, ohne der Verteidigung noch einmal Akteneinsicht und die Möglichkeit einer Stellungnahme vor Anklageerhebung zu geben.

Jetzt entscheidet das Landgericht Itzehoe, ob die Anklage so zugelassen wird. Von der Verteidigung liegt nun eine Stellungnahme vor, in der das Konstrukt der Anklage juristisch auseinandergenommen wird. In der Stellungnahme wird auch konkret gesagt, warum und wo wir in Pinneberg waren. Wir wollen jetzt sagen, warum wir uns zu diesem Schritt entschlossen haben.

Im Juli '91 wurde der Park an der Flora geräumt. Dabei ging es nach den Worten des Innensenators Hackmann auch darum, wer im Schanzenviertel in Hamburg das "Sagen" hat. Auch für uns war die Räumung des Parks mehr als nur die Zerstörung des wenigen Grüns im Schanzenviertel; sondern auch ein weiterer Versuch des Senats, selbstbestimmte Räume zu zerschlagen und so die Umstrukturierung der "westlichen inneren Stadt" in Hamburg voranzutreiben. Das geht einher mit der Anhebung der Mieten, Mietwohnungen in gewinnbringende Eigentumswohnungen umzuwandeln, mit der drohenden Räumung der Hafenstraße, der Bildung von Sondereinheiten der Polizei für die sogenannten "Problemviertel", um nur einige Beispiele zu nennen. Daß eben nicht die Menschen, die in den Vierteln wohnen, ihr Leben selbst bestimmen, sondern sie sich den Profitinteressen einiger weniger unterordnen sollen. Daß auch nicht Orte geschaffen werden, die für Selbstbestimmung und Solidarität stehen, weil das anziehend auf Menschen wirkt, die keine Lust mehr auf diesen Mietwucher und die ganze Vereinzelung haben. Gerade die Rote Flora, die aus dem erfolgreichen Widerstand gegen das Kommerzprojekt "Phantom der Oper" als unabhängiges Zentrum entstanden ist, steht gegen die Interessen des Senats.

Für uns war die Parkräumung auch ein Angriff auf den Widerstand, der sich gegen die Politik der Herrschenden richtet.

Zu der Zeit gab es viele Überlegungen, Aktionen und Ideen, den Park durch politischen Druck zurückzubekommen.

Wir selbst wollten am 29.7.91 nach Pinneberg fahren, um uns das Gelände der Firma G+K anzuschauen, die bei der Parkbebauung die Erdarbeiten machte. Unsere Überlegung war, ob und wie wir diese Firma, die an der Zerstörung des Parks verdiente, in irgendeiner Form öffentlich machen könnten.

Der zweite Grund für die Fahrt war einfach der, daß wir einen Nachmittag zusammen verbringen und einen Ausflug machen wollten.

Ab dem Moment, an dem wir die Rote Flora verließen, folgte uns eine Observationsgruppe des LKA Hamburg. Nach ihren eigenen Aussagen war der Grund für die Observation einzig der, daß wir ihnen aus der Flora bekannt seien. Wir bemerkten ihre Anwesenheit in Pinneberg mehrmals. Wir waren nicht auf irgendwelchen Bahngleisen. Wir haben uns die Firma G+K angesehen und sind anschließend spazieren gegangen. Zur angeblichen Tatzeit befanden wir uns in entgegengesetzter Richtung des Tatorts am Stadtrand von Pinneberg. Als wir vom Spaziergang zurückkehrten, wurden wir von den Zivilpolizisten festgenommen, mit der für uns doch reichlich überraschenden Begründung, wir hätten gerade einen Anschlag auf die Bahn verübt.

Aus dieser konkreten wie auch aus allgemeinen Erfahrungen ist es für uns ausgeschlossen, Polizei und Staatsanwaltschaft gegenüber irgendwelche Aussagen zu machen. Gerade die absurde Lüge, mit der wir verhaftet wurden, belegt, zu welchen Konstrukten sie fähig sind.

Wir haben bei der Haftprüfung im September begründet, warum ein Anschlag mit dem Ziel, einen Zug zum Entgleisen zu bringen, für uns persönlich wie politisch völlig ausgeschlossen ist. Dies gilt für die gesamte Breite des linken Widerstands: Irgendwelche Aktionen, bei denen ziellos und zufällig Menschen gefährdet wären, sind schlicht ausgeschlossen. Weil es nichts mit linken Inhalten zu tun hätte, unbeteiligte Menschen zu gefährden. Es ist unmöglich, für eine Gesellschaft einzutreten, in der sich alles an den Fähigkeiten und Wünschen des Menschen orientiert, und dann eine Aktion zu machen, die dem völlig entgegengesetzt ist. So, wie die Farbe Weiß nicht mit einem schwarzen Pinsel gemalt werden kann.

Glaubwürdigkeit ist für uns ein Grundsatz radikaler, linker Politik. Wir machen keine Aktion und distanzieren uns dann davon. Unser Widerstand mag zur Zeit schwach sein, aber niemals würden wir mit Lügen und niederträchtigen Aktionen arbeiten. Um nichts anderes handelt es sich hier: um eine niederträchtige, terroristische Aktion. Die Form verrät die Täter: Entweder, es war ein unüberlegter Kinderstreich, oder sie waren es selber - in jedem Fall hängen sie es uns an.

Der Unterschied zu bisherigen Konstruktionen des Staatsschutzes in der Vergangenheit ist der, daß der "Anschlag" bisher nicht dazu benutzt wird, den Widerstand zu diffamieren - aber dafür zwei Menschen aus dem Widerstand eingeknastet werden. So haben die Staatsanwaltschaft und das Gericht bis heute darauf geachtet, daß der gesamte politische Hintergrund nicht benannt wird. Es wäre auch nur peinlich für sie, weil dann nochmal klarer werden würde, was für einen Schwachsinn sie uns vorwerfen; und daß es für uns kein Motiv gibt. Eine Tatsache, die Haftrichterin und Staatsanwältin zwar selbst eingeräumt, für das Verfahren aber schlicht ignoriert haben; ebenso der Fakt, daß wir auf einer Spurensicherung an unseren Fingernägeln und an unserer Kleidung bestehen mußten, die die Polizei in Bezug auf die Kleidung sogar verweigert hat.

Wir haben uns jetzt entschlossen, noch einen Schritt weiter zu gehen, und haben mit der Stellungnahme der Verteidigung dem Gericht gegenüber erklärt, was wir konkret am 29.7. gemacht haben, einfach aus dem Grund, der Lüge die Wahrheit gegenüberzustellen. Wir setzen ihnen unsere politische Identität und Glaubwürdigkeit entgegen.

Aus juristischen Gründen haben wir das jetzt gemacht, weil wir damit unser Handeln in Pinneberg an jedem Punkt konkret erklären können. Wir sehen darin jetzt politisch und juristisch einen weiteren Schritt, das Lügengebäude zum Einsturz zu bringen.

Da die Staatsanwaltschaft bisher äußerst bemüht war, alles zu tun, uns in Haft zu halten und die Lüge zu zementieren, wissen wir natürlich nicht, wie sie auf die Wahrheit reagieren werden.

Es geht jetzt darum, die Lügen in unserem Fall zu entlarven, aber auch darum, Polizei und Justiz endlich darin zu stoppen, Menschen für ihre politische Haltung mit den abenteuerlichsten Konstruktionen in den Knast zu bringen.

Ebenso müssen endlich die Lügen gegen die politischen Gefangenen gestoppt werden. Mit Konstrukten wie angeblicher Zellensteuerung, Ausbruchsversuchen etc. werden die Gefangenen seit zwei Jahrzehnten in Isolationshaft gehalten.

Itzehoe, im Dezember '91

Ralf Gauger / Knut Andresen

32. Quelldatei 32.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak338/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:338:32

aufgeblättert

Transnationale Konzerne

Die Umbrüche in Osteuropa und der Anschluß der DDR haben erneut gezeigt, welche Macht bundesdeutsche Konzerne entfalten können und wie sie die gesellschaftlichen Strukturen beeinflussen. Die "Dritte Welt"-Gruppen haben das Thema "Konzerne" jedoch in den letzten Jahren aus den Augen verloren. In Hinblick auf den in diesem Jahr anstehenden Weltwirtschaftsgipfel in München, bei dem die Politiker erwartungsgemäß versuchen werden, die Öffnung der Weltmärkte für Kapitalinteressen voranzutreiben, haben die blätter des iz3w ein Heft mit dem Themenschwerpunkt "Transnationale Konzerne" vorgelegt. Die AutorInnen informieren über bundesdeutsche Multis in der Dritten Welt, Investitionsrecht und Schuldenfalle, Aktionen gegen Nestlé, Arbeitskämpfe bei Bayer in Peru und über deutsche Arbeitsgruppen, die auf dem Gebiet der transnationalen Konzerne aktiv sind.

blätter des iz3w, Nr. 177 (Nov. 91). 60 S., Einzelheft 6 DM

Kolonialismus

Der 500. Jahrestag der "Entdeckung" Amerikas wirft seine Broschüren und Artikel voraus. Schwerpunktthema der aktuellen Ausgabe von Dritte Welt ist die Conquista. Dieter Boris, Soziologie-Professor in Marburg, informiert eingangs über die gesellschaftliche und wirtschaftliche Situation in Kastilien/Aragon und Portugal im "Zeitalter der Entdeckungen". Im anschließenden Beitrag erörtert der Politologe Jürgen Fuchs die Frage, "warum Europa Amerika und die Welt ‚entdecken` konnte". In weiteren Artikeln werden die Rolle der Kirche in der Conquista und der Sklavenhandel dargestellt. Eine kommentierte Literaturliste zum Thema beschließt den Schwerpunktteil.

Dritte Welt. H. 1-2, Jan.-Feb. 1992. 60 S., 6.50 DM

Kuba

Kuba hat, und dies seit Jahren, weitgehend das Interesse bundesdeutscher Linker verloren. Eine gewisse Kontinuität der Solidaritätsarbeit für und auf Kuba hat lediglich noch die Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba aufzuweisen, die ihre Zeitschrift Cuba libre seit einem Jahr mit neuem Konzept und in neuer Gestalt herausgibt. In der vierten Nummer des Jahrgangs 1991 sind u.a. enthalten Berichte über den IV. Parteitag der KP Kuba, Tätigkeit und Konflikte der Solidaritätsbrigaden und Beiträge zur kubanischen Kultur.

Cuba libre, Nr. 4, Dez. 91. 36 S., Einzelheft 4 DM, Jahresabo (4 Ausg.) 15 DM. Bestelladresse: Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V., Theodor-Heuss- Ring 26, 5000 Köln 1

Westsahara

Seit sich 1975 die spanische Kolonialmacht aus der Westsahara zurückgezogen hat, halten marokkanische Truppen das Land besetzt. UNO, OAE und Europa-Parlament haben neben vielen anderen die völkerrechtswidrige Besetzung verurteilt. Hierdurch wurde die Verabschiedung eines UN-Friedensplans erreicht, dem auch der marokkanische König zustimmen mußte. Das marokkanische Regime setzt jedoch, von den BRD-Medien kaum registriert, alles daran, die Durchführung des auf den 15.1.92 angesetzten Referendums über die Zukunft der ehemaligen spanischen Kolonie zu vereiteln. Die Berliner Jungdemokaten haben zur Unterstützung des Kampfes der Sahrauis für Selbstbestimmung eine Broschüre herausgegeben, in der außer einem umfangreichen Teil zur "Basisinformation" ein Pressespiegel, Informationen über Hilfsprojekte und Tips für Aktionen enthalten sind.

Der Krieg in der Wüste. Informationen über die marokkanisch besetzte Westsahara. Hg. von den Jungdemokraten Berlin und der MJV Junge Linke Berlin. 52 S., 2 DM (inkl. Porto). Bezug über: Jungdemokraten, Bülowstr. 65, 1000 Berlin 30

Palästina

Solidarisches Handeln setzt Informationen und Kontakte voraus - in einem doch so vielfältigen und auch recht "undurchschaubarem" Bereich wie dem palästinensischer und israelischer Protestgruppen gilt dies erst recht. Umfassend über oppositionelle Zeitungen, Gruppen, Organisationen und Institutionen in Israel wie in Palästina informiert eine vom Jerusalemer Alternative Information Center herausgegebene, zum Teil kommentierte Adressenliste "of progressive groups and institutions in Israel and the occupied territories".

Palestine and the Other Israel. Alternative directory ... 50 S., 5 US-Dollar (inkl. Porto). Bezug über: Alternative Information Center, P.O. Box 24278, Jerusalem, Israel. (Scheck entsprechend dem aktuellen Wechselkurs in DM ausstellen!)

Nationalismus, Rassismus

In der aktuellen Ausgabe von Forum Wissenschaft wird die Auseinandersetzung um Nationalismus und Rassismus mit einem Beitrag von Nora Räthzel, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Hamburger Institut für Migrations- und Rassismusforschung, fortgeführt: Zwar haben Medien und PolitikerInnen die Stimmung mitproduziert, in der rassistisch motivierte Angriffe erfolgen, aber es geht nicht um eine Einwegkommunkation; die Stimmungsmache hätte keinen Erfolg, wenn sie nicht auf eine Bereitschaft zur Übernahme rassistischer Auffassungen in der Bevölkerung stoßen würde. Gottfried Mergner, Hochschullehrer für Interkulturelle Beziehungen in Oldenburg, erörtert die Geschichte der europäischen Fremdenfeindlichkeit.

Themenschwerpunkt der 178. Ausgabe der blätter des iz3w ist der Nationalismus. Reinhart Kößler untersucht die historischen Bedingungen der Nationenbildung in Europa. Henning Melber skizziert Aspekte der Beziehung von Nationalismus und Rassismus bei der Herausbildung des modernen Nationalstaats. Detlev Claussen äußert sich in einem Interview über die Unterschiede zwischen traditionellem Judenhaß und modernem Antisemitismus.

Unter der Fragestellung "Gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsradikalismus - aber wie?" diskutiert Ute Osterkamp in den Blättern für deutsche und internationale Politik u.a. die im Westen Deutschlands verbreiteten Auffassungen über den Rassismus in der ehemaligen DDR und greift die Selbstgerechtigkeit von Besserwessis wie Cohn-Bendit an. Lutz Hoffmann befaßt sich mit "Grundirrtümern der Asyldebatte": der Auffassung, es gebe eine Lösung des Problems; der Meinung, Einwanderung nach Deutschland sei ein neues Phänomen; der Behauptung, der erlangte Wohlstand der Deutschen werde durch die Einwanderung von Fremden gefährdet.

- Forum Wissenschaft, Nr. 4/91, 72 S., 7DM.

- blätter des iz3w, Nr. 178, Dez. 91/Jan. 92. 60 S., 6 DM.

- Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 12/91. 120 S., 10 DM (im Westen), 7 DM (im Osten)

Auschwitz

"Flora ist klein, kulleräugig, hat dichtes schwarzes Haar. Lauter Locken. Sie ist lebhaft, fröhlich, warm, spontan und sinnenfreudig. Liebt das Leben. Malt und schreibt. Ihre KZ-Nummer ist 74559." Soweit Peggy Parnass über Flora Neumann, runde 80 Jahre, Autorin der Broschüre "Erinnern, um zu leben. Vor Auschwitz. In Auschwitz. Nach Auschwitz." Flora Neumann erzählt von ihrem und ihres Mannes Rudi Leben. Ein Leben, das lange Jahre - im Exil in Belgien, in Auschwitz - von der Nähe des Todes gezeichnet war. Flora und Rudi Neumann sind mit ihrem Sohn Berni die einzigen Hamburger Juden, die die Schoa als Familie überlebt haben.

Flora Neumann: Erinnern, um zu leben. Vor Auschwitz. In Auschwitz. Nach Auschwitz. Hamburg 1991. 64 S., zahlr. Ill., 10 DM. Im Buchhandel oder Bezug über: Alternativer Wohlfahrtsverband SOAL, Rosenhofstr. 5, 2000 Hamburg 36

Remigration

Die vor dem Nazismus geflüchteten Wissenschaftler, Politiker und Künstler, die rund anderthalb Jahrzehnte unter häufig elenden Umständen im Exil zugebracht hatten, wurden nach dem Zweiten Weltkrieg im Westen Deutschlands großenteils als "Landesverräter" abgetan. Ein Bemühen um die Remigration gab es entsprechend im Westen kaum, während sich die SBZ bzw. DDR intensiv, aber auch strikt selektiv um die Rückkehr von Exilanten bemühte. Im Internationalen Jahrbuch Exilforschung werden die alliierte

Besatzungsstrategie gegenüber den auf Rückkehr wartenden Antifaschisten, juristische Fragen von Wiedereinbürgerung, Rehabilitation und Wiedergutmachung erörtert. Zur Sprache kommen neben allgemein gehaltenen Darstellungen namentlich die Remigrationsschicksale von Horkheimer, Adorno, Eisler, Erich Arendt und A.R.L. Gurland.

Exil und Remigration. (Exilforschung. Ein Internationales Jahrbuch, Bd. 9) München (edition text + kritik) 1991. 270 S., 44 DM

33. Quelldatei 33.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak338/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:338:33

KALENDER

Wannseekonferenz

Zum 50. Jahrestag der Wannseekonferenz am 20. Januar 1942 findet in Hamburg eine gemeinsame Veranstaltung der Jüdischen Gemeinde Hamburg und des Auschwitz-Komitees in der BRD unter dem Titel "SCHOA: Ausgrenzung - Massenmord - Vernichtung" statt. Dr. Ursula Büttner spricht über das Thema "Von der Ausgrenzung bis zum Beschluß über die Vernichtung der europäischen Juden", Dr. Werner Jochmann über "Die Folgen der Wannseekonferenz".

20. Januar, 19.30 Uhr. Provinzialloge zu Niedersachsen, Moorweidenstr. 36, am Platz der Jüdischen Deportierten.

FrauenLesbenAktion gegen Militär

Am 1. Februar wird in Bonn eine "FrauenLesbenAktion" stattfinden, die sich gegen die schon bestehende Einplanung von Frauen für Kriegszwecke und gegen die Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht richtet. Die Aktion beginnt um 14 Uhr auf dem Bonner Marktplatz und führt zum Innenministerium.

Kontakt: AG Frauen gegen Zwangsdienste und Militär, Badensche Str. 29, 1000 Berlin 31. Tel. 030 - 862 13 31, mittwochs von 16-18.30 Uhr (über diese Adresse können auch Flugblätter und Plakate bestellt werden).

Israelischer Film

Israelische Filme sind in deutschen Kinos eine Seltenheit. Fernsehnachrichten oder Dokumentationen vermitteln oft nur einen Blick von außen auf Israel. Filme israelischer RegisseurInnen hingegen bieten die Gelegenheit, sich auch mit der Perspektive der israelischen Gesellschaft auf das eigene Land vertraut zu machen. Die Evangelische Akademie Arnoldshain, das Israel Film Institute und das Gemeinschaftswerk der evangelischen Publizistik veranstalten vom 6.-9.2. ein Seminar zum israelischen Kino. Vorgeführt werden - jeweils in der hebräischen Originalfassung mit englischen Untertiteln - zwölf Spielfilme, die in den Jahren 1982-1991 in Israel produziert worden sind. Ebenfalls auf dem Programm stehen Vorträge u.a. zur "Darstellung des Anderen (des Arabers) im israelischen Film", zur Entwicklung des israelischen Film "vom heroischen Realismus zur realistischen Fiktion" und "Zur Inszenierung von Weiblichkeit im israelischen Film". Sechs der israelischen RegisseurInnen werden an einer Diskussionsrunde teilnehmen. (Die Konferenzsprachen sind deutsch und englisch.)

Anmeldung über: Evangelischen Akademie Arnoldshain, Martin-Niemöller-Haus, 6384 Schmitten 1, Tel. 06084 - 400. (Tagungskosten inkl. Unterkunft und Verpflegung 170 DM, StudentInnen und Arbeitslose zahlen 100 DM.)

Autonome Ruhrfestspiele

Auch vor der altehrwürdigen Nachkriegskreation Ruhrfestspiele macht die Autonomie nicht Halt. Konzerte (u.a. die Butterschweine), eine Oper (Phantoms of Future), eine Plakatausstellung (Kunst als Widerstand), Vorträge von u.a. (den Autonomen?) Thomas Ebermann, Dietrich Schulze-Marmeling, Hannes Hofbauer, Filme (u.a. Peter Kriegs "Maschinenträume"), die Vorstellung der Kampagne "500 Jahre Kolonialismus - 500 Jahre Widerstand", Geschichte (Märzrevolution im Ruhrgebiet 1920) nebst viel sinnigem Jux und Tollerei stehen auf dem Programm.

25.1.-8.2.92 in der Kaue, Wilhelminenstr. 174, Gelsenkirchen. Kontakt und ausführliches Programm über: Gesellschaft für angewandte Systemkritik, p.A. Initiativenzentrum, Weberstr. 79, 465 Gelsenkirchen

Jüdische Geschichte

Die Ausstellung "Vierhundert Jahre Juden in Hamburg" ist noch bis zum 29.3. im Museum für Hamburgische Geschichte zu besichtigen (dienstags bis sonntags 10-18 Uhr). Das 50seitige Begleitprogramm zur

Ausstellung mit einigen hundert Vortrags- und Filmveranstaltungen liegt in öffentlichen Einrichtungen Hamburgs aus.

Vom 12.1.-26.4.92 wird in Berlin im Martin-Gropius-Bau die Ausstellung "Jüdische Lebenswelten. Jüdisches Denken und Glauben, Leben und Arbeiten in den Kulturen der Welt" gezeigt. Dargestellt werden jüdische Gemeinden in unterschiedlichen kulturellen Zusammenhängen - Osteuropa, Berlin, Jemen, Marokko, Toledo, Izmir, Saloniki, Amsterdam, Amerika, Palästina und Israel - und Geschichtsabschnitten.

34. Quelldatei aufruf.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak338/aufruf.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:338:aufruf

Spendenaufruf: 30.000 DM für den Erhalt des ak

Exakt 20 Jahre erscheint nun der ak, und wir hoffen, daß er noch ein wenig älter wird und daß vielleicht auch einmal wieder bessere Zeiten für die linke Zeitungswelt kommen.

Hier geht es aber nicht um eine Bewertung der Vergangenheit oder unserer jetzigen Lage sondern um die Bitte, uns zu helfen, den ak weiter herausbringen zu können, denn wie jede linke Zeitung sind auch wir auf regelmäßige Spenden angewiesen.

Etwa 5.200 DM bringen ehemalige Mitglieder des KB, die Gruppe K und die Ex-Mehrheit regelmäßig monatlich für den ak auf. Doch das alleine reicht nicht. Wir brauchen beim gegenwärtigen Stand monatlich rund 3.000,-DM an Spenden, um den ak auf diesem Stand halten zu können.

Wir bitten deshalb auch in diesem Jahr die ak-LeserInnen, die Mitglieder der Trägergruppen und alle alten KB-Mitglieder um Spenden für den ak. Eine Hilfe wäre auch, einen Beitrag zur Verbreitung des ak zu leisten. Das Ergebnis und späterhin auch die Verwendung der Spenden werden wir im ak publizieren.

Gesamt-Redaktion des ak

Spendenkonto: Heinrich Eckhoff Postgiroamt Hamburg Bankleitzahl: 200 100 20 Kontonummer: 4645 84-204

35. Quelldatei distanz.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak338/distanz.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:338:distanz

Der ak-Leitartikel "Jugoslawien - Winterpause im Bürgerkrieg" in ak 337 war den Endredakteuren im Dienst der Gruppe K Anlaß, gegen seinen Inhalt und seine Placierung als Leitartikel zu protestieren. Unser Protest blieb formal und ohne angekündigte Konsequenzen unsererseits, u.a. weil wir den Artikel erst am letzten Tag der ak-Produktion zur Kenntnis genommen haben und uns zu einer inhaltlichen Gegenposition nicht in der Lage sahen. Wir verzichteten auf die Veröffentlichung unserer formalen Distanzierung und kündigten eine inhaltliche Gegenstellungnahme für den folgenden ak an. Unser Protest wurde von den Endredakteuren der Ex-KB-Mehrheit ohne Reaktion oder Stellungnahme zur Kenntnis genommen. Die linksnationalistische, prokroatische, antiserbische und prodeutsche Tendenz des nicht einmal als Diskussionsbeitrag gezeichneten Artikels und seine Placierung als Leitartikel haben eine politische Schmerzgrenze berührt, die die künftige redaktionelle Zusammenarbeit beeinträchtigen kann.

hr., jw.

36. Quelldatei jugo.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak338/jugo.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:338:jugo

Jugoslawien:

Die Linke und das Selbstbestimmungsrecht

Vom Standpunkt der prinzipiellen Befürwortung des "Selbstbestimmungsrechts der Völker" aus wurde im letzten ak der Versuch unternommen, den jugoslawischen Bürgerkrieg zu beurteilen. Der Autor forderte vorbehaltlos die Anerkennung der Unabhängigkeitserklärungen Kroatiens und Sloweniens durch die EG, deren zögerliche Haltung in dieser Frage kritisiert wurde.

Damit ist ein politischer Streit aufgebrochen, in dem es um mehr geht, als um eine Neuauflage der Selbstbestimmungsdiskussion: Ist eine linke Position denkbar, die die Einmischung der EG in einem regionalen Konflikt fordert? Kann über Kroatien gesprochen werden, ohne daß das Ustascha-Regime berücksichtigt wird, ist es zulässig in diesem Zusammenhang die besondere deutsche Rolle in diesem Konflikt unerwähnt zu lassen?

In dem Artikel "Mazedonien: der Konföderationsgedanke hat Vorrang" wird am Beispiel Mazedoniens dargestellt, "daß das von der taz bis FAZ gepflegte Bild vom Freiheitskampf der jugoslawischen Völker gegen den großserbischen Nationalismus, bzw. gegen den jugoslawischen Staat, eine verzerrte Darstellung einer wesentlich komplexeren Realität ist." Die kürzlich erklärte Souveränität Mazedoniens wird nicht als Selbstzweck beschrieben, sondern als Mittel zur Schaffung eines neuen Jugoslawiens. Seite 7

In "Einer Polemik gegen das nationalistische Selbstbestimmungsrecht und seine Apologeten im ak" wird die Anwendung der alten Leninschen Konzeption vom Selbstbestimmungsrecht der Nationen auf Jugoslawien verworfen, weil keinerlei historischer Fortschritt mit der Gründung separatistischer Teilstaaten begründet werden könne, das Selbstverständnis der Neustaaten vielmehr im wesentlichen ein völkisch-nationalistisches sei. Das "Selbstbestimmungsrecht" im jugoslawischen Konflikt wird "als ein von imperialistischen Interessen diktiertes machtpolitisches und nicht als irgendein demokratisches Grundrecht" gekennzeichnet. Nicht Serbien, sondern die sezessionistischen Republiken seien wegen ihrer "offensiven Prostitution in Richtung EG und ihrer antislawischen Abgrenzung" vom Anbeginn des Konflikts an die Stärkeren gewesen. Deutschland sei bestrebt, durch seine Alleingänge einerseits traditionelle deutsche Interessenssphären in Südosteuropa zu sichern, andererseits seine Hegemoniebestrebungen in der EG zu forcieren. Seite 11

Die Betrachtungsweisen des Jugoslawienkonflikts durch deutsche Linke werden in dem Artikel "Eurozentrismus, Selbstbestimmungsrecht, Internationalismus" einer grundsätzlichen Kritik unterzogen. "Mit der allgemeinen Anerkennung des Selbstbestimmungsrecht gerät mensch in die Nähe der Akzeptanz der Begriffe 'Volk' und 'Nation' als ahistorischer Naturgegebenheit." Der Autor weist jede linke Parteinahme im Jugoslawienkonflikt zurück: "Wo und wem dieses Recht (auf Selbstbestimmung) gewährt wird, wird ausschließlich durch das Recht des Stärkeren entschieden." Die Entscheidung darüber, wer der Stärkere sei, werde letztlich vom imperialistischen EG- Block mitentschieden. Die Linke soll sich nach Ansicht des Autors auf eine Politik gegen den deutschen Imperialismus konzentrieren und nicht auf die Infragestellung des Selbstbestimmungsrecht des kroatischen oder irgendeines anderen Volkes. Seite 9

37. Quelldatei mit.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak338/mit.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:338:mit

Mitteilung

Der ak wird von den beiden Nachfolgegruppen des KB herausgegeben. Die Redaktion besteht aus Mitgliedern beider Gruppen. Es zeichnen mit dem Kürzel für die Mehrheitsgruppe: as., Cl., ga., he., js., kt., sy. und für die Gruppe K: dsm, Hr., jw., kla., nm, sa.

38. Quelldatei red.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak338/red.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:338:red

So nicht!

In dieser Ausgabe des ak ist auf Seite 35 unter den Leserbriefen ein Beitrag von cl., Westberlin "Das war kein `Ausrutscher', das hat Methode" abgedruckt. Zunächst war dieser als Debattenbeitrag zum Thema "Jugoslawien/ Selbstbestimmungsrecht" vorgesehen. Wir hatten dafür votiert, diesen Beitrag nicht abzudrucken, da er für unseren Geschmack in unerträglich böswilliger Weise mit einem Redakteur dieser Zeitschrift umgeht, mit Unterstellungen und Lügen arbeitet. Da es sich bei dem Schreiber nicht um irgendjemand handelt, sondern um ein bekanntes Mitglied der Gruppe K, also unserem Partner in der Zeitungsproduktion, sehen wir ernsthafte Gefahren für dieses Projekt, was vom Autor ja auch bezweckt ist. Die RedakteurInnen der Gruppe K wollten keine redaktionelle Verantwortung für den Beitrag übernehmen, bestanden aber auf dem Abdruck als Leserbrief. Dem sind wir unter der Bedingung nachgekommen, daß wir den LeserInnen zumindest mitteilen wollten, daß wir diesen Stil der Auseinandersetzung "unter Partnern" eigentlich für ausgeschlossen halten.

39. Quelldatei s1-1.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak338/s1-1.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:338:s1-1

EL SALVADOR

Bis zum 1. Februar soll in El Salvador ein endgültiger Waffenstillstand erreicht sein. Um die Verhandlungen nicht zu gefährden, hat die Linke im Dezember jede Konfrontation mit den Ultrarechten vermieden. Trotz erheblicher Spannungen zwischen "Modernen" und "Ultrarechten" in der regierenden ARENA-Partei scheint ein Staatsstreich aktuell ausgeschlossen. Die USA sind derzeit nicht mehr bereit, einen kostspieligen und kurzfristig nicht zu gewinnenden Krieg zu finanzieren. Unklar ist, ob der Frieden die katastrophalen Lebensbedingungen der Armen auf dem Lande und in den städtischen Randzonen nennenswert verbessern wird. In ihrem Wirtschaftsplan konzentriert die Regierung Mittel für Infrastruktur und Agrarentwicklung vor allem auf die - relativ bessergestellten - Gebiete unter Kontrolle der Guerilla. An die Stelle der militärischen wird die zivile Aufstandsbekämpfung gesetzt.Seite 3

WESTSAHARA

Noch in diesem Monat soll die sahaurische Bevölkerung in einem Referendum darüber abstimmen, ob die Westsahara ein eigener Staat werden oder eine marokkanische Kolonie bleiben soll. So sieht es der UNO-Friedensplan von April 1991 vor, mit dessen Hilfe der nun seit 16 Jahren andauernde Krieg zwischen der marokkanischen Armee und der Frente Polisario beendet werden soll. Marokkos Diktator Hassan II. hat schon vorab deutlich gemacht, daß er die Unabhängigkeit der Westsahara nicht akzeptieren wird. Durch Militäroperationen zur Vertreibung der sahaurischen Bevölkerung und die massenhafte Ansiedlung von Marokkanern soll das erwünschte Abstimmungsergebnis garantiert werden.

Die Behauptung aller bundesdeutschen Regierungen seit 1975, die BIRD wahre im Westsaharakrieg "strikte Neutralität", wird durch die Wirklichkeit widerlegt. Die BRD unterstützt Marokko nicht nur waffentechnisch und finanziell, sondern auch politisch. Bundespräsident von Weizsäcker an die Adresse des kriegführenden Diktators: "Mit hoher Achtung verfolgen wir die auf Verständigung gerichtete Politik Ihres Landes".

Seite 15

BALTIKUM

Als 1867 die bis dahin deutsche Amtssprache in Estland und Lettland durch Russisch ersetzt wurde, war die politische Macht der deutschen Barone weitgehend gebrochen, ihre wirtschaftliche Hegemonie konnten sie noch 50 Jahre erhalten. "Nach Osten wollen wir reiten, dort ist ein besserer Land" war der Schlachtruf der deutschen Ordensritter, die Ende des 12. Jahrhunderts die Kuren, Semgaller und Letten blutig christianisierten, um sich anschließend ihr Land anzueignen und jene, die nicht dem Schwert zum Opfer fielen, zu einer 700jährigen Knechtschaft zu verurteilen. Um die deutsche Vorherrschaft zu retten, geriet das Baltikum 1914 ins Visier deutscher Annexionsgelüste. 1938 wurde es erneut Ziel deutscher Siedlungs- und Germanisierungspläne.

Der Beitrag zeichnet die Geschichte der deutschen Kolonisierung des Baltikums sowie die deutsche Kriegszieldebatte ab 1914 nach.

Seite 13

40. Quelldatei s1-2.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak338/s1-2.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:338:s1-2

"Verfolgung der Juden war kein Selbstzweck"

Interview mit Susanne Heim

Bei der "Arisierung" in Nazi-Deutschland habe es sich "wesentlich um einen Rationalisierungsschub gehandelt". Die meisten jüdischen Betriebe seien nicht "Ariern" übergeben, sondern stillgelegt worden - so Susanne Heim im Gespräch in diesem ak. Gemeinsam mit Götz Aly erarbeitete sie die umstrittene These, die Judenvernichtung sei nicht zuletzt durch eine Schicht junger Experten ("Vordenker der Vernichtung") verursacht worden, die Bevölkerungszahlen als beliebig veränderbaren Wirtschaftsfaktor ansahen. Für diese moderne und effektive "Expertokratie", so Heim/Aly, sei die Vernichtung der Juden nur der Anfang viel weitreichenderer Völkermordprogramme gegen Polen und Sowjetbürger gewesen, die nur wegen des verlorenen Krieges nicht verwirklicht werden konnten. Wir befragten Susanne Heim u.a. zu NS-Bekundungen, alle Juden nach Madagaskar aussiedeln zu wollen, und zur Bedeutung der NS-Euthanasieprogramme für die späteren Vernichtungsmaßnahmen gegen Juden. Besonderen Raum nahm die Frage nach dem Verhältnis "bevölkerungspolitischer" Intentionen zum NS-Antisemitismus ein.

Seite 18

41. Quelldatei s1-armut.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak338/s1-armut.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:338:s1-armut

Zeitgleich mit der öffentlichen "Asyldebatte" kommt die europäische "Harmonisierung des Asylrechts" langsam, aber stetig voran. Treibende Kraft ist die deutsche Bundesregierung. Im Unterschied zu ihrem energischen Eintreten für das Reinheitsgebot des Bieres, schreiben Petra Hanf und Claudia Roth von den Grünen im Europaparlament in diesem ak, geht es diesmal um eine "Angleichung auf niedrigstem europäischem Niveau". Trotz der vom EG-Gipfel in Maastricht beschlossenen Verschiebung kann die Bundesregierung "Erfolge" vorweisen. Die im Sommer in Dublin ohne großen Wirbel von den EG-Staaten vereinbarte Konvention enthält bereits das Prinzip "one chance only". Die Ablehnung eines Asylantrags durch einen der Vertragsstaaten gilt auch für alle anderen.

Die Grünen haben ihre lange angekündigten Entwürfe für ein Niederlassungsgesetz, ein Einbürgerungs- und ein Einwanderungsgesetz vorgelegt. Höchste Zeit sowohl "für den Schutz der EinwanderInnen und Flüchtlinge" als auch "für die politische Kultur unserer Republik" - meinen die Grünen. Eine gefährliche Anpassung an die gängige Vorstellung von den "Grenzen der Belastbarkeit" - meinen wir und lehnen die zahlenmäßige Begrenzung ebenso ab wie die von den Grünen aufgestellte Rangfolge der Zuzugsberechtigten.

Zur Forderung "offener Grenzen" gibt es also für Linke keine Alternative. Aber reicht diese Forderung aus? Den allermeisten der weltweit 100 Millionen Menschen auf der Flucht würden offene europäische Grenzen wenig nützen. Die große Mehrheit der Armutsmigranten schafft es nur bis in die nächstgelegene Metropole. Die Probleme von Hunger und Armut müssen primär von den Bewohnern der "Dritten Welt" selbst gelöst werden; die "Verantwortung der Metropolenlinken (ist es), sie dabei zu unterstützen", schreibt ein ak-Redakteur.Seiten 4-6

42. Quelldatei s1-rz.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak338/s1-rz.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:338:s1-rz

Gerd Albartus ist tot - mit dieser Mitteilung beginnt ein neues Papier von (den) Revolutionären Zellen. Der Text bietet über die Nachricht von der Ermordung eines Genossen hinaus für radikale Linke Anlaß zur Auseinandersetzung über Revolution und nationale Befreiung, über Antiimperialismus und das Verhältnis deutscher Linker zum palästinensischen Kampf, über revolutionäres Ziel und die geeigneten Mittel ...

Das politische Gewicht des RZ-Textes ist - vermutlich nicht nur bei uns - umstritten, die Frage, ob dieses Papier und die in ihm vorgestellten Thesen und Einschätzungen grundsätzliche Bedeutung hätten, unter uns keineswegs einheitlich beantwortet.

Die Dokumentation des vollständigen Textes sowie Fragen und Anmerkungen der beiden Herausgeberinnengruppen des ak

ab Seite 28

43. Quelldatei s1-stasi.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak338/s1-stasi.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:338:s1-stasi

Stasiakten:

Jeder Ossi ein IM?

So, sagte die Akte, jetzt hauen wir mal den Gysi, den Fink, die Prenzelberg-Szene, die Familie Wollenberger ... in die Pfanne. "Die Macht der Akten", "die objektive Wahrheit", "schwarz auf weiß" ist unerbittlich. Verwaltet die Gauckbehörde die (letzte?) Wahrheit über die DDR? Was steht in den Akten, was erhellen sie über die Tätigkeit des MfS, wieviel und wie wenig ist über die Menschen selber aus den Akten zu erfahren?

Die schmerzhaften Erkenntnisse der Stasi-Opfer über ihr in den Akten abgelegtes Leben, über die Überwachungs- und vor allem Zersetzungsmethoden des MfS und über den Verrat in ihrem engsten Freundeskreis werden in Form von Enthüllungsstories der Presse, v.a. dem SPIEGEL, der öffentlichen Verurteilung anheimgestellt.

Die Welle von Verdächtigungen und Anklagen schwappt derzeit insbesondere über die ehemalige Oppositionellenszene und die geistige Elite der DDR. Nach dem "Fall" Fink enthüllte der SPIEGEL den neuesten Verdacht, der Oppositionellenanwalt und PDS-Vorsitzende sei ein IM (Inoffizieller Mitarbeiter) gewesen. Im "Fall" Gysi belegen die Akten bislang, daß die Spitzelberichte des IM "Notar" aus der unmittelbaren Umgebung Gysis stammen müßten und daß der IM "Notar" selber über gewisse juristische Kenntnisse verfügt haben muß. Das Vertrauen in den Juristen mit der blütenweißen Weste sei nun hin, ist das banale wie folgenschwere Ergebnis.

Hier - ebenso wie im Fall Fink - wird sowohl das individuelle Recht der Opfer als auch das Bedürfnis nach Aufklärung der MfS-Geschichte ganz offensichtlich funk tionalisiert für eine zielgerichtete Denunziationspolitik, die sich gegen diejenigen richtet, die aus der Kritik der alten Gesellschaft einen eigenständigen Weg der Selbsterneuerung propagiert haben.

Der Sieg über die Stasi, in Form eines Aktenberges von der Gauckbehörde verwaltet, ist der einzige Sieg, der den Bürgerbewegungen geblieben ist. Daß das zerstörerische Werk der Stasi heute noch gute Dienste bei der Demontage der DDR-Gesellschaft tut - und zwar nicht nur der Veranwortlichen, sondern auch der Opposition, wird auch diesen einzigen Triumph verderben. Seite 22

44. Quelldatei spenden.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak338/spenden.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:338:spenden

SPENDEN-ERGEBNIS

In AK 337, vor vier Wochen, haben wir einen Spendenaufruf für 30.000,- DM für den AK aufgerufen. Seither sind folgende Spenden eingegangen:

SPENDEN seit AK 337:

R.G. Hamburg 1.000,-

W.B. Hamburg 130,-

P., Chemiegenosse 100,-

R.K., Berlin 50,-

Sa., Hamburg 200,-

H.E., Essen 155,-

H.K., Hamburg 100,-

H.K., Essen 600,-

H-G.Sch., Tübingen 100,-

G.M., Bielefeld 100,-

W.P., Rickling 1.000,-

Überraschung, Hamburg 497,-

A.G.S., Hamburg 600,-

M+R.D., Frankfurt 30,-

M.P., Schwäbisch-Hall 500,-

W.R., Bonn 500,-

H.H., irgendwo 100,-

HH., Hamburg 300,-

U.K., Hamburg 300,-

R.C., Untermaxfeld 50,-

V., Pulheim 500,-

F.B., Horn-Bad Meinberg 100,-

A., Kiel 100,-

Ro., Oldenburg 500,-

W.Z., Hannover 200,-

K. + E., Braunschweig 400,-

H.B., Verden 390,-

R.K., Heidelberg 100,-

J.B., Bremen 500,-

W.H., Tokio 898,-

I.A., Ronnenberg 80,-

B., Köln 28,-

H.D., Heilbronn 65,-

M.Q., Rotenburg 25,-

Re, Hamburg 100,-

H.J.K., Heidelberg 50,-

M.H., Dessau 50,-

Ja., Hamburg 500,-

KB Nürnberg, Teil 1 175,-

C.W., Lübeck 300,-

A.K., Eltville 200,-

V.B., Hamburg 500,-

G.P., Zürich 50,-

C.W., Bonn 2.000,-

W.S., Preetz 150,-

Jo, Hamburg 500,-

G.C., Frankfurt 50,-

H.W., Königswinter 50,-

A.R., Ohrwege 15,-

In., Hamburg 300,-

J.R., Hamburg 72,-

–

Summe seit AK 337 15.360,-

Stand 10.01.l992 Außerdem für Knastabos

U.M., Berlin 500,-